Mittwoch, 1. August 1984 - D ✱✱✱

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 178 - 31.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wieder geöffnet: Nach fünfwöchiger Schließung ist die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin gestern nach Umbauten für den Besucherverkehr wieder geöffnet worden. Der Zugang für „DDR"-Bewohner war Ende Juni unterbunden worden, nachdem rund 50 Menschen in der Vertretung Zuflucht gesucht hatten.

Kohl: Erstmals seit seinem Amtsantritt spricht der Kanzler auf einem Gewerkschaftstag. Am 2. September nimmt er an einer Konferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Berlin teil.

Terrorismus: Im südfranzösischen Ort Anglet verhaftete die Polizei Eugenio Echeveste, die Nummer zwei der baskischen Terrororganisation ETA-Militar. (S. 4)

Rüstung: Moskau hat erstmals eingeräumt, daß auch die UdSSR Marschflugkörper großer Reichweite entwickele. Die USA gäben sich „gefährlichen Illusionen" hin, wenn sie glaubten, auf diesem Rüstungssektor eine Überlegenheit erzielen zu können.

El Salvador: In einem der blutigsten Gefechte seit Beginn des Bürgerkriegs haben linksgerichtete Guerrilleros bei Angriffen auf landwirtschaftliche Kooperativen 66 Zivilgardisten getötet. (S. 4)

Nahost: Der Bürgermeister von Bethlehem erhielt von den israelischen Behörden die Erlaubnis, 1,5 Millionen Dollar Spendengelder für seine Gemeinde in Empfang zu nehmen, die größtenteils aus Saudi-Arabien kommen.

Olympische Spiele

Die Medaillen der deutschen Mannschaft:
Der Kölner Radrennfahrer Fredy Schmidtke (1000-m-Zeitfahren) und der Offenbacher Schwimmer Michael Groß (100 m Delphin in der Weltrekordzeit von 53,08) gewannen am zweiten Wettkampftag die Goldmedaillen für die deutsche Mannschaft. Eine Silbermedaille gab es in der 4x200-m-Freistil-Staffel der Herren, die den Amerikanern den Vortritt lassen mußte.

Die wichtigsten Entscheidungen heute:
Schießen: Kleinkaliber-Dreistellungskampf, Männer (18.00 Uhr).
Rad: Einzelverfolgung 4000 m, Männer (19.00 Uhr).
Gewichtheben: Leichtgewicht (3.00 Uhr).
Moderner Fünfkampf: 5. Wettbewerb: Laufen (2.00 Uhr).
Turnen: Kür der Damen, Mannschaftsfinale (2.30 Uhr).
Ringen: Klassischer Stil: Papier-, Feder- und Halbschwergewicht (21.00 Uhr).
Die deutschen Medaillenkandidaten heute: Die Schützen Peter Heinz (Hegelsberg) und Kurt Hillenbrand (Kronau), der Radrennfahrer Rolf Gölz (Berlin) und der Fünfkämpfer Achim Bellmann (Warendorf).

WIRTSCHAFT

US-Haushalt: Ein Defizit von 175 Milliarden Dollar prognostiziert Notenbankchef Paul Volcker für das Fiskaljahr 1984.

Kasko-Rabatt: Einen Beitragsnachlaß in der Vollkaskoversicherung von zehn Prozent für Autos mit einem Anti-Blockier-System hat der Verband der Autoversicherer HUK seinen Mitgliedern empfohlen.

Ölmarkt: Bis Oktober oder November muß die Opec die Rohölpreise nach Ansicht des saudischen Ölministers Yamani auf dem derzeitigen Niveau halten. Bis dahin dürfte die Krise am Ölmarkt überwunden sein. (S. 9)

Börse: Bei vorsichtigen Käufen von Standardwerten konnte sich das Kursniveau in etwa behaupten. WELT-Aktienindex 138,0 (138,2). Der Rentenmarkt tendierte sehr ruhig bei geringen Kursschwankungen. Dollar-Mittelkurs 2,8964 (2,8980) Mark. Goldpreis je Feinunze 342,35 (338,50) Dollar.

KULTUR

Berliner Philharmoniker: Mit einer Zivilklage vor dem Berliner Landgericht will Herbert von Karajan offenbar versuchen, das Orchester zur Einhaltung seines Produktionsvertrags für Schallplatten und Videoaufnahmen zu zwingen. Die Philharmoniker hatten den Vertrag, der sie fünf Jahre exklusiv an Karajan bindet, fristlos gekündigt. (S. 17)

Oper: Zwei chinesische Künstler, der Tenor Jie-yi Zhang und die Mezzospranistin Manhua Zhan, gewannen in Wien gemeinsam den ersten Preis im Internationalen Wettbewerb für Opernsänger.

ZITAT DES TAGES



» Ich bin dagegen, der FDP so eine Art ökologische Überlebensnische zu überlassen. Das macht eine liberale Partei kaputt «

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) in einem Interview der Illustrierten „Bunte" zur umweltpolitischen Diskussion in seiner Partei
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

AUS ALLER WELT

Zugunglück: Eine streunende Kuh hat das mit mindestens 13 Toten und 44 Verletzten schwerste Eisenbahnunglück in Großbritannien seit 17 Jahren verursacht. Beim Versuch des Lokführers, einen Zusammenstoß durch eine Vollbremsung zu vermeiden, entgleiste der aus sechs Wagen bestehende Nahverkehrszug Edinburgh–Glasgow. (S. 18)

Schatzsuche: Die Überreste des legendären niederländischen Schatzschiffes „De Braak" glaubt eine Gruppe amerikanischer Schatzsucher im Atlantik geortet zu haben. Das Schiff war 1798 mit einem Schatz aus Edelsteinen und Gold gesunken. (S. 18)

Wetter: Bewölkt, später Aufheiterung. 20 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Buschhaus kann in Betrieb gehen. Debatte im Bundestag

Nur noch wenige Abgeordnete der FDP äußerten Vorbehalte

ms./hey. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Diskussion über das Kohlekraftwerk Buschhaus dazu benutzt, um die Abgeordneten der Union zu mehr Selbstbewußtsein zu ermutigen. „Wir müssen mehr über unsere Erfolge reden, sonst glauben es uns die Leute nicht, daß wir das getan haben." Gleichzeitig riet der Kanzler den Parlamentariern, „nicht jeder Stimmung anheimzufallen".

Kein Wort sagte der Kanzler über die FDP, die aus der Diskussion um Buschhaus fast noch eine Koalitionskrise hatte entstehen lassen. Auf der Sondersitzung des Bundestages bewies die Koalition auf der Basis eines „nachgebesserten" Buschhaus-Konzepts gestern ihre Mehrheitsfähigkeit.

Kohl ist entschlossen, die politischen Leistungen der Bundesregierung in direktem Kontakt mit Gewerkschaftsmitgliedern darzulegen. Er kündigte vor der Unionsfraktion an, er werde auf Tagungen der IG Bergbau und der IG Chemie sprechen. *Sollten die Grünen stärkeren* Einfluß gewinnen, würde dies das Ende positiver wirtschaftspolitischer Perspektiven bedeuten. Seit die SPD in das „Fahrwasser" der Grünen geraten sei, sei kein „normales Miteinander" mehr mit der Opposition möglich.

In der Diskussion über Buschhaus, sagte Kohl, hätten einige wiederum – wie schon in der Nachrüstungsdebatte – versucht, das „Geschäft mit der Angst" zu betreiben. Ministerpräsident Ernst Albrecht aus Hannover meinte hinter den Fraktionstüren, einige rot-grüne Journalisten hätten im Zusammenhang mit Buschhaus einen „Popanz" aufgebaut. Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger vertrat die Auffassung, mit dem Buschhaus-Konzept werde die Zielsetzung des Bundestages vom 28. Juni erreicht, Umweltbelastungen in der Helmstedter Region zu senken und gleichzeitig die Arbeitsplätze zu sichern. Dregger, der ansonsten die FDP nicht ansprach, sagte, Wirt*schaftsminister Martin Bangemann* habe sich in den letzten Tagen „sehr konstruktiv" verhalten.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der im Parlament die Einführungsrede hielt, meinte, mit *der neuen Entschließung sei man an* die Grenze des Vertretbaren und Möglichen gegangen. In einem Koalitionsgespräch hatten sich CDU/CSU und FDP unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Kohl auf folgendes Konzept verständigt:

– Das Kraftwerk Buschhaus wird *nicht mit* Salzkohle, *sondern mit* Braunkohle betrieben und mit größerer Kapazität arbeiten als bisher vorgesehen. Gleichzeitig wird das Kraftwerk Offleben I stillgelegt und Offleben II in seinem Betrieb reduziert. Dadurch soll der Schwefelausstoß von jetzt 145 000 auf 120 000 Tonnen jährlich gesenkt werden.

– Von 1986 an wird die Schadstoffbelastung durch den Einbau des Trokken-Additiv-Verfahrens (Bindung des Schwefels mit Kalk) für die Blökke A und B des Kraftwerks Offleben II um weitere 6500 Jahrestonnen verringert. Die Kosten dafür werden auf 110 Millionen Mark veranschlagt.

– Unabhängig davon wird die Filteranlage für Buschhaus nicht erst 1988, sondern bereits bis zum *30. Juni 1987* eingebaut. Dann wird nach Berechnungen der Fachleute der Schwefelausstoß unter 35 000 Jahrestonnen sinken.

Mit diesem Konzept gingen der *FDP-Vorsitzende Genscher und Bun*deswirtschaftsminister Bangemann gestern in die FDP-Fraktion. Genscher berichtete von Angeboten

● Fortsetzung Seite 8



DER KOMMENTAR

Überflüssig

Von MANFRED SCHELL

Die Sondersitzung des Bundestages über das Kohlekraftwerk Buschhaus war ein überflüssiges Spektakel, das den Steuerzahler eine Menge Geld kostet und viele Abgeordnete, die zum Teil von fernen Ferienorten telegraphisch nach Bonn beordert worden waren, in schwefelsaurem Zustand die Rückreise antreten ließ. Die stundenlange Buschhaus-Debatte hat keine neuen Fakten zutage gefördert, die über die intensive Diskussion der letzten Tage hinausgehen; das aber hatte man von vornherein absehen können.

So kann von ihr auch kein Einfluß auf die nunmehr fälligen Entscheidungen des Bundeskabinetts und der Landesregierung in Hannover ausgehen: Mit der Betriebsgenehmigung für Buschhaus wird noch heute gerechnet. Zum Konzept der Bundesregierung gibt es keine brauchbare Alternative, und die feierlich inszenierten „Nachbesserungen" sind Marginalien, die nicht der ökologischen, sondern der politischen Schadstoffminderung dienen sollen.

Die *Zahlen, die eine dra*stische Reduzierung der Luftverschmutzung in der Helmstedter Region voraussagen, sind beeindruckend – auch dann, wenn man die dafür notwendigen Millionenkosten in die Rechnung einbezieht. Vor diesem Hintergrund ist der SPD, die auf der alten Forderung beharrte, Buschhaus nur mit einer Filteranlage in Betrieb zu nehmen, die Diskussion schwergefallen, zumal da die Gewerkschaften aus Sorge um Arbeitsplätze das Regierungskonzept unterstützt haben. Die anfängliche Hoffnung von Fraktionsführer Vogel, er könne in dieser emotionsgeladenen Debatte schwankende FDP-Abgeordnete auf seine Seite ziehen, hatte sich schon im Vorfeld zerschlagen.

Aber auch für die Koalition bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Die Vorgänge um Buschhaus sind ein Paradebeispiel dafür, wie man es nicht machen soll: das Vernünftige erst einmal zu verschreien und dann kostspielige Kosmetik um des eigenen Gesichts willen zu verlangen, weil man sich ja nun mal exponiert habe und nicht einfach zugeben könne, daß man nur den Aufstand um des Aufstands willen geprobt habe. So mancher Abgeordnete zeichnet, wieder am *Strand seiner Träume* eingetroffen, gedankenvoll Buchstaben in den Sand: FDP – Für Das Profil. Die Wunden werden wohl noch einige Zeit schmerzen.

Shamir und Peres reden über Koalition

Israels Präsident fordert „Regierung der nationalen Einheit" / Wer wird Premier?

E. LAHAV, Jerusalem

Israels Ministerpräsident und Likud-Chef Itzhak Shamir trifft sich heute mit dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei (Maarach), Shimon Peres, zu einem ersten Koalitionsgespräch, um Möglichkeiten für eine „Regierung der nationalen Einheit" auszuloten. Vor allem wegen der katastrophalen wirtschaftlichen Situation haben sich beide öffentlich für eine solche Koalition ausgesprochen. Shamir ging sogar einen Schritt weiter, *als er die Frage, ob* er *auch bereit* wäre, in einem Kabinett unter dem Vorsitz von Peres als „gewöhnlicher" Minister zu dienen, nicht rundweg verneinte. Der Premier fügte hinzu, in den entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Fragen gebe es keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Likud und Maarach.

Das Treffen zwischen Shamir und Peres ist das erste Ergebnis einer Initiative von Staatspräsident Chaim Herzog, der sich vehement für die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit" einsetzt. Noch vor der gesetzlich vorgeschriebenen Veröffentlichung der Wahlergebnisse im Regierungsblatt hatte er gestern Shamir und Peres zu sich geladen, um „ihre Einstellung zum Vorschlag einer großen Koalition zu prüfen". Der *Präsident ließ wissen*, er habe der hergebrachten Prozedur vorgegriffen, „weil die wirtschaftliche Lage die Errichtung einer so breit wie möglich basierten Regierung erforderlich macht und damit die inneren Gefühle *des Volkes zum Ausdruck kommen*".

SEITE 2:
Doch Große Koalition?

Auch Sprecher des Maarach und des Likud gaben sich einhellig davon überzeugt, daß eine große Koalition am besten den Interessen des Landes gerecht würde. Nunmehr geht es allerdings um die entscheidende Frage, wen Präsident Herzog mit der Bildung der Große-Koalitions-Regierung betrauen soll, denn dieser Politiker wird, falls ihm tatsächlich die Bildung eines Kabinetts gelingen sollte, auch Premierminister der neuen Regierung sein. Sowohl Likud als auch Maarach erheben Anspruch auf dieses Amt.

Von seiten des Likud wird erklärt, daß Peres bei einer großen Koalition sich nicht einmal der 44 Sitze des Maarach sicher sein kann. Denn die sechs sozialistischen Mapam-Abgeordeten könnten dann den Maarach verlassen. Peres hat in den bisherigen Koalitionsverhandlungen auch einsehen müssen, daß eine – *kleine – Koalition unter seiner* Leitung nur mit der Unterstützung aller religiösen Parteien möglich wäre. Dabei müßte er Zugeständnisse machen, zu denen er sich nicht in der Lage sieht.

Kontroverse im Kreml über „DDR"?

„Iswestija" befürwortet nach „Prawda"-Kritik indirekt Honeckers innerdeutschen Kurs

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die innerdeutsche Politik von SED-Chef Erich Honecker hat offenbar in den Reihen der Kreml-Führung Kontroversen ausgelöst. Wenige Tage nachdem die Moskauer „Prawda" vor einer „Öffnung" der „DDR" gegenüber der Bundesrepublik und einer möglichen Untergrabung des SED-Systems durch Bonn warnte, hat nun die Moskauer „Iswestija" – das Organ der Sowjetregierung – eine *Position eingenommen*, die in Gegensatz zur „Prawda" zu stehen scheint.

In dem „Iswestija"-Artikel, der wie zuvor der „Prawda"-Kommentar gestern im SED-Blatt „Neues Deutschland" ausführlich zitiert wurde, heißt es, die Staaten der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft (RGW) setzten sich für „normale weltwirtschaftliche Beziehungen" ein; sie seien „konsequente Gegner der wirtschaftlichen Abgeschlossenheit". Man wolle „umfassende, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit anderen Staaten" und „eine Normalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen" sowie die „Beseitigung jeglicher Barrieren" im *Ost-West-Handel*. Das Moskauer Regierungsblatt erklärt und das „Neue Deutschland" zitiert, daß der Ost-West-Handel noch viel umfangreicher sein könnte und daß es dafür „beträchtliche Reserven" gebe. „*Man darf nicht vergessen*", *heißt* es in der „Iswestija", „daß für einige Betriebe in Westeuropa Ostaufträge eine Frage von Leben oder wirtschaftlichem Ruin sind. Denn gerade Aufträge aus sozialistischen Ländern sichern in diesen Betrieben Arbeitsplätze für Hunderttausende." Offenbar nicht zuletzt im Blick auf den jüngsten Bonner Milliardenkredit für die „DDR" schreibt die „Iswestija" ferner: „Das ist eine unbestreitbare Tatsache: Aufträge aus sozialistischen Ländern sind westlichen Ländern viel wert. Jede Bank ist auch dazu da, Geld zu verleihen und es mit Zinsen zurückzubekommen."

Besonders dieser letzte Satz stellt eine für sowjetische Verhältnisse erstaunliche Formulierung und zumindest indirekt eine Rechtfertigung der Honecker-Linie dar. Nachdem bereits die ungarische Gewerkschaftszeitung „Nepszava" die Außenpolitik und die innerdeutsche Politik der „DDR" ganz anders als die „Prawda" bewertet und indirekt gegenüber Angriffen aus östlicher Richtung verteidigt hatte, erhält Honecker vor seiner Reise *in die Bundesrepublik Deutschland* nun auch Schützenhilfe von einflußreicher sowjetischer Seite.

Zwischen „Prawda" und „Iswestija" hat es schon zu Chruschtschows Zeiten gelegentlich interessante Meinungsunterschiede gegeben. Das Regierungsblatt stand seinerzeit der Linie Kossygins näher als jener Breschnews.

Auch jetzt stellt sich die Frage, ob hier ein Konzeptionsunterschied zwischen jenen Kräften in der Sowjetführung sichtbar wird, die eine totale Abriegelung und Militarisierung des Systems gegenüber der Außenwelt forcieren, und einer anderen Kreml-Gruppe, die in Kenntnis der eigenen Strukturschwierigkeiten für eine behutsamere Politik sowohl gegenüber den Vasallenstaaten in Osteuropa als auch gegenüber dem Westen eintritt.

Befreiung nach Art von Mogadischu

DW./rmc. Willemstadt/Bonn

Mit Hilfe einer US-Anti-Terror-Einheit sind in der Nacht zum Dienstag die 81 Insassen eines entführten venezolanischen Verkehrsflugzeuges auf der Antilleninsel Curaçao gewaltsam befreit worden. Die beiden Geiselnehmer, ein Haitianer und ein Bürger der Dominikanischen Republik, wurden erschossen, die Passagiere und Besatzungsmitglieder kamen mit dem Schrecken davon. Gestürmt wurde die DC-9 von venezolanischen und US-Soldaten gegen zwei Uhr Ortszeit auf dem Flughafen von Willemstadt, als einer der Entführer mit seiner Frau über Funk sprach, die ihn zum Aufgeben überreden wollte.

Der Erstürmung des Flugzeuges waren mehrstündige ergebnislose Verhandlungen zwischen den Entführern und den Behörden von Curaçao vorausgegangen. Die Terroristen hatten unter anderem ein Lösegeld von fünf Millionen Dollar und die Bereitstellung eines Hubschraubers verlangt. Als die Behörden darauf nicht eingingen, verlangten die Entführer, das Flugzeug wieder startklar zu machen. In der Zwischenzeit war aber aus den Reifen der Maschine die Luft abgelassen worden, und Löschfahrzeuge begannen, die Startbahn zu blockieren.

Schon am Tag vorher hatte der Sprecher des US-Präsidenten in Kalifornien bestätigt, daß auf Bitten Venezuelas und der niederländischen Antillen die USA „technische Berater" zur Verfügung gestellt hatten. Nach Berichten kamen sie aus Fort Bragg in Nord-Karolina, wo eine amerikanische Anti-Terror-Truppe stationiert ist. Die Spezialisten landeten auf der Nachbarinsel Bonaire und flogen mit einem Hubschrauber nach Curaçao weiter. Noch ist unbekannt, welche Rolle die Amerikaner im einzelnen bei der Befreiungsaktion gespielt haben.

Die Luftpiraten hatten das Flugzeug am Sonntag auf dem Flug von der venezolanischen Hauptstadt Caracas nach Curaçao in ihre Gewalt gebracht. Nach einem Irrflug über drei weitere Flughäfen, wo es jeweils zwischenlandete, war es schließlich *am Montag in Curaçao angekommen.*

Die Erstürmung der Maschine lief nach einem ähnlichen Muster ab, nach dem im Oktober 1977 die Anti-Terror-Einheit des Bundesgrenzschutzes, die GSG 9, das entführte Flugzeug der „Lufthansa" auf dem Flughafen von Mogadischu befreit hatte. Während der eine der Entführer durch das Funkgespräch mit seiner Frau abgelenkt war, drangen die Befreier im Schutze der Dunkelheit durch die Hecktüren ein und eröffneten das Feuer auf die Kriminellen. Eine Flugzeug-Erstürmung war von der GSG 9 lange vor Mogadischu immer wieder geübt worden. Ihr Kommandeur, der damalige Polizeidirektor Wegener, heute Kommandeur des Grenzschutzkommandos West in Bonn, hatte seine Erfahrungen beim Aufbau einer Anti-Terror-Truppe auch an die Amerikaner in Fort Bragg weitergegeben.

US-Umweltamt will Bleigehalt im Benzin senken

DW. Washington

Die US-Umweltschutzbehörde (EPA) hat eine drastische Reduzierung des Bleigehalts im Benzin vorgeschlagen. Wie EPA-Chef William Ruckelshaus bekanntgab, soll ab 1986 nur noch ein Zehntel Gramm Blei je Gallone (rund 3,8 Liter) Benzin zulässig sein. Derzeit gilt das 1982 eingeführte Höchstmaß von 1,1 Gramm je Gallone. Ziel sei es, die Verwendung von Blei im Kraftstoff völlig zu beenden. Mit dem Ersatz älterer Fahrzeuge durch solche für bleifreies Benzin sollte bleihaltiger Kraftstoff Mitte der neunziger Jahre verschwinden.

Bleihaltiges Benzin ist in den USA etwa sieben Cents (rund 20 Pfennig) je Gallone billiger als bleifreier Kraftstoff. Zur verstärkten Umweltbelastung haben nach Angaben von Ruckelshaus besonders 13 Prozent der Kraftfahrer beigetragen, die gesetzwidrig bleihaltiges Benzin in Kraftfahrzeugen verwenden, die für bleifreies Benzin ausgelegt seien. Ruckelshaus kündigte an, daß durch die neuen Bestimmungen auch die Preisunterschiede beseitigt werden sollen.

Die neuen Bestimmungen würden nach Angaben des Behördenchefs 575 Millionen Dollar kosten. Mit Einsparungen von 1,8 Milliarden Dollar durch geringere Aufwendungen für das Gesundheitswesen, durch höhere Kilometerleistung und weniger Wartungsaufwand für die Autos würden diese Kosten aber mehr als ausgeglichen. Hohe Bleigehalte können, wie der EPA-Chef hinzufügte, lebensbedrohende Hirnschäden bei Kindern sowie schwere Anämie und Nierenleiden verursachen.

China sieht „Durchbruch" in Hongkong-Frage

DW. Peking

Die Gespräche des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe über die Zukunft der Kronkolonie Hongkong sind in Peking offenbar erfolgreich zu Ende gegangen. Nach einem Treffen Howes mit dem führenden chinesischen Politiker Deng Xiaoping sprach der chinesische Außenminister Wu Xueqian gestern von einem „Durchbruch". Deng, der seinen Urlaub am Meer für das Treffen mit Howe unterbrochen hatte, erklärte, es seien „sehr gute Ergebnisse" erzielt worden. Er bedankte sich bei Howe für dessen „großartige Arbeit" und sagte, Premierministerin Thatcher habe „die britische Kolonialherrschaft beendet".

Nach Angaben Wus ist bei den Gesprächen in Peking über „einige wichtige Fragen" im Detail gesprochen worden, und sieht es so aus, als ob eine Vereinbarung über die Zukunft Hongkongs bis September getroffen werden könnte. Nach britischer Auffassung kann dieses Abkommen sogar noch vor dem von China gesetzten Termin am 30. September paraphiert werden.

China soll von Großbritannien 1997, nach Auslaufen eines 1898 unterzeichneten Pachtvertrages, die Souveränität über Hongkong zurückerhalten. Wie aus britischen Delegationskreisen verlautete, will Howe heute in Hongkong vor der Presse darlegen, daß sich beide Seiten verständigt hätten, das gegenwärtige Finanz- und Bankensystem Hongkongs beizubehalten. Es sei auch Einigung über eine Garantie der Menschenrechte erzielt worden.

London: Ohne Rückzahlung kein höherer EG-Beitrag

Entscheidung des Straßburger Parlaments kritisiert

DW. London

Die britische Regierung will die Ratifizierung der beschlossenen Erhöhung der EG-Finanzmittel durch das Unterhaus so lange blockieren, bis das Straßburger Europaparlament die gesperrte Rückerstattung der zuviel gezahlten EG-Beiträge an Großbritannien wieder freigibt. Mit dieser Ankündigung durch den Staatssekretär im Außenministerium, Malcolm Rifkind, reagierte London *gestern auf den* Beschluß des Straßburger Parlaments, das in der vergangenen Woche die Beitragsrückvergütung an Großbritannien aus dem Jahre 1983 in Höhe von 440 Millionen Pfund (rund 1,7 Milliarden Mark) blockiert hatte.

Rifkind nannte diese Entscheidung ungerechtfertigt. Sie laufe dem Beschluß der EG-Staats- und Regierungschefs entgegen, die auf dem Gipfel von Fontainebleau im Juni die Rückerstattung beschlossen hatten. Er vertraue darauf, daß das Parlament bei der nächsten Sitzung im September den „übereilten, unmäßigen und schädlichen" Schritt noch einmal überdenken werde, sagte der Staatsminister. Großbritannien beabsichtige aber zunächst nicht, „das Geld, das uns zusteht, von den zu leistenden Einzahlungen in den EG-Haushalt für das kommende Jahr abzuziehen". Es sei jedoch abzusehen, daß die Haltung des Europaparlaments die Verhandlungen über den Ausgleich des EG-Haushaltsdefizits für 1984, die am 6. September wiederaufgenommen werden sollen, stark beeinträchtigen wird.

Bei der jüngsten EG-Gipfelkonferenz hatte Premierministerin Margaret Thatcher ihre Vorbehalte gegen eine Aufstockung der Zahlungen an die Gemeinschaft von derzeit einem Prozent des Mehrwertsteueraufkommens auf 1,4 Prozent zurückgestellt. Die EG-Regierungschefs hatten ihr dafür die Beitragsrückerstattung aus dem Jahre 1983 zugesichert. Die Straßburger Parlamentarier wollen London mit ihrer Entscheidung vom vergangenen Freitag zwingen, sich an der Finanzierung des für dieses Jahr zu erwartenden Haushaltsdefizits in Höhe von 2,07 Milliarden Europäischer Währungseinheiten (Ecu gleich 2,25 Mark) zu beteiligen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Erfolg als Geheimsache

Von Peter Gillies

Es gibt Meldungen, deren Wichtigkeit nur von ihrer Seltenheit übertroffen werden. Hier ist eine solche: die Inflation in der Bundesrepublik ist weitgehend gebrochen. Die Kosten der Lebenshaltung sanken im Juli sogar um 0,1 Prozent.

Experten wenden ein, hier seien saisonale und statistische Einschränkungen zu machen. Das ist korrekt. Andererseits zeigt der Rückblick auf die jeweils letzten sechs Monate schon seit dem Frühjahr nur Preissteigerungen zwischen einem und zwei Prozent. Im (rückblickenden) Jahresvergleich liegt die Inflationsrate bei gut zwei Prozent. In den Jahren 1981 und 1974 kletterten die Preise um jeweils mehr als sechs Prozent.

Diese wahrhafte Sensation ist mehr als eine statistische Reminiszenz. Ohne ein stabiles Preisniveau gibt es keine gesund-wachsende Wirtschaft, kein Vertrauen in die Zukunft, keine Vollbeschäftigung. Inflation, an deren süßes Gift man sich so rasch gewöhnt, begünstigt diejenigen, die Schulden machen, bestraft hingegen die braven Sparer, macht die Reichen reicher und die Armen ärmer, zerstört die Perspektiven, entwertet die Einkommen der Rentner wie der Arbeitnehmer ohne deren Schuld, demotiviert die Leistenden – kurzum: Stabilität macht ein Land nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial stabil. Nicht zu Unrecht erinnert man sich an die politische Handlungsanweisung, daß man ein Staat und ein Land am wirkungsvollsten zu zerstören vermag, wenn man seine Geldwertstabilität zerstört.

Nun soll die erfreuliche Feststellung, daß wir heute der Stabilität so nahe wie seit Jahren nicht mehr sind, nicht dazu verführen, alsbald wieder über die Verhältnisse zu leben. Der Kampf gegen die Geldentwertung ist nie gewonnen, sondern immer gefordert. Aber im Sommerloch, wo man sich so hingebungsvoll den selbsterzeugten Nichtigkeiten widmet, darf dieser auch international einzigartige Erfolg ruhig zur Kenntnis genommen werden. Hätte ihn die frühere Bundesregierung bewirkt, wäre gewiß unter Domgeläut die politische Seligsprechung des Bundeskanzlers eingeleitet worden. Aber vielleicht betrachtet die jetzige Bundesregierung ihn als VS-Sache, aus staatsmännischen Gründen.

Doch Große Koalition?

Von Ernst Cramer

Nachdem der israelische Wähler dem neuen Parlament keinen klar erkennbaren Auftrag gegeben, sondern eine Art Patt-Situation geschaffen hat, geht es nun darum, eine Regierung mit breiter Resonanz zu schaffen, wie sie nur in einer Großen Koalition gewährleistet wäre. Denn die Probleme, die sich im Land der Juden aufgetürmt haben, können nicht angepackt werden, wenn ein Kabinett nur über eine knappe Mehrheit in der Knesset verfügt und deshalb von Abstimmung zu Abstimmung besorgt sein muß, Niederlagen zu erleiden; wenn also kleine Parteien die Möglichkeit haben, notwendige Entscheidungen aus oft sehr eigensüchtigen Gründen zu verhindern.

Die Anführer der beiden großen Parteigruppierungen – Shimon Peres von der Arbeiterpartei und Ministerpräsident Itzhak Shamir vom Likud-Block – dürften es in ihren Koalitions-Vorgesprächen nicht schwer haben, sich über Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der völlig aus dem Ruder gelaufenen Inflation zu einigen. Auch andere damit verwandte wirtschaftliche Probleme sollten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten.

Anders ist es mit den Fragen, die das Verhältnis zu den Nachbarn Israels und – noch explosiver – die Zukunft der seit der arabischen Aggression von 1967 besetzten Gebiete betreffen. Da gibt es Auffassungsunterschiede, die beinahe dogmatischen Charakter haben.

Die einen sehen Westjordanland als ein Territorium, von dem man Teile preisgeben würde, wenn man dafür Frieden und Sicherheitsgarantien einhandeln könnte. Für die anderen sind diese Gebiete Judäa und Samaria, das Kernland von Eretz Israel, dem heiligen Lande Israel; sie betrachten eine Preisgabe dieses Gebiets als Verrat am zionistischen Gedanken.

Wenn Peres und Shamir im bestverstandenen Interesse Israels einen Weg aus dieser Sackgasse finden könnten, hätten sie eine große staatsmännische Leistung erbracht.

Der 1. August 1944

Von Enno v. Loewenstern

Es ist ein Monat der Jahrestage für Polen. Reden wir nicht von den ungeraden Jubiläen, obwohl auch von denen in Polen geredet wird: Am 16. August jährt sich zum 64. Mal das „Wunder an der Weichsel", als Pilsudski mit westlicher – französischer – Hilfe die Sowjets schlug, und am 31. August 1980 wurde das Danziger Abkommen zwischen Staat und „Solidarität" vereinbart, das die Anerkennung der freien Gewerkschaft und das Ende der Zensur vorsah.

Reden wir von den runden Jahrestagen, die derzeit das polnische Gedächtnis bewegen. Heute vor vierzig Jahren erhob sich in Warschau die polnische Heimatarmee, die Armja Krajowa, unter General Tadeusz Komorowski („General Bor"). Fünf Jahre zuvor, am 23. August 1939, war sozusagen die Voraussetzung dafür geschaffen worden durch den Hitler-Stalin-Pakt, der den gemeinsamen Überfall auf Polen und anschließend die Aufteilung der Beute vorsah.

Die Heimatarmee wurde allein gelassen; die Sowjetarmee, die damals schon dicht vor Warschau stand, sah untätig zu. Wie die „Neue Zürcher Zeitung" im Oktober 1944 bemerkte, war die Lage der Deutschen anfänglich „äußerst kritisch". Die Polen „hofften offenbar auf baldige Unterstützung von außen, die ihnen jedoch versagt blieb, sodaß sich die Deutschen allmählich verstärken und durch planmäßige Operationen wieder Herr der Lage werden konnten".

Vielleicht wäre der Krieg schneller zu Ende gegangen, wenn Warschau schon im August 1944 gefallen wäre. Aber angeblich konnten die Sowjets noch nicht eingreifen, und so beschimpft die amtliche Warschauer Geschichtsschreibung heute das Oberkommando der Heimatarmee als „jene, deren Gewissen mit rund zweihunderttausend Gefallenen ... und dem Tod einer ganzen Stadt belastet ist": sie hätten zur Unzeit losgeschlagen, um ihre „Klasseninteressen" zu retten.

Jeder Pole weiß jedoch, daß die Sowjets damals gern zuwarteten, bis die Deutschen die nichtkommunistischen Freiheitskämpfer aufrieben – so wurde Moskau eine Fortsetzung der Morde von Katyn erspart. In den polnischen Kirchen werden heute allenthalben Messen für Komorowski und seine Männer gelesen, Messen, die kein Klassenfeind finanziert hat.



„Ab heute Anschnallpflicht, Hans-Dietrich!" KLAUS BÖHLE

750-Jahr-Versäumnisse

Von Günter Zehm

Die Berliner machen sich Sorgen, und zwar mit Recht. Nur noch drei Jahre sind es bis zu den 750-Jahr-Feiern ihrer Stadt, deren Vorbereitung jenseits der Mauer von den Machthabern mit Vehemenz und der zu erwartenden politischen Einäugigkeit betrieben wird. Der frei gewählte Senat im Westen aber schiebt das Problem bis heute eher lustlos vor sich her. Es gibt weder ein von allen Verantwortlichen akzeptiertes Veranstaltungskonzept noch Klarheit über die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

Das Wichtigste, die Manifestation historischer Kontinuität durch anspruchsvolle Bauvorhaben, die pünktlich zur Feier abgeschlossen werden könnten, ist schon versäumt. Die SED, die über den alten Stadtkern mit vielen früheren Repräsentationsbauten gebietet, hat mit Milliardensummen die Rekonstruktion des ehemaligen Gendarmenmarktes („die schönste Stube Berlins") und des Viertels um die Nikolaikirche („die Urkeimzelle Berlins") als ihren Beitrag zum Jubiläum in Angriff genommen. Der Schöneberger Senat hätte darauf reagieren müssen durch eine entschlossene Sanierung „seines" Teils des einstmals repräsentativen, politisch wichtigen Berlins, nämlich des Diplomatenviertels. Doch nichts ist dort passiert, und es wird bis 1987 auch nichts mehr passieren. Das Diplomatenviertel bleibt eine Wüstenei.

Wie die „große zentrale Ausstellung zur 750-Jahr-Feier" im Osten aussehen wird, weiß man inzwischen. Es wird eine einzige Jubel-Arie der SED sein, eine Orgie der Selbstbeweihräucherung, verziert mit zahllosen Traditionsrelikten aus den reichen Beständen Altberliner und märkischer Museen, die die Verwurzelung des diktatorischen Regimes in der Geschichte der alten Reichshauptstadt dokumentieren sollen. Für die Ausstellung im Westen sind noch nicht einmal die Kompetenzen der Organisatoren hinreichend geklärt. Am wichtigsten Drücker ist zur Zeit die „Berliner Festspiele GmbH", die seinerzeit schon die berüchtigte „Preußenschau" im Gropiusbau verbrochen hat, jenes Kasperletheater ohne jede politische Würde, das bei vielen Berliner Politikern merkwürdigerweise immer noch als „Erfolg" gilt. So ist zu erwarten, daß es im freien Teil Berlins eine Neuauflage der „Preußenschau" geben wird, zumal wiederum der Gropiusbau mit seinem tristen Ambiente als Ausstellungsort ins Auge gefaßt ist.

Dabei haben schon vor Jahresfrist prominente Berliner vor einer solchen Neuauflage eindringlich gewarnt. Wolf Jobst Siedler hat in einem Memorandum an den Senat gefordert, jegliches Herumspielen mit stadtgeschichtlichen Miniaturen zu unterlassen und sich auf die großen politischen Zusammenhänge zu konzentrieren. Das Thema „Berlin und die Deutschen" müsse unübersehbar im Mittelpunkt stehen.

„Berlin ist keine Stadt wie andere", heißt es in dem interessanten Papier. „Die Freiheit Berlins ist von Bedeutung weit über die Lebensbedingungen der Bewohner der Westsektoren hinaus. Berlin wäre, wenn die Stadt Identität und Richtung verlöre, Anfang eines Dammbruchs. Diesen Damm zu sichern, ist Staatsräson der Bundesrepublik. Eine notwendige, wenngleich nicht ausreichende Bedingung dafür liegt in Selbstbewußtsein und Selbstdarstellung der Stadt und der Menschen, die sie bewohnen."

Der Berliner Senat sollte sich diese Worte endlich hinter die Ohren schreiben, eindeutig Organisatoren der 750-Jahr-Feiern benennen und ihnen die notwendigen politischen Richtlinien geben. Was man bisher aus dem Senatsgehege zu hören bekam, lief leider genau in die entgegengesetzte Richtung. Statt Politik Schrebergarten und biedermeierliches Sich-Beschränken auf bloße Stadtgeschichte, statt der großen Linie ein Sich-Verzetteln in unzählige Spezialgebiete, Manufaktur-, Handwerks- und Industriegeschichte, „Geschichte Berliner Geselligkeit", die „kleinen Leute" usw. usw. Und über allem dann die Soße dümmlich-ironischer Show-Designer à la mode, die alles „nicht so tierisch ernst nehmen", und die seinerzeit die „Preußenschau" durch eine Kruppkanone in Styropor und ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Kranhaken „aufpeppten".

Zum typischen Westberliner Kleinmut vor der 750-Jahr-Feier gehören auch die dauernden Versuche, mit den Ostberliner Machthabern doch noch so etwas wie eine gemeinsame Veranstaltung zustandezubringen. Selbstverständlich war es richtig, daß schon 1982 drüben vorgefühlt wurde und daß man den Honeckerleuten eindringlich klarmachte, daß dem Irrsinn von Mauer und Todesstreifen mitten durch die Stadt nicht die Zukunft gehören könne. Nachdem man sich aber die harsche Abfuhr geholt hatte und nachdem offensichtlich geworden war, daß die SED gerade die Teilung und die Mauer feiern wollte, hätte es ein Gebot der Selbstachtung sein müssen, nunmehr aus eigener Kraft fleißig an die Ausgestaltung der freiheitlichen Alternative zu gehen.



Nicht so tierisch ernst: Festspiele-GmbH-Chef Ulrich Eckart FOTO: KASPERSKI

Das freie Berlin braucht sich von niemandem den Schneid abkaufen zu lassen. Es ist auch heute noch – wie Siedler treffend in seinem Memorandum schrieb – trotz München, Hamburg und Frankfurt die einzige deutsche Stadt, die wirkliche geistige und politische Urbanität ausbildet, es ist der klarste Brennspiegel der politischen, sozialen und intellektuellen Kräfte unserer Epoche; von seinem Schicksal hängt das Schicksal Deutschlands und Europas ab. Die Organisatoren der 750-Jahr-Feier sollten sich der Stadt, die sie so bald zu vertreten haben, endlich würdig erweisen.

IM GESPRÄCH Barbara Schäfer

Adoption statt Abtreibung

Von Xing-Hu Kuo

Baden-Württembergs einziger neuer Minister ist gleichzeitig die einzige Frau in der Kabinettsriege Lothar Späths: Barbara Schäfer, 49, Oberstudienrätin aus Karlsruhe, leitet dreihundert Mitarbeiter im Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung in der ehemaligen Rotebühlkaserne in Stuttgart. Kaum wurde ihre Ernennung bekannt, gab es skeptische Fragen, ob diese Frau dort auch das notwendige strenge Regiment führen könne. Ihre Vor-Vorgängerin Annemarie Griesinger soll dort nicht streng genug regiert haben, weshalb sie nach Bonn weggelobt worden sei, heißt es in Kreisen der Landes-Astrologen.

Zumindest steht für die Landespresse jetzt nach ersten Gesprächen fest, daß die neue Ministerin auch nicht vor Tabus zurückschreckt. So sagte die verwitwete, kinderlose Katholikin, sie verfolge mit „großer Sorge" die ständig wachsende Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen nach der Notlagenindikation. Deshalb sei doch zu überlegen, ob Mütter, die unbedingt kein (neues) Kind haben wollen, dieses trotzdem austragen sollen, um es zur Adoption freizugeben. Dies sei immer noch besser als die Tötung des ungeborenen Lebens, erklärte sie dem zum Teil entsetzt murmelnden Pressechor.

Die Familienpolitik werde überhaupt der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bilden, kündigte die in Borken/Westfalen geborene Ministerin an. Dabei wolle sie die „Spitzenposition" Baden-Württembergs, die nur von Bayern streitig gemacht wird, beibehalten und ausbauen.

Mit einer „frohen Botschaft" konkretisierte sie diese Absicht: Das „Musterländle" werde als Ergänzung das Bundeserziehungsgeld, das ab 1986 für zunächst zehn, später zwölf Monate gewährt wird, durch ein „Landeserziehungsgeld" um ein weiteres Jahr verlängern. Dadurch könnten gerade die Familien mit bescheidenen Einkommen zwei Jahre lang sich der Erziehung der Kinder widmen: „Hilfe zur Selbsthilfe" heißt die Devise von Frau Schäfer.



Ist sie härter als Frau Griesinger? Barbara Schäfer FOTO: DPA

Die neue Ministerin, die bisher im Landtag von Baden-Württemberg durch Fleiß und Bescheidenheit eher wenig auffiel, rückte 1979 als Nachfolgerin des verstorbenen Ministers Traugott Bender ins Landesparlament. Nach dem Studium der Philologie (Französisch, Latein und Geschichte) in Göttingen, Freiburg und Poitiers (Frankreich) wurde sie zunächst Studienassessorin in Karlsruhe, Pforzheim und bis zu ihrer Beurlaubung 1980 Oberstudienrätin am Fichte-Gymnasium in Karlsruhe.

Parteipolitisch begann sie ihre Tätigkeit erst 1975, als sie der CDU beitrat. Ein Höhepunkt ihrer Parteilaufbahn war der Landesparteitag 1983 in Leimen bei Karlsruhe: Nach den Prominenten Manfred Wörner, Manfred Rommel und Gerhard Mayer-Vorfelder bekam sie die meisten Stimmen für den Landesvorstand. Der Weg zum Ministeramt war damit ebenfalls geebnet.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen beschäftigten sich mit dem Buschhaus-Streit:

Bremer Nachrichten

In der Politik ist eben nichts unmöglich. Es ist gerade drei Tage her, da hatten FDP-Politiker vollmundig getönt, in Sachen Buschhaus dürfe es keine „faulen Kompromisse" geben. Gestern nun einigten sich die Führungsspitzen der Koalition auf ein Konzept zur Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks bei Helmstedt, das – bei Lichte betrachtet – sich nur unwesentlich von der alten Regierungsvorlage unterscheidet.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die Bonner Koalitionsparteien haben den einzig möglichen Weg beschritten, der ihnen geblieben war, um ihr politisches Bündnis nicht um des Kraftwerkes Buschhaus willen sofort zerbrechen zu lassen: Sie haben sich auf „Verbesserungen" geeinigt. Über deren Realitätsbezogenheit kann man sehr geteilter Meinung sein.

Frankfurter Allgemeine

Über die Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus hat Niedersachsen zu befinden. Ministerpräsident Albrecht, von der Unternehmensleitung hart gedrängt, Prozesse um Schadenersatz in astronomischer Höhe vor Augen, gab die Sache an den weiter, dem das neue Kraftwerk zum Teil gehört: Den Bund. Da war das Parlament nicht gefragt – weil das die Kompetenzverteilung so vorsieht. Aber das Parlament fragte sich selbst und gab Antwort. In einer Zeit, da moralisch begründetes Auftrumpfen immer wichtiger, rechtsförmige Pflichterfüllung dagegen immer lästiger erscheint, bedeutet eine parlamentarische Entschließung nicht nur – jenseits von Zuständigkeitsfragen – ein drohendes Stigma für die, die sich daran nicht kehren, sondern auch, wie nun sichtbar wird, den Anfang einer Geschichte, deren Fortgang nicht vorauszusehen ist.

Kölnische Rundschau

Politische Opportunitätsbestrebungen, – um nicht zu sagen ein vorbehaltsloser Wettlauf mit Forderungen der Grünen, – haben auch in Teilen des DGB ihre Spuren hinterlassen. Der DGB-Vorsitzende Klaus Lehlbach in Rheinland-Pfalz zum Beispiel löste mit der Kritik an einem Kohlekraftwerk und dessen Betrieb als „Verbrechen an den Menschen" einen harten Protest der Betriebsräte der Saarbergwerke und der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) aus. Die Betriebsräte verbaten es sich, „als Umweltgangster kriminalisiert" zu werden. Der DGB-Vorstand ist diesem empörten Aufschrei aus dem Kreis der Betriebsräte schon mit einer eindeutigen Stellungnahme zugunsten von Buschhaus zuvorgekommen. Doch die Unsicherheit im Kreis der Gewerkschafter ist unverändert groß.

Schwarzwälder Bote

Der Koalitionsstreit um das Kraftwerk Buschhaus, auch wenn er gestern beigelegt worden ist – die Wunden, die sich CDU/CSU und FDP gegenseitig beigebracht haben, dürften kaum rasch heilen. (Oberndorf)

Frau als solche zu sein, kann nicht ausreichen

In der Demokratie sollte allein Qualität den Ausschlag geben / Von Ulrich Lohmar

Liegt die Hoffnung der deutschen Sozialdemokratie, irgendwann die Macht am Rhein zurückzugewinnen, bei den Frauen? Wenn man dem Bundesgeschäftsführer der SPD folgen wollte, könnte es so sein. Peter Glotz befindet, das Ende des Patriarchats – der Vorherrschaft der Männer – stehe nahe bevor, also müßten sich die Sozialdemokraten mit den Frauen verbinden. Sind die Männer dabei, abzudanken? Wollen die Frauen an die Macht?

Es ist schon so: Als die Grünen im Bundestag sich kürzlich eine Führung wählten, die nur aus Frauen besteht, heimsten sie dafür Beifall nicht nur von weiblichen Abgeordneten der SPD, sondern auch von solchen der FDP und der CDU/CSU ein. Vielleicht sind die Frauen im Parlament ja wirklich ein wenig frustriert ob der manchmal ziemlich pausbäckigen und hemdsärmeligen Umgangsformen ihrer männlichen Kollegen, aber ist das ein Grund, den Grünen dafür Beifall zu zollen, wenn sie sich nur noch von Frauen regieren lassen? Gibt es denn überhaupt d i e Frauen?

In Wirklichkeit zerfällt diese Mehrheit unserer Bevölkerung, deren Sprecherinnen die Frauen gern als förderungswürdige und bedürftige Minderheit darstellen, in mindestens vier Gruppen, deren jeweilige soziale Situation unterschiedlich ist: die berufstätigen Frauen, die Nur-Hausfrauen, die berufstätigen Mütter und diejenigen, die neben ihrer Mutterrolle den Haushalt und den Beruf bewältigen müssen. Die Nur-Hausfrauen haben es am besten, die Berufstätigen nicht schlecht, die doppelt oder dreifach Belasteten tragen am schwersten an ihren Aufgaben. Wie kann man da von d e n Frauen schlechthin sprechen?

Wenn den Männern trotzdem der Schlachtruf „Wir Frauen" entgegenschallt, dann sollten sie aufhorchen. Sie haben eine Ehegesetzgebung zugelassen und beschlossen, die ihnen selber schadet und allein den Nur-Hausfrauen nützt. Sie tun sich andererseits schwer, den berufstätigen Frauen eine gleiche Startchance in den herkömmlichen Männerberufen einzuräumen, und von den Frauen mit einer Mehrfachbelastung reden sie am liebsten gar nicht. Das ist sozusagen die Kehrseite der Medaille.

Wichtig werden diese Tatsachen vor allem dann, wenn man an den Einfluß von Männern und Frauen auf die Politik denkt. Dort finden wir bislang überwiegend berufstätige Frauen und daneben solche, die man etwas summarisch mit dem Kosewort „Emanzen" umschreiben könnte. Sie fallen, außer durch Übertreibungen, eigentlich durch nichts auf. Dennoch lassen viele Frauen es zu, daß allein die Tatsache, eine Frau zu sein, als zureichendes Qualitätsmerkmal zum Beispiel für Politik ausgegeben wird, ohne zu überdenken, ob sich damit eine gute Ausbildung, hinreichendes Wissen, Können und Erfahrung verbinden. Individuelle Eignung wird durch kollektive Zuordnung ersetzt: Frauen seien eben „unterrepräsentiert", also müßten es mehr werden; Männer hätten in der Politik ohnehin zu oft das Sagen, somit sei ihre Zahl zu reduzieren.

Aber Demokratie verlangt in ihrer Führungsauslese vor allem persönliche Qualifikation. Sie ist nicht gebunden an die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht, einer sozialen Klasse, einer Religionsgemeinschaft oder einer politischen Partei. Qualität bleibt mit der Person verbunden, die sich um politische Führung bewirbt. Man kann die Befähigung Einzelner nicht durch kollektive Zugehörigkeit ersetzen. Den Frauen schon deshalb einen größeren Anspruch auf Teilhabe an der politischen Führung des Landes einzuräumen, weil sie Frauen sind, ist mit den Erfahrungen des gesunden Menschenverstandes nicht auf einen Nenner zu bringen. Und die Männer sollten sich auch durch die ständige Wiederholung solcher Forderungen nicht dazu verleiten lassen, diesen Kunsthonig für Nektar zu halten.

Nein, in Wirklichkeit würde eine Unterordnung der Person unter die vorgegebenen Kollektive nur die Vorurteile der Frauen gegenüber den Männern stabilisieren – und umgekehrt. Wollten wir Politik nach der biologischen Statistik zwischen Männern und Frauen aufteilen, dann könnten wir daraus auch einen Abzählreim machen. Es wäre das Ende einer tatsächlichen Partnerschaft, um die es in Wirklichkeit geht. Wenn eine Frau besser ist als ein Mann, dann soll sie in die erste Reihe vorrücken. Wenn es umgekehrt ist, soll es auch so geschehen. Männer wie Frauen müssen sich daran gewöhnen, daß ihr Geschlecht nichts darüber aussagt, welche Qualitäten sie als Person mitbringen. Nur auf diese Weise lassen sich die historisch bedingten Verwerfungen auf demokratische Weise korrigieren. Einstweilen könnte man eher den Eindruck haben, daß der Zeitschrift „Emma" ein publizistisches Gegenstück fehlt – zum Beispiel „Emmerich".

Ulrich Lohmar, Professor für Politikwissenschaft, war von 1957 bis 1976 für die SPD im Deutschen Bundestag



Schwarze Tage für „Haie" und Olympia-Spekulanten

Es scheint nicht das große Geschäft zu werden. Ganz im Gegenteil: Wer unter den Ladenbesitzern in Los Angeles auf Olympia spekuliert hat, erlebt ein böses Erwachen. Das Publikum sieht aufs Portemonnaie. Und noch ein Handicap: *Die Geschäftsviertel* liegen weit weg von den sportlichen Zentren.

Von FRITZ WIRTH

Mr. Guy und Nino Cerruti grüßen die Olympischen Sommerspiele." So steht es in ihrem Schaufenster im „Rodeo Drive" von Beverly Hills. Mr. Guy und Nino Cerruti verkaufen Mode und haben seit zwei Tagen ein Problem: Die Olympischen Sommerspiele grüßen nicht zurück. Denn dieses Festival, das angeblich Merkur, dem Gott des Handels und Kommerzes, gewidmet sein soll, entwickelt sich zusehends für jene, die auf einen schnellen olympischen Dollar hoffen, zu einem geschäftlichen Desaster. Los Angeles verspricht das Fest der zugenähten Brieftaschen zu werden. Das olympische Feuer brennt in den Handelszentren der Stadt auf Sparflamme.

Der Grund: Dies ist ein sehr anderes Olympia. Eine Stadt wie München lieferte sich vor zwölf Jahren bedingungslos diesem Fest aus, baute um, schönte Fassaden auf und nahm ein Vollbad in Olympia. In Los Angeles aber lebt Olympia nur zur Untermiete.

Dieses Ungeheuer von einer Stadt ist so unfaßbar, so überdimensional, so grenzenlos – es läßt sich von niemandem in den Griff nehmen, und es liefert sich niemandem aus. Und so nimmt diese Stadt bestenfalls ein olympisches Fußbad. Mehr nicht. München wickelte sich damals mit 100 000 Fahnen ein. In Los Angeles weht nicht eine Fahne weniger. Nur: hier wirken sie eher wie Haarschleifen im Zopf eines Teenagers.

Also ein unterkühltes Olympia? Falsch. In Los Angeles grassiert seit drei Tagen heißes und spürbares Olympia-Fieber. Denn der Bürger hat sich sehr viel intensiver diesem Ereignis ausgeliefert als die Stadt selbst. Hier wurden über Nacht Enthusiasmus und beträchtlicher Patriotismus freigesetzt. Und damit hat plötzlich auch wieder ein Run auf jene Eintrittskarten eingesetzt, die bisher als unverkäuflich galten. Die Bürger von Los Angeles, die vor sechs Jahren zu 73 Prozent entschieden, daß dieses Fest keinen einzigen Steuerpfennig kosten soll, greifen plötzlich in die eigene Tasche.

Mr. Guy und Nino Cerruti aus dem „Rodeo Drive" in Beverly Hills kann das kaum trösten. Denn dieses Olympia liegt jenseits aller üblichen Handelsrouten der Stadt. Der Olympiamensch von Los Angeles verfällt nämlich in zwei Kategorien: Er ist *entweder ein olympischer Ruheständler* und konsumiert das Fest elektronisch auf Kanal 7, wobei er unter anderem bruchstückhaft etwas über die Olympischen Spiele, aber absolut lückenlos etwas über die Produkte von Levi's, Coca Cola und McDonald's erfährt, die dieses Fest ja maßgeblich bezahlt haben – oder er ist ein olympischer Aktivist.

Das aber macht ihn zunächst einmal zu einem hervorragenden Kenner der „Freeways", die wie betonierte Fließbänder diese Stadt durchschneiden. Dort ist der Olympia-Aktivist in den nächsten 14 Tagen vor allem zu Hause, unentwegt auf der Suche nach dem richtigen „Exit" und verängstigt von den schrillen Hörnern ärgerlicher Trucker, die nichts Olympisches im Sinne haben.

Dies ist ein Olympia der langen Wege. Einige von ihnen sind bereits heiliggesprochen worden, wie der San Gabriele, San Bernardino und Santa Ana Freeway, doch selten ist auf heiligem Grund soviel geflucht worden. Hier verfielen in den letzten Tagen im Olympia-Stau teuer bezahlte Eintrittskarten.

In diesem heiligen Zorn sind in den letzten Tagen in Los Angeles ungeheuere Dinge geschehen. Hier wurden Bürger beobachtet, die sich fünf Kilometer vor den Olympia-Arenen von ihren Autos trennten, ohne die sie bislang als absolut lebensuntüchtig galten, und zum ersten Mal in ihrem Leben in einen Bus umstiegen. Das hat unter den Bürgern von Los Angeles ein völlig neues olympisches Wir-Gefühl geschaffen und zugleich jene Parkplatz-Haie zur Verzweiflung getrieben, die in der Nähe der Olympia-Arenen in ihren Vorgärten Abstellplätze für 100 Dollar pro Auto freigehalten hatten.

Wie dies überhaupt schwarze Tage für Olympia-Spekulanten sind. Der Hotelportier des „Beverly Wilshire", der auf seiner dunkelgrünen Uniform mehr Gold trägt als Michael Groß je bei diesen Spielen gewinnen kann, bejaht die Frage nach leeren Räumen mit einladender Geste. Im „Hilton" waren am Eröffnungstag noch Zimmer verfügbar, und in den Kleinanzeigen der Zeitungen werden immer noch Olympia-Appartements feilgeboten.

Auch sonst sind die Legenden vom „Olympia der Millionäre" übertrieben. Ein Frühstück, das bis zum Dinner reicht, kostet knappe 6 Dollar, und ein „Brunch", ein kombiniertes Frühstücks-Mittagessen, ist im „Hilton" für 13 Dollar zu haben. Man kann heute in Hamburg, London und Paris für sehr viel mehr Geld sehr viel schlechter essen als im olympischen Los Angeles, *solange man sich aus* dem Umfeld von Beverly Hills fernhält.

Dort verbreitet sich in den Boutiquen des „Rodeo Drive" trotz Sommerschlußverkauf allmählich sanfter Olympia-Verdruß. So hat der Iraner Bijan Bahar, der sich darauf spezialisiert hat, „teure Dinge an Leute zu *verkaufen, die schon alles haben*", zum Olympia-Fest eigens ein Fahrrad aus Glas in sein Sortiment eingerückt. Es kostet 48 000 Dollar und wartet immer noch auf einen Käufer. *Bei Mille Chemises* ist ein olympisches Schachspiel zu haben, dessen Dame eine Kunstturnerin und dessen König ein Speerwerfer ist. 5750 Dollar wurden bisher vergeblich dafür verlangt.

Der Juwelier Gilda lädt seine Kundschaft mit dem olympischen Sammelruf „Kommt rein, und laßt uns *alle Gold* gewinnen" ins Geschäft. Das einzig Nützliche indes war bei Elizabeth Arden zu finden. Sie bietet Kosmetika an, um die olympischen Ringe unter den Augen zu entfernen. In gut zehn Tagen wird sie Hochbetrieb haben.



Souvenirs, Souvenirs: Solche Mitbringsel lassen sich verkaufen. Aber ansonsten sitzt die Börse des Olympia-Touristen nicht sehr locker.
FOTO: AP

Kein Baseball? Komische Spiele!

Von FRITZ WIRTH

So enthusiastisch und patriotisch die Amerikaner seit einigen Tagen Olympia feiern – das Fest hat für sie einen großen Haken: Es hat so überhaupt nichts mit Baseball zu tun. Es fällt ihnen schwer, zu begreifen, daß dieser Sport außerhalb ihrer Grenzen „terra incognita" ist, daß es in der Welt Menschen geben kann, die fern der für Laien zweifelhaften Dramatik und Philosophie dieses Spiels ein erfülltes Leben führen können.

So war es dann gar nicht mehr überraschend, daß man im Fernsehen gestern einen Volkssänger bat, rein musikalisch den Unterschied zwischen Baseball und Olympia darzustellen. Wohlgemerkt, nicht zwischen Baseball und einem anderem Sport – man sah das amerikanische Spiel pauschal als vergleichbare Größe zu Olympia. Der Bänkelsänger hatte dennoch keine großen Schwierigkeiten: Baseball ist besser *als Olympia*, befand er.

Was vielen Amerikanern jedoch völlig unbegreiflich ist: Wieso wird ihr Spiel beharrlich als unolympisch betrachtet, während ein so exotisches Spiel wie Handball volle olympische Anerkennung genießt? Die meisten von ihnen haben noch nie*mals von diesem Spiel gehört*, und deshalb starteten amerikanische Zeitungen vor Tagen eine große Aufklärungskampagne. Der Preis für die beste Definition gebührt dabei *dieser Erklärung*: „Handball ist eine Kombination von Fußball, Hockey, Basketball und Wasserball." Nach dieser Beschreibung kann man es keinem Amerikaner verübeln, wenn er Handball für einen olympischen „Quasimodo", für den größten Krüppel im internationalen Sport hält.



Auch sonst haben die Belehrungen und Aufklärungsfeldzüge dieser baseballfremden und damit irgendwie suspekten Olympischen Spiele etwas Anrührendes. Als am frühen Morgen zum ersten Mal Dressurreiten im Fernsehen geboten wurde, sandte der Kommentator seine Zuschauer eilig wieder mit der Bemerkung in den *Tiefschlaf* zurück: „Beim Dressurreiten brauchen die Pferde übrigens keine Hindernisse zu überspringen."

Falsche Hoffnungen hatte auch die Tatsache geweckt, daß Hockey im Olympia-Programm stand. Der Kartenvorverkauf enthüllte außergewöhnliches Interesse, bis dann plötzlich die Karten in Scharen wieder zurückgeschickt wurden. Der Grund: Es hatte sich herumgesprochen, daß dieses olympische Hockey eisfrei ist. Viele Amerikaner kamen deshalb am ersten Tag nur aus Neugier, um zu sehen, wie man Hockey ohne Eis spielen kann. Sie waren nicht sehr beeindruckt.

In der nächsten Woche jedoch *wird dieses Fest endgültig amerikanisch*. Im „Dodger Stadion" von Los Angeles werden fünf Teams zu einem Schauturnier antreten und den Olympiern zeigen, was ihrem Fest bisher *fehlte: sie spielen Baseball.*

Bald wird der Abfall seinen Meister finden

Von heute an gibt es im Lande einen neuen Lehrberuf, den des Ver- und Entsorgers. Noch hält sich der Zulauf sehr in Grenzen.

Von EBERHARD NITSCHKE

Dieser erste staatlich anerkannte Beruf im Umweltschutz, so ließ das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft verlauten, sei nun ganz und gar nicht „anrüchig". Manche mögen dies geargwöhnt haben, denn der Arbeitsplatz des künftigen Entsorgers ist die Kläranlage, die Müllkippe, die Abfallbehandlungsanlage.

Ob *nun wirklich, wie Experten* vermuten, im Herbst rund tausend dieser neuen Lehrstellen zur Verfügung stehen, weiß man noch nicht. In München zum Beispiel haben sich seit Juni, als die Ausbildungsverordnung bekanntgegeben wurde, ganze drei Bewerber gemeldet. Etwas ratlos hat man diese Schriftstücke dem Personalreferat weitergereicht, denn: „Was sollen wir mit denen?", meint man bei der Verwaltung. „Wir können sie doch nicht bloß zur Deponie mitnehmen."

Auch beim Arbeitsamt Bonn ist der *neue Beruf* den meisten Vorsprechenden völlig unbekannt und „wirkt nach Erklärung nicht attraktiv", wie Arbeitsamt-Direktor Hermann Gayer auf Anfrage der WELT sagt. Aus seiner langjährigen Erfahrung heraus möchte Gayer die Sache gern umtaufen. Seitdem der „Kellner" offiziell zum „Restaurant-Fachmann" avancierte, meint er, gibt es wieder mehr Bewerber als Stellen. Als vor Jahren eine Bonner Firma „Hilfs-Maschinisten" suchte, meldete sich niemand. Der Arbeitsamt-Direktor erfand den „nicht geschützten" Beruf „Maschinen-Führer" und hatte im Handumdrehen seine Leute. Ähnlich verhielt es sich, als niemand „Hilfs-Dreher" werden wollte und daraufhin gegen den erbitterten Widerstand der Industrie- und Handelskammer der Name „Fertigungsdreher" eingeführt wurde.

Kenntnisse in Biologie und Chemie sind gefragt

Facharbeiter aus anderen technischen *Berufen für die Arbeit* im Wasserwerk, im Kanalbetrieb und bei der Abfallbeseitigung heranzuziehen reicht heute bei der Hochtechnisierung nicht mehr aus. Um den „hohen *Anforderungen* und der Verantwortung gegenüber der Umwelt gerecht zu werden", so die Abwassertechnische Vereinigung (ATV) in St. Augustin bei Bonn, seien heute naturwissenschaftliches Grundwissen und die Bewältigung schwieriger Analysearbeiten in erhöhtem Umfang erforderlich. Die „Verordnung über die Berufsausbildung zum Ver- und Entsorger/zur Ver- und Entsorgerin" vom 30. Mai 1984 nimmt im Bundesgesetzblatt 16 eng bedruckte Seiten ein. Gewählt werden kann für eine dreijährige Ausbildung zwischen den Fachrichtungen Wasserversorgung, Abwasser und Abfall. Die Abschlußprüfung dauert „insgesamt höchstens zehn Stunden" und schließt mikrobiologische und chemische Untersuchungen ein. Man liest in der Verordnung: „Zum Nachweis der Kenntnis soll der Prüfling in den Prüfungsfächern Technologie, Technische Mathematik sowie Wirtschafts- und Sozialkunde schriftlich geprüft werden."

Zum Abfall-Fachmann gehört es, Einrichtungen zur Trennung, Sammlung oder Rückführung von Rohstoffen in den Rohstoffkreislauf zu bedienen, das Selbsterhitzungsvermögen des Abfalls zu bestimmen, „den Zehrungshemmungs- und Saprobitätstest" durchzuführen. Das Bildungs- und Wissenschaftsministerium in Bonn: „Chemische und Laboruntersuchungen dürften einen wesentlichen Teil aller anfallenden Tätigkeiten ausmachen."

Die abfälligen Äußerungen über den neuen Beruf kommen also meist aus der Deponie der Unkenntnis. Der parlamentarische Staatssekretär beim Bildungsminister, Anton Pfeifer (CDU), hat soeben noch einmal nachdrücklich an Gemeinden und Kreise appelliert, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und sich damit „ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewußt zu sein".

Das Berufsbild ist noch ein wenig trübe

Die Versorger und Entsorger werden damit im Augenblick ihrer Einführung auch gleich auf eine gehobene Stufe gestellt. Die Berufsausbildung vermittelt im ersten Ausbildungsjahr eine berufliche Grundbildung im Berufsfeld „Chemie–Physik–Biologie". Im zweiten Jahr werden übergreifende Fachkenntnisse für die drei möglichen Fachrichtungen nach einem einheitlichen Ausbildungsrahmenplan vermittelt. Das dritte Ausbildungsjahr schließlich dient der Unterrichtung in einer der drei Fachrichtungen.

Möglich erscheint es, daß bei solchen Anforderungen nicht eben Berufsanfänger *kommen, sondern* schon Experten. Die Zahl der arbeitslosen Biologen war bereits 1983 um 85 Prozent gestiegen. Und zu den Chemikern hieß es im Arbeitsmarktbericht vom *zweiten Halbjahr* 1982: „Häufig wurde auch eine Tätigkeit im Umweltschutz gesucht, wofür aber so gut wie keine Stellenangebote vorlagen."

Vor dem Hintergrund der jüngsten Giftmüll-Skandale könnte sich diese Situation jetzt schnell ändern. Mit der staatlichen Anerkennung der auf den Ausbildungsgang der Ver- und Entsorger aufbauenden Meisterprüfungen wird in Kürze gerechnet: Es gibt dann Wasser-, Klär- und Abfallmeister. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat dem neuen Beruf bereits attestiert, daß er „hohe Anforderungen in bezug auf technische und naturwissenschaftliche Fertigkeiten und Kenntnisse" stellt. Von daher jedenfalls ist, fachgerecht ausgedrückt, für Klärung eines möglicherweise noch trüben Berufsbildes gesorgt.



Fritz Sänger starb am Montag in München im Alter von 82 Jahren.
FOTO: DPA

Ein Fanatiker des sauberen Journalismus

Fritz Sänger durchlebte eine harte Jugend. Der frühe Tod des Vaters brachte Not ins Haus. Jeder Groschen mußte umgedreht werden.

Die Erlebnisse des heranwachsenden Jünglings im Krieg, die Erfahrungen in der Inflation, in den Wirren der Weimarer Republik und besonders während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft haben ihn immer wieder motiviert. Sie waren die Triebfedern für sein soziales, politisches und publizistisches Handeln. Sie sind die Wurzeln seiner Pionierleistungen beim Aufbau einer zweiten deutschen Republik, aber auch seiner Irrtümer.

Fritz Sänger wurde 1901 in Stettin geboren. 20 Jahre später legte er in Pyritz (Pommern) das Lehrerexamen ab, wählte dann aber den Journalisten-Beruf. 1933 wurde Sänger, der 1920 schon in die SPD eingetreten war, arbeitslos. Später fand er Unterschlupf in den Berliner Büros der „Frankfurter Zeitung" und des „Neuen Wiener Tagblatts". Dort sind damals allerdings auch Artikel unter seinem Namen veröffentlicht worden, die Sänger, wie er sagte, so nie geschrieben hatte. In diesen Jahren wurden Männer wie Theodor Haubach und andere spätere Opfer des 20. Juli 1944 seine Freunde.

Nach 1945 war Sänger zunächst Chefredakteur einer Braunschweiger Zeitung. Dann begann sein Lebenswerk, die Organisation eines unabhängigen deutschen Nachrichtendienstes. Die Agentur dpa ist sein Werk.

Es kamen Jahre in der aktiven Politik. Er war einer der Autoren des Godesberger Programms. In den sechziger Jahren war er SPD-Abgeordneter im Bundestag. Zu seinem 80. Geburtstag schuf seine Partei einen nach ihm genannten Preis für mutigen Journalismus.

1981 verlor Fritz Sänger seine Frau, die ihn jahrzehntelang durch Tiefen und Höhen begleitet hatte. In der Zeit der abgrundlosen Verzweiflung über diesen Tod fand er „wie durch ein Wunder" eine neue Lebensgefährtin, die er im März dieses Jahres heiratete.

Fritz Sänger war ein loyaler Freund, ein fairer und doch oft unbequemer Kollege und Vorgesetzter, ein Fanatiker für sauberen Journalismus, ein überzeugter Demokrat. Wenn er sich in eine Sache verrannt hatte, konnte er sogar zum Michael Kohlhaas werden.

ERNST CRAMER

Verzichten die Grünen in NRW auf Rotation?

dpa. Düsseldorf

Die nordrhein-westfälischen Grünen werden nach Ansicht ihres Geschäftsführers Martin Pannen vermutlich der erste Landesverband sein, der sich vor einer Landtagswahl gegen das Auswechseln der Abgeordneten zur Hälfte der Legislaturperiode aussprechen wird. Acht Wochen vor den Kommunalwahlen in NRW und rund zehn Monate vor der Landtagswahl sagte Pannen gestern: „Es wird Ende des Jahres eine Entscheidung geben, und die Tendenz im Landesverband ist momentan so, daß wir wohl auf die Rotation verzichten werden." Der Rotationszwang für die Abgeordneten im Bundestag und in anderen Länderparlamenten sei ein „berechtigter Versuch, der sich als nicht wirksam erwiesen hat".

Zur Ablehnung eines rot-grünen Bündnisses nach den nächsten Landtagswahlen durch Ministerpräsident Johannes Rau meinte Pannen, es sei spätestens seit der Europawahl „klar, daß die SPD in NRW die absolute Mehrheit nicht erreichen wird". Bei einem Zusammengehen der Grünen mit der SPD müsse „erst mal Arbeitsminister Farthmann weg", da er sich als „klarer Industriepolitiker" erwiesen habe. Auch Raus Medienpolitik sei „keinen schwarzen Schilling wert".

Im Herbst wollen die NRW-Grünen, so ihr Sprecher Matthias Hoppe, mit einem „Energie-Gutachten" den „Nachweis" erbringen, „daß sie sachkundig sind und nicht zu ewigen Nein-Sagern degradiert werden können". Das Gutachten analysiere die bisherige Energiepolitik und biete einen exakten Zeitplan an „für den Ausstieg aus der Atomenergie".

Auf Albrecht ist die CSU nicht gut zu sprechen

Von PETER SCHMALZ

Das Kraftwerk Buschhaus belastet nun auch noch das Klima zwischen München und Bonn. In der CSU sind kritische Stimmen zu hören, die auf eine Verärgerung schließen lassen: Das Thema sei „saumäßig" und „blödsinnig" gelaufen, die Bonner Administration habe „gewaltig gefehlt" und „mangelhafte Sensibilität" gezeigt.

Obwohl das niedersächsische Kohlekraftwerk jenseits der eigenen Landesgrenzen liegt, sieht sich die CSU unangenehm betroffen. CSU-Politiker berichten von Basis-Veranstaltungen, bei denen wegen Buschhaus die Glaubwürdigkeit auch der CSU-Politik angezweifelt wird. Die bayerischen Umweltschutzbemühungen seien „gewaltig in Mitleidenschaft gezogen", meinte ein Münchner Regierungsmitglied. Damit aber ist beim bayerischen Koalitionspartner ein empfindlicher Nerv getroffen: Gerade in der Umweltpolitik konnte die CSU in den vergangenen Jahren international beachtete Erfolge erzielen



Landesbericht Bayern

und den Profilierungssüchten der weißblauen Grünen spürbare Grenzen setzen. Allein in den vergangenen Monaten zeigte sich der Freistaat als Vorreiter bei diesem Thema durch die Verankerung des Umweltschutzes in der Landesverfassung, durch Planung und Ergebnis als sensationell empfundene Informationsreise des bayerischen Umweltministers Alfred Dick durch die „DDR" und schließlich durch die internationale Umweltkonferenz in München.

Für das politische Desaster um Buschhaus macht man in München einmal die niedersächsischen Landespolitiker verantwortlich, denen man vorwirft, ihr Umweltschutzbewußtsein sei mangelhaft ausgeprägt. In CSU-Kreisen geht das Wort um, Ministerpräsident Albrecht betrachte Umweltschutz nur als Modethema – wobei mancher CSU-Mann sich nicht die spitze Frage verkneifen kann, ob nicht auch Albrecht in der CDU nur ein Modethema gewesen sei. Da scheinen noch einige alte Rechnungen offen.

Die Bayern sind nicht bereit, dem Norden die „grünen Kohlen" aus dem Feuer zu holen. Münchens Wirtschaftsminister Anton Jaumann droht sogar mit einem „Energiekrieg" zwischen den Ländern, falls die bayerischen Stromverbraucher über einen Waldpfennig die Rauchgasentschwefelung in Nordrhein-Westfalen mitfinanzieren müßten: „Nicht mit uns! Jeder zahlt die Kosten seiner Verstromungspolitik. Wir rufen ja auch nicht nach einem Kernenergiepfennig."

Größer aber als auf die nördliche Landespolitik ist der bayerische Unmut über den Bonner Regierungsapparat. „In Bayern wäre das sicher nicht passiert", urteilt ein CSU-Politiker. Die Union sei jetzt in Begründungsschwierigkeiten, „weil auf unterer und mittlerer Ebene nicht aufgepaßt wurde". Von der Administration hätte man erwarten können, daß sie „alle Glocken läuten" läßt. Unbegreiflich ist den Bayern auch die mangelhafte Abstimmung zwischen Fraktion und Regierung, die man in München für das Zustandekommen der Bundestagsentschließung verantwortlich macht.

Gar als „dramatisch" wird empfunden, daß selbst das Kabinett „aus dem Ruder läuft". Der Bundeskanzler müsse sehen, daß Genscher, auf dessen persönliche Freundschaft er seine „Politik der Disziplinierung der CSU" gesetzt habe, an Autoritätsschwund leide, Lambsdorff nicht mehr da sei und Bangemann erst zeigen müsse, ob er Einfluß gewinnen kann. Diese Entwicklung wird in München als bedauerlich für die künftige Koalitionsarbeit angesehen, und man fragt sich, ob demnächst „die gesamte FDP-Fraktion am Kabinettstisch beteiligt" werden muß.

Die Dauer der Unzufriedenheit der CSU über das Bonner Kabinett deckt sich ohnehin nahezu mit der Regierungszeit der Koalition, an Stärke aber nimmt sie beständig zu. So formuliert ein Münchner Regierungsmitglied ein wenig umständlich, das Bundeskabinett habe „in der Gewichtung der fachlichen Kompetenzen schon Probleme". Nur zwei finden Gnade: Finanzminister Stoltenberg, dem Fachautorität attestiert wird, und Innenminister Zimmermann, der, so sagt man in München, für seine Maßnahmen „von Achternbusch bis Umweltschutz" ein hohes Ansehen in der Bevölkerung genieße.

Die negativen Urteile über die Ministerrunde – wobei der Postminister sogar als einer abqualifiziert wird, der sein „Thema fachlich nicht überreißt" – sollten aber nicht mißverstanden werden als neuer Versuch, ein Bonner Regierungsamt für Strauß freizuschießen. In dieser Frage hat die CSU Warteposition bezogen und ist sich sicher, daß spätestens nach den Landtagswahlen im nächsten Jahr von Bonn die Bitte kommt, der CSU-Chef möge doch an den Rhein wechseln. Es ist aber dann nicht ausgeschlossen, daß die Männer in seiner engeren Umgebung dem bayerischen Ministerpräsidenten raten, den „Einberufungsbefehl" zurückzuschicken und den Fortgang der Koalition bis 1987 von München aus zu beobachten.

Denn noch traut man in der CSU der großen Schwesterpartei nicht das als erforderlich angesehene Maß an strategischem Denken zu, das für den Fortbestand einer bürgerlichen Regierung nötig wäre. Erste Forderung aus München: Die CDU muß erkennen, daß sie angesichts einer FDP, die nach jüngsten Umfragen weiterhin unter fünf Prozent liegt, 1987 die absolute Mehrheit gegen Rot und Grün anstreben muß. Zweitens: Die FDP wäre der einzig mögliche Koalitionspartner, überlebt politisch aber nur mit einem neuen klaren Konzept. Andere Alternativen sieht die CSU nicht: Zur großen Koalition ist die SPD nicht reif, eine bundesweite CSU als Vierte Partei ist „kein Thema mehr". Mit einer Ausnahme: „Wenn aus der CDU einmal eine solche Überlegung an uns herangetragen würde, müßte man darüber reden..."

Kommunalpolitik im Gerichtssaal

Städte und Gemeinden besorgt: Justiz nimmt den Verwaltungen die Entscheidungsgewalt

R. v. WOIKOWSKY, Düsseldorf

Die deutschen Städte und Gemeinden sehen sich zunehmend durch die Gerichte in ihrer eigenen Entscheidungsgewalt eingeengt und befürchten ernste Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Bürgern. „Die vom Grundgesetz gewollte Gewaltenbalance zwischen Politik und Rechtsprechung ist in der Bundesrepublik in Unordnung geraten", stellt das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Peter Michael Mombaur, in einem Gespräch mit der WELT fest.

Wie ernst diese Klagen zu nehmen sind und daß es sich dabei nicht um ein „kommunales Interessen-Gejammer" handelt, unterstreicht die Schützenhilfe, die die Städte ausgerechnet durch Juristen erhalten. So stellte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Zeidler, auf dem Deutschen Richtertag 1983 fest: „Nach den Jahren des Vorrangs des subjektiven Rechts und der Hypertrophie des Individualismus geht es um die Wiederentdeckung der Grenze, hinter der die legitime Wesensgestalt des Staates beginnt."

Mehr noch als diese verbale juristische Schützenhilfe dokumentieren praktische Beispiele der letzten Jahre, in welchem Ausmaß heute „Kommunalpolitik im Gerichtssaal" betrieben wird:

- Ein Bürger einer Großstadt im Ruhrgebiet stellte einen Antrag auf Normenkontrolle gegen einen vom Rat der Stadt beschlossenen Bebauungsplan. Er begründete seine Antragsbefugnis damit, daß durch eine Verwirklichung des Bebauungsplans für ihn lebensnotwendige Belange beeinträchtigt würden. Er benötige zur Erhaltung seiner Leistungskraft ein bestimmtes Maß an täglicher Körperbewegung in frischer Luft. Diese herrsche nur in einem Bereich, der von jeder Bebauung und von störendem Verkehr freigehalten sei. Der bisher vorhandene Freiraum habe ihn letztlich seinerzeit dazu veranlaßt, diese Stadt als Wohnsitz zu wählen. Das OVG Münster (10. 10. 1980) hat die Antragsbefugnis bejaht.
- Der Anlieger einer neugeschaffenen Fußgängerzone klagte gegen seine Heranziehung zu den Straßenbaukosten. Begründung: Die Fußgängerzone verschaffe ihm keinerlei wirtschaftlichen Vorteil. Die Straßenoberfläche bestehe aus Natursteinpflaster, das wegen seiner Unebenheiten und der Zwischenräume zwischen den Steinen für die Fußgänger in starkem Maße beschwerlich sei. Die Unebenheiten der Steine drückten sich durch die Schuhsohlen; außerdem bleibe man mit spitzen Absätzen leicht hängen und beschädige sie. Für Kinder- und Einkaufswagen werde die Reibung störend erhöht. Das OVG Münster (20. 12. 1982) hat sich dieser Argumentation voll angeschlossen und die Beitragsfähigkeit von Natursteinpflaster generell in Zweifel gezogen.
- Das OVG Münster (26. .6. 1983) hat einen Bolzplatz in einem allgemeinen Wohngebiet wegen des damit verbundenen Lärms für unzulässig erklärt. Interessant ist dabei die definitorische Abgrenzung von Bolzplatz und Kinderspielplatz: „Bolzplätze dienen dem Bolzen; darunter versteht man landläufig die Art des Fußballspielens, wie es von Kindern, insbesondere aber auch von älteren Jugendlichen, in ihrer Freizeit betrieben wird. Im Gegensatz zu dem (nur) nach den Regeln des Deutschen Fußballbundes wettkampfmäßig betriebenen Fußballspiel, das mit einer Disziplinierung vor allem auch der Lautäußerungen der Spieler verbunden ist, ist für dieses Spiel typisch, daß auch die Spieler selbst lautstark bei der Sache sind, d. h. Rufen, Schreien, Johlen, sich gegenseitig anfeuern etc. Hinzu kommen ähnliche Geräuscheinwirkungen durch die Zuschauer und die Geräusche, die dadurch entstehen, daß der Ball gegen den üblicherweise solche Plätze einfassenden Maschendrahtzaun prallt."

Für Mombaur sind diese Beispiele in der täglichen Praxis längst keine Einzelfälle mehr. „Die Zahl der Gerichtsentscheidungen, die den Sinn der Gewaltenbalance objektiv verletzen, ist Legion bis hin zur Umkehrung des genauen Wortlauts von Gesetzen durch Rechtsprechung." Die Gerichte seien leider in der Gefahr, im Bereich der Gewaltenbalance die Gewichte zu verschieben, weil ihnen in der Regel die Interessenlage der Kläger eindringlicher vorgetragen werde als die oft vielfältigen, schwierig abzuwägenden Interessenlagen jener, die die Gerichte nicht anrufen.

Mombaur stellt hier eine klare Forderung: „In politische Entscheidungen gehen Tausende von Erwägungen, Interessenstandpunkten und Rechtsgütern ein, die abzuwägen und im Sinne des gemeinen Wohls fortzuentwickeln, Aufgabe der Politik ist, für die sie dem Bürger gegenüber in Wahlen Verantwortung übernimmt."

Mombaur warnt die Gerichte in diesem Zusammenhang davor, eigene Prognosen und Beurteilungen an die Stelle der politischen Entscheidung zu setzen. Damit werde die Gestaltungsfreiheit der Politik und damit zugleich die der Wähler, tatsächlich beseitigt. „Wenn die den gewählten Politikern zustehenden Gestaltungsmöglichkeiten in Planung und Daseinsfürsorge zunehmend von Gerichten an sich gezogen werden, erlahmt der Mitwirkungswille der Bürger an der Gestaltung der Lebensverhältnisse." Mombaur appelliert eindringlich, den eingeschlagenen Weg zur „Subalternisierung der Verwaltung" beziehungsweise „zur Entwicklung der Verwaltung zur Vorprüfstelle der Gerichte" zu stoppen. Dazu müsse die künftige Verwaltungsgerichtsbarkeit so ergänzt werden, daß bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe, die z. B. auf einer Abwägung beruhen (Spielflächen und Ruhebedürfnis), die Auswahl zwischen mehreren rechtmäßigen Entscheidungen nicht vom Gericht getroffen werden soll, sondern der Verwaltung obliegt.

Moskau konzentriert sich auf Erdgas

Neue Pipeline von Sibirien nach Osteuropa geplant / RGW-Länder sollen mitbauen

PETER WEERTZ, Berlin

Die Sowjetunion will ihre Energie- und Rohstoffbilanz langfristig verbessern und von den Lieferverpflichtungen gegenüber den osteuropäischen Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) entlasten. Zu diesem Vorhaben gehört auch der Ersatz von Erdöl durch Erdgas. In dem langfristigen sowjetischen Energieprogramm ist deshalb der Bau einer neuen Gasleitung von Sibirien nach Osteuropa vorgesehen.

Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mitteilte, ist darüber auf dem Moskauer Wirtschaftsgipfel des Ostblocks im Juni verhandelt worden. Eine Entscheidung sei allerdings noch nicht gefallen, schränkt das Berliner Institut ein. Die osteuropäischen Nachbarn der Sowjetunion wurden jedoch aufgefordert, sich an dem Bau der neuen Erdgasleitung zu beteiligen, die eine Jahresleistung von 20 bis 22 Milliarden Kubikmeter haben soll. Bei dem Bau der Pipeline sollen die Comecon-Länder Streckenabschnitte in eigener Verantwortung übernehmen. Dieses Verfahren wurde schon bei den übrigen Pipelines für Erdöl und Gas angewendet.

Zur Zeit ist zwar die Sowjetunion der weltgrößte Erdölproduzent, das Wachstum der Förderung ist aber gesunken. Deshalb soll die Struktur der Energiebezüge aus der Sowjetunion der RGW-Mitgliedsländer verändert werden. Schon vor drei Jahren hat Moskau den sieben osteuropäischen Mitgliedsländern des östlichen Wirtschaftsblocks mitgeteilt, daß die jährlichen Ölexporte um zehn Prozent gekürzt werden. Für die „DDR" bedeutet dies eine jährliche Kürzung um etwa zwei Millionen Tonnen.

Zugleich habe jedoch Moskau versichert, so die Berliner Wirtschaftsforscher, es werde in Zukunft den Ölpreis zum Weltmarktniveau kalkulieren, wenn dieser niedriger liegen sollte als die Verrechnungspreise im Ostblock. Denn infolge der sinkenden Erdölpreise auf dem Weltmarkt waren die Moskauer Preise vorübergehend höher als die in Rotterdam. Bis 1981 hingegen waren die sowjetischen Erölverrechnungspreise für die RGW-Länder bis 40 Prozent geringer als die Rotterdamer Preise.

Seit 1976 ist nach Angaben des DIW die Verschuldung der osteuropäischen RGW-Länder gegenüber der UdSSR auf rund 20,5 Milliarden Transferrubel gestiegen. Schon infolge der hohen Verschuldung steht die gemeinschaftsinterne Preisgestaltung durch Moskau unter dem Druck ihrer Wirtschaftspartner im Ostblock.

Hinzu kommen die Unterschiede in der Qualität der Exportgüter im Warenverkehr. Ein Teil dieser Ex- und Importe innerhalb des RGW wird seit Mitte der 70er Jahre auf der Basis harter westlicher Währungen abgewickelt. Maßstab hierfür ist die Weltmarktfähigkeit der Produkte. Hierüber liegen zwar keine genauen Angaben vor, geschätzt wird aber, daß der Anteil gegenwärtig schon zehn bis 20 Prozent betragen soll.

Zur Entlastung der sowjetischen Energiebilanz haben sich die osteuropäischen Länder des RGW außerdem verpflichtet, ihre eigenen Energieressourcen einschließlich der Importe aus Drittländern maximal zu nutzen.

Warum die Kieler Landesregierung den Umweltschutz im Grundgesetz verankern will

Leben in Freiheit und im Frieden mit der Natur

Von UWE BARSCHEL

Uwe Barschel, 1944 in der Nähe von Potsdam geboren, ist seit dem 14. Oktober 1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. In den vergangenen zwei Jahren ist er durch eine eigenständige Politik aus dem Schatten seines Vorgängers und Förderers Gerhard Stoltenberg herausgetreten. Seine Politik findet auch in den Nachbarländern Anerkennung und hat vor allem zu einer Entkrampfung des zeitweise gespannten Verhältnisses zwischen Kiel und Hamburg geführt.

Die Ergänzung des Grundgesetzes um einen besonderen Umweltschutz-Artikel wäre ein kluger Schritt des Gesetzgebers. Die Landesregierung in Kiel hat deshalb beim Bundesrat einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht. Wir wollen, daß der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel in der Verfassung verankert wird.

Wir verkennen dabei nicht, daß es auch beachtenswerte Bedenken gegen eine solche Verfassungsänderung gibt: Denn in der Tat ist richtig: Die Aufnahme eines Umweltschutz-Artikels in das Grundgesetz allein verbessert noch nicht unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Auch bejahen wir, daß unser Grundgesetz nicht ohne zwingende Gründe zu häufig geändert werden sollte.

Doch immer mehr Menschen sind tief beunruhigt,

- wenn heute über ein Drittel des Waldes der Bundesrepublik Deutschland geschädigt ist,
- wenn eine Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten in den letzten Jahrzehnten ausgestorben, andere stark gefährdet sind,
- wenn die Schadstoffbelastungen der Gewässer, des Bodens und des Grundwassers ein nie gekanntes Ausmaß annehmen,
- wenn Luftverschmutzungen schon den Grad der Gesundheitsgefährdung erreichen.

Die Notwendigkeit für einen konsequenten Umweltschutz hat heute eine andere Qualität als in der Zeit der Entstehung des Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung aus verschiedenen Grundgesetzartikeln lediglich Teilgewährleistungen für den Umweltschutz abgeleitet. In der Rechtslehre wird allgemein ein ökologisches Existenzminimum anerkannt. Doch sind dies juristische Hilfskonstruktionen, denn im Gegensatz zu den Verfassungen zahlreicher anderer moderner Demokratien kennt das Grundgesetz keine umfassende Bestimmung zum Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen.

Verfassungsänderungen sollen sich nicht aktionistisch auf Gegenstände beziehen, die noch während der zu erwartenden Geltungsdauer der Verfassung wieder inaktuell werden. Die Verpfichtung der Menschen, um ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu kämpfen, wird dieses Grundgesetz überdauern. Denn der Umweltschutz ist keine modische Zeiterscheinung.

Ein Umweltgrundrecht ist verfassungspolitisch nicht erwünscht, weil es den Gerichten die Rolle der politischen Führungsorgane übertragen würde. Umweltschutz gehört aber zu den elementaren Bereichen von Gesetzgebung sowie Regierungs- und Verwaltungstätigkeit. Umweltpolitik ist ohne Anerkennung ökonomischer Realitäten nicht machbar. Die ständig erforderliche Abwägung zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen und den ökologischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten und auch umgekehrt macht einen Zielkonflikt deutlich, der nicht von der Justiz, sondern von den Parlamenten und Regierungen gelöst werden muß.

Der verfassungspolitisch bessere Weg ist die Aufnahme einer Staatszielbestimmung. Sie würde als Auslegungsmaßstab auf die Bereiche des einfachen Rechts ebenso ausstrahlen wie auf das Verfassungsrecht selbst. Auch im Bereich planerischer Entscheidungen wären die Belange der Umwelt als Leitkriterien in die Entscheidungsfindung dann schon von Verfassungs wegen mit einzubeziehen. Es wäre ein großer Erfolg, wenn wir eine Gleichrangigkeit des Umweltschutzes mit anderen Staatszielen und Staatsaufgaben erreichen könnten. Nur dann ist es wirklich gesichert, daß stets eine sachgerechte Abwägung zwischen den widerstreitenden Interessen erfolgt.

Der Hinweis, Länder, die den Umweltschutz verfassungsrechtlich verankern wollen, mögen dies in ihrer Landesverfassung tun, ist wenig hilfreich. Zunächst einmal können nicht alle Länder diesen Weg gehen. Denn es gibt Landesverfassungen, die reine Organsiationsstatute sind, also ohne Grundrechte und Staatsziele. Und wer verfassungsrechtliche oder -politische Bedenken gegen die Aufnahme eines Umweltschutz-Artikels in das Grundgesetz vorträgt, müßte dies konsequenterweise ebenso in bezug auf Landesverfassungen tun. Und umgekehrt: Wer in seiner Landesverfassung eine Umweltschutzbestimmung verankert hat oder dies anstrebt, kann kaum Bedenken gegenüber einem entsprechenden Vorhaben für das Grundgesetz haben.

Auch wirft jede vom Grundgesetz abweichende Aufnahme von Staatszielen oder Grundrechten in eine Landesverfassung schwierige politische und rechtliche Fragen auf. Die hessische Verfassung mit ihrem Aussperrungsverbot ist ein gutes Beispiel dafür, weil besondere Landesverfassungsbestimmungen rechtlich leerlaufen können. Da der Bund wesentliche Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Umweltgesetzgebung hat, kann sogar eine einfache Bundesverordnung die Wirkung einer Umweltschutzbestimmung in einer Landesverfassung aufheben.

Die Forderung nach einem besonderen Umweltschutz-Artikel wurde mit dem bösen Wort vom „Verfassungsgeschwätz" karikiert. Darauf erwidere ich: Im 1. Artikel unseres Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar." Die Väter unseres Grundgesetzes wußten sehr wohl, daß diese Bestimmung keine unmittelbaren tatsächlichen Wirkungen erzeugt. Aber sie war als Antwort auf die menschenunwürdige Hitler-Diktatur eine unübertreffliche Aussage. Wohl niemand käme auf die Idee, sie als Verfassungsgeschwätz abzutun. Sie hat die Botschaft überbracht, daß in der jungen deutschen Demokratie alle staatliche Gewalt und jedermann den Menschen – ich darf es mit meinen Worten sagen – als Geschöpf Gottes respektiert.

Und heute müssen wir erkennen, daß dieser Schutz nicht nur dem Menschen als Individuum, sondern auch der Natur als der entscheidenden Lebensgrundlage für den Menschen gebührt. Deshalb verstehe ich eine Ergänzung des Grundgesetzes, die diesen Gedanken zum Ausdruck bringt, als eine neue Botschaft: Menschwürdiges Leben ist Leben in Freiheit und im Frieden mit der Natur.

Craxi stellt sich dem Parlament

dpa. Rom

Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi stellt sich heute abend einer Vertrauensabstimmung im Abgeordnetenhaus in Rom. Das Parlament soll mehrwächige Verhandlungen über die Bilanz seiner Koalition und eine Regierungserklärung billigen, die Craxi gestern vortrug. Dann hatte er ein überaus positives Bild der italienischen Situation gezeichnet.

Die Regierung sei ihren Zielen sehr nahe gekommen. Die Inflation liege nur noch wenig über zehn Prozent. Die Staatsverschuldung sei auf etwa 153 Milliarden Mark gesenkt worden. Die Tendenz der Arbeitnehmereinkommen sei steigend. „Es gibt einen Produktionsaufschwung, der uns für die Zukunft hoffen läßt", sagte Craxi.

In wochenlangen Gesprächen hatten sich die Sozialisten Craxis sowie die Christdemokraten, Republikaner, Sozialdemokraten und Liberalen darauf geeinigt, daß Craxi noch ein Jahr Ministerpräsident bleiben solle, ehe wieder ein Christdemokrat dieses Amt übernimmt.

ETA-Führer wurde verbannt

DW. Paris/Madrid

Der am Montag im französischen Baskenland festgenommene mutmaßliche ETA-Führer Eugenio Etxeveste-Arizguren muß sich auf Anweisung der französischen Behörden künftig in Lothringen aufhalten und sich regelmäßig bei der Polizei melden, wurde gestern in Pau (Südfrankreich) mitgeteilt. Er gilt als Anführer des militärischen Flügels der spanischen Separatisten-Organisation und lebt seit mehr als zehn Jahren in Frankreich. Die Festnahme war erfolgt, weil er keine Aufenthaltsgenehmigung besaß. Er hatte auch keinen Antrag auf politisches Asyl gestellt.

Außerdem wurde in Südfrankreich das ETA-Mitglied Alfonso Echegaray festgenommen. Er war nach Auskunft der spanischen Polizei erst vor kurzem aus dem Baskenland, wo er ein Terrorkommando führte, wieder in seinen Unterschlupf in Frankreich zurückgekehrt. Spanien ersuchte Frankreich um die Ausweisung von insgesamt 95 ETA-Mitgliedern.

Unterhaus votiert gegen Regionalräte

AP. London

Mit seiner konservativen Mehrheit hat das britische Unterhaus gestern das von der Opposition heftig bekämpfte Gesetz über die Abschaffung der Regionalräte in sieben Großstädten des Landes in dritter Lesung mit 302 gegen 167 Stimmen verabschiedet. Alle betroffenen Räte, die aus Wahlen hervorgingen, werden von der Labour Party beherrscht. Das Gesetz sieht vor, daß die 1985 fällige Neuwahl der Regionalräte von Groß-London und sechs weiteren Ballungsgebieten nicht stattfindet. Die Räte sollen zunächst durch ernannte Beauftragte ersetzt und 1986 ganz abgeschafft werden.

Schwerste Kämpfe in El Salvador

DW. San Salvador

In El Salvador ist es am Montag zu den schwersten Kämpfen seit dem Amtsantritt von Präsident Duarte vor zwei Monaten gekommen. Bei einem Guerrilla-Angriff auf landwirtschaftliche Kooperativen westlich der Hauptstadt San Salvador kamen nach offiziellen Angaben 66 Menschen, zumeist Zivilgardisten, ums Leben. Im Osten des Landes haben 2000 Mann starke Regierungstruppen am Wochenende eine Offensive gegen die Aufständischen begonnen.

Deng will Übernahme Hongkongs erleben

AFP. Peking

Chinas „starker Mann" Deng Xiaoping, der am 22. August 80 Jahre alt wird, hat es als seinen „größten Wunsch" bezeichnet, bis zu dem Zeitpunkt zu leben, wenn China seine Souveränität über die britische Kronkolonie Hongkong im Jahr 1997 wiederherstellt. Deng äußerte dies gestern gutgelaunt und sonnengebräunt vor Beginn seines Gesprächs mit dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe über Hongkongs Zukunft. Deng Xiaoping, der dann 93 Jahre alt würde, sagte einschränkend, daß er nicht wisse, „ob mein Wunsch in Erfüllung geht". In politischen Kreisen Pekings wurden Dengs Bemerkungen so ausgelegt, daß der chinesische Spitzenpolitiker vor 1997 nicht an einen Abtritt von der politischen Bühne denkt und vor allem das Hongkong-Problem als seine persönliche Domäne betrachtet.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Madrid sucht mit dem Sozialpakt einen Ausgleich der Interessen

Gewerkschaften fordern mehr Arbeitsplätze / Boyer will erst die Inflation bekämpfen

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Was ist das, eine sozialistische Wirtschaft?" fragte voller Sarkasmus ein Vertreter der polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc" während der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Madrid. Eine ganz ähnliche Frage muß sich jetzt die sozialistische Regierung Spaniens stellen.

Die Gewerkschaften der Sozialistischen und Kommunistischen Partei glauben in der Politik des Finanz- und Wirtschaftsministers Miguel Boyer „zu viel Kapitalismus" zu erkennen, während die Unternehmerverbände dem „Superminister" die Bremsen einer monetären Politik und zu hohe Ausgaben der öffentlichen Hand vorhalten.

Anerkennung gezollt

So jedenfalls könne sich nach Meinung der Unternehmer eine freie Wirtschaft nicht entfalten. Das internationale Bankwesen begrüßt dagegen gerade diese monetären Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation. Jüngste Investitionen wie die der amerikanischen Telefon- und Telegrafen-Gesellschaft bestätigt die internationale Anerkennung der spanischen Wirtschaftspolitik.

Seine eigene Politik definierte Boyer in einem Interview mit der WELT so: „Weder links noch rechts. Unter den sich überall ähnelnden Umständen versucht schließlich jede Regierung zunächst einmal ihr Defizit auszugleichen, sei sie nun unabhängig, sozialistisch oder konservativ."

Auf dieser Basis nun sucht die Regierung González ein Einverständnis zwischen Verwaltung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften im Rahmen eines neuen „Sozialpaktes der Konzertation". Ausgangspunkt bildet die anhaltende Kritik der Gewerkschaften, die seit einem Jahr mit Generalstreiks und Protestdemonstrationen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu beeinflussen suchen.

Besonders die Kommunisten werfen der Regierungspartei vor, während des Wahlkampfes 800 000 neue Arbeitsplätze versprochen zu haben. Zur Zeit sind es jedoch 400 000 Arbeitsplätze weniger als bei der Regierungsübernahme im Dezember 1982.

Minister Boyer versucht auf jeden Fall an seinem Konzept festzuhalten: Erst die Inflation zu bekämpfen, dann mit einer finanziell sanierten Wirtschaft neue Arbeitsplätze zu schaffen – „wenn der Markt dorthin tendiert. Dann nämlich werden die Unternehmer von allein investieren".

Aufgrund dieser „schmerzhaften Gesundung" – Spanien erreichte inzwischen eine Arbeitslosigkeit von fast 20 Prozent der Beschäftigten – kann sich der Sozialpakt zunächst nur psychologisch auswirken.

Die Gewerkschaften fordern die Schaffung von 200 000 Arbeitsplätzen durch die öffentliche Hand – und das „so schnell wie möglich". Die Erfüllung dieser Forderung aber würde das Ende des wirtschaftspolitischen Konzepts der Regierung González bedeuten. Sie wäre mit einer Zunahme des Staatshaushaltes verbunden, der schon jetzt kaum Luft für eine Erholung der Privatwirtschaft erkennen läßt. Als er jetzt vorgelegt wurde, kündigten die Unternehmerverbände Bedenken an und machten darauf aufmerksam, daß in den letzten sieben Jahren 49 000 Unternehmen aufgeben mußten.

Für flexiblere Verträge

Unter Hinweis auf die Gepflogenheiten anderer Industriestaaten fordert die spanische Wirtschaft eine flexiblere Arbeitsgesetzgebung. Neue Arbeitnehmer sollten danach nur mit einem zeitlich begrenzten Arbeitsvertrag eingestellt werden. Auf diese Weise, so die Unternehmer, könnten vor allem die Schulabgänger berücksichtigt werden.

Die Gewerkschaften zeigen sich dagegen entschlossen, an jenen Arbeitsgesetzen festzuhalten, die Staatschef General Franco in den Jahren des internationalen Boykotts erließ und die eine Entlassung praktisch ausschloß. Damals ging es bei Niedrigstlöhnen um das Überleben der Nation. Heute jedoch führen gerade diese Schutzgesetze bei inzwischen hohen Löhnen und einer Sozialversicherung, die zu 80 Prozent der Unternehmer zu leisten hat, in vielen Fällen zu Firmenzusammenbrüchen.

(SAD)

Wie die „DDR" Menschenrechte sieht

Rechtsexperten stellten auf der UNO-Konferenz kritische Fragen / Auch Chile betroffen

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Prüfung, wie Chile und die „DDR" die im internationalen Pakt verbrieften bürgerlichen und politischen Rechte umsetzen, stand im Mittelpunkt der Diskussionen des UNO-Menschenrechtsausschusses in Genf. Während Chile in der nächsten Session von Ende Oktober weiter befragt wird, wurde die „DDR" „auf Bewährung" entlassen.

80 Länder, darunter die Bundesrepublik, die „DDR" und Chile, haben diesen Menschenrechtspakt ratifiziert und sich damit verpflichtet, die darin festgehaltenen Rechte anzuwenden. Im Gegensatz zur Helsinki-Schlußakte oder der internationalen Konvention der Menschenrechte gewährt diese Vereinbarung dem einzelnen Bürger unmittelbar das Recht. Das ist ihre Besonderheit und Stärke.

Die Stoßrichtung des „DDR"-Vertreters Erich Buchholz bei der Befragung durch die 18 Rechtsexperten aus aller Welt war der Versuch, ein anders geartetes kommunistisches Menschenrechtsverständnis zu begründen. Buchholz vertrat die Ansicht, man dürfe die Menschenrechte nicht nach dem einen oder anderen Artikel separat betrachten, sondern müsse sie in Zusammenhang stellen mit allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen.

Eingeschränkte Rechte

Dahinter steckt die Vorstellung, daß ein Vertragsland die verbrieften liberalen Freiheitsrechte beschneiden, daß irgendein Kollektiv die Freiheitsrechte verantwortlich ausüben und sich der einzelne Bürger nur durch eine gesellschaftliche Organisation äußern kann.

In diesem Zusammenhang kam es zu einer Debatte um Paragraph 61 des Jahresberichtes, der die vier Sitzungen über die „DDR" wiedergibt. Dies hätte beinahe zum Scheitern des Berichts geführt, der der UNO-Vollversammlung in New York vorgelegt werden soll. Der sowjetische Experte kämpfte vergeblich um die Streichung des Hinweises von Christian Tomuschat (Bundesrepulik), daß sich die „DDR" unter Berufung auf ein besonderes Menschenrechtsverständnis den Verpflichtungen des Paktes entzieht.

Das sowjetische Verhalten zeigt die Furcht östlicher Mitglieder vor einer Wertung ihrer Berichte durch den Menschenrechtsausschuß – gleichsam als Vorspiel zum Bericht der Sowjetunion, den sie für die Oktobersession vorlegen muß. Andererseits gingen die Experten aus der Sowjetunion sowie der „DDR" bei der Prüfung des chilenischen Berichts von einem durchaus westlichen Menschenrechtsverständnis aus.

Im Zusammenhang mit der „DDR" war die Grenze ein zentrales Thema. Dabei fiel den Experten auf, daß die Grenzprobleme für so wichtig gehalten wurden, daß die „DDR" zweimal auf dieses Thema einging. Einmal nach dem Motto: „Unsere Grenze ist unverletzlich, wir müssen die Grenze schützen." Zum anderen wurde zugegeben, daß die Ausreisefreiheit auch aus wirtschaftlichen Gründen eingeschränkt bleibe. Da Bürger „wegrennen", sei es legitim, dieses Problem unter dem Gesichtspunkt der „Ordre Public" zu behandeln.

Während der Ausschuß von Chile substantielle Antworten erhielt, kürzte der „DDR"-Vertreter die Zeit für kritische Fragen durch Verzögerungstaktik oder wich aus, so daß Kernpunkte, wie die Meinungsdelikte im politischen Strafrecht, unbeantwortet blieben. Unbefriedigend blieben auch Antworten, die Fragen nach den politischen Parteien und nach dem Prinzip der politischen Nichtdiskrimiaierung betrafen.

Parteienpluralismus wurde vorgegaukelt: Es herrsche Harmonie zwischen der sozialistischen Einheitspartei und den übrigen Gruppierungen. In den Grundzügen stimmten sie alle überein und dies freiwillig. Ähnlich lautete die Aussage über den Gewerkschaftsbund: Er sichere die Interessen der Werktätigen so gut, daß sie dumm und töricht wären, versuchten sie, einen weiteren Gewerkschaftsbund selbst zu organisieren.

Widerstand nicht möglich

Bei den fünf Sitzungen über Chile wurde Kritik daran geübt, daß es bis 1989 keine Wahlen geben soll. Der Ausschuß wertete dies als Verletzung demokratischer Rechte, für die es keine Rechtfertigung gebe. Zur Sprache kamen außerdem Folter und verschwundene Personen, Exilierung und innere Verbannung.

Die Menschenrechtskommission kann in Chile offenbar Fälle von Folterungen und Ermordungen publizieren, den Präsidenten in der Presse kritisieren. Die Form eines Widerstandes, die es in Chile gibt, wie etwa die Tage des nationalen Protestes, wären nach Ansicht des Ausschusses in der „DDR" nicht möglich, da das Regime totalitär sei und Meinungsfreiheit nicht existiere.

Dem Menschenrechtsausschuß in Genf ist klar, daß die „DDR" eigentlich nicht Mitglied sein kann, da eine grundsätzliche Unvereinbarkeit besteht zwischen ihrem System und dem internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Zudem ist es ein offenes Geheimnis, daß der Beitrittsgrund außenpolitisch motiviert war: Die „DDR" wollte in der Dritten Welt nicht als ein Land gelten, das die Menschenrechte verletzt. Auch hatte man darauf spekuliert, durch einen eigenen Experten mehr Glaubwürdigkeit zu erreichen.

Abkommen mit Asean als Vorbild

EG-Pläne über Kooperation mit Mittelamerika / Beitrag zur politischen Stabilisierung

WILHELM HADLER, Brüssel

Nicht mit leeren Händen kommen sollen die Außenminister der EG, wenn sie Ende September in San José (Costa Rica) mit ihren Kollegen aus Mittelamerika zusammentreffen. Dies hat der Präsident von El Salvador, Napoleon Duarte, den Europäern nach seiner Goodwill-Reise noch einmal ans Herz gelegt. Für die EG ist bereits ein Erfolg, daß die Idee einer gemeinsamen Konferenz überhaupt verwirklicht wird. Vor allem Außenminister Hans-Dietrich Genscher bemüht sich seit langem, das Treffen zustande zu bringen.

In der letzten Brüsseler Ratssitzung hat Genscher die grundsätzliche Zustimmung seiner Kollegen zur Teilnahme an der Konferenz erhalten. Während der Sommerpause will das Bonner Auswärtige Amt den Partnern ausführliche Themenvorschläge für die Tagesordnung unterbreiten. Dabei ist klar, daß die EG sowohl auf der politischen wie auf der wirtschaftlichen Schiene operieren wird. Als Vorbild für die geplante engere Zusammenarbeit gilt das Kooperationsabkommen mit den Asean-Staaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Brunei, Thailand), das zwar nicht alle Wünsche erfüllt hat, in den letzten Jahren aber doch zu einer wichtigen Plattform für den Dialog mit den fernöstlichen „Schwellenstaaten" geworden ist.

An einem echten Dialog fehlt es seit jeher in den Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa. Schon gar nicht ist es der Gemeinschaft gelungen, in der spannungsreichen mittelamerikanischen Region stabilisierend Einfluß zu nehmen.

Zwar haben die Staats- und Regierungschefs der EG bereits im März 1982 ihrer „ernsten Sorge" über die Entwicklung in diesem Teil der Welt Ausdruck gegeben und eine bessere Koordinierung und Aufstockung der europäischen Entwicklungshilfe in Aussicht gestellt. Vertragliche Beziehungen mit der Region als Ganzes wurden jedoch auch deshalb erschwert, weil der 1960 von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua gegründete zentralamerikanische gemeinsame Markt (MCCA) praktisch nicht mehr funktionsfähig ist.

Nach Meinung der EG-Regierungen liegt es im europäischen Interesse, einen Beitrag zur politischen Stabilisierung in der Region zu leisten. Ziel ist es dabei, die mittelamerikanischen Länder vor zu starken politischen Abhängigkeiten von den USA und der Sowjetunion zu bewahren (oder zu befreien). Bonn verweist immer wieder darauf, daß auch die Asean-Staaten eigentlich erst durch ihre Zusammenarbeit mit der EG zu einer politischen Einheit geworden seien. Die mittelamerikanischen Länder ermuntern die Gemeinschaft seit langem zu politischen Gesprächen.

Wichtig sind aber auch die wirtschaftlichen Beziehungen. So ist die EG für Mittelamerika nach den USA der bedeutendste Absatzmarkt und ausländische Investor. Die Zehnergemeinschaft fördert zwar Einfuhren durch ihre Zollpräferenzen für Entwicklungsländer, könnte sich aber noch mehr für Erzeugnisse aus diesem Teil der Welt öffnen. Allzu sehr hat sich die EG nach Bonner Auffassung in der Vergangenheit dem afrikanischen Kontinent zugewandt. Die meisten Partnerstaaten pochen allerdings auf privilegierte Beziehungen zu den Lomé-Staaten.

In der Praxis wird es also nicht leicht sein, die ökonomischen Bande enger zu knüpfen. Auch die Wünsche der mittelamerikanischen Länder nach Finanzhilfe sind kaum zu erfüllen. Zur Verfügung stehen jedenfalls eher noch nationale als gemeinschaftliche Mittel. Da die Kassen der EG leer sind, ist mit ehrgeizigen Hilfsprojekten aus Brüssel kaum zu rechnen.

An der Konferenz zwischen dem 21. und 23. September werden nicht nur die MCCA-Staaten, sondern auch die Mitglieder der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Venezuela, Kolumbien) teilnehmen. Nach Meinung der EG sollten auch die Beitrittskandidaten Spanien und Portugal zu den Beratungen hinzugezogen werden.

WELT-Serie (III): Das west-östliche Spionage-Karussell



Peter Möbius nach seiner Flucht: Fernseh-Interview in Ost-Berlin FOTO: DPA

Sie waren als Studenten in die Bundesrepublik gekommen und hatten bis zum Herbst 1968 beachtliche Stellungen erreicht. Daß der Staatssicherheitsdienst seine Agenten dann in einer Nacht- und Nebelaktion zurückholte, hatte ein Mann bewirkt: Ottomar Ebert. Der Agent der westlichen Gegenspionage war dem Physiker Peter Möbius auf die Schliche gekommen. Der Wissenschaftler im Karlsruher Kernforschungszentrum wurde bei einem Treff an der Transitautobahn gefilmt. Es gelang ihm jedoch, Ost-Berlin ein Zeichen zu geben, daß er erkannt worden war. Daraufhin organisierte der „DDR"-Geheimdienst die Flucht. Mit Möbius wurden in einer Alarm-Aktion die Agenten Ehrenfried Petras (Mikrobiologe und Kampfstofforscher) und Herbert Patzelt (Euratom Brüssel), Gerd Stiller, Hans Eschholz und Hermann Steffen, zurückgeholt.

So macht man einen Perspektiv-Agenten

Peter Möbius räkelte sich in seiner bescheidenen Studentenkemenate auf dem Sofa. Er hatte gerade erfahren, daß ihre FDJ-Gruppe sich verpflichtete, acht Tage an einem Studenteneinsatz im VEB-Betrieb mitzumachen. Es war schon bescheiden, die wenige freie Zeit, die verblieb, mußte ausgefüllt werden mit Sondereinsätzen, Aufbaustunde, Gruppenabenden und Solidaritätsmeetings. Statt weniger wurde es immer mehr, er mußte für die „Deutsch-Sowjetische Freundschaft" arbeiten, und die Studentennormen wurden rasant nach oben gedreht. Schloß er sich irgendwo aus, würde er damit seinen Studienplatz aufs Spiel setzen, das durfte und wollte er nicht. Viele seiner Abiturientenklasse waren nicht zur Uni zugelassen worden, der Grund waren nicht etwa *mangelnde Leistungen, sondern ihre* sogenannte mangelhafte gesellschaftspolitische Tätigkeit oder die falschen Eltern (denn gehörten die Eltern der sogenannten alten Intelligenzschicht an, Doktoren, Studienräte, Selbständige etc., so erhielten die Kinder a priori keinen Studienplatz, sondern sollten sich erstmal in der Praxis bewähren, z. B. im Uranbergbau in Aue bei der SAG, der „Sowjetischen Aktiengesellschaft" oder in der Landwirtschaft, um sich so erst einmal eines Studienplatzes würdig zu erweisen. Das alles führte dazu, daß immer mehr seiner Altersgenossen den Weg zur freien Universität nach West-Berlin nahmen und nur noch einmal im Vierteljahr ihre Eltern in der Zone besuchten. Er hatte sich für die Naturwissenschaften entschieden, denn seine Lieblingsfächer waren Physik und Mathematik. Onkel Gerhard, ein Freund seiner Mutter und Antifa-Lehrer, wollte ihm einen Studienplatz in der Sowjetunion besorgen. Beim letzten Besuch meinte er, ein Jahr Lomonossow-Uni in Moskau, und dir stehen alle Türen offen. So vervollkommnete er sein Russisch und schrieb sich mit einem Funktionär der Komsomolzen, auch dieser hatte ihm den Vorschlag gemacht, in der SU zu studieren und sein Praktikum dort zu machen. Sie wollten sich in Berlin treffen.

Onkel Gerhard trug in letzter Zeit weder Parteiabzeichen noch Auszeichnungen, doch hatte er als Dienstwagen einen neuen IFA-F 9 erhalten und verfügte über ein reichliches Mehr an Lebensmittelmarken als Otto-Normalverbraucher. So ging er gerne mit dem Onkel essen, denn das hieß dann immer reichlich Fleischportionen und meist auch etwas Besonderes. Er schien auch ein Spitzengehalt zu bekommen, auf alle Fälle gehörte er durch seine Antifa-Ausbildung zu den Leuten, die das große Sagen haben. Das Wohnungsamt wollte der Mutter ein Zimmer wegnehmen, doch Gerhard ging hin, und alles war o. k. Seine Erklärung war immer für alles die sogenannte Klassenfrage, wer – wen? Sprachen andere vom Spitzbart, so sagte er immer, der Genosse Walter. Wo andere lange Prozeduren und Kontrollen über sich ergehen lassen mußten, zeigte sein Onkel nur einen kleinen Klappausweis. Auf seine Frage, was das für ein ominöses „Sesam öffne Dich Papierchen ist", sagte Onkel Gerhard, ich bin Vertreter der Arbeitermacht und -kontrolle, also Staatssicherheit – doch darüber hast du zu schweigen. Peter mußte die Mitteilung seines Onkels erst verdauen, denn bei dem Wort, Staatssicherheit dachte er automatisch an viele Dinge, die er mitbekommen hatte. Auch den Beliebtheitsgrad dieses Vereins kannte er, die Mehrzahl seiner Kommilitonen sprach mit Verachtung und Abscheu darüber. Eines Tages kam Onkel Gerhard mit dem Wagen. Sie fuhren aus der Stadt hinaus zu einem Wochenendhaus. Er war erstaunt, als der Onkel ihm den Schlüssel in die Hand drückte, damit er das Einfahrtstor öffnete, denn er wußte nicht, daß sein Onkel über ein derartiges Etablissement verfügte. Noch überraschter war er, als sie das Haus betraten. Toll eingerichtet und blitzsauber. Der Onkel sagte zu ihm, ich kann verstehen, daß dir das alles neu ist, aber du bist alt genug, endlich mehr über mich und meine Arbeit zu erfahren. Ich habe mit meinem Chef gesprochen und sein Einverständnis erhalten, dir für die weitere Zukunft ein paar wichtige Hinweise und Vorschläge zu unterbreiten. Gleich zu Anfang laß dir sagen, es sichert dir *gewaltige Aufstiegschancen. Wir haben* deine Beurteilungen gelesen, deine Leistungen kontrolliert seit deiner Oberschulzeit. Wir haben mit Gruppenleitern und Funktionären über dich gesprochen und eine Kaderakte angelegt. Die Vorprüfung fiel positiv aus, und so führe ich mit dir jetzt ein Einstellungsgespräch im höheren Auftrag. Du wirst ab heute zum Organ gehören, Pflichten wahrnehmen, aber auch Rechte genießen.

Du erhälst Aufgaben, die im Rahmen des Möglichen liegen. Du erhältst eine spezielle Ausbildung zusätzlich, das bedeutet sehr viel Fleißarbeit auf der einen Seite, bürgt aber auch für vieles Angenehme auf der anderen Seite. So steht dein Studienplatz in der SU bereits jetzt fest, wohnen wirst du bei einem Freund von mir. Dir stehen alle westlichen wissenschaftlichen Publikationen zur Verfügung und zwar nicht stundenweise, sondern als direkte Arbeitsunterlagen. Wir verlangen von dir dafür äußerste Einsatzfreude und ausgezeichnete Leistungen in deinen Studienfächern. Du wirst, sobald du deinen Doktor hast, eine Spezialaufgabe übernehmen, im kapitalistischen Ausland. Die Fäden wirst du schon *bei* den Jugend-Weltfestspielen in Berlin knüpfen. Die Möglichkeiten und Aufstiegschancen für dich sind bei guter Vorbereitung quasi unbegrenzt, so kannst du am besten deinen Beitrag für die große Sache leisten.

Peter hätte mit vielen Fragen loslegen können, doch interessierte ihn eines brennend, und so sagte er zu seinem Onkel: Ihr habt euch schon in der Oberschulzeit erkundigt, ist man dadurch nicht schon auf meine Person aufmerksam geworden? Der Onkel erwiderte, diese Frage beweist mir deine gezielte Überlegung, doch kann ich dich restlos beruhigen. Wir haben an allen Oberschulen, Universitäten und Ausbildungsstätten unsere Genossen vom Organ, keiner weiß, daß sie dazu gehören, aber sie haben unbeschränkte Möglichkeiten zur Erfüllung ihrer Pflicht, sie geben nicht nur die Berichte über Schüler, Elternhaus etc., sondern kontrollieren auch die Lehr- und Ausbildungskräfte, das machen sie nicht allein, falls es sich als nötig erweist, haben sie genügend geschulte Helfer des Organs, die das Mosaikbild jedes einzelnen vervollständigen können, ohne daß die betreffende Person das geringste davon erfährt. Doch was ich dir jetzt mitteilte und was dich in ein gewisses Erstaunen versetzt, wird dir später ein alltäglicher Begriff sein, wenn du den richtigen Einblick in unsere wichtige Tätigkeit hast. Merke dir nur eines als wichtigen Grundsatz, uns interessiert nicht, ob jemand sogar am Pyjama noch das Parteiabzeichen trägt und den Vaterländischen Verdienstorden in Gold bekommt. Wir wollen und müssen wissen, ob er hundertprozentig zur Sache steht und alles dafür herzugeben bereit ist. Eine gewisse Überwachung aller ist erforderlich, getreu dem Wort Genossen Lenins: „Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser!"

Damit öffnete der Onkel seine Tasche und entnahm ihr ein paar Unterlagen. Er überreichte Peter eine Verpflichtung und vier bereits ausgefüllte Fragebogen mit den Worten, da brauchst du nur noch deine Unterschrift zu leisten, wenn du diese schönen Aufgaben als fester Mitarbeiter übernehmen willst. Du erhälst neben deinem offiziellen Stipendium vom Organ eine Studienbeihilfe von monatlich 400 Mark plus 300 Mark als freies Operativgeld. Klar, daß du über dieses Zusatzeinkommen zu keinem ein Wort sagst, auch nicht gegenüber anderen Behörden. Während der Zeit in der SU erhälst du die Beträge in Rubel, neben diesem Fixum gibt es bei guter Durchführung bestimmter Aufgaben entsprechende Prämien, spezielle Einkaufsmöglichkeiten und vieles andere.

Als erstes erfuhr Peter, daß er nicht heimlich in die Westsektoren zu fahren brauchte, sondern er hatte sogar seine erste geheime Aufgabe dort zu erfüllen. Der Onkel hatte umfangreiches Adressenmaterial für ihn, wo mitteldeutsche Teilnehmer der Jugend-Weltfestspiele bei Abstechern in die Westsektoren Unterstützung erhielten und mit Leuten dort sprechen würden. Diese Unterhaltungen waren für den Staatssicherheitsdienst wichtig, denn es bot die Möglichkeit, auf einfachste Art und Weise eigene Leute in die Reihen des Gegners einzuschleusen. Die Vertreter des Westens würden vor allem Studenten der Naturwissenschaften ansprechen, mit ihnen Absprachen treffen für die Zeit nach dem Studium oder sie zu Werbungen anderer Kommilitonen heranziehen. So würde der Westen Milliarden-Beträge für die Ausbildung der Nachwuchskräfte einsparen und zum anderen Mitarbeiter finden, die gegenüber den Konzernen ein gewisses Dankbarkeitsgefühl haben, das bis zur Abhängigkeit reicht. Hier die richtigen Leute einzuschleusen, sei Aufgabe des Organs, um auf diese Art und Weise an den Ergebnissen der Forschung zu partizipieren und so verlorene Ausbildungskosten mit Zinsen zurückzubekommen. Peter sei dazu auserwählt, eine derartige Aufgabe zu erfüllen, um damit seinem Land und dem Sozialismus zu dienen. Das sei eine äußerst schwierige Aufgabe, aber am Ende zähle er nach gelungener Erfüllung damit zu den Kämpfern in der ersten Reihe, die Vorbild für nachfolgende Genossen sind, sagte der Onkel. Peter werde eines Tages offiziell im Westen integriert sein wie viele andere Genossen an der unsichtbaren Front, um dann zuzuschlagen, wenn es der Feind gar nicht erwartet.

Zur ersten Phase rechnet die Kontaktaufnahme zu westlichen Konzernen- und Wissenschaftsvertretern zu den Weltfestspielen in Berlin, um so eine Basis für die spätere berufliche Tätigkeit vorzubereiten, erfuhr er bei der Besprechung mit dem Chef seines Onkels. Phase zwei ist die Anstellung im Westen in einem Konzern oder in einem wisenschaftlichen Institut, inklusive Wohnung und Familiengründung. Phase drei ist die Aufnahme der konkreten nachrichtendienstlichen Aufgabe mit Weiterleitung der Informationen auf den verschiedensten Wegen an unser Organ. Phase vier ist der Wechsel vom Institut in ein direktes Forschungszentrum und die Fortsetzung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit mit höchstem Niveau. Dazu kommt die Erweiterung der persönlichen Kontakte zu Wissenschaftlern im gesamten kapitalistischen Ausland. Strikt untersagt während der gesamten Tätigkeit ist die Aufnahme von Kontakten zu progressiven Kräften im Westen sowie offizielle Parteinahme für diese Kräfte in irgendeiner Form (Ausstellungen, Versammlungen und Demonstrationen). Zu befürworten sind dagegen bei Werbungen Beitritte in sogenannte Landsmannschaften, Heimatvereine und ähnliches, die Aufnahme in studentische Verbindungen, die auf nationaler Basis operieren und beispielsweise dem Coburger-Konvent angehören sowie die Teilnahme an allen ihren Veranstaltungen. Wissenschaftliche Kongresse im westlichen Ausland, Messen und Tagungen sind ständig zu besuchen. Verbindungen zu maßgeblichen Leuten sind entsprechend aller Möglichkeiten auszubauen. Das ist in knapper Form der Abriß deiner geplanten Tätigkeit, sagte der Chef.

Die sogenannten Weltfestspiele der Jugend und Studenten wurden im August in Ost-Berlin eröffnet. Peter sollte zu einem Jugendhaus in Charlottenburg zu einer „Beratungsstelle für Oberschüler und Studenten aus Ostdeutschland". Zwei Herren, sie sich ihm als Studienräte vorstellten, erkundigten sich, wo er herkam, ob er Verwandte in West-Berlin oder Westdeutschland habe und welche Pläne er für die Zeit nach dem Studienabschluß habe. Er schilderte sein Studium, nannte seine Prüfungsnoten und sprach davon, daß er noch ein Jahr in der SU studieren wird. Sie gaben ihm eine Visitenkarte mit einer Adresse im Grunewald und baten ihn, dort bei diesem Herrn unbedingt vorzusprechen, weil es für ihn von Bedeutung sein könnte, wenn er als Mathematiker und Physiker einen guten Abschluß hat, wäre er dort an der richtigen Adresse. Als er am späten Nachmittag Onkel Gerhard am Marx-Engels-Platz wie verabredet traf und ihm berichtete, klopfte dieser ihm auf die Schulter und sagte, ich lasse die Adresse im Grunewald überprüfen und dann kannst du noch heute Kontakt *mit dem Mann aufnehmen*. Es war der Vertreter eines Chemiekonsortiums, ein äußerst interessanter und wichtiger Mann, und die Stasi-Zentrale hat für alles grünes Licht gegeben. Peter fuhr wieder per U-Bahn nach West-Berlin.

Wie zufällig legte er dem Mann in der Grunewald-Villa sein Abiturzeugnis und ein Testatbuch mit bei (ein Ratschlag von Gerhards Chef). Der Gesprächspartner schlug Peter vor, sein Abschlußjahr in der SU zu machen und nach dem Abschluß des Examens und der Graduierung sich den besseren Zukunftschancen zuzuwenden und in die Bundesrepublik zu kommen. Bei einem Institut für angewandte Mathematik in Aachen könne er sich die mathematische Praxis für kernphysikalische Untersuchungen erwerben, um dann in einem der künftigen Kernforschungszentren zu arbeiten.

Peter bewunderte auf einmal Felix Dschersinsky, den Begründer der Tscheka, der gesagte hatte: „Nur wer selber Flamme ist, kann Feuer entfachen!" – Das sollte für sein künftiges Leben der Leitspruch sein.

In der nächsten Ausgabe

Besuch an der Moskwa: Die gewaltigste Spionage-Maschinerie aller Zeiten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fehlleistung

„Wenn Jaruzelski warnt": Welt vom 23. Juli

Sehr geehrte Damen
sehr geehrte Herren,

wenn Herr Carl Gustav Ströhm in seinem Artikel u. a. schreibt, es bestünde eine übliche allgemeine Polenfreundlichkeit bei den (von den Polen!) vertriebenen Schlesiern, dann darf ich dies namens meiner heimatvertriebenen Landsleute als eine groteske Fehlleistung bezeichnen.

Bei uns ist keineswegs eine allgemeine Polenfreundlichkeit üblich. Dazu haben wir heimatvertriebenen deutschen Schlesier keinen Grund.

Es ist uns in guter Erinnerung geblieben, daß die Drangsalierungen und Vertreibungen der Schlesier durch die Polen schon vor den Potsdamer Verhandlungen vom 2. August 1945 einsetzten und sowohl vor wie auch nach diesem Termin eine flagrante Völkerrechtsverletzung darstellten. Wir wissen auch noch sehr gut von den gräßlichen Untaten, welche die Polen im Zuge der Vertreibung an den Schlesiern verübten und denen, oft nach entsetzlichen Folterungen und Massakern, Hunterttausende unserer Landsleute zum Opfer fielen. Oft wurde dabei die Qualität der von Hitler am jüdischen Volk begangenen Grausamkeiten weit übertroffen. Und so wie man jene dunkle Seite der Geschichte nicht vergessen sollte, so darf man auch diese ebenso dunkle Seite nicht der Vergessenheit anheimfallen lassen.

Wir sind gewiß keine „Ostland-Reiter". Das haben wir in der Charta der Vertriebenen zum Ausdruck gebracht, in welcher wir auf Gewalt zur Wiedergewinnung unserer schlesischen Heimat verzichteten. Aber wir betrachten unsere schlesische Heimat in Übereinstimmung mit der Entschließung des Deutschen Bundestages rechtlich weiterhin als deutsches Land. Mit Wehmut sehen wir, wie die Polen unsere einst so blühende reiche Provinz inzwischen mehr und mehr verkommen lassen. Ja: Unrecht Gut gedeihet nicht!

Mit freundlichen Grüßen
Jochen Schulz,
Küssaberg-Rheinheim

*

Der Kommentator schreibt unter anderem: „In der DDR aber herrscht nicht die allgemeine Polenfreundlichkeit, wie sie im deutschen Westen sogar bei schlesischen Heimatvertriebenen üblich ist."

Ich frage Herrn C. G. Ströhm, wie er zu dieser Ansicht kommt. Als Vertriebener aus Schlesien, in dem Polen nie gewohnt haben und also auch an der jahrhundertelangen Entwicklung dieser ehemals blühenden Provinz Deutschlands keinen Anteil hatten, kann ich nur von einer ablehnenden Einstellung der Vertriebenen gegenüber Polen sprechen.

Oder ist es so absurd anzunehmen, daß die von dort stammende Bevölkerung der Bundesrepublik die Vertreibung mit Verlust von Hab und Grund vergessen kann? Oder glaubt Herr Ströhm, daß wir übersehen, daß unsere Verwandten dort und die Deutschen dort offiziell nicht ihre Sprache benutzen dürfen, die Namen polonisiert werden und keine deutschen Gottesdienste in den von den Deutschen gebauten Kirchen stattfinden? Aber etwas belegt diese Bemerkung. Die angeführte Polenfreundlichkeit, die von manchen Medien zu einer Poleneuphorie mit ausführlichen und positiven Aspekten in der Berichterstattung gesteigert wurde, ist auch die deutsche Presse nicht unwesentlich beteiligt. In der staatlich gelenkten Presse der DDR, trotz offizieller Harmonie mit Polen, scheinen andere Verhältnisse vorzuliegen, wenn man diesen Hinweis als wahr nimmt. Gestützt wird das Vernachlässigen der deutschen Interessen nun schon seit Jahrzehnten durch eine Tabuisierung der Frage des deutschen Ostens, durch Verschweigen der völkerrechtlich nur unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete, des Lebens der deutschen Bevölkerung dort und der deutschen Rechtsansprüche bis zu einem Friedensvertrag trotz Ostverträgen und auch nach den Festlegungen des Bundesverfassungsgerichtes. Gewaltverzicht ist nicht Rechtsverzicht. Auch solche Bemerkungen, in der Welt bewußt oder gedankenlos eingebracht, schädigen unsere Interessen und stützen die polnischen Machtansprüche.

H. Kaluza,
Lintorf

„Olympioniken"

Sehr geehrte Damen und Herren,

als langjähriger Abonnent Ihrer geschätzten Zeitung erlaube ich mir, Ihnen folgendes vorzutragen:

Es ist mir aufgefallen, daß alle Medien – „Die Welt" nicht ausgenommen – immer wieder den Ausdruck „Olympioniken" gebrauchen, wenn sie die Teilnehmer an den Olympischen Spielen meinen.

Tatsächlich bezeichnet das Wort „Olympionike" jedoch den Sieger in diesen Spielen. Der Wortbestandteil „-nike" (griechisch: Der Sieg in der Schlacht und im Wettkampfe) weist eindeutig darauf hin. In meinem alten griechisch-deutschen Schulwörterbuch von Kaegi (Teubner Verlag) fand ich: „Olympia nikan" hieß, in diesen Spielen siegen; der Sieger selbst hieß „Olympio-nikes". Ebenso liest man es im Großen Sprachwörterbuch des Lexikographischen Institutes.

Gewiß gibt es wichtigere Fragen in unserer Zeit, doch scheint mir angesichts des zunehmend schludrigen Umganges mit der Sprache und vielen Begriffen – oft auch in Kreisen, die hier berufliche Verantwortung tragen – mein Hinweis berechtigt.

Mit freundlichen Grüßen
Walter Karow,
Rehlingen

FDP-Rätsel

„Hysterialand?": WELT vom 26. Juli

In der Medienlandschaft wird in allen Variationen am Schicksal der FDP herumgerätselt. Die üblichen Zustände an der Basis aber werden weithin übersehen.

Tatsache ist, daß die FDP nur über 3-4 Prozent Stammwähler verfügt, die auch noch in zwei unversöhnliche Lager gespalten sind. Wo sollen da die zur 5-Prozent-Marke fehlenden Stimmen herkommen? Bei SPD und Grünen ist nichts zu holen, auch wenn man sich noch grüner als grün gibt. Linke CDU-Wähler wurden von linken Wendegegnern der FDP vergrämt (s. Bad.-Württ.). Und der Anti-Strauß-Effekt ist ebenfalls verraucht.

Wer soll da das als Rettungsanker vorgesehene „neue Programm" der FDP erfolgreich an die Wähler verkaufen? Herr Genscher, einst Säule der FDP, wurde von der linken Basis dieser Stellung beraubt. Graf Lambsdorff wird sich vor der nächsten Wahl *nicht* rechtskräftig rehabilitieren können. Herr Mischnick ist nicht der Typ eines Volkstribuns, und Herr Baum alles andere als ein Wahlmagnet. Die „Kurfürsten" sind ohne Profil, oder es wackelt ihr Sockel (Nordrhein-Westfalen). Die FDP-Bundestagsfraktion hat ihr Selbstbewußtsein verloren und läuft dem linken Flügel der Basis nach. Auch die Herren Haussmann und Bangemann sind kein gleichwertiger Ersatz für die umgekippten Koryphäen, die einst die FDP erglänzen ließen. Weit und breit kein mitreißender Führer!

Nun soll das „neue Programm" helfen, es läßt erahnen: Abgrenzung zur CDU/CSU bis hin zum passiven Widerstand in der Koalition, Öffnung zu den „Sehnsüchten und Themen der Grünen", und schließlich weltfremder ideologischer Liberalismus des Herrn Baum. So will man also unter drei Flaggen segeln. Na denn: Schiff ahoi!

Während man mit einem Wechselbalg von Programm rundum alles *vergrämt, hat man die Erfolge der* Wende total vergessen, an denen die FDP doch hochgradig beteiligt ist. Mit diesem Pfund zu wuchern und *das Defizit der CDU/CSU auf diesem* Werbesektor zu nutzen, müßte für die FDP das Gebot der Stunde sein.

Herr Genscher müßte dazu nach Trudering, Buxtehude usw. reisen, anstatt unablässig in der weiten Welt herumzurasen.

Die beiden Flügel jedenfalls sind so weit auseinander, daß ein Miteinander kaum noch denkbar ist. Befindet sich die FDP bereits auf dem Marsch zurück zur SPD? Oder bleibt es bei der bekannten Erkenntnis, daß sich der Liberalismus etwa alle 25 Jahre durch Spaltung erneuern muß? Seit der Mende-Wende wäre es bereits wieder soweit.

Dr. Willi Hoch
Böblingen

Wort des Tages

„Das Chaos dieser Zeit ist die Folge einer falschen Freiheit, die zur Anarchie führt und zu dem sie immer begleitenden, ihr in Wechselwirkung vorhergehenden oder nachfolgenden Despotismus."

Theodor Haecker; dt. Kulturphilosoph (1879 – 1945)

§ 218

„Leserbrief: Menschenrechte und Paragraph 218": WELT vom 13. Juli

Als Förderer der „Bewegung für *das Leben" schreibe ich im Namen* etlicher Bürgerinnen und Bürger, denen das 5. Gebot „Du sollst nicht töten!" verpflichtend ist. Mit Dr. G. Meinecke, Köln 1, befinden wir uns in völliger Übereinstimmung! Zum Tenor „Dürfen Mutter, Arzt und Gesetzgeber einen schuldlosen, ungeborenen Menschen zum Tode verurteilen, wenn das Leben der Mutter nicht gefährdet ist?", dürfen die auf Verantwortung pochenden Politiker, besonders die aus christlichen Parteien, angesichts der ca. 250 000 „offiziell" zugelassenen Abtreibungen pro Jahr (!) nicht länger schweigen.

Meine Bitte an Politiker mit Gewissen: Stellen Sie ihre Verantwortung unter Beweis!

Bruno Lamm,
Bielefeld 14

„Schöne Reden"

„Schließt die Vertretung ihre Tore?": WELT vom 26. Juni

Aus der Schilderung Ihres Mitarbeiters über die Vorgänge in der Ständigen Vertretung unseres Landes in der DDR in Berlin spricht für mich die große Hilflosigkeit dieser Dienststelle bzw. ihrer Mitarbeiter in einer menschlichen Krisensituation.

Ich versuche nicht, die politisch-diplomatische Seite dieser Angelegenheit zu beurteilen, sondern beschränke mich auf Kritik an der so wenig hilfreichen Art und Weise, in der die wartenden Menschen alleingelassen blieben. Wie immer ihr Bemühen um Ausreise aus der DDR erfolgreich oder vergeblich sein würde: Als es sich abzeichnete, wie schwierig die Situation und wie lange die Wartezeit sein würde, hätte man diesen Menschen in Not – und andere konnten es ja wohl nicht sein, die diesen Schritt wagten – elementare Hilfe gewähren müssen, also Sitzgelegenheiten, Eßbares und Getränke und den Zugang zu Toiletten. So viel „Fluchthilfe" hätte ja wohl gegen keinen Paragraphen des gültigen Gesetzes über die gegenseitigen Beziehungen der beiden Staaten verstoßen! Es ist die Pflicht zur Hifsbereitschaft und Gastfreundschaft, und was sollen alle schönen Reden über die Nöte der Teilung Deutschlands, wenn man in einem praktischen Fall wie diesem nicht das Nächstliegende tut.

Gisela Kuhlmann-Falbe,
Essen 1

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. **Gisbert Kley**, ehemaliges Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, *feiert am Freitag seinen 80.* Geburtstag. Dr. Kley über viele Jahre im Vorstand der Siemens AG an hervorragender Stelle tätig, verband sein Eintreten für ein freies Unternehmertum und sein Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik mit dem Ziel eines gerechten Interessenausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Seine Anregungen und Beiträge für eine fortschrittliche Arbeitgeberpolitik hat er von 1959 bis 1973 als Vorstandsmitglied und 1961 bis 1973 als Mitglied des Präsidiums in die Meinungs- und Willensbildung der Bundesvereinigung eingebracht. Seine enge Verbindung zur Politik fand ihren Ausdruck unter anderem in seinem Wirken als Abgeordneter der CSU im Deutschen Bundestag von 1969 bis 1972. Lange Jahre war er Mitglied der Kammer für Sozialordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Vorsitzender des Arbeitskreises „Evangelischer Unternehmer" in der EKD.

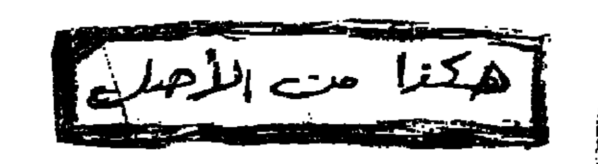
EHRUNG

Benno Erhard, parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Justizministerium, *erhielt am Dienstag das* Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. Justizminister **Hans Engelhardt** überreichte die von Bundespräsident ***Richard von Weizsäcker*** verliehene Auszeichnung. Erhard gehört im Nachkriegsdeutschland zu den „Männern der ersten Stunde", *die als Mitglied der Christlich-Demokratischen Union in der Kommunalpolitik,* in der Landes- und der Bundespolitik tätig waren und sich *um den Aufbau des Staates verdient* gemacht haben. Der Jurist Benno Erhard war zunächst im hessischen Landtag. Seit 1965 ist er im Deut*schen Bundestag. Seit 1970 ist er au*ßerdem aktives Mitglied im Zentralkommitee der Deutschen Katholiken. Dort leitet er auch die Kommission „Ehe und Familie".

VERANSTALTUNG

450 Stallwächter Bonns feierten im Haus der Landesvertretung von Baden-Württemberg. Die Stallwächter der Hauptstadt, jene Politiker, Beamte und Journalisten, die während der großen parlamentarischen Sommerpause ihre Schreibtische nicht verlassen, finden sich schon seit vielen Jahren hier in diesem Haus zusammen. Gastgeber war der Minister für Bundesangelegenheiten Dr. **Heinz Eyrich**, der von dem baden-württembergischen Bevollmächtigten **Gustav Wabro** gastgeberisch flankiert wurde. *Sichtbar wurde,* daß es die vielen Staatssekretäre und parlamentarischen Staatssekretäre Bonns sind, die immer noch genügend *politische Bewegung in* ihre Ministerien bringen und das Ganze auf Trab halten. Oberster Stallwächter unter ihnen war an diesem Abend *Staatsminister* **Philipp Jenninger** vom Bundeskanzleramt. Die in Bonn verbliebenen Botschafter nahmen die Gelegenheit zur erneuten *Kontaktaufnahme ebenfalls* gerne wahr. Unter den Gästen Israels Botschafter **Jitzhak Ben-Ari**. Generalbundesanwalt **Kurt Rebmann**, ein *passionierter* Schwabe, verscheuchte seine Sorgen um die Sicherheit in den Justizbereichen mit einem baden-württembergischen Roten.

Der ehemalige Leiter der Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums in Hamburg und Präsident der Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt (KEST), **Karl H. Schubert**, ist in Freiburg im Breisgau gestorben. Der 1903 in Hamburg geborene Schubert machte sich besonders im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nach dem Zweiten Weltkrieg und dem ersten deutschen atombetriebenen Schiff, der „Otto Hahn" einen Namen. 1949 war er erster Leiter der Abteilung Seeverkehr. 1956 übernahm er auch die Leitung der 1955 gegründeten KEST, deren Präsident er 23 Jahre lang war. In diese Zeit fiel die Gründung der Hamburger Betriebsgesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt, der heutigen GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH. 1964 bis 1968 wurde die „Otto Hahn" gebaut, die bis 1979 im Einsatz war. Schubert hatte sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt ein Nachfolgeschiff der „Otto Hahn" zu bauen. Die Untersuchungen dafür sind abgeschlossen. Die Verwirklichung hängt aber von der Wirtschaftlichkeit ab.



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Das Unternehmen Harren KG, Aachen, versorgt erfolgreich Kliniken und Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland mit Verbandstoffen und Medical-Produkten.

Mit unternehmerischem Einsatz — bei leistungsbezogenen Provisionssätzen — möchten wir gemeinsam gesteckte Unternehmensziele erreichen.

Für bisher vakante Verkaufsgebiete in Bayern, Baden-Württemberg und Berlin suchen wir den/die

freien/freie Handelsvertreter/in

leistungsorientiert, dynamisch, mit seriösem Erscheinungsbild und Berufserfahrung.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte schriftlich an: Firma Harren KG Aachen, Eifelstraße 1c, D 5100 Aachen. Telefon (02 41) 50 70 60-68-69. Absolute Diskretion sichern wir Ihnen zu.

Im Dienste der Medizin ______ HARREN

Existenzgründung

Persönlichkeiten mit Geschäftsführerqualifikation, Organisations- und Akquisitionstalent bieten wir tätige Mehrheitsbeteiligung an Regional-Unternehmen einer Dienstleistungs-Kette. Gute Verdienstmöglichkeiten.

Bewerbungen mit Kapitalnachweis (mind. 50 TDM) an:

DT Dienstleistungs-Treuhand GmbH
Nolteweg 2
3004 Isernhagen 2

Immobilienverkäufer
auf Provisionsbasis für
Erwerbermodelle in München
gesucht.
Immobilienvertrieb R. Hartmann
Tel. 0 89 / 67 22 55 oder 67 22 64 auch Sa./So.

Achtung Bauunternehmer, -träger, Architekten, Hypotheken-Sonderkonditionen 6% – 95 Ausz. – 10 J. fest, vermittelt Finanzagentur M. Borst.
Tel.: 0 23 27 / 6 15 14 od. 6 14 61 od. 1 89 70

Repräsentant in Hamburg
Ich könnte für Sie ein Partner von Format sein. Absolut integre Persönlichkeit hat noch Zeitreserve für nur lukrative Aufgabe.
Erstkontakt unter X 8460 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt
sucht Gebietsvertretung für Baumarktartikel in Berlin. Repräsentative Villa in westlichem Vorort und umfassende Kenntnis aller Bauvorgänge aufgrund jahrzehntelanger Baupraxis sind vorhanden.
Angebote unt. D 8466 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Allround-Mann (ehem. Angeh. einer Spezialeinheit), löst äußerst diskret, zuverlässig und konventionell Ihre geschäftl. u. privaten Probleme im In- u. Ausland.
Zuschriften unt. D 8422 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MAKLER
US-$ 37 500 bis 202 000
Eine Kapitalanlage von $ 12 500 bringt Ihnen diese Rendite innerhalb von *10 bis 20 Jahren mit fortlaufenden Gewinnen über Jahrzehnte.* Diese basieren auf jährlichen Schätzungen der Ernten der Vereinigten Staaten. Diese Hochrechnungen wurden von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit einer europäischen Firma geprüft, die sich mit der Erstellung von Analysen beschäftigt. Hohe Provisionen und Eigenkapitalbeteiligung warten auf jene Makler, die für uns geeignet sind. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind uns willkommen.
Setzen Sie sich mit uns in Verbindung:
GLOBE PLAN S. A. – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 Lausanne (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex: 2 5 185 MELIS CH

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.
Handelswaren-Vertrieb Schubach GmbH
Daimlerstr. 7, 3160 Lehrte
Tel. 0 51 32 - 40 43, FS 9 23 450

BOULETTEPARTNER-/IN
für langfristige gemeinsame Spielmethode suche ich. Soll seriös, spielkapitalkräftig u. selbstbeherrscht sein. Damen bevorzugt.
Zelkó, Rheinallee 25/A
5300 Bonn 2

Exportkaufmann, Dtsch., seit mehr als 10 Jahre i. ostafrik. Raum ansäss., mit sehr guten Kontakten zu Regierungsbehörden, besonders in Uganda u. Kenia, sucht zusätzl. Aufgaben, Interessenvertretungen, Projektbetreuungen. Angebote erbeten unter PP 48 224 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Wir vermitteln/verkaufen Rest-/Sonderposten aus Industrie u. Handel
Großabnehmer für Westernstiefel gesucht! Pflegemittel für Silber bzw. Chrom/Kupfer, Schweizer Markenfabrikat, auch für Einzelhändler (Uhren/Schmuck) vorhanden.
Wer benötigt Kunststoff-/Glasflaschen aus der Pharmaindustrie?
Weitere Restposten auch in kl. Mengen, z. B. Kinderliegestühle, Schafwoll-Kinderwesten, 500 kg reine Wolle, u. v. m. vorhanden.
Wir suchen weiterhin Farb-TV u. Video-Recorder. 1. Kontaktaufnahme (auch bei kl. Stückzahl) unter Tel. 0 52 01 / 36 52

Suchen laufend Sonderposten, Versteigerungs- bzw. Konkurswaren aller Art
CAROTEX
Import-Export GmbH.
Schirmerstr. 40
4000 Düsseldorf 1
Tel. 02 11 / 16 15 35 oder 16 15 63

Südkorea
Deutscher Kaufmann mit südkoreanischer Ehefrau, niedergelassen in Seoul und ausgezeichneten Verbindungen im ganzen Land, übernimmt für Sie Warenbeschaffung, Qualitätskontrolle sowie kompletten Kontaktservice.
Telex 8 582 564 sulid oder Tel. 02 11 / 77 30 05/06

Bankkaufmann
Sanierungsspezialist, übernimmt Geschäftsführung von „kranken" Firmen. Vertraulich.
Zuschriften unter X 8416 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Regionalvertriebsrechte für Energiespar- und Umweltschutzsysteme (Umweltschutzpreis)
zu vergeben.
Der hohe technologische Standard unserer Produkte erfordert technisch seriöse Geschäftspartner mit entspr. Eigenkapital. Zuschriften erbeten an:
Johann Wirtz, Techn. Büro, Postfach 76 01 17, 6000 Frankfurt 71

Zu vermieten im Zentrum von Zug (Schweiz)
repräsentative Einzelbüros
möbliert, betriebsbereit. Auf Wunsch Übernahme von Sekretariats- und Verwaltungsarbeiten möglich. Telefon- und Telexanschlüsse vorhanden.
Anfragen bitte unter Chiffre 25-139 140 an Publicitas, Gubelstr. 19, CH-6300 Zug/Schweiz.

Einzigartige Dienstleistung für Versandhändler
Verlangen Sie heute noch komplette Unterlagen bei
Institut für Vertrieb und Management AG
Postfach, CH-8042 Zürich

Selbständig in Florida

Tankstelle, Kfz-Werkstatt	$ 80 000
Einzelhandelsgesellschaft	$ 70 000
Restaurant	$ 120 000

Verkauf durch Eigentümer. Notarielle Abwicklung. Betriebs- und Aufenthaltsgenehmigung erhältlich.
RELI TRUST & MANAGEMENT
P.O.B. 542, DANIA, FL. 33004

Absolut neuer Marktverkaufsrenner für Weihnachten.
Tel. 0 30 / 8 01 36 43

Australien
39jähriger Auswanderer m. Ehefrau und Tochter, gelernter Schmelzschweißer, A. u. E. mit Gesellenbrief u. jährl. Schweißprüfung E-B. II m. nach DIN 8560 sucht berufl. Tätigkeit für deutsche Firma, Tochterfirma oder Niederlassung in Australien.
Angebote bitte unter A 8463 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachen-Korrespondentin
21 Jahre, leistungsorientiert, Sprachen: Englisch/Französisch, Abschl. Höhere Handelsschule u. Allgemeine Hochschulreife, sucht Anstellung ab sofort.
Angeb. erb. u. G 8469 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Schreinergeselle
mit Erfahrung in bestem Innenausbau, Fertigung u. Montage im In- u. Ausland, engl. Sprachkenntnisse, in ungekündigter Stellung, sucht neuen Arbeitsbereich.
Zuschriften u. B 8486 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

AUSSENDIENST MEDIZIN-TECHNIK
29 Jahre alt, 10 Jahre AD, ElektroGhKfm., 2 J. Röntgen/Ultraschall, 3½ Jahre Chirurgie, mit OP-Erfahrung, ungek., zum 1. 10. 84/1. 1. 85, neuer Wirkungskreis Saar – Mosel – Luxemburg gesucht.
Zuschriften erbeten unter W 8459 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Financial Controller / Kfm. Leiter
Dipl. rer. pol., langj. Führungserf. in ersten amerik. Vertriebsorganisation. u. Industrieuntern.; insb. Finanz- u. Rechnungswesen, Finanzmanagement, Controlling, Personalwirtschaft, Organisation, EDV, Materialwirtschaft, Vertragswesen; 42 J., ungek. Stellung, sucht neue Herausf.
Angebote unter V 8458 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hausmeister-, Diener-, Chauffeur-Ehepaar
m. besten Kochkenntnissen sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. PB 48213 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36



Assessor
49, Studium an den Universitäten Münster und München, 17jährige Berufserfahrung, besondere Kenntnisse im Zivil-, Straf-, Arbeits- u. Sozialrecht; sucht Tätigkeit in Verbänden, Wirtschaftsunternehmen, *jedoch keine Anwaltstätigkeit.*
Auskünfte erteilt: Herr Wiefel
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19, 4800 Bielefeld 1, ☎ 05 21/5 87-3 42 u.-3 61, FS 9 32 344

Dipl.-Ing. Bauwesen
37, Maurer, FH Hamburg 1972 (Ing. grad) TU Hannover 1977 (Dipl. Ing.), 6 J. Statiker im konstruktiven Ingenieurbau. Erfahrung in Angebotsbearbeitung. Spezielle Kenntn. im konstr. Mauerwerksbau u. *in der Anwendung der EDV für stat.* Berechnungen; sucht Tätigkeit im konstruktiven Ingenieurbau, Raum Hamburg.
Auskünfte erteilt Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Postfach 10 79 23, 2800 Bremen, ☎ 04 21/30 77-5 79

Dipl.-Betriebswirt (FH)
30, Schwerp. Marketing, Ind.-Kfm; 5 J. Erf. Klass. Markenartikelwerbung und -marketing, gutes Business-Englisch. Wunsch: adäquate Position in Industrie (PM) oder Beratungsbereich (Agentur).
Auskünfte erteilt Frau Maderner
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1, ☎ 040/2 48 44-24 95, FS 2 163 213

Sekretärin/PR-Assistentin
Ich bin 28 Jahre alt, ledig, Fremdsprachensekretärin IHK (Abitur), Übersetzerin und Diplomkosmetikerin (staatl. gepr.). Sprachkenntnisse: Englisch perfekt, Französisch gut, spanische Grundkenntnisse; Auslandserfahrung.
Ich biete volle Einsatzbereitschaft, stabile, optimistische Persönlichkeit, Organisationsfreudigkeit, Anpassungsfähigkeit und unternehmerisches Denken.
Ich suche im Raum Köln zum Oktober 84 eine Position, die mir mehr als eine Schreibtischfunktion bietet.
Zuschriften erbeten unter U 8457 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-Organisator/Textiltechniker
50 J., mit Erfahrungen im kaufmännischen und im Bankwesen, sucht Stellung im Textilunternehmen.
Angeb. erb. u. PT 48227 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

STELLENANGEBOTE

EURO FERTIGBAU
Unser Unternehmen gehört zu den führenden Herstellern von Systembauten für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. EURO FERTIGBAU baut auch das bekannte EURO-Haus.

Um der wachsenden Nachfrage im Systembau gerecht zu werden, suchen wir dynamische, zielstrebige

VERKAUFSBERATER
für Baden, Hessen, Pfalz und Rheinland.
Sie haben eine fundierte Ausbildung und können Erfolge im Verkauf von Bausystemen nachweisen. Sie sind in der Lage, *Bedürfnisse und Wünsche unserer spezifischen Kunden zu erkennen* und die ideale Lösung aufzuzeigen. Sie haben ein Persönlichkeitsprofil, das durch Leistungsbereitschaft, Eigeninitiative und Überzeugungskraft geprägt ist.

Wenn Sie erfolgreich als "Unternehmer im Unternehmen" arbeiten möchten, haben wir für Sie das richtige Konzept.

Fühlen Sie sich angesprochen? Dann senden Sie bitte Ihre Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnissen zur ersten Kontaktaufnahme an unseren Personalleiter, Herrn Rischar.

EURO FERTIGBAU GmbH
Postfach 1280, 6690 St. Wendel-Bliesen
Telefon 0 68 54 / 790 (Herr Rischar)



Mit uns bauen Sie sicher:

Führendes deutsches Handelshaus in der Düngemittelbranche sucht zum baldmöglichsten Eintritt für eine Niederlassung in Norddeutschland einen qualifizierten

Düngemittelhändler

als Abteilungsleiter, der direkt der Geschäftsleitung unterstellt ist.

Seine Stärken sollten in der Erschließung neuer Einkaufswege, besonders bei Importware, liegen. Englische und/oder französische Kenntnisse sind Bedingung. Es handelt sich um eine sehr selbständige Tätigkeit und um eine Vertrauensstellung. Die Vergütung entspricht der Bedeutung der Position.

Ausführliche Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte unter Y 8461 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41
6000 Frankfurt 11

---

mach mit . . .



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg
Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag. Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

______ mm hoch; ____spaltig zum Preis von DM ________ zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Vorwahl/Telefon: ______
Unterschrift: ______
Der Anzeigentext:

STELLENGESUCHE

Fremdsprachenkorrespondentin/Übersetzerin
Englisch/Französisch, Wirtschaftsdolmetscherin/Englisch, gute Kenntnisse in Maschineschreiben u. Steno Deutsch/Englisch, Abitur, 23 J., aufgeschlossen, anpassungsfähig, einsatzfreudig, belastbar, sucht Anstellung.
Angebote u. E 8467 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter
Tiefdruckretuscheur
(28 Jahre, verh.), eineinhalb Jahre als
Lithograph
im *Offset* tätig, mit *viel Engagement* und *Liebe zum Beruf*, sucht neuen Wirkungskreis. Mögl. im Raum NRW.
Zuschr. erb. unt. PS 48 226 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Rechtsanwalt und Notar, Dr. jur.
39 J., unabh., *seit 5 Jahren Mitglied einer Sozietät*, ehem. Leiter der Rechtsabteilung eines weltbekannten Unternehmens, repräs. Auftreten, gute engl. und franz. Sprachkenntnisse, Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge, verhandlungssicher, sucht neue Aufgabe, nicht unbedingt nur jur. Art.
Zuschriften erb. u. F 8468 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versandhausprofi
Praktiker, Mitte 40, seit über 15 Jahren mit allen Belangen der Versandhausmaterie vertraut, Schwerpunkte Vertrieb-Marketing/Werbung, Organisation, z. Z. in leitender Funktion tätig, sucht für Anfang/Mitte 1985 neues Betätigungsfeld, ggf. auch als freier Mitarbeiter in beratender Funktion.
Zuschr. erb. u. T 8478 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Abiturient
sucht ab September Tätigkeit als Hauslehrer, Musiklehrer, Reisebegleiter od. Pfleger.
Angeb. erb. u. PM 48222 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Nach 5 Jahren Tätigkeit für einen **Nachrichtendienst**
adäquates neues Aufgabengebiet bei besten Bed. von unverbrauchtem 30jähr. Optim. gesucht!
Tel. 04 41 / 8 78 82 oder M 8473 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Deutsch-Südamerikaner
Exp.-Kaufm., 37 J., Engl. i. Wort u. Schrift, gute ital. Kenntn., erf. m. d. Märkten Europ./Südamerika, s. anspruchsvolle Tätigkeit im Verkauf. Branche vorzugsweise Masch.-Anlagenhersteller.
Angeb. an PR 48111 WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Personalreferent
45 J., wirtsch.-wiss. Ausb., Dienstlstg., Handel, z. Zt. Industrie, Führungserf., prakt. Erf. m. mod. Konzept. u. Meth. i. kfm./gewerbl. Ber. (Personalplanung, -beschaffg., -entwicklg., -ausbildg., -organis., -verwaltg., -grundsatzfragen) umfass. arbeitsrechtl. Kenntn. inkl. Rationalisierg., su. neue berufl. Herausford. norddt. Raum.
Angeb. erb. u. PZ 48211 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Steuern Sie Ihren Aufstieg!
Eine mittelständische, dynamische Firmengruppe sucht für den Ausbau ihrer Entwicklungsabteilung „Industrielle Steuerungen" Ingenieure der Fachrichtungen Feinwerktechnik, Digitaltechnik, Informatik und Elektronik. Arbeitsort: Kressbronn am schönen Bodensee.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, dem 4. August, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

EDV/Orga/Contr.
Dip.-Kfm., z. Zt. EDV-Leiter in mittl. Ind.-Betr., sucht verantwortungsv. Tätigkeit.
- als EDV-Leiter
- bei qual. Unternehmensber.
- beim Aufbau eines „wirkl." EDV-gestützten Controllings
- bei der Integration von EDV, PC-Einsatz u. Textverarb.

Zuschriften erbeten unter C 8465 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Raumplanung
36 Jahre, sucht Anfangsstellung in der Stadt- oder Regionalplanung bei Behörde, Verband, Planungsbüro oder Mitarbeit in der Grundstücksabteilung bei Wohnungsbaugesellschaft, Versicherung, Industrie etc.
Angeb. u. R 8476 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Freier Handelsvertreter
sucht in Norddeutschland Arbeitsfeld, Büro und Lager 66 m² vorhanden. Pkw Rekord.
Angebote ab 2800,- DM netto, - sofort.
Angebote unter B 8464 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wertpapieranalysist
35 Jahre, BWL-Studium, eigene Analyse-Software (P & F Charting), *Optionserfahrung* und *umfangreiche US-Kenntnisse*, möchte für privaten Großanleger Vermögensverwaltung und Management durchführen.
Angeb. u. P 8475 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diätassistentin
Examen Sept. 84, sucht Anstellung z. 1. 10. 84 Raum Hamburg bevorzugt.
Anke Rautenberg
Am Rotenberg 1
3372 Lutter am Bbge.
Tel. 0 53 83 / 7 56

Verkaufsrepräsentant
38 J., ungekündigt, sucht neuen Wirkungsbereich zum 1. 10. 84. Langj. erfolgr. Tätigkeit in d. Tiefkühlbranche, Heimdienste, Einkaufsgenossenschaften u. Verbrauchermärkte im ges. Bundesgebiet.
Zuschriften u. H 8426 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ausscheid. Bundeswehrsoldat
ledig u. unabhängig sucht Anschlußverwendung, Führerschein Kl. I, II u. III vorhanden.
Zuschr. unt. Z 8418 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Journalist
CvD, 37 J., verh., belastbar u. flexibel, sucht neue dauerhafte Aufgabe, auch BTX, neue Medien, z. 1. 10. od. eher.
Angeb. erb. u. PL 48221 an *WELT-Verlag, Postfach,* 2000 Hamburg 36

Steuerberater (40)
langj. Beratungs- und Prüfungs*erfahrung*, sucht *freie* Mitarbeit bzw. Anstellung bei WP oder Stb Raum Köln, Bonn, Düsseldorf mit Zukunftsperspektive. Auch entsprechende Stellung in Industrie angenehm.
Ang. u. N 8474 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.



„Nur offener Nordatlantik bietet Europa Sicherheit“

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Der Soldat ist auch Diplomat. Was er als NATO-Oberbefehlshaber Atlantik der deutschen Öffentlichkeit mitteilen möchte, tut Admiral Wesley McDonald, der Supreme Allied Commander Atlantic (Saclant), in höflichen Worten, ohne kritische Schärfe, aber dennoch in unüberbietbarer Deutlichkeit. Er sagt, in Europa müsse man erkennen, daß die Verteidigung der NATO sich nicht allein auf die Landgrenze zum Warschauer Pakt beschränken könne und auch nicht auf die Ostsee. Europas Sicherheit hänge von seinen Seeverbindungen über den Nordatlantik ab. Mehr als die Hälfte der Nachschub-Transporte für Westeuropa kämen im Krisen- und Kriegsfall allein aus dem Golf von Mexiko.

McDonald, ein „Vier-Sterne“-Admiral, neben General Rogers und dem britischen Admiral Staveley, der für das Seegebiet des Kanals zwischen europäischem Festland und Großbritannien verantwortlich zeichnet, trägt außer seinem „Hut“ als alliierter Oberbefehlshaber noch einen „nationalen Hut“. Unter diesem befehligt er die 2. US-Flotte, deren Einsatzraum weit über den Nordatlantik hinausreicht. Sie operiert auch im Südatlantik und in der Karibik.

Im Gespräch mit einer kleinen Gruppe von Journalisten kommt McDonald sogleich zum zentralen Punkt. Bedingt durch die unablässige Seerüstung der Sowjetunion werde die westliche Allianz zunehmend gezwungen, die maritimen Aufgaben in der Offenhaltung des Nordatlantiks als „Versorgungs-Rollbahn“ wahrzunehmen. „Die NATO beurteilt die Bedrohung, stellt aufgrund dessen Streitkräfte-Ziele für die eigene Rüstung auf und macht den Nationen entsprechende Vorschläge. Am Ende aber reicht die Zahl der Schiffe, die sie dem Atlantik-Oberbefehlshaber zur Verfügung stellen, für seine Aufgabenerfüllung nicht aus.“

Vor allem brauche er Begleitschiffe, die die Versorgungs-Konvois auf ihrem Weg in die Häfen an der Westküste Europas schützen sollen. Die Bedrohung gegen sie lauert unter Wasser und kommt aus der Luft. Nach McDonalds Worten ist die sowjetische Seerüstung intensiv damit beschäftigt, ihre U-Boot-Streitmacht, die im Atlantik operiert, zu modernisieren. Sie rüstet um auf neue Boote, die nicht mehr diesel-, sondern nukleargetrieben sind. Diese Fahrzeuge führen nicht nur Torpedos gegen die NATO-Konvois mit sich. Sie können auch Raketen oder Marschflugkörper abschießen. Also braucht die Allianz Begleitschiffe, die beide Arten von Bedrohung abschirmen können. Zerstörer oder gar Kreuzer für derartige Aufgaben aber



NATO-Oberbefehlshaber Admiral Wesley McDonald FOTO: AP

sind rar in der NATO. Das erste Schiff dieser Art, die US-„Ticonderoga“, ein Ägis-Kreuzer mit einer Verdrängung von mehr als 9000 Tonnen, ist erst seit gut zwei Jahren im Dienst. Seine Schwesterschiffe sind im Bau.

McDonald hat in Bonn nicht die Zeit, auf derartige Einzelheiten hinzuweisen. Generell erklärt er nur, er hoffe, der amerikanische Kongreß erlaube durch weitere finanzielle Bewilligungen, daß die US-Marine ihr Schiffsbauprogramm wie geplant vorantreiben könne. Dann werde sie am Anfang der neunziger Jahre über rund 600 schwimmende Einheiten verfügen, mit einem Kern von 15 Flugzeugträgern, um die sich eine entsprechende Zahl von „Einsatzgruppen“ ordnet.

Ihm persönlich wäre freilich lieber, wenn dann nicht nur 15, sondern mindestens 18 Träger zur Verfügung stünden. Denn, so betont der Admiral mehrmals, für einen Befehlshaber von Seestreitkräften sei Beweglichkeit das oberste Gebot, sonst müsse er bei zu wenig eigenen Kräften Prioritäten setzen, und beispielsweise würde die NATO auf dem Nordatlantik mit weniger Schiffen auskommen müssen, weil er als nationaler See-Befehlshaber Kräfte zum Kampf in der Karibik oder auch in den Südatlantik abziehen müßte. Wer aber kümmert sich dann um die Offenhaltung des Nordatlantik?

Vor Journalisten hat der US-Admiral dazu nur einen Zipfel gelüftet. Er berichtet, mit seinem Bonner Gesprächspartner, Vizeadmiral Ansgar Bethge, unter anderem die Operationsplanung erörtert zu haben. Das heißt wohl, daß künftig auch die deutsche Marine nicht mehr ausschließlich auf ihre bisherigen Einsatzräume Nordsee und Norwegensee begrenzt sein würde. Denkbar wäre, daß deutsche Zerstörer – die neuen der Bremen-Klasse lobt McDonald – auch zu Begleitaufgaben im Nordatlantik herangezogen werden. Denn der US-Admiral freut sich unverhohlen über das „gewachsene deutsche Interesse an der See. Ich kann nur hoffen“, fügt McDonald hinzu, „es hält an.“

Buschhaus: CDU-Experte hatte Bedenken

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Thema Buschhaus beschäftigte den Bundestag gestern nicht zum ersten Mal. Am 28. Juni wurde – fast einstimmig – der jetzt immer wieder zitierte Entschließungsantrag gefaßt. Ihm lag eine Initiative der Grünen zugrunde, die – nach Änderungen – zum erstenmal in dieser Legislaturperiode zu einem Entschließungsantrag aller Fraktionen im Bundestag führte.

Bei wenigen Enthaltungen, vor allem niedersächsischer Abgeordneter, gab es nur zwei Gegenstimmen. Ausgerechnet der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ludwig Gerstein, stimmte, zusammen mit Josef Bugl, einem weiteren Energieexperten der Unionsfraktion, gegen den Antrag.

Gerstein sieht zwar in den jüngsten Veränderungen eine „erfreuliche Nachbesserung des Albrecht-Konzepts“. Dennoch macht er prinzipielle und materielle Argumente gegen den Antrag des Parlaments geltend. Wie er gegenüber der WELT erklärte, sollte der Bundestag „nicht zu einer Genehmigungsbehörde degradiert werden“. Diese Auffassung habe seine Fraktion bereits in der turbulenten Debatte um den Schnellen Brüter in Kalkar am 14. Dezember 1978 vertreten. Das Parlament könne sich nicht um jedes Investitionsvorhaben kümmern. Die Entscheidung müsse „Sache der Genehmigungsbehörde“ in Hannover bleiben.

Nach Meinung Gersteins kann der Bundestag zwar Hinweise geben, aber nicht so wie im Falle Buschhaus, wo „der Vollzug unmöglich ist“. Man könne nicht gleichzeitig ohne jede Rechtsgrundlage ein Investitionsvorhaben stillegen, die Arbeitsplätze aber dennoch erhalten wollen. Damit bringe man lediglich die Genehmigungsbehörde in rechtliche Schwierigkeiten, die – wie auch der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht immer wieder betont hat – ihre Entscheidung nach geltendem Recht zu treffen habe.

Schließlich stellt sich für Gerstein die Frage, inwieweit der zusätzliche Aufwand von 110 Millionen Mark Subventionen für das Trockenadditivverfahren in Offleben II in angemessenem Verhältnis zu dem Umweltnutzen steht und welche Präzedenzwirkungen sich aus dieser Entscheidung für bestimmte Kraftwerke im Ruhrgebiet ergeben könnten.

In der SPD-Fraktion waren gestern die Energieexperten in der Minderheit. Peter Reuschenbach gehörte zu den wenigen Befürwortern des neuen Entschließungsantrags der Regierungskoalition. Ausschlaggebend für seine Zustimmung sei die „deutliche Entlastung“, die die Maßnahmen für den Raum brächten, erklärte er der WELT. Vor allem seiner Initiative ist es zu verdanken, daß die Helmstedter Braunkohle in den Genuß der aus dem „Kohlepfennig“ fließenden Subventionen gelangte.

Weltbund-Präsident umstritten

Kritik an Bischof Kaldys theologischer und politischer Linie aus den eigenen Reihen

idea, **Budapest**

Der 75jährige ungarische Bischof Zoltan Kaldy aus Budapest ist gestern in der ungarischen Hauptstadt zum neuen Präsidenten des Lutherischen Weltbundes (LWB) gewählt worden. Er erhielt 173 von 312 abgegebenen Stimmen vor der dänischen Pastorin Bodil Soelling. In dem höchsten Amt des Dachverbandes von 99 lutherischen Kirchen mit über 54 Millionen Mitgliedern löst er den tansanischen Bischof Josiah Kibira ab. Kaldys Amtszeit dauert bis zur nächsten Vollversammlung in sieben Jahren. Der Bischof gehörte bereits bisher dem 30köpfigen Exekutivkomitee des Weltbundes an. Mit seiner Wahl wurde eine Gewohnheit des Lutherischen Weltbundes fortgesetzt, nach der die bei einer Vollversammlung gastgebende Kirche für die nächsten sieben Jahre den Präsidenten des Weltbundes stellt.

Bereits vor der Vollversammlung in Budapest war heftige Kritik am theologischen und politischen Kurs Bischof Kaldys geäußert worden. Einer der norwegischen Delegierten der Vollversammlung, der gebürtige Ungar Laszlo Terray, warf ihm vor, seine Kirche habe in den 50er Jahren die *Zwangskollektivierung der Landwirtschaft* und die Deportation von Zehntausenden von Menschen unterstützt. Auch heute paßten sich die lutherischen Kirchenführer zu sehr der herrschen Ideologie an. Kritik war im Westen auch an Kaldys Äußerung geübt worden, nur der Geduld der Sowjetunion sei es zu verdanken, daß es in den letzten mehr als 30 Jahren keinen Weltkrieg gegeben habe. Die sowjetische Besetzung Afghanistans 1980 hatte er als „Niederlage des Kapitalismus“ bezeichnet. Vor ungarischen Kirchenführern meinte er vor einigen Jahren, die Berliner Mauer helfe „den Frieden zu sichern“.

Auch auf der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes selber hatte es um den Bischof Auseinandersetzungen gegeben. Während der Beratungen war ein Brief es ungarischen Pfarrers Zoltan Doka bekanntgeworden, der Kaldy „theologischen Terror“ in seiner Kirche vorwarf, weil der Bischof alle, die der von ihm vertretenen, den Sozialismus befürwortenden „Theologie des Dienstes“ nicht zustimmten, beim Staat denunziere. *Nach Dokas Darstellung* will Bischof Kaldy die Pastoren durch seine Theologie verpflichten, aktiv am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten. Vor der Presse hatte Bischof Kaldy eine Stellungnahme zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen abgelehnt, die er als „schlicht und einfach unwahr“ bezeichnete.

Danach wurde erneut schwere Kritik an Kaldy laut. Am 29. Juli griff der Budapester Pfarrer Laszlo Czengoedy in einem Gottesdienst Kaldys Verhalten zu seinem Vorgänger im Bischofsamt, dem 1978 verstorbenen Lajos Ordass, heftig an. Unter anderem berichtete er, daß Kaldy Ordass in der Kirche abseits gestellt habe. Der frühere Bischof besuchte bis zu seinem Tod Czengoedys Kirche. Mehrmals habe – so der Pfarrer – die von Kaldy geführte Kirchenleitung *ihn aufgefordert*, Ordass den Kirchenbesuch zu verbieten. Dem habe er sich jedoch widersetzt. Durch die Behandlung des alten Bischofs sei sein „Gewissen belastet“.

Buschhaus kann in Betrieb gehen

● Fortsetzung von Seite 1

zweier deutscher Firmen, die Entschwefelungsanlage für Buschhaus noch frühzeitiger fertigzustellen. Sie hätten die Bauzeit mit 15 bis 18 Monaten angegeben.

Zum Abschluß der dreistündigen FDP-Fraktionssitzung fand eine Probeabstimmung statt. Von den anwesenden 29 Parlamentariern enthielten sich lediglich Burkhard Hirsch, Josef Ertl, Wolfgang Rumpf und Roland Kohn der Stimme. Sie begründeten ihre Haltung damit, daß noch Fragen offengeblieben seien.

Rumpf hatte darauf hingewiesen, daß ihm andere Zahlen über den Schadstoffausstoß in der Region Helmstedt vorlägen. Hirsch kritisierte, daß Buschhaus, das zu fast 50 Prozent im Bundesbesitz sei, mit einem so hohen Schadstoffausstoß betrieben werden solle. Diese FDP-Parlamentarier kündigten nach der Fraktionssitzung an, sie würden ihr endgültiges Abstimmungsverhalten im Parlament vom Debattenverlauf abhängig machen.

Befürworter der neuen Entschließung machten dagegen deutlich, daß mit den zusätzlichen Verbesserungen die Umweltbelastung nochmals herabgesetzt werde. Bangemann nannte dies einen wesentlichen Fortschritt. Wolle man darauf verzichten, so könne ein solches Verhalten den Bürgern nicht plausibel gemacht werden. Gerhart Baum, ein Kritiker der ursprünglichen Pläne, begrüßte ausdrücklich, daß die FDP-Minister ihre Zustimmung zu der ersten Konzeption verweigert hätten. Das, was jetzt auf dem Tisch liege, sei „ordentlich“. Wie Hirsch, so verwies auch Baum darauf, daß Ministerpräsident Albrecht nach *der Rechtslage die Genehmigung für* Buschhaus nicht verweigern könne.

Gegenüber der WELT hatte Albrecht in Aussicht gestellt, daß er möglicherweise schon am heutigen Mittwoch die Betriebsgenehmigung erteilen werde.

Das Bundeskabinett, das ursprünglich erst heute eine Beschlußfassung zu Buschhaus herbeiführen wollte, hat diese Sitzung auf den gestrigen Abend vorverlegt. Bundeskanzler Kohl wird dann seinen unterbrochenen Urlaub fortsetzen.

In der Unionsfraktion hatte es bei der Abstimmung über die Entschließung eine Gegenstimme (von dem CSU-Abgeordneten Günther Müller) und vier Enthaltungen gegeben. Die CDU-Abgeordnete Ingrid Roitzsch fragte, warum die gestern gegebenen Informationen nicht schon vor sechs Wochen vermittelt worden seien. An die „Vorturner“, so ihre Formulierung, richtete sie die Bitte: „Erst informieren, dann votieren“. Der Bundessenator Berlins, Scholz, nannte das Buschhaus-Konzept auch im Hinblick auf die Auswirkungen für Berlin eine „vernünftige“ Übereinkunft. Berlin, so Scholz, sage dazu ja. Zugleich begrüßte er es, daß der Umweltschutzdialog auch mit der „DDR“ in Gang gekommen sei.

Bundeskanzler Kohl fügte an, er wolle auch mit SED-Generalsekretär Honecker bei dessen Besuch über Umweltschutzanliegen sprechen. Die in Ost-Berlin erscheinende Zeitschrift „Staat und Recht“ schrieb, bei Luftverunreinigungen, die aus anderen Gebieten in die „DDR“ gelangten, handele es sich um eine Verletzung *der Souveränität. Da trotz vielfältiger* Verträge nur wenig anwendbare Rechtsnormen für luftbezogene Umweltschäden vorlägen, müsse hier auf das „Lufthoheitsprinzip“ zurückgegriffen werden, aus dem sich Scha*densersatzansprüche ergeben könn*ten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel forderte in der Bundestagsdebatte, an dem ursprünglichen Beschluß des Parlaments festzuhalten. Dieser sei kein „parlamentarischer Betriebsunfall oder ein unüberlegter Schnellschuß“ gewesen. Auch habe das Parlament damit kein neues Recht setzen wollen; vielmehr habe es unter allen Umständen verhindern wollen, daß ein neues Kraftwerk, für das der Bund selbst eine weitgehende und besondere Verantwortung trage, „die Umwelt erneut mit Schwefeldioxyd vergiftet“, obowhl dies nach dem Stand der Technik verhindert werden könne.

Vogel warf Bundeskanzler Kohl vor, bei den damaligen parlamentarischen Beratungen keinen Widerspruch erhoben zu haben. Er stellte die Frage, wer denn noch glauben solle, daß die Bundesregierung am 28. Juni von den Problemen nichts gewußt habe. Dem Kanzler hielt Vogel vor, er sei nicht zur rechtzeitigen Koordinierung in der Lage gewesen. Er sei der Hauptverantwortliche.

Den Antrag der SPD auf eine Sondersitzung des Bundestages begründete Vogel damit, die „Selbstachtung und das Ansehen des Parlaments“ stünden auf dem Spiel.

Amnestierter traf Führer der „Solidarität“

DW. **Warschau**

Der seit seiner Freilassung aus der Haft am vergangenen Freitag verschwundene Gewerkschaftsführer Wladyslaw Frasyniuk ist mit dem Führer der Untergrund-„Solidarität“, Zbigniew Bujak, zusammengetroffen. In einem gestern der westlichen Presse zugespielten Kommuniqué, das von beiden Gewerkschaftern unterzeichnet ist, wird der Regierung vorgeworfen, ein „Klima der Feindseligkeit und des Hasses“ zu schaffen. Auch die Amnestie wird darin kritisiert, die bis Montag zur Entlassung von 14 488 Häftlingen, unter ihnen 450 politische Gefangene, geführt hat.

In der Erklärung heißt es, das Jaruzelski-Regime sei zu der Amnestie gezwungen worden „unter dem Druck der Gesellschaft, der ‚Solidarität‘-Mitglieder, unabhängiger Kreise, des Papstes Johannes Paul II., der gesamten polnischen Kirche und des Westens“. Diese Maßnahme diene den Interessen der Machthaber. Die Gewerkschaft „Solidarität“ müsse weiter für die Freilassung politischer Häftlinge, für den Pluralismus der Gewerkschaften und der Gedanken sowie für die Achtung der Freiheit und der Menschenwürde kämpfen. Die „Solidarität“ muß „bestehen bleiben, damit Polen ein freies Land wird“.

Zu der Anklage des Hochverrats, unter der der zweitwichtigste Mann der „Solidarität“, Bogdan Lis, und sein Stellvertreter Piotr Mieszewski stehen – sie sind von der Amnestie ausgenommen –, erklären Frasyniuk und Bujak, sie erinnere „an die Methoden der Stalin-Ära“. Eine solche Anklage „gegen einen der Mitunterzeichner der Abkommen von Danzig und Gründungsmitglied von ‚Solidarität‘ zielt darauf ab, die Gewerkschaft als subversive Organisation im Sold ausländischer Geheimdienste darzustellen“, erklärten die Regime-Gegner. Auf Hochverrat steht nach polnischem Recht die Todesstrafe.

Frasyniuk war unmittelbar nach seiner Freilassung aus der Haftanstalt *Leczyca in Südwestpolen gemeinsam* mit seinem Anwalt Lech Adamczyk verschwunden. Dazu heißt es in dem Kommuniqué, ihnen sei es gelungen die sie observierenden Polizisten abzuschütteln und unbemerkt nach *Warschau zu reisen*, wo Frasyniuk mit Bujak zusammengetroffen sei. Bujak, der vom Amnestie-Angebot bisher keinen Gebrauch gemacht hat, wird seit zweieinhalb Jahren von der polnischen Polizei gesucht. Er leitet *im Untergrund den Nationalen Koordinierungsausschuß* der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“.

Der Führer der „Solidarität“, Lech Walesa, erklärte: „Wenn der Amnestie nicht weitere Schritte, vor allem *der Pluralismus der Gewerkschaften*, folgen, werden wir nach dem August noch mehr Häftlinge haben. Ihre Zahl wird von der Kapazität der Polizeifahrzeuge abhängen.“

Ewiger Zweiter: J. Cotten

Die Schurken liebte er ganz besonders

Joseph Cotten gehört zu jener Garde vorzüglicher Hollywood-Schauspieler, die stets im Schatten der anderen Stars standen. Er sei der meist unterschätzte Darsteller Hollywoods, äußerte einmal ein Kritiker: „Ein Mann, der zum ewigen Zweiten geboren scheint.“ Und doch haben nur wenige Kollegen Cottens, selbst wenn sie stärker im Rampenlicht lebten, in den vierziger Jahren bessere und mehr Rollenangebote erhalten als der Schauspieler mit dem sensiblen und immer etwas grüblerisch wirkenden Gesichtsausdruck.

Er war der Held in Carol Reeds „Der dritte Mann“. Doch wer heute an diesen Film denkt, erinnert sich automatisch an Orson Welles in der Rolle des Schurken und nicht unbedingt an Cotten als dem sympathischen Freund. Er war der anständige

Von Agenten gejagt – ARD, 23.50 Uhr

Bruder eines völlig amoralischen Gregory Peck in King Vidors Western „Duell in der Sonne“ (1946). Und in dem Thriller „Von Agenten gejagt“, den Norman Foster 1942 drehte, mimt Cotten den tapferen Amerikaner, dem die Nazis die Hölle heiß machen. Doch auch hier dominiert Orson Welles als Cottens zwielichtiger Gegenspieler.

Das aber scheint den Schauspieler nur wenig gestört zu haben. „Schauspielerei ist mein Beruf“, hat er einmal gesagt. „Und ich tue mein Bestes, um gut zu sein. Ob man mich nun zum Star kürt oder nicht, ist mir letztlich egal. Hauptsache, die Filme, in denen ich mitspiele und mitgespielt habe, bleiben lebendig.“ Dieser Wunsch des 1905 in Petersburg, Virginia, geborenen Schauspielers scheint sich erfüllt zu haben. Vor allem jene Filme, die er unter der Regie von William Dieterle zwischen 1944 und 1950 drehte, gelten noch heute als die großen romantischen Dramen des amerikanischen Nachkriegs-Kinos.



„Andere gehen zum Psychiater, ich filme“: Der Schauspieler Joseph Cotten FOTO: CAMERA PRESS

Eine Zeitlang schien es, als sei Cotten, der seine Schauspielerkarriere in den dreißiger Jahren an New Yorker Bühnen begonnen hatte, auf die Rolle des immer braven, anständigen Bürgers festgelegt. Alfred Hitchcock brach diesen Bann, als er Cotten in „Im Schatten des Zweifels“ (1943) den Part des zwar charmanten, aber dennoch wenig vertrauenswürdigen Onkels, der mehrere Morde auf dem Gewissen hat, anvertraute.

1949 schlüpfte Cotten dann in „Sklavin des Herzens“ in die Maske eines verbitterten Ex-Verbrechers, der seine Ehefrau Ingrid Bergman nicht immer liebevoll behandelt. In „Niagara“ (1952) von Henry Hathaway ließ Cotten dann endgültig die Fassade der Wohlanständigkeit fallen und verwandelte sich in einen eiskalten Mörder, dem Marily Monroe als sein frisch angetrautes Eheweib gerade noch entkommt.

Daß ihm diese Rollen am meisten *Vergnügen bereiteten, gab Cotten* offen zu. Privat scheu und darauf bedacht, seine Intimsphäre so gut wie möglich gegen neugierige Reporter abzuschirmen, lebte er erst in seinen Rollen richtig auf und lebte sich vor allem aus. „Filmen bedeutet für mich, was der Besuch beim Psychiater für manchen meiner Kollegen ist“, soll Cotten einmal gesagt haben.

M. v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Schönheit in Gänsefüßchen

Das französische Sprichwort „Qui s'excuse, s'accuse – wer sich entschuldigt, der klagt sich an“, mochte eventuell für ZDF-Sportredakteur Dieter Kürten gelten, als er treuherzig meinte: „Das bedeutet kein Überschreiten der Grenzen des guten Geschmacks“.

Doch eben diese Grenzen wurden meilenweit überschritten, als die ekstatischen und anfeuernden Reaktionen von Frau Ursula Groß aus Offenbach beim Goldmedaillengewinn und neuen Weltrekord im 200 Meter Freistil ihres Sohnes aufgezeichnet wurden. Und zusätzlich konnte man im **Olympia-Studio** vom ZDF sehen, wie das Ehepaar Groß mit seiner Zuschauerrolle auf der Tribüne medial konfrontiert wurde. Da wirkte Werner Schneyders ansonsten sehr berechtigte Entrüstung über das Einbauen von Mikrophonen durch das amerikanische Fernsehen zum Mithören von Gesprächen zwischen Boxern und Trainern in den Kampfpausen wie pure Heuchelei.

Am Boxring erwies sich der österreichische Kabarettist, Schriftsteller und Gelegenheits-Ringrichter Schneyder als ein sprachlicher Ästhet des Kampfsportes. Zur zunehmenden Popularität des Boxsportes in der Dritten Welt meinte er, „Boxen hat viel mit Emanzipation zu tun“. Und zudem sprach er von der „Schönheit der Bewegungsabläufe des Boxens“. Das war ihm dann doch nicht ganz geheuer, und er dämpfte seinen Herakles-Kult: „Ich habe natürlich Schönheit in Gänsefüßchen gesetzt“.

Vielleicht denkt Schneyder mit Wehmut an jene Zeiten zurück, da der Boxsport führende Literaten zu begeistern vermochte und Boxer im „Romanischen Café“ aus- und eingingen. Jedenfalls waren Schneyders Box-Kommentare gekonnter als jener sensationsheischende Sondermeldungsstil, der „die totale Erschöpfung, den totalen Blackout“ des amerikanischen Goldmedaillengewinners im Radsport, Alexi Grewal, meldete.

GISELHER SCHMIDT

Wenn der Urwald stirbt

Riesige Kahlschläge bestimmen das Bild in einer der letzten Naturreservoire unserer Erde: im brasilianischen Amazonas-Urwald. Es begann mit dem Straßenbau der 4000 Kilometer langen Transamazonika. Straßenbau, so hörten wir, sei auch in Brasilien ein erfolgversprechender Wahlschlager der Politiker. Die Straße ist fertig, wenn auch in der Regenzeit kaum passierbar. Von hier aus fressen sich Postenstationen mit Zufahrten in den Urwald, erweitern das Netz. Am Amazonas bedeutet Erschließung Zerstörung.

Die Autoren des Films **. . .und die Erde wird weinen** (ARD), Victor von Oertzen und Francisco Pinheiro, versuchten, am Beispiel der Abholzung des Amazonas-Urwaldes die hieraus entstehenden Umweltprobleme zu verdeutlichen. *Dabei* gingen beide von völlig verschiedenen Standpunkten aus. Der Deutsche klagte Politiker, die internationale Technokratie, die Chemiekonzerne, die USA und die Europäer an, da sie mit ihrer Wirt*schaftspolitik in hohem Maße* zum Sterben des brasilianischen Urwaldes beitrügen.

Der Brasilianer hält entgegen, daß im Land Hungersnöte und Arbeitslosigkeit die größten Probleme seien. 35 Millionen Brasilianer leben in Elendsvierteln. Die Arbeitslosenquote liegt bei 20 Prozent, weitere 30 Prozent verdienen nicht genug, um davon leben zu können: „Umweltschutz, das ist hier nicht das dringende Problem, sondern der Hunger.“

Beide Autoren unterstützen ihre Argumente mit eindrucksvollen Bildern. Wie überhaupt die Kameraführung hervorzuheben ist. Ihr gelangen *Aufnahmen von gespenstischer Eindringlichkeit*, wie etwa die spielenden Kinder im Tal des Todes von Cubatan. Ein Film, der aufrüttelte – gewiß, der die Gefahren im klimatologischen Bereich für uns alle ansprach, der zugleich aber auch in diesem Versuch steckenblieb. Es fehlte die Konzentration auf die Polarisation Hunger und Umwelt.

SIEGFRIED IHLE

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

6.00 Guten Morgen, Olympia!
Kurzfassung der wichtigsten Entscheidungen
10.00 heute
10.03 Schulbesuch bei Meret Oppenheim in Paris
10.40 Heiße Tage im Juli
12.30 WISO
12.55 Presseschau
13.00 heute

15.00 Die Geschichte von der Meerjungfrau und dem König
15.30 Matt und Jenny
16.00 Tagesschau
16.10 Sag' Dir: Ich bin schön!
Rosel Heim – Kräuter und Kosmetik
16.55 Die rote Zora und ihre Bande
Der große Fang
17.25 Doctor Snuggles
Die prächtige Niespulver-Rakete
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Feuerzangenbowle
Deutscher Spielfilm (1944)
Mit Heinz Rühmann, Erich Ponto, Paul Henkels u. a.
Regie: Helmut Weiss
21.50 Brennpunkt
Buschhaus
Die ökologische und politische Diskussion um das Braunkohlekraftwerk bei Helmstedt
Moderation: Peter Staisch
23.00 Quincy
Rennstrecke in den Tod
23.45 Tagesschau
23.50 Von Agenten gejagt
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Joseph Cotten, Dolores Del Rio u. a.
Regie: Norman Forster
1.00 Olympische Sommerspiele
Olympia live
Kunstturnen Damen / Ringen griechisch-römisch / Gewichtheben

13.20 Olympische Sommerspiele
Olympia am Mittag
15.00 heute
15.03 Paff im Lügenland
Amerikanischer Zeichentrickfilm
Wegen ihrer ständigen Lügen ge*rät die kleine Sandy immer wieder* in Schwierigkeiten
15.25 Trickbonbons
Calimero auf dem Kostümfest und im Ferienlager
15.30 Ferienkalender
15.50 Madita
Die Erbse in der Nase
16.20 Lassies Abenteuer
Der kleine Nasenbär
16.40 Breakdance
17.00 heute
17.05 Olympische Sommerspiele
Olympia am Nachmittag
Aufzeichnungen aus der Nachtsendung
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Olympische Sommerspiele
Radsport / Kunstturnen Damen Kür / Boxen / Ringen / Gewichtheben / Rudern / Basketball Her*ren (Deutschland – Austra*lien) / Hockey Damen (Australien – Deutschland) / Volleyball Damen (Deutschland – China)
dazw. gegen
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
0.55 heute



Eine „Liebeserklärung an die Schule“ ist Heinrich Spoerls „Feuerzangenbowle“: Szene mit Heinz Rühmann als Johannes Pfeiffer (ARD, 20.15 Uhr) FOTO: KÖVESDI

III.

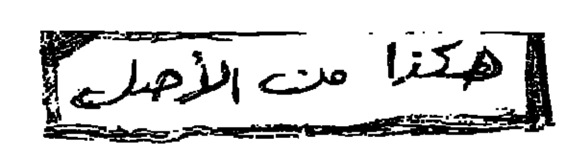
WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Zwei komische Brüder
19.00 Das Jahr im Garten: August
19.30 Agrarland UdSSR
„Mit dem Traktor in die Zukunft

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Sommerfestspiele
Live aus Berlin
21.45 Hobbythek
Stuck und Relief selbstgemacht
Von und mit Jean Pütz
22.30 Edouard und Caroline
Französischer Spielfilm (1951)
Regie: Jacques Becker
Er ist ein begabter, aber noch unentdeckter, also sehr armer Pianist. Sie kommt aus einer ebenso reichen wie exzentrischen Familie. Beide sind noch nicht lange miteinander verheiratet. Seine Arbeit und ihre Familie: Das liefert den Stoff, an dem die junge Ehe zu scheitern droht. Aber gerade die Streitigkeiten – mit einer seltsamen Soirée im Hause der reichen Verwandten als Höhepunkt – bringen es an den Tag: Die beiden gehören zusammen.
23.55 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
Jugendmagazin
20.15 Wanderungen durch die DDR
Der Thüringer Wald
21.00 Die Rache des Ungeheuers
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Regie: Jack Arnold
22.20 Jack Arnold erzählt
22.30 Skulptur im 20. Jahrhundert
Bericht von der Baseler Ausstellung
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.15 Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Weißblaue Musikparade
20.40 Z. E. N.
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Olympia – Olympia
Spiele und Zeitgeist von Athen bis München
Film von Jost von Morr
23.45 Rundschau



Bangemanns Bedenken

HH – Es überrascht nicht, daß Wirtschaftsminister Bangemann Bedenken gegen die Pläne seines Kabinettskollegen Zimmermann zur Einführung abgasarmer Autos äußert. Überraschen kann nur, daß diese Argumente erst so spät in die *politische Willensbildung* einfließen. Es liegt auf der Hand – und dazu bedarf es nicht einmal eines Telefongesprächs mit EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn oder seinem Vize Etienne Davignon –, daß der von Zimmermann ins Spiel gebrachte *„plakative Kaufanreiz"* weder in Brüssel noch bei wichtigen Mitgliedstaaten ohne Widerstand hingenommen würde.

Die Regierung, die sich in Brüssel immer wieder für Subventionsabbau einsetzt, hat ihre Position durch die höhere Vorsteuerpauschale für Landwirte ohnehin erheblich geschwächt. Die Autoprämie wäre ein weiterer Sündenfall.

In der Sache macht Zimmermanns Vorschlag nicht nur keinen Sinn, er schadet sogar der Durchsetzung eines vernünftigen Vorhabens. *Jeder Autofahrer weiß*, daß der Zug zum umweltfreundlichen Auto geht, auch ohne daß Bonn – wegen verbindlicher EG-Vorschriften – die Einführung zwingend vorschreiben kann.

Das drückt den Wiederverkaufswert für gebrauchte konventionelle Autos derart, daß sich jeder zweimal überlegen wird, ob er noch ein „altes Möhrchen" kaufen soll. Bedauerlich ist nur, daß *Zimmermanns* Pläne Erwartungen geweckt haben, die jetzt Attentismus erzeugen: Die Bundesregierung sollte daher ihre Entscheidung nicht erst am 19. September treffen, um rasch Klarheit zu schaffen.

Alles Käse

hg – Es ist schon ein Kreuz mit den Überschüssen in der Europäischen Gemeinschaft. Glücklicherweise hält sich die EG-Kommission jedoch ein paar phantasiebegabte Mitarbeiter, die nach originellen Methoden zur Beseitigung dieser Überschüsse suchen. *Ihrem Fleiß* verdanken wir jetzt einen Verordnungsentwurf, mit dessen Hilfe der Milchsee trocken gelegt werden soll: Um den Verbrauch von Milch, Butter und Käse zu fördern, sollen nur noch solche Produkte diese Bezeichnungen führen dürfen, die aus Milch, Butter oder Käse „in ihrer natürlichen" Zusammensetzung bestehen. Ob das hilft? Wahrscheinlich nicht beim Abbau der Milchüberschüsse, aber ganz sicher bei der Vermehrung von Bürokraten. Denn es muß schließlich jemand aufpassen, daß kein Hersteller, Importeur oder Händler Kokosmilch, Butterkekse oder Leberkäse verkauft. Reinheitsgebot für Milch? Fragt sich nur, wie der in Brüssel fabrizierte Käse definitorisch eingeordnet werden kann. Denn auch hier ist es ein Kreuz mit den Überschüssen.

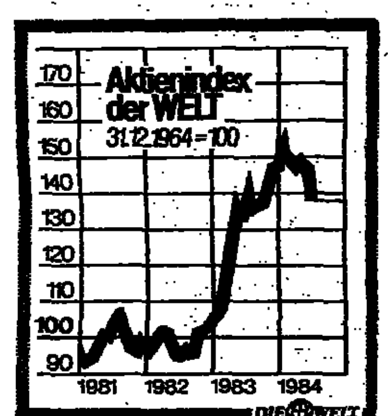
Die Käufer fehlen

Von LEO FISCHER

Selten wurde eine Börsenparole vom Markt so ad absurdum geführt wie „Streiktage sind Kauftage" Wer mitten im Metallarbeiterstreik Aktien kaufte, hat zunächst nicht viel verloren. Wer indes geglaubt hatte, vom Streik befreit werde die Börse zu einem Höhenflug ansetzen, sah sich getäuscht. Zu mehr als einem kurzen Aufatmen reichte es nicht.

Am 28. des Vormonats endete der Streik, doch anschließend ging die Kurstalfahrt erst richtig los. Ein Jahrestief löste das andere ab, und im Monatsverlauf verlor der WELT-Aktienindex (zuletzt 138,0) 7 Prozent, vom absoluten Höchststand (160 am 2. Februar dieses Jahres) hat er sich um fast 14 Prozent entfernt.

Die Erleichterung über das Ende des Streiks wich schnell einer kritischeren Einschätzung. Die Börse



wurde sich der Kostenbelastungen bewußt, die der Abschluß bei vielleicht abgeschwächter Konjunktur den Unternehmen im nächsten Jahr bringt. Das Privatbankhaus Trinkaus & Burkhardt schätzt diese auf etwa sechs Prozent. Ob die Produktionsausfälle aufgeholt werden können, ist unsicher, und das Wirtschaftsministerium *gesteht ein, daß die* Arbeitskämpfe im Konjunkturbild „sichtbare Spuren hinterlasssen".

Hinzu kam die Entscheidung der Deutschen Bundesbank unmittelbar nach Streikende, den Diskont von vier auf 4,5 Prozent anzuheben. Zwar deklarierten die Frankfurter Währungshüter den Schritt als rein technische Maßnahme (Heranführung des Diskonts an die Geld*marktsätze) und erweiterten* über eine Erhöhung der Rediskontkontingente den Liquiditätsspielraum der Banken und wiesen ausdrücklich *darauf hin*, daß dies keine Verschärfung der Geldpolitik bedeute. Aber viele Börsianer blieben skeptisch. Denn schon oft hat eine Diskonterhöhung den Beginn einer Baisse eingeleitet, allerdings nur dann, wenn einer Diskonterhöhung weitere restriktive geldpolitische Maßnahmen folgten. Aber auch wenn man wie die Landesbank Rheinland-Pfalz in ihrem Anlagebrief meint, daß „ein weiterer Handlungsbedarf der Bundesbank . . . auf absehbare Zeit nicht bestehe" – Unsicherheit hat die Diskonterhöhung doch ausgelöst. Verstärkt wird diese von der Hausse des Dollar, der bis auf einen neuen Höchststand seit 11½ Jahren gestiegen ist. Ein weiterer Zinsanstieg in den USA und eine Fortsetzung der Dollarhausse könnte durchaus neuen Handlungsbedarf der Notenbank in Richtung Zinserhöhung entstehen lassen.

Jedenfalls ist der Dollar zum Hauptbelastungsfaktor für die Börse geworden. Denn er entzieht ihr das, was mehr als Unternehmensgewinne und Konjunktur die Kursentwicklung bestimmt, die Liquidität. Die Attraktivität des steigenden Dollar und die hohen Zinsen für Dollaranleihen ziehen zumindest das Auslandskapital von der deutschen Börse ab. Früher war es umgekehrt: Ausländer gingen in deutsche Aktien, weil sie neben Kursgewinnen auch noch auf Währungsgewinne hoffen konnten.

Markttechnisch befindet sich die deutsche Börse in einer sehr guten Verfassung. *Es gibt keinen Verkaufs*druck, es fehlen lediglich die Käufer. Fallende Kurse werden von geringeren Umsätzen begleitet. Mit anderen Worten: Zu nachgebenden Kursen sind immer weniger Börsianer bereit, ihre Papiere abzugeben.

Neben der technisch guten Marktverfassung spricht auch die sehr niedrige Bewertung der Aktien (Kurs dividiert durch den Gewinn je Aktie) für die deutsche Börse. Das durchschnittliche Kursgewinn-Verhältnis liegt nach Berechnungen der Hamburgischen Landesbank bei nur 7,6. Damit sind deutsche Aktien sowohl im zeitlichen wie auch im internationalen Vergleich preiswert. Aber ohne *eine Wende beim Dollar wird diese* Tatsache weiter ignoriert werden.

ROHÖL / Der saudiarabische Ölminister Jamani warnt vor neuen Preissenkungen

Auf den Spotmärkten stehen die Notierungen erheblich unter Druck

JAN BRECH, **Hamburg**

Auf den internationalen Ölmärkten herrscht zur Zeit erhebliche Unsicherheit. Die Nachfrage ist trotz des Booms in den Vereinigten Staaten und der anziehenden Konjunktur in den anderen westlichen Ländern sehr gering. Hierbei spielt einmal die zurückhaltende Haltung der Abnehmer eine Rolle, die auf sinkende Preise spekulieren. Wegen des steigenden Dollars und der hohen Zinsen werden zum anderen die Vorräte auf möglichst niedrigem Niveau gehalten.

Die Bemühungen der Ölförderstaaten, den Rohölpreis auch im zweiten Halbjahr stabil zu halten und damit ihre Erlösprobleme nicht noch weiter zu verschärfen, gleicht einem Drahtseilakt. Auf den Spotmärkten steht der Preis erheblich unter Druck. Er *liegt bis zu 3 Dollar unter dem offiziel*len Preis von 30 Dollar für Nordsee-Öl und von 29 Dollar je Barrel Arabian Light. Einer der Gründe für diesen Preisdruck sind auf den Markt drängende zusätzliche Mengen, die die Opec-Staaten angesichts der Kriegswirren im Persischen Golf und möglicher Verknappungen auf Vorrat produziert haben.

Für die weitere Preisentwicklung fällt Großbritannien eine Schlüsselrolle zu. Auf diesen Zusammenhang hat jetzt der saudiarabische Ölminister Yamani in London hingewiesen. Wenn die Nationale Britische Ölgesellschaft beschließen sollte, im nächsten Quartal den Preis für Nordsee-Öl auch nur in geringfügigem Umfang zu reduzieren, werde es zu einer ernsten Situation kommen. In einem solchen Fall müßten auch einige Opec-Staaten die Preise senken. Die Opec, so erklärte Yamani, werde alles versuchen, dies zu verhindern. Die Entscheidung der britischen Regierung hängt von der weiteren Entwicklung an den Spotmärkten ab.

Eine neue Runde von Preissenkungen müßte nach den Worten Yamanis nicht nur für die Förderländer *katastrophale Folgen haben*, sondern könnte auch zu erheblichen Schwierigkeiten vor allem bei mittleren und kleinen Banken in den USA führen, die in den Jahren *1978* bis 1982 neue Kredite an die Ölindustrie vergeben hätten. Bei weiteren Preissenkungen reichten die Erlöse aus dem Ölgeschäft nicht mehr aus, um Mittel für Zinsen und Tilgungen aufzubringen.

Stagnierender Absatz, Überkapazitäten auf allen Stufen und unzureichende Erlöse kennzeichnen nach wie vor die Lage auf dem deutschen Ölmarkt. Im ersten Halbjahr ist lediglich der Verbrauch von Benzin um 3,5 Prozent und der von Diesel um 1,6 Prozent gestiegen. Bei leichtem Heizöl ging der Absatz dagegen um 4 Prozent und bei schwerem Heizöl um sieben Prozent zurück. Insgesamt reduzierte sich der Absatz der Ölbranche um zwei Prozent.

Die Verluste je Tonne verkaufter Mineralölprodukte dürften von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich inzwischen wieder bis zu 60 DM reichen. Hauptursache für die steigenden Verluste ist der Höhenflug des Dollar. Im Vergleich zum Stand Ende Juli hat sich die Tonne Rohöl für die deutsche Ölindustrie um 65 DM verteuert. Demgegenüber liegen die Produktenpreise mit Ausnahme von schwerem Heizöl entweder auf dem gleichen Niveau wie Mitte 1983 oder sogar darunter.

Das gilt vor allem für den Vergaserkraftstoff. Die zahlreichen Versuche, den Preis schrittweise nach oben zu bringen, sind bislang wenig erfolgreich gewesen. Zur Zeit kostet in der Selbstbedienung Normalbenzin im Durchschnitt 1,31 *Pfennig* je *Liter*, Super 1,37 und Diesel 1,275 Pfennig. Im Vergleich zum Jahresbeginn 1984 ist Vergaserkraftstoff damit durchschnittlich um 2 Pfennig billiger.

Der Ölindustrie ist es auch während der großen Reisezeit nicht gelungen, die Preise anzuheben. Das reichliche Angebot trifft auf einen Markt, den ein ungemein kräftiger Wettbwerb auszeichnet. Marktanteile sind auf einem stagnierenden Markt zur Zeit nur über den Preis zu verteidigen. Was bis jetzt jedoch bei Benzin nicht gelungen ist, gilt auch für leichtes Heizöl. Trotz ungewöhnlich kühler Witterung, die in vielen Haushalten auch während des Sommers zum Heizen zwang, gehen die Preise auch bei Rohöldestillaten zurück.

US-HAUSHALTSDEFIZIT

Notenbankchef Volcker will den Kongreß wachrütteln

H.-A. SIEBERT, **Washington**

„Die USA leben von geborgter Zeit." *Mit dieser eindringlichen Warnung* hat der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul A. Volcker, den Kongreß noch einmal beschworen, den „nach wie vor viel zu hohen Haushaltsdefiziten endlich zu Leibe zu rücken". Vor dem gemeinsamen *Wirtschaftsausschuß des Senats und* Repräsentantenhauses sprach er sich für eine Kombination von Ausgabenschnitten und Steuererhöhungen zum frühesten Zeitpunkt aus. Der relative Optimismus, der seinen Auftritt am vergangenen Mittwoch bei der Bekanntgabe der Geldmengenziele umgab, war verflogen.

Für völlig unzureichend hält Volcker die bisher verabschiedete *„Abschlagszahlung"*, durch die *sich* das Defizit in drei Jahren nur um 63 Milliarden Dollar verringert. Nach Kalkulationen der US-Notenbank wird es als Folge des kräftigen Wirtschaftsbooms im laufenden Finanzjahr zwar auf 170 bis 175 Milliarden Dollar (eine Off-budget agencies) schrumpfen, 1985 vergrößert sich die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben jedoch schon wieder. Nervös *ist die unabhängige Währungsbe*hörde auch deshalb, weil die Wahlkampfgeschenke teuer werden. So hat Präsident Reagan für Januar unerwartet eine Anhebung der Renten angekündigt, die rund fünf Milliarden Dollar kostet. Der republikanische Senat hat sie schon abgesegnet.

Angesichts des fortgesetzt hohen Finanzierungsbedarfs des US-Schatzamtes und der beschleunigten privaten Kreditnachfrage sind laut Volcker die in Amerika verfügbaren Geldmittel weit unter den Bedarf gesunken. Ohne die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland wären die US-Zinsen noch stärker explodiert, betonte er. Der Fed-Chef glaubt indes nicht, daß sich dieser Zustand, der einen starken Dollar voraussetzt, „ewig aufrechterhalten läßt". Wenn nichts geschehe, sei ein böses Erwachen so sicher wie das Amen in der Kirche.

Begonnen habe ein Prozeß, in dem die USA immer abhängiger von ausländischem Kapital würden, die amerikanische Industrie durch künstlich verteuerte Exporte und verbilligte Importe Schaden erleide und der Ruf nach Protektionismus immer lauter werde, fuhr Volcker fort. Das könne auf die Dauer nicht gutgehen, zumal sich ein Nachlassen des Zinsdrucks nicht abzeichne. In seine Kritik bezog Volcker auch das enorme US-Handelsdefizit ein, das zusammen mit dem *Budgetdefizit „attackiert"* werden müsse. Das Stillhalten Washingtons ist für ihn der Grund dafür, daß „die Märkte sprunghaft und furchtsam bleiben".

Sie sind es in der Tat. Am New Yorker Platz befürchten die Banker schon jetzt neue Zinsschübe, nachdem aus der Treasury geplante Kreditaufnahmen in Höhe von rund 17 Milliarden Dollar durchgesickert sind.

AUF EIN WORT

» Für die nächsten Jahre erwarte ich weltweit Überkapazitäten in der Automobilindustrie, aber zugleich auch einen Mangel an BMW-Autos. «

Eberhard von Kuenheim, *Vorstandsvorsitzender der BMW AG*

FOTO: WEREK

Beitragsnachlaß für Autos mit ABS

AP, **Bonn**

Autofahrer, die ein Fahrzeug mit Anti-Blockier-System (ABS) kaufen, sollen künftig zehn Prozent weniger Beiträge zur Vollkaskoversicherung bezahlen. Eine entsprechende „unverbindliche Empfehlung" an seine Mitglieder kündigte der Verband der Autoversicherer (HUK-Verband) in Bonn an. Mit dem Nachlaß wollen die Versicherer der günstigeren Schadenerwartung von Autos, Lastwagen und Omnibussen mit ABS Rechnung tragen und einen Anreiz zum Kauf derartiger Geräte geben. Der Rabatt wird jedoch nicht auf Dauer, sondern nur so lange eingeräumt, wie der Anteil der Fahrzeuge mit ABS noch gering ist. Er müsse entfallen, wenn in einigen Jahren der „überwiegende Teil einer Fahrzeuggruppe oder Modellserie" mit ABS ausgestattet sei und sich dies ohnehin in einer günstigeren Beitragsklasse auswirke, schreibt der HUK-Verband.

EG-FORSCHUNGSPROGRAMM

Die europäische Wirtschaft zeigt großes Interesse

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Das Forschungsprogramm ESPRIT (European Strategic Programme for Research and Development in Information Technology) ist in der europäischen Wirtschaft auf großes Interesse gestoßen. Obwohl *der EG-Ministerrat erst Ende Februar* grünes Licht gegeben hat, wurden in Brüssel bereits 441 Forschungsprojekte für Zuschüsse angemeldet.

Die Kommission wählte aus diesen Vorhaben zunächst 90 aus, die als besonders erfolgversprechend eingestuft wurden. Die Zuschüsse der Gemeinschaft für diese Vorhaben betragen 200 Mill. Ecu (rund 450 Mill. DM). Den gleichen Betrag wird auch die Industrie beisteuern.

Über die für 1984 ausgewählten Projekte wurden noch keine näheren Angaben gemacht. Die Einzelverträge mit den beteiligten Firmen und Forschungseinrichtungen sollen erst im September geschlossen werden. Im Durchschnitt beteiligen sich vier Unternehmen oder Institute aus mindestens zwei EG-Ländern an der geplanten Zusammenarbeit. Auch die nichteuropäischen „Multis" IBM und *ITT erhalten Zuschüsse.*

Ziel von ESPRIT ist es, den Rückstand Europas auf dem Gebiet der *modernen Informationstechnologien* aufzuholen. Der Ministerrat hat für einen Fünfjahreszeitraum 750 Mill. Ecu (rund 1,7 Mrd. DM) zugesagt.

Die Beteiligung der EG stellt sicher, daß sich nicht nur die „Riesen" der Branche zu grenzüberschreitender Kooperation zusammentun, sondern auch einer Vielzahl von kleineren Unternehmen und Forschungseinrichtungen eine Beteiligung ermöglicht wird.

UNIDO-KONFERENZ

BDI: Ziel und Strategie der Industrialisierung prüfen

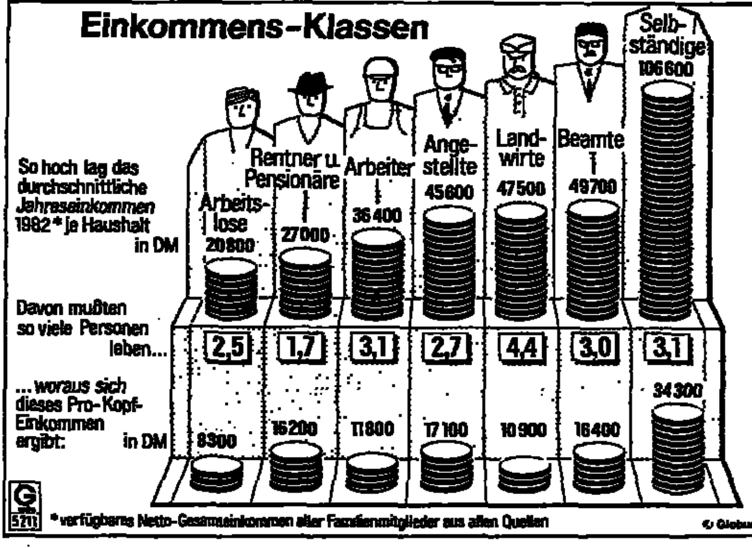
HEINZ HECK, **Bonn**

Einen konstruktiven Dialog über die Industrialisierung der Dritten Welt erwartet die deutsche Industrie von der am Donnerstag in Wien beginnenden vierten UN-Konferenz für industrielle Entwicklung (Unido IV). Der Bundesverbnd der Deutschen Industrie (BDI) hat den Regierungsvertretern aller Mitgliedstaaten, die sich in Wien versammeln, „eindringlich empfohlen", die Ursachen für den vielfach unbefriedigenden Verlauf der Industrialisierung der Entwicklungsländer „sorgfältig zu analysieren". Vor allem nach dem Scheitern von Unido III 1980 in Neu Delhi sollten die Ziele und Strategien „mit der gebotenen Nüchternheit überprüft werden".

Der BDI wendet sich nachdrücklich gegen eine zentral geplante Industrialisierung im Weltmaßstab und eine quasi verordnete Verlagerung von Industriezweigen in Entwicklungsländer. Auch ein von der Unido geforderter Technologietransfer „zum Nulltarif" wird abgelehnt. Die schwierigen Probleme der Dritten Welt erforderten enge und vertrauensvolle Kooperation, verläßliche Politik der Schuldnerländer und eine Stärkung der Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzierungs- und *Währungseinrichtungen*. Die Schwierigkeiten könnten nicht durch neue Finanzierungsmechanismen und eine Ausdehnung der internationalen Liquidität gelöst werden.

Die Unido sollte angesichts des wachsenden Interesses an privaten Direktinvestitionen ihre Aufgabe verstärkt darin sehen, bei den Regierungen der Entwicklungsländer das Verständnis für die Notwendigkeit sicherer Rahmenbedingungen zu fördern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Durchschnitte reizen zum Widerspruch, insbesondere wenn es sich um Einkommensverhältnisse handelt. Denn Groß- und Kleinverdiener werden in einen Topf geworfen. Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes über das Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte im Jahre 1982 bestätigen, daß die Selbständigen in der Bundesrepublik gemeinhin die besten Verdiener sind. Aufgeführt ist das verfügbare Familieneinkommen nach Abzug von Steuern und Abgaben. QUELLE: GLOBUS

Beteiligung untersagt

Berlin (Wz.) – Das Bundeskartellamt hat der Touristik Union International (TUI), Hannover, untersagt, ihre Beteiligung an der Air-Conti Flugreisen GmbH & Co. KG, München, von 24,5 auf 34 Prozent aufzustocken. Allerdings ist die Verfügung noch nicht rechtskräftig. Nach Ansicht der Behörde würde der Wettbewerb auf dem Regionalmarkt München durch den Zusammenschluß beeinträchtigt; denn die TUI sei der größte deutsche Veranstalter von Pauschalflugreisen und die Air-Conti ein bedeutender regionaler Veranstalter von Pauschalflugreisen.

Mehr Arbeitslose in Japan

Tokio (dpa/VWD) – Die Arbeitslosigkeit in Japan ist im Juni auf die Rekordhöhe von 2,81 Prozent gestiegen. *Nach offiziellen Angaben vom* Dienstag lag sie um 0,15 Prozentpunkte höher als im Mai. Die Zahl der Erwerbslosen nahm im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 150 000 auf 1,63 Millionen zu. Die japanische Arbeitslosenquote läßt sich nicht mit europäischen Raten vergleichen, da in Japan jeder als beschäftigt gilt, der im Berichtszeitraum mindestens einen Tag gearbeitet hat. Nach europäischen Maßstäben dürften in Japan eher sechs bis acht Prozent arbeitslos sein.

Dollar behauptet

Frankfurt (VWD) – Der amtliche Mittelkurs des US-Dollar wurde am Dienstag in Frankfurt mit 2,8964 (Montag: 2,8980) DM festgestellt. Die Bundesbank verkaufte zum Marktausgleich 29,95 Mill. Dollar.

Neuer Zinstender

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Deutsche Bundesbank bietet den Kreditinstituten im Rahmen eines Wertpapierpensionsgeschäfts Zentralbankgeld an. Als Mindestbietungssatz hat die Bundesbank 5,3 Prozent festgelegt. Die Zuteilung erfolgt heute. Nach 32 Tagen müssen die Wertpapiere von den Kreditinstituten zurückgekauft werden.

6000 Aussteller erwartet

Berlin (dpa/VWD) – Zur diesjährigen Leipziger Herbstmesse (2. bis 8. September) haben sich rund 6000 Hersteller und Exporteure als Aussteller angemeldet. Auf der „bedeutendsten außenwirtschaftlichen Veranstaltung der DDR" sollen Güter aus acht Technik- und 20 Konsumgüterbranchen gezeigt werden, berichtete die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN.

Brüssel prüft Dumping

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission wird eine Anti-Dumping-Untersuchung gegen japanische Importe von Erdbewegungsmaschinen einleiten. Sie reagiert damit auf Klagen europäischer Hersteller, die den Verlust von Marktanteilen in den Jahren zwi*schen 1980 und 1983 melden. In die*ser Zeit sei die Einfuhr japanischer Maschinen in diesem Bereich von 204 auf 906 gestiegen. Die europäischen Hersteller hätten im gleichen Zeitraum einen Produktionsrückgang um 17 Prozent hinnehmen müssen.

Koschnick mahnt

Bremen (dpa/VWD) – Zur Ratifizierung der UNO-Seerechtskonvention hat der bremische Regierungschef Bürgermeister Hans Koschnick die Bundesregierung gemahnt. Während eines Festakts zum 100jährigen Bestehen des „Bremer Rhedervereins" sagte Koschnick, für die Prosperität des Außenhandels sei die Rechtssicherheit für die Schiffahrt von gravierender Bedeutung. „Das Vertragswerk ist zwar nicht optimal, aber immer noch besser als nationaler Wildwuchs," meinte Koschnick. Die Zeit dränge. Am 9. Dezember laufe die Zeichnungsfrist ab. Koschnik forderte außerdem Subventionen als temporäre Maßnahmen zum Ausgleich von Wettbewerbsverzerrungen. Die zu knapp dimensionierten Schiffahrtsförderungsprogramme müßten aufgestockt werden.

EG-Hilfe für Stahlarbeiter

Brüssel (AP) – Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat rund 38 Mill. Mark für arbeitslose Stahlarbeiter und Bergleute in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien bereitgestellt. Nach Angaben eines EG-Sprechers bewilligte die Kommission 7,4 Mill. Mark zur Unterstützung von 1727 arbeitslosen deutschen Bergleuten, 6,9 Mill. Mark für 1982 arbeitslose deutsche Stahlarbeiter. 1576 britische Stahlwerker, die im Zuge der Sanierung ihrer Betriebe entlassen wurden, werden mit 6,4 Mill. Pfund (24 Mill. Mark) unterstützt.

RWI-STUDIE

Konsumenten verstärken die Konjunkturbewegungen

dpa/VWD, **Essen**

Die Verbraucher in der Bundesrepublik verstärken nach Auffassung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) durch ihr Sparverhalten und ihre Verschuldungsbereitschaft immer mehr die konjunkturellen Schwankungen. Wie das Institut in einer Studie *„Sparerverhalten und Konsumentwicklung"* mitteilte, verhalten sich die privaten Haushalte bei der Neuverschuldung wie Unternehmen, die in Zeiten unsicherer Wirtschaftsentwicklung Investitionsentscheidungen aufschieben.

Die Neuaufnahme von Konsumentenkrediten betrug in den 70er Jahren noch gut zwei Prozent (netto) des verfügbaren Einkommens. In den Jahren 1981 und 1982 sei jedoch der private Konsum erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik real zurückgegangen und sogar schneller gesunken als das reale Sozialprodukt. „Der Konsument trägt offensichtlich nicht mehr – wie dies früher der Fall war – zur Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung bei."

Auch der private Sparer hat nach Angaben des RWI immer weniger Geld für den Verbrauch zur Verfügung. *Das vertragsgebundene Sparen* habe im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1983 bereits 38,2 Prozent der Sparsummen gebunden.

Bei Einkommenseinbußen könne der Sparer daher nicht einfach die Sparsumme senken, sondern müsse zunehmend Konsumverzicht leisten. Zu Beginn der 60er Jahre haben dagegen Anlagen wie Sparbriefe, Termineinlagen und festverzinsliche Wertpapiere nur 33 Prozent und zu Beginn der 70er Jahre 28 Prozent der Sparsumme gebunden.

US-STAHLMARKT / Für das erste Halbjahr wird ein neuer Einfuhrrekord beklagt

Forderung nach Schutz immer lauter

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Immer länger werden die Schatten, die auf dem Stahlhandel mit Amerika liegen. Erheblich verstärkt hat sich der innenpolitische Druck auf Präsident Reagan, der bis zum 24. September entscheiden muß, ob und in welchem Umfang die ausländischen Lieferungen durch *Quoten und/oder* Zölle beschränkt werden sollen. Die Aussichten auf milde Abwehrmaßnahmen so kurz vor dem Wahltag werden in Washington gering eingeschätzt, nachdem die amerikanischen Stahleinfuhren im ersten Halbjahr 1984 eine *neue Rekordhöhe erreicht haben*. Das hätte nicht passieren dürfen; geradezu überschwemmt wird der US-Markt mit Erzeugnissen aus den Schwellenländern.

Nach Angaben des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts sind die US-Stahlimporte von Januar bis Juni, verglichen mit der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs, um 73 Prozent auf 11,22 Millionen Tonnen gestiegen. Ihr Anteil am US-Verbrauch nahm auf 24,2 Prozent zu. Im Juni lagen die Bezüge aus dem Ausland mit 1,6 Millionen Tonnen um 38 Prozent über dem Vorjahresmonat. *Das Institut* rechnet damit, daß die Importe im Gesamtjahr 1984 mehr als 22,5 Millionen Tonnen ausmachen. Der bisherige Rekord wurde 1978 mit 19 Millionen Tonnen aufgestellt. 1982 schlugen die ausländischen Lieferungen mit 15, 1983 mit 15,3 Millionen Tonnen zu Buch.

In den ersten sechs Monaten exportierte die EG rund 2,7 Millionen Tonnen Stahl nach Amerika, gegenüber 1,6 Millionen Tonnen in der Vergleichsperiode 1983. Japan steigerte seine Lieferungen von 1,7 auf 2,9, Kanada von 1,1 auf 1,5 Millionen Tonnen. Den Vogel schossen Länder wie *Südkorea, Taiwan, Venezuela, Mexiko*, Argentinien, Brasilien und Südafrika ab, die auf dem US-Markt ihre Verkäufe von 2,3 auf 4,4 Millionen Tonnen nahezu verdoppelten. Zwischen der EG und Amerika besteht ein Exportbeschränkungsabkommen mit Lieferquote. Den Schwellenlän*dern wirft Washington* schwere Verstöße gegen das Prinzip des fairen Handels durch Exportsubventionierung und Preisdumping vor.

Die amerikanische Stahlindustrie hat die für sie düsteren Statistiken zum Anlaß genommen, im Kongreß eine Mehrheit für die von ihr vorgeschlagene fünfjährige globale Importquote von 15 Prozent des US-Markts zu suchen. *Die Trommeln der Lobby* dröhnen lauter als je zuvor. Eine Kongreß-Entscheidung würde Präsident Reagan binden, dem abgewogenere Einzelempfehlungen der International Trade Commission vorliegen. Das Stahlinstitut dringt darauf, daß auch die bisher nicht erfaßten *Stahl*produkte – etwa ein Drittel – einbezogen werden.

BERLIN

Deutliche Exportsteigerung

AFP, Berlin

Die Berliner Wirtschaft konnte im ersten Quartal 1984 ihre Auslandslieferungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um knapp 14 Prozent auf 1,9 Mrd. DM steigern. Wie das Statistische Landesamt in West-Berlin mitteilte, wurde dieses positive Exportergebnis insbesondere durch „eine auffällige Zuwachsrate bei den Ausfuhren pharmazeutischer Erzeugnisse um 73 Mill. DM" und einen um 63 Mill. DM höheren Absatz im elektrotechnischen Bereich erzielt. Die Warengruppe Maschinen mußte dem Bericht zufolge einen Rückgang der Exporte um 31 Mill. DM hinnehmen.

Hauptabnehmerländer für Berliner Produkte waren Großbritannien mit 238 Mill. DM, Frankreich mit 193, Italien mit 161 und die Niederlande mit 150 Mill. DM.

Die wichtigsten Lieferländer nach Berlin waren mit 157 Mill. DM Frankreich, die Niederlande mit 154 und Italien mit 149 Mill. DM. Die Importe stiegen im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres um über ein Viertel auf 1,6 Mrd. DM.

AT & T baut neues Werk in Madrid

SAD, Madrid

Die spanische Regierung will die Expansionswelle der American Telephone & Telegraphik AT&T nutzen, um in der Mikrotechnologie einen wichtigen Schritt voranzumachen. Am Montag unterzeichneten in Madrid die staatliche Telefongesellschaft Compañia Telefónica Nacional und AT&T einen Vertrag über die Gründung einer Gesellschaft, die sich mit der Produktion von elektronischen Elementen beschäftigen wird. Das Gesellschaftskapital beträgt 65 Mill. Dollar, von denen die Amerikaner 80 Prozent und die Spanier 20 Prozent beitragen.

Mit insgesamt 200 Mill. Dollar soll in der Nähe von Madrid eine Fabrik errichtet werden, die schon bald die für den Export nach Europa bestimmte Produktion aufnehmen soll. Der spanische Staat gibt dazu unter anderem einen subventionierten Kredit von 60 Mill. Dollar. Schon vorher vereinigten sich spanische Unternehmen – staatlich und privat – mit Elektronikunternehmen der USA, Japans und einiger europäischer Staaten.

AUTOMOBILINDUSTRIE / Deutsche Hersteller bestreiten ein Drittel des wachsenden schwedischen Marktes

Volvo und Saab in den USA überaus erfolgreich

R. GATERMANN, Stockholm

Die beiden schwedischen Pkw-Hersteller Volvo und Saab haben sich verkalkuliert, ohne jedoch dadurch Schaden zu nehmen. Angesichts der Prognose, daß 1984 der Pkw-Absatz in Schweden bestenfalls stagnieren, wahrscheinlich aber leicht zurückgehen wird, konzentrierten sie ihre Verkaufsanstrengungen auf den Export, vor allem auf die USA. Nun zeigt jedoch die Halbjahresstatistik, daß in Schweden im ersten Halbjahr mit 119 022 Einheiten 13 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahresperiode abgesetzt wurden und die beiden Hausmarken Marktanteile einbüßten. Etwas überraschend fielen auch die Japaner leicht zurück, während von der steigenden Nachfrage in der Hauptsache die deutschen Hersteller, allen voran Audi, Mercedes und Ford, profitierten.

„Wir sind für dieses Jahr ausverkauft", heißt es übereinstimmend bei Volvo und Saab, obgleich die Produktion auf Hochtouren läuft. In den ersten drei Monaten übertraf der Pkw-Umsatz bei Volvo den des ersten Quartals 1983 um 34 Prozent (auf rund 2,74 Mrd. DM), bei Saab lag der Zuwachs bei 30 Prozent auf 1,13 Mrd. DM. Auf allen wichtigen Märkten verbucht man teilweise beachtlichen Zuwachs, die USA stellen allerdings alles in den Schatten. Dieser Markt ist für Volvo erstmals mehr als doppelt so groß wie der schwedische. Im ersten Halbjahr wurden dort 55 902 Wagen abgesetzt (plus 18,8 Prozent), während es zu Hause lediglich 26 509 (plus 1,76 Prozent) waren. Saab meldet für Juni den 27. Monat ohne Unterbrechung mit steigender Lieferung. Das Halbjahresergebnis übertrifft das des Vorjahres um 30 Prozent auf 17 762 Wagen. In Schweden wurden im Berichtszeitraum 14 818 Saab neu registriert (plus 3,72 Prozent).

Die wachsende Bedeutung der USA für beide Hersteller weckt gemischte Gefühle. Einerseits verweist man bei Volvo nicht ohne Stolz darauf, in den USA der größte nichtjapanische Importeur zu sein, und Saab sieht sich gern als den Kleinen, der das Feld von hinten aufrollt, zudem profitieren beide recht stark vom hohen Dollar-Kurs. Andererseits will man sich nicht allzusehr in die Abhängigkeit eines einzigen Marktes begeben und macht deswegen auch gewisse Anstrengungen, auch die Nachfrage in anderen Ländern einigermaßen zu decken.

Auf ihrem Heimatmarkt sieht es so aus, daß Volvos Anteil in den ersten sechs Monaten von 24,74 auf 22,27 Prozent zurückging, hinzu kommen die 4,51 Prozent (1983: 4,82) der in den Niederlanden gebauten Dreierserie. Saab schrumpfte von 13,81 auf 12,92 Prozent. Für die aus den schwedischen Werken kommenden Wagen beider Hersteller ergibt sich ein Marktanteil von 34,71 Prozent (38,31).

Die deutschen Fabrikate hätten dieses Volumen übertreffen können, wenn Opel und Ford Deutschland nicht Konkurrenz aus dem eigenen Haus bekommen hätten. Ford Brasilien deckt mehr als ein Drittel der schwedischen Ford-Nachfrage und sicherte sich auf Anhieb einen Marktanteil von 3,25 Prozent, worauf die Kölner von 9,62 auf 8,08 Prozent abbauten. Ähnlich ist die Situation bei Opel, wo die spanischen Lieferungen inzwischen 1,11 Prozent der Gesamtnachfrage decken und Opel mit 8,88 Prozent seinen Platz als größte deutsche Marke (9,27) an Volkswagen abtreten mußte, der sich mit 8,99 Prozent (8,49) an die Spitze der deutschen Hersteller setzte.

Nach Opel und Ford folgen Audi mit 2,86 Prozent (2,14), Mercedes mit 2,56 Prozent (1,99) und BMW mit 1,97 Prozent (1,82). Pkw deutscher Herkunft deckten im ersten Halbjahr 33,5 Prozent des schwedischen Marktes gegenüber 33,44 Prozent im Vorjahr, da waren die „Brasilianer" und „Spanier" noch nicht hier. Japan steht auf der Verliererliste, sein Anteil schrumpfte von 13,08 auf 12,48 Prozent, lediglich Datsun/Nissan konnte einen leichten Zuwachs verbuchen. In der Modellstatistik führt weiterhin Volvo 200, büßte jedoch mit 22 434 Einheiten knapp 9 Prozent ein, während Saab 900 an zweiter Stelle 14,16 Prozent zulegte, die beiden Nachfolgenden, VW-Golf und Ford-Escort, erzielten jedoch Steigerungen von 39,36 und 65,44 Prozent.

Über die Streikauswirkungen auf den weiteren Absatz deutscher Pkw in Schweden herrschen unter den Betroffenen leicht divergierende Auffassungen. Die beiden schwedischen Hersteller erklären, glimpflich davongekommen zu sein, dies, obwohl bei Volvo 35 Prozent der Komponenten deutscher Herkunft sind, aus dem eigenen Land kommen lediglich 30 Prozent.

ITALIEN / Über neues Koalitionsprogramm einig

Das Defizit wird abgebaut

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die fünf italienischen Regierungsparteien haben sich darauf geeinigt, die Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahre 1988 und den jetzigen Ministerpräsidenten, den Sozialisten Bettino Craxi, wenigstens bis Sommer kommenden Jahres im Amt zu belassen. Damit sollte der italienischen Wirtschaft eine hinreichend lange Phase bevorstehen, um die für das angestrebte Ziel, Wachstum in Stabilität, notwendigen Maßnahmen in die Tat umzusetzen.

In dem neuen Koalitionsprogramm verpflichten sich die fünf Regierungsparteien, in den nächsten Jahren das Haushaltsdefizit abzubauen oder real zumindest nicht weiter wachsen zu lassen. Die in der Fiskal- und Lohnpolitik abgesteckten Ziele lassen den Willen erkennen, mit dem bisherigen Schlendrian im öffentlichen Bereich aufzuräumen und im Haushalt Freiraum für Investitionen zu schaffen. Im Visier der Koalitionspartner sind es hierbei vor allem die Sozial- und Personalausgaben, die „verstärkt unter Kontrolle gesetzt" werden sollen. Das betrifft sowohl das soziale Netz als auch die Beamtengehälter, die künftig mit der Inflationsbekämpfung besser als bisher in Einklang gebracht werden sollen. Schon auch deswegen, um den Sozialpartnern im privaten Bereich konkrete Anhaltspunkte zu liefern.

Grundsätzlich wollen die Koalitionsparteien in diesem Zusammenhang den Sozialpartnern in Lohnfragen nicht mehr dazwischenreden. Das heißt unter anderem, daß es keine sogenannten Dreiecksvereinbarungen wie im Februar vorigen und im Februar dieses Jahres mehr geben wird, mit denen Regierung, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gemeinsam lohn- und fiskalpolitische Maßnahmepakete schnürten. In Zukunft wird die Regierung für ihren Kompetenzbereich wieder autonom entscheiden, wenn auch im Rahmen möglichst weitgehenden Konsenses der Sozialpartner. Die Sozialpartner ihrerseits sind aufgerufen, sich auf die Fragen ihrer Zuständigkeit, die Tarifpolitik, zu beschränken. Diese Fachabgrenzung ist hauptsächlich an die Adresse der Gewerkschaften gerichtet, die sich in den letzten Jahren in immer größerem Umfange in die etat- und fiskalpolitische Diskussion einmischten.

Die Rahmenbedingungen erscheinen nicht ungünstig: In der am Montag dieser Woche veröffentlichten Wachstumsvoraussage der EG-Kommission prognostizieren die Brüsseler Experten der italienischen Wirtschaft für 1985 eine Zunahme des Bruttosozialproduktes von 2,9 Prozent, die höchste aller Partnerländer der Gemeinschaft, sowie eine Abnahme der Inflationsrate gegenüber dem laufenden Jahr von 11,3 auf 8,7 Prozent.

CHINA / Die erste von drei geplanten Offerten wurde weit überzeichnet

Aktienfieber im Reich der Mitte

rtr, Peking

Erstmals seit 35 Jahren hat die Volksrepublik China in diesen Wochen wieder das Aktienfieber ergriffen. Im Juli hat das Land unter großem Zuspruch die erste von drei geplanten öffentlichen Aktienplazierungen seit der kommunistischen Machtübernahme im Jahre 1949 erlebt. Die Bank von China wertete die Reaktion auf die erste, weit überzeichnete Offerte von Aktien der Foshan Trust and Investment Corp. (Guangdong Provinz) als „sehr günstig". Sie pries die Aktienausgabe als neues und wichtiges Instrument zur Nutzbarmachung des wachsenden Wohlstandes der chinesischen Bürger.

In zwei weiteren, unmittelbar bevorstehenden Aktionen unter Führung staatlicher Banken sollen Aktien einer Baufirma in kanton und einer Pekinger Einzelhandelsfirma der Öffentlichkeit angeboten werden. Über eine Renaissance des alten Finanzzentrums Schanghai wird bereits nachgedacht. Wirtschaftsexperten hatten kürzlich auf einer Konferenz die Gründung einer Aktienbörse vorgeschlagen. Sie warfen auch den Staatsbanken vor, ihnen fehle es an Kreativität, um neue Instrumente zur Förderung von Investitionen und zur Umverteilung der privaten Ersparnisse zu schaffen.

Bei den neuen chinesischen Aktien handelt es sich um Anteilscheine mit geringem Risiko, um eine Kombination aus Aktie und Rentenpapier westlicher Prägung. So wird bei der bevorstehenden Emission von Aktien der New Peking Heavenly Bridge Department Store Corp. Ltd. den Anlegern für eine Festanlage über fünf Jahre ein Zinssatz von 5,4 Prozent und zusätzlich eine jährliche Dividende zugesichert. Nach Ablauf der fünf Jahre soll zusätzlich eine Schlußdividende fällig werden. Bei dieser Emission sollen über eine Bank insgesamt Aktien über zehn Mill. Yuan (rund 13 Mill. DM) im Nennwert von 100 Yuan (rund 130 DM) angeboten werden. Die chinesischen Aktien sind zwar übertragbar, können aber nicht gehandelt werden.

Die Einführung von Aktien in China geschieht mit Rückendeckung und Unterstützung der Regierung. Die kommunistischen Wirtschaftsexperten Chinas haben schon seit langem über einen solchen Schritt diskutiert. „Jetzt wollen wir ausprobieren, was Aktien in unserer sozialistischen Wirtschaftsordnung bewerkstelligen können", kommentierte ein chinesischer Ökonom die Aktien-Initiative.

Chinesische Bankiers sind der Ansicht, die nun begonnene Emission von Aktien ziele darauf ab, die beträchtlichen Mittel aufzusaugen, die sich inzwischen in den staatlichen Banken des Landes angesammelt haben. Die jüngsten Statistiken zeigen, daß die Chinesen überaus eifrige Sparer sind. So erreichten die nationalen Ersparnisse bis Ende Juni dieses Jahres eine Rekordsumme von 101,2 Mrd. Yuan (rund 135 Mrd. DM), was eine Zunahme gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1983 von 13,5 Prozent bedeutet. Angesichts dieses hohen Sparvolumens dürfte jetzt der Aktie in China das Tor für eine neue Karriere offenstehen.

Ifo: Gute Prognose für Österreich

VWD, München

In Österreich setzt sich die Konjunkturerholung 1984 fort, und die Aussichten sind auch für 1985 günstig. Zu diesem Ergebnis kommt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, in einer Länderstudie. Die wirtschaftliche Entwicklung werde 1984 günstiger verlaufen als noch im Frühjahr erwartet worden war. Nach dreijährigem Rückgang werden nach Ifo 1984 in Österreich die Bruttoanlageinvestitionen im Vorjahresvergleich erstmals eine „positive Veränderungsrate" aufweisen. Die Zuwachsrate des realen BSP wird von Ifo für 1984 mit 2,5 Prozent angesetzt. Dabei werde sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit geringfügig verbessern. Die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt wird mit fünf Prozent angenommen.

Im Mai lagen die Fertigwarenbestände sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich mit 3,8 Produktionswochen deutlich niedriger als im Februar (vier Wochen). In der Investitionsgüter produzierenden Industrie sanken die Lager von 4,5 auf 4,2 Wochen, im Konsumgüterbereich von 3,3 auf 3,1. Während aber beispielsweise in der Textilindustrie noch im Februar 29 Prozent der Befragten von zu großen Beständen sprachen, waren es im Mai bereits 32. Bei den Bekleidungsherstellern wurde im ersten Quartal bei 13 Prozent der Unternehmen über zu hohe Lager geklagt, im zweiten Quartal bereits bei 36 Prozent.

Das Wirtschaftswachstum werde sich, meint Ifo, in Österreich im Verlauf 1985 leicht abschwächen, ohne jedoch in eine neue Stagnations- oder gar Rezessionsphase einzumünden. Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts dürfte noch bei knapp 2,5 Prozent liegen. Die Inflationsrate werde auf vier Prozent zurückgehen. Das Aktivum in der Leistungsbilanz werde bei sieben Mrd. Schilling liegen. Der in der Bundesrepublik Deutschland zuletzt so hart ausgetragene Kampf um die 35-Stunden-Woche habe in Österreich den „Willen zu einem behutsamen und pragmatischen Vorgehen in dieser Frage weiter gestärkt", heißt es bei Ifo.

NIGERIA / Streit mit Exportkreditagenturen

Überraschendes Angebot

WILHELM FURLER, London

Die britische Exportkredit-Garantiebehörde besteht darauf, daß die nigerianische Regierung zuerst zu einer Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein Programm zur Anpassung der Wirtschaft des Landes gelangen muß, bevor es zu Verhandlungen über die Umschuldung von exportkreditversicherten Außenständen kommen kann. Insgesamt liegen die durch Kreditversicherungen abgedeckten Importschulden Nigerias bei mehr als zwei Mrd. Dollar, wobei die am stärksten betroffenen Exportländer neben Großbritannien die Bundesrepublik, Frankreich, Japan und die USA sind.

Überraschend hat Nigeria den versicherten Gläubigern direkt und über die Köpfe der Exportkreditagentur wie etwa der deutschen Hermes hinweg das Angebot gemacht, die kurzfristigen Außenstände auf Importe durch Zahlungsversprechen (Solawechsel) mit sechsjähriger Laufzeit umzuschulden. Entsprechende Umschuldungs-Konditionen sind bereits im April von den nicht abgesicherten Gläubigern akzeptiert worden.

Die britische Exportkredit-Garantiebehörde (ECGD) hat ihre versicherten Nigeria-Gläubiger aufgefordert, das Angebot aus Lagos zur Umschuldung zu ignorieren. Es verstoße gegen die international vereinbarten Umschuldungs-Konditionen. Die von der ECGD garantierten Nigeria-Schulden gegenüber britischen Exporteuren liegen bei 500 Mill. Pfund (1,9 Mrd. DM).

Die ECGD hat unter den beteiligten Agenturen die Verhandlungsführung übernommen. Deshalb ist anzunehmen, daß die anderen Länder die Forderung Londons unterstützen. Allerdings haben die staatlichen Agenturen keine Möglichkeit, die Gläubiger von einer Annahme des Angebots abzuhalten. Die Offerte ist für die Gläubiger insofern interessant, als die Zinszahlungen auf Außenstände zum 1. Januar zurückdatiert werden sollen. Und den Gläubigern mit den kleinsten Außenständen wird versprochen, die Beträge sofort in bar zurückzuzahlen.

LATEINAMERIKA / Die Kapitalflucht hat gigantische Ausmaße erreicht

Am meisten profitieren die USA

dpa/VWD, New York

Möglicherweise bis zu 130 Mrd. Dollar (365 Mrd. DM) – ein Drittel der Gesamtverschuldung von über 350 Mrd. Dollar – sind als Fluchtgelder aus den lateinamerikanischen Ländern abgeflossen. Mit dieser Kapitalflucht verschaffen sich zahllose Politiker und Geschäftsleute Sicherheit „für alle Fälle" – für die unter der Schuldenlast stöhnenden Volkswirtschaften verschärfen diese Fluchtgelder jedoch die Krise.

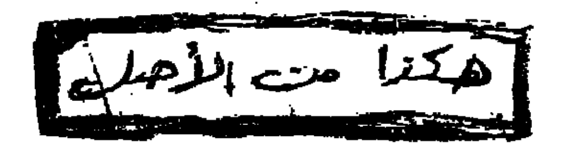
Sichere Zahlen über die Kapitalflucht aus Lateinamerika liegen naturgemäß nicht vor, da, wie in brasilianischen Regierungskreisen betont wird, der Transfer von Fluchtgeldern illegal ist und daher nicht registriert wird. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel veranschlagt die Kapitalflucht aus diesem Kontinent allein für den Zeitraum von 1978 bis 1982 auf „mindestens 50 Mrd. Dollar". Aus der US-Zentralbank ist zu hören, daß vermutlich über ein Drittel der zusätzlichen Schulden von 252 Mrd. Dollar, die Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko und Venezuela in der Zeit von 1974 bis 1982 gemacht haben, allein für den Kauf von ausländischen Vermögenswerten verwandt wurde beziehungsweise auf ausländische Bankkonten wanderte.

Eine häufige und nach Angaben von Geschäftsleuten „traditionelle Form" der privaten Kapitalbildung im Ausland stellt die „Überfakturierung" von Importen beziehungsweise die „Unterfakturierung" von Exporten dar: Ein Staatsunternehmen, ein Ministerium oder in Einzelfällen auch eine private Firma bekommt einen Dollarkredit zugewiesen, um Maschinen oder Fahrzeuge im Ausland zu besorgen. Die für den Kauf Verantwortlichen vereinbaren nun mit dem ausländischen Verkäufer einen Kaufvertrag über beispielsweise 50 Mill. Dollar für Waren, die in Wirklichkeit nur 40 Mill. Dollar kosten. Die Differenz ist ihre private Vermögensanlage im Ausland. Das erklärt zum Teil auch die eindeutige Neigung staatlicher Unternehmen, Produkte im Ausland zu kaufen, die durchaus bei der eigenen Industrie zu beziehen wären. Der Fakturierungstrick wird offenbar überall in Lateinamerika angewandt. So schätzt die Regierung von Costa Rica, daß diesem Land allein durch Unterfakturierung beim Kaffee-Export jährlich 50 Mill. Dollar entgegen.

Die Gründe für die verbreitete Kapitalflucht sind vielfältig: Die wirtschaftliche Misere ist ebenso zu nennen wie politische Unsicherheiten, galoppierende Inflationsraten oder zu niedrige Zinsen auf den einheimischen Bankkonten. Hinzu kommt, daß nur zu viele Unternehmer nicht bereit sind, „in die Zukunft" zu investieren. Der Gewinn muß morgen schon auf dem Tisch liegen oder man verzichtet auf das Geschäft. Erleichtert wird in vielen Ländern, etwa in den Staaten des Andenpakts (Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien), der Kapitalabfluß durch künstlich überhöhte Wechselkurse, die es für die Angehörigen der oberen Schichten lukrativ werden lassen, Bankkonten und Immobilien im Ausland zu erwerben. Vor allem in Venzuela und Kolumbien gibt es wohl kaum eine wohlhabende Familie, die nicht Wohnungseigentum in den USA oder der Karibik hätte. Für Argentinier ist ein Luxusappartement im urugayischen Seebad Punta del Este ein Statussymbol.

Hauptnutznießer der riesigen Kapitalflucht aus Lateinamerika sind während der letzten Jahre eindeutig die USA gewesen. Miami hat sich in den siebziger Jahren dank des Milliardenstroms von Fluchtgeldern „zur heimlichen Hauptstadt Lateinamerikas" entwickelt. Zehntausende reicher Latinos haben bei den US-Banken Konten eingerichtet und jeden Peso, den sie abzweigen konnten, aus den eigenen Ländern transferiert.

Die scharfen Devisenkontrollen der letzten 24 Monate haben jedoch den Fluchtgeldstrom aus Lateinamerika nach den USA erheblich austrocknen lassen. „Wer in Lateinamerika überschüssige Mittel hatte, der hat sein Schäfchen in der Regel längst im trockenen", meinte ein US-Bankier. Seither ist in Florida der Immobilienmarkt zusammengebrochen. Das Handelsministerium in Washington veranschlagt die Direktinvestitionen Lateinamerikas in den USA auf 13,2 Mrd. Dollar 1983 nach 12,7 Mrd. Dollar 1982.



NESTLE / Verzicht auf Coopervision

Kaufangebot zurückgezogen

I. ZÜCKER, Genf

Das größte Schweizer Unternehmen und einer der führenden Nahrungsmittelkonzerne der Welt, Nestlé, verzichtet auf den Kauf der kalifornischen Coopervision Inc. in Palo Alto, nachdem die US-Kartellbehörden ankündigten, sie würden eine Untersuchung wegen Konkurrenzeinschränkung einleiten.

Coopervision stellt Kontaktlinsen her, Instrumente für die Augenchirurgie sowie Augenheilmittel und erzielte 1983 bei einem Umsatz von 200 Mill. US-Dollar einen Reingewinn von 20 Mill. Die Produkte sind komplementär zu Nestlés eigener Pharmagruppe Alcon, die Mittel zur Behandlung von Augenkrankheiten produziert und im letzten Jahr rund 300 Mill. Dollar umsetzte. Mit Cooper und Alcon wollte Nestlé ihre Marktposition in der Augenheilkunde weltweit im Kontaktlinsengeschäft ausbauen.

Die Nestlé-Kaufofferte über ihre Tochtergesellschaft Alcon im texanischen Fort Worth, die 21,1 Mill. Titel für 25 Dollar je Aktie zu erwerben, löste unter einem Teil der Aktionäre Kritik aus, weil sie das Angebot von 1,3 Mrd. DM zu niedrig fanden. Weiter wurde Nestlé vorgeworfen, sie versuche sich im Markt für Augenpflege und weiche Kontaktlinsen eine dominierende Stellung zu verschaffen.

Die von Nestlé in den letzten Jahren zur Ausweitung des Geschäfts getätigten Investitionen zeigen ihre Auswirkungen: Im ersten Halbjahr 1984 ist der konsolidierte Umsatz um 17,5 Mrd. DM (plus 9,8 Prozent) gestiegen. Falls bis Ende des Jahres keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, erwartet Nestlé für 1984 einen befriedigenden Reingewinn. Im letzten Jahr hatte er um 14,8 Prozent auf 1,5 Mrd. DM zugenommen. Der Zuwachs im 1. Halbjahr 1984 belief sich auf 4,6 Prozent.

INTERSPORT / „Gewaltiger Brocken" der Übernahme von Zentrasport – Einkaufsloyalität gestiegen

Die Straffung des Programms brachte Erfolg

WERNER NEITZEL, Heilbronn

Der Sportartikel-Fachhandel durchlebt derzeit eine Zitterperiode. Nachdem schon der Start in das neue Jahr nicht berauschend war, droht der bisher recht lange Zeit kühle Sommer im Gefolge der arbeitskampfbedingten Käuferzurückhaltung Umsatzhoffnungen zu zerstören. Dabei muß freilich gesehen werden, daß der Sport- und Freizeitmarkt, für den in gewissem Maße eine unabhängige Entwicklung vom allgemeinen Konjunkturverlauf typisch ist, in den letzten Jahren zu schwungvoll wuchs, als daß dieses Tempo hätte beibehalten werden können. Vor allem der Ski- und der Tennissektor gerieten auf die Preisrutschbahn.

Vergleichsweise günstig schneidet der Intersport- eG, Heilbronn, einer der führenden genossenschaftlichen Einkaufsverbände für den Sportartikel-Fachhandel ab. Ihr Umsatz stieg im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) um gut 10 Prozent auf 310 (1981/82: 280) Mill. DM. Für das laufende Geschäftsjahr rechnet Intersport-Vorstandsmitglied Hartmut Froehlich mit einem Umsatzanstieg „um die 10 Prozent".

Die meiste Freude – auch in diesem Jahr – machte der Absatzerfolg bei den Sportschuhen, was auch für die Rendite gilt. Gute Umsätze verbuchte Intersport auch bei Standardsortimenten. Zu den Sparten und Produkten, die sich in den Vordergrund schoben, zählen das Trimming, Kleinhanteln, überhaupt das Gewichtheben, Jogging und Freizeitartikel. Froehlich: „Alles, was in Richtung Körperbewußtsein und Fitness geht, läuft recht gut."

Intersport sei beweglich genug, um auch Modetrends mitzumachen. Daß es sehr darauf ankommt, Risiken und Zyklen rechtzeitig zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten, habe sich am Beispiel der Schnellebigkeit der Aerobic-Welle oder auch der Rollerskates gezeigt. Hier blieb Intersport ungeschoren.

Während der gesamte Sportartikelfachhandel im vergangenen Jahr ein durchschnittliches Umsatzminus von 2 Prozent hinnehmen mußte, kamen die 220 Intersport-Mitglieder, deren Umsatz zwischen 720 und 750 Mill. DM liegen dürfte, auf ein Plus von etwa 3 Prozent. Die Einkaufsloyalität liegt derzeit bei 80 Prozent, vor fünf Jahren betrug sie lediglich 70 bis 72 Prozent. Da eine immer ausgeprägtere Konzentration der Mitglieder auf starke Lieferanten feststellbar sei, sorge dieser Trend zugleich für ein noch höheres Gewicht der Zentralregulierung im Intersport-Geschäft. 74 Prozent des letztjährigen Umsatzes entfielen auf Zentralregulierung, der Rest war Lagergeschäft.

Die Strategie, das Programm straffzuhalten (früher führte man 80 000 Artikel, heute sind es nur noch 38 000), hat mit einer Verdoppelung der Lagerumschlaggeschwindigkeit innerhalb der letzten vier Jahre eine deutliche Ertragsverbesserung zur Folge gehabt. Für das Berichtsjahr wurde die Ausschüttung auf 1,5 (0,45) Mill. DM heraufgesetzt.

Einen „gewaltigen Brocken" (Froehlich) hat Intersport mit der vorjährigen Übernahme des Einkaufsverbandes Zentrasport (180 Mitglieder) geschluckt. Hier sei jedoch keine Fusion, sondern Kooperation vorgesehen. Darüber hinaus gehört zur Intersport-Organisation die Tochter Sportring mit 250 Mitgliedern. Diesem Wachstum entsprechend plant Intersport eine Zusammenfassung ihrer Betriebsstätten. In der Planung sind der Bau (bis Ende 1986) eines neuen Lagers und eines Verwaltungsgebäudes mit Investitonen von 25 bis 30 Mill. DM.

FILIALBETRIEBE

Enttäuscht über mageren Zuwachs

hg. Bonn

„Von einer Aufhellung des Konsumklimas bei den Lebensmitteln kann keine Rede sein." Die Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittel-Filialbetriebe (ALF), Bonn, ist enttäuscht über die Entwicklung der Umsätze im ersten Halbjahr. Die Mitgliedsunternehmen hätten ein nominales Plus von vier Prozent erzielt, heißt es in einer Mitteilung; real entspreche dies einem mageren Zuwachs von 1,5 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 1983. Unter Berücksichtigung des Verkaufsflächenzuwachses ergebe sich sogar „ein deutliches reales Minus".

Es sei unwahrscheinlich, daß die niedrige Konsumbereitschaft sich im zweiten Halbjahr wesentlich erhöhen werde, heißt es weiter. Mithin könne der Lebensmitteleinzelhandel auch nicht auf eine Tendenzwende hoffen.

Positiv, wenn auch vor allem aus der Sicht des Verbrauchers, sei indes die Preisentwicklung bei Lebensmitteln zu bewerten: Der Anstieg habe im ersten Halbjahr nur 2,5 Prozent betragen. Wegen des unverändert harten Wettbewerbs in der Branche sei auch im zweiten Halbjahr nicht mit einer Erhöhung dieser Rate zu rechnen.

Im vergangenen Jahr haben die 42 ALF-Mitgliedsunternehmen in 8150 ihren Umsatz um vier Prozent auf 41,6 Mrd. DM erhöhen. Die der ALF ebenfalls angeschlossenen sechs Warenhausfilialunternehmen haben 1983 einen Umsatz von 5,7 Mrd. DM erzielt.

Besorgt zeigt sich der Verband über die Entwicklung der Kosten- und Ertragslage. Nachdem die Gewinnquote 1982 nur noch 0,6 Prozent vor Abzug der Ertragssteuern betrug, sei sie 1983 auf schätzungsweise 0,4 Prozent abgesunken.

STEIGENBERBER HOTELGESELLSCHAFT

Qualität stützt Wachstum

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Für die A. Steigenberger Hotelgesellschaft KGaA, Frankfurt, hat sich das Jahr 1984 bislang gut angelassen. In den in- und ausländischen Ferienhotels der Gruppe stieg die Zahl der Übernachtungen um gut 6 Prozent, die Stadthotels kamen auf ein Plus von knapp 5 Prozent. Auch die von Steigenberger und dem Touristik-Konzern TUI zu je 50 Prozent gehaltene Beteiligung Robinson Clubhotels blieb auf Expansionskurs. Mit Prognosen für's Gesamtjahr hält sich die Geschäftsführung angesichts der unsicheren Sommerwetterlage und des verschärften Wettbewerbs in mehreren Großstädten noch zurück.

Das Jahr 1983 hat der Gruppe mit ihren 31 Hotels – davon 9 Management-Betriebe nur unter Leitung, nicht aber im Besitz von Steigenberger – „entgegen manchen Erwartungen" deutliche Verbesserungen gebracht. Die Zahl der Übernachtungen stieg um gut 5 Prozent auf 1,5 (1,42) Millionen, ohne die Management-Betriebe um gut 4 Prozent auf 884 000 (847 000). Die durchschnittliche Auslastung hielt sich bei 60 Prozent.

Dabei wurde allerdings der Logisumsatz – auch im Gefolge der Konzernpolitik permanenter Qualitätsverbesserung – um 9 Prozent gesteigert. Der Konzernumsatz einschließlich der Nebengesellschaften (von der Hotelfachschule über die Kellerei bis hin zum Hotel-Consulting) erreichte mit 287 (266) Mill. DM ein Plus von 8 Prozent. Einschließlich der Managementbetriebe wurden 406 (376) Mill. DM (plus 8 Prozent) erreicht.

Umsatzplus und höhere Abführungen der Töchter schlagen sich auch in der Ergebnisrechnung der Mutter nieder. Der Jahresüberschuß stieg um ein Fünftel auf 1 (0,85) Mill. DM, der Cash-flow um 66 Prozent auf 21 (13) Mill. DM. Bei der relativ niedrigen Umsatzrendite ist zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil der Investitionen – über die 13 (11) Mill. DM ausgewiesenen Sachanlagenzugänge hinaus – als Erhaltungsaufwand unmittelbar in die Kosten wandert. Trotz der Verbesserung wird die Dividende bei 12 Prozent auf 6 Mill. DM Grundkapital (zu 98 Prozent beim Komplementär Egon Steigenberger) festgehalten.

Nord/LB: Stabile Ertragsentwicklung

dpa/VWD, Hannover

Bei der Norddeutschen Landesbank Girozentrale (Nord/LB), Hannover, hat sich die Ertragslage im 1. Halbjahr 1984 erwartungsgemäß positiv entwickelt. Wie die Bank mitteilte, gelang es trotz ungünstiger Zinsverhältnisse, die Zinsspanne auf Vorjahresniveau zu stabilisieren. Das Betriebsergebnis habe mit fast 130 Mill. DM annähernd den Vorjahreswert erreicht. Für das 2. Halbjahr erwarte die Nord/LB ein ähnliches Ergebnis.

Die Bilanzsumme verringerte sich bei ruhigem Geschäftsverlauf um 1,3 Prozent auf 57,1 Mrd. DM. Vom 60,4 Mrd. DM betragenden Geschäftsvolumen entfielen 41 Mrd. DM auf Kredite. Während das Kreditgeschäft mit Kreditinstituten ausschließlich im kurzfristigen Bereich ausgeweitet werden konnte, waren die langfristigen Darlehen an angeschlossene Sparkassen leicht rückläufig. Bei Nichtbankkunden sanken die Kredite um 2,7 Prozent auf 30,3 Mrd. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ertragslage stabilisiert

Dortmund (VWD) – Die VEW Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund, berichtet über eine weitere Stabilisierung ihrer Ertragslage in den ersten sechs Monaten 1984 und erwartet für das Gesamtjahr wieder einen zufriedenstellenden Abschluß. In ihrem jüngsten Zwischenbericht geht die Verwaltung davon aus, daß in diesem Jahr keine Anpassungen der Energiepreise mehr stattfinden. Der VEW-Umsatz stieg im ersten Halbjahr um 8 Prozent auf 3 Mrd. DM. Investiert wurden 182 Mill. DM (minus 18,3 Prozent).

Auslands-Freuden

Weinheim (Wb.) – Die KG Carl Freudenberg, Weinheim, Stammhaus der Unternehmensgruppe Freudenberg, hat ihren Umsatz im ersten Halbjahr 1984 um knapp 8 Prozent auf 675 Mill. DM gesteigert. Impulse kamen überwiegend aus dem Exportgeschäft, das einen Umsatzanteil von 43 Prozent erreichte. Im Inland litt das 10 300-Mitarbeiter-Unternehmen, das wesentliche Umsatzanteile als Kfz-Zulieferer erzielt, im zweiten Quartal unter den Folgen des Arbeitskampfes.

Höherer Zinsüberschuß

München (sz.) – Eine deutliche Steigerung des Zinsüberschusses um 23 Prozent auf 26,2 Mill. DM verzeichnete die Münchener Hypothekenbank eG im ersten Halbjahr 1984 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit. Indes hat sich das Hypothekengeschäft weiter beruhigt. Die Darlehenszusagen nahmen auf 262,5 (439,1) Mill. DM und die Auszahlungen auf 196,6 (247,7) Mill. DM ab. An Kommunaldarlehen wurden 348,8 (317,2) Mill. DM zugesagt und 340,1 (358,3) Mill. DM ausgezahlt. Zur Refinanzierung wurden Mittel in Höhe von 943,2 (1228,7) Mill. DM aufgenommen, davon 907,2 (1116,1) Mill. DM durch Ausgabe neuer Schuldverschreibungen. Gegenüber Ende 1983 stieg die Bilanzsumme um 0,6 Prozent auf 8,0 Mrd. DM.

Ruhiges Darlehensgeschäft

Nürnberg (sz.) – Einen allgemeinen Trend zu einer Beruhigung des Darlehensgeschäfts verspürte die Vereinsbank in Nürnberg AG, Nürnberg, im ersten Halbjahr 1984. Die zunehmende Bedarfssättigung am Wohnungsmarkt führte im Hypothekengeschäft zu einem Rückgang der Darlehensbewilligungen auf 313 (378) Mill. DM und der Auszahlungen auf 206 (270) Mill. DM. An Kommunaldarlehen wurden 369 (379) Mill. DM bewilligt und 347 (374) Mill. DM ausgezahlt. Der Bruttoerstabsatz an Schuldverschreibungen verminderte sich auf 677 (1398) Mill. DM. Recht günstig gestaltet hat sich, so das Institut in einem Zwischenbericht, die Ertragssituation. Der Zinsüberschuß erhöhte sich auf 43,5 Mill. DM gegenüber ½ von 1983 in Höhe von 40,5 Mill. DM.

HAMMER BANK / Ermittlungen gegen Ex-Vorstand

Kredite zu wenig gesichert?

dpa/VWD, Düsseldorf

Zur Klärung des Umfangs von Kreditrisiken bei der Hammer Bank Spadaka eG, Hamm, werden am 7. August Vertreter der Volks- und Raiffeisenbanken bei der Landeszentralbank in Düsseldorf zusammenkommen. Wie von Bankenseite verlautete, soll dabei festgestellt werden, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe bei dem Genossenschaftsinstitut ein erheblicher Wertberichtigungsbedarf besteht, den die Berliner Kreditaufsicht nach einer Prüfung Anfang Juli ausgemacht hat.

Das Gesamtvolumen der zur Diskussion stehenden 25 Kredite, die als nicht ausreichend abgesichert angesehen werden, wird mit über 300 Mill. DM angegeben. Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken sowie der Westfälische Genossenschaftsbanken haben vorsorglich Garantieerklärungen für die Einleger abgegeben. Das Institut hatte Ende 1983 knapp 19 000 Mitglieder mit fast 98 000 Geschäftsanteilen zu 300 DM. Vorstandsvorsitzender Paul Schulte hat in der vergangenen Woche sein Amt niedergelegt. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft Bochum und Dortmund.

Das Institut weist im Jahresabschluß 1983, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Bonner Treuverbund trägt, eine Bilanzsumme von 1,7 (1,4) Mrd. DM und erzielte einen Jahresüberschuß von 5,6 Mill. DM, von denen 3,6 Mill. DM in die offene Rücklage gestellt worden waren. Ende 1983 hatte die Bank 1,1 Mrd. DM Kredite vergeben.

ALLKAUF / Die Umsatz-Trauben hängen höher – Aktivitäten auch außerhalb des Stammgeschäftes

Verstärkte Diversifikation in Richtung Süden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Neue „Distributionswege" locken immer mehr. Auch für die seit Jahren im deutschen Einzelhandel mit überdurchschnittlichen Umsatzplusraten glänzenden SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte. Deutliche Signale in dieser Richtung zeigt zur Veröffentlichung ihres 1983er Abschlusses die in dieser Branche zu den größten Unternehmen zählende allkauf SB-Warenhaus GmbH & Co. KG, Mönchengladbach. Dieser Tage hat sie für das bisher hauptsächlich auf Nordrhein-Westfalen konzentrierte Geschäft ihrer Reisetochter (Tjaereborg-Flugreisenprogramm) mit 287 (275) Mill. DM 1983er Umsatz die Niederlassung München eröffnet, die im ersten Jahr aus dem süddeutschen Markt 25 000 Flugreisen herausholen soll.

Im Herbst 1984 will allkauf mit einem neuen Partner-Unternehmen zudem den Vertrieb von „Ausbauhäusern" aufnehmen, bei denen der Kunde durch Bau-Eigenleistungen den Hauspreis „erheblich" reduzieren könne. Zunehmende Diversifikation außerhalb des „Stammgeschäfts" zeigt auch die nun vornehmlich mit Zielrichtung auf den süddeutschen Markt geplante Expansion der schon 1983 um weitere 7 (8) auf 43 vergrößerten Zahl von eigenen Fotofachgeschäften. Zum guten Teil außerhalb des SB-Warenhausgeschäfts liegen auch die 1983 auf den Rekordstand von 68,1 (16,4) Mill. DM gesteigerten („und selbstfinanzierten") Investitionen der Gruppe, darunter 20 Mill. DM für eine gemeinsam mit LTU gehaltene Boeing 757 zum Aufbau des süddeutschen Touristik-Geschäfts.

In der Summe aus Stammgeschäft und Diversifikation hat die allkauf-Gruppe 1983 ihren Umsatz (ohne 107 Mill. DM bei den in den Häusern untergebrachten Bäckern/Floristen und sonstigen „Konzessionären") um 6,2 Prozent auf 3,1 Mrd. DM gesteigert. Dieses nochmals deutlich über dem deutschen Einzelhandel liegende Plus kam jedoch hauptsächlich aus der bei nunmehr 39 (35) SB-Warenhäusern und verstärkter Diversifikation um 10,3 Prozent auf 344 000 qm vergrößerten Verkaufsfläche. Die bei dieser 1962 gestarteten Gruppe lange Zeit üblichen hohen Produktivitäts-Zuwachsraten sind also bei der Flächenproduktivität nicht mehr da. Nur bei der Produktivität der 6450 (6416) Mitarbeiter schaffte die Gruppe im Berichtsjahr noch ein Plus im Pro-Kopf-Umsatz von 5,9 Prozent auf 436 822 DM.

Götterdämmerung zieht im SB-Warenhausgeschäft der Gruppe auch bei der gewünschten Expansion ein. Die von der Geschäftsführung heftig als wettbewerbsfeindlich kritisierte neue Baunutzungsverordnung wirkt als Blockade. Die in 1983 angemieteten vier neuen Filialen wurden schon mit bis zu sechs Jahren reichender Verzögerung eröffnet. Im Gestrüpp der langen Rechtsstreitwege sind nun auch die für 1984 geplanten zwei weiteren Filialen (Recklinghausen und Weyhausen) „bis auf unbestimmte Zeit verschoben".

Mehr als das Urteil „erwartungsgemäß" will die Geschäftsführung, hier getrost die „Schutzvorschrift" des Publizitätsgesetzes nutzend, auch nicht zur 1983er Ertragsentwicklung sagen, nachdem in den letzten Jahren eine Umsatzrendite (vor Steuern) um die zwei Prozent angedeutet wurde. Die Tatsache, daß das für die Gruppe mit 172 (165) Mill. DM genannte Eigenkapital (bei den Familien Ackermans und Viehof) die stattliche Quote von rund 43 (40) Prozent der Bilanzsumme erreiche, sagt angesichts des offenbar sehr hohen Anteils angemieteter Verkaufsflächen auch nicht sonderlich viel. Verhalten bleibt die Geschäftsführung für 1984 mit der Prognose, daß der Gruppenumsatz um etwa 3 Prozent steigen werde.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: RIEDINGER Gewerbepark GmbH; RIEDINGER Kraftwerks GmbH; **Calw:** Nachl. d. Adalbert Ruzek; **Euskirchen:** ETE-Leichten GmbH, Zülpich; **Frankfurt/Main:** FSG — Freizeit Sportstätten GmbH; **Gelsenkirchen:** Otto Rentmeister & Söhne, Dorsten; **Hamburg:** KIEFER-MARKT GmbH Skandinavische Möbel; **Hamm:** Kilhey-Verwaltungsges. mbH; **Hann. Münden:** Marlene u. Peter Gundlach.

Vergleich beantragt: Leer: Textilhaus H. Feist.

Aktien gut behauptet

Vorsichtige Anlagekäufe bei Standardwerten wurden fortgesetzt

DW. – Obwohl diesmal keine Anregungen von den US-Börsen kamen und der Dollar weiterhin Rätsel aufgab, wurden an der deutschen Börse die vorsichtigen Anlagekäufe fortgesetzt. Angesichts der begrenzten Abgabebereitschaft führten sie in vielen Standardaktien zu weiteren leichten Kurssteigerungen. Getragen wurden die Käufe in hohem Maße von der privaten Kundschaft. Ausländer und institutionelle Anleger scheinen sich noch zurückzuhalten. Bevorzugt wurden die Papiere der Großchemie, daneben auch Siemens.

Positiv wurde vermerkt, daß die Anlagebereitschaft bis zum Börsenschluß durchhielt, so daß etliche Papiere zu höchsten Tageskursen schlossen. Weiterhin lebhafte Umsätze in Lufthansa-Vorzugen, aber keine nennenswerten Kurssteigerungen mehr. Angeblich soll hier in den letzten Tagen ein Investmentfond seine Bestande aufgestockt haben. Auffällig ist die anhaltende Zurückhaltung gegenüber Maschinenbauwerten. An ihnen ist die Kurserholung der letzten Tage nahe völlig vorübergegangen. Eine gewisse Unsicherheit kennzeichnete weiterhin den Markt für Bankaktien, da nun auch die Dresdner Bank mit ihren Zwischenbericht zu erkennen gab, daß die Zeiten der Spitzenerträge vorerst einmal vorüber sind.

Düsseldorf: Dt. Texaco zogen um 4 DM auf 200 DM an. Bilfinger verbesserten sich um 6 DM auf 188 DM und Schiess befestigten sich um 12 DM auf 106 DM. Dyckerhoff St. schlossen mit einem Plus von 3 DM auf 218 DM ab. Pegulan St. verminderten sich um 3 DM auf 222 DM.

Frankfurt: AEG fielen um 1 Dm auf 87,20 DM, Conti ermäßigten sich um 0,20 DM auf 114,30 DM und Horten verminderten sich um 2 DM auf 154 DM. BASF erhöhten sich um 0,50 DM auf 151,70 DM. Bayer zogen um 1 DM auf 158,50 DM an und BMW verbesserten sich um 8,50 DM auf 366,50 DM.

Hamburg: HEW gingen zu 86,50 DM plus 1,50 DM und NWK-Vz. zu 161 DM plus 1 DM um. Phoenix Gummi erholten sich auf 110,50 DM um 1,50 DM. Andererseits schwächten sich Brmer Vulkan auf 57,20 DM minus 1,30 DM ab. Beiersdorf gingen zu 328 DM plus 4,50 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. erhöhten sich um 17 DM auf 230 DM, Etienne Aigner stiegen um 2 DM auf 264 DM und Dywidag befestigten sich um 7 DM auf 179,50 DM. NAK Stoffe sanken um 0,50 DM auf 75 DM, Spinnerei Kolbermoor ermäßigten sich um 20 DM auf 730 DM und Süd Chemie fielen um 6 DM auf 359 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 10 DM höher und Koetitzer Leder um 5 DM niedriger taxiert. Detewe erholten sich um 5 DM und Engelhardt um 4 DM. DUB-Schultheiss ermäßigten sich um 3,50 DM, Rheinmetall um 2,50 DM, Berthold um 2 DM und Berliner Bank um 1 DM.

Nachbörse: erneut freundlich

WELT-Aktienindex: 138,0 (138,2)
WELT-Umsatzindex: 1510 (1890)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris

Toronto · London · Mailand · Wien · Brüssel · Kopenhagen · Hongkong · Singapur · Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 31. 7. 84: 544 Optionen = 30 100 (33 200) Aktien, davon 212 Verkaufsoptionen: = 11 600 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-95/1,9, 10-100/1,5, 1-85/9,5, 1-90/6, 4-85/12, 4-90/9,2, BASF 10-150/6,9, 10-160/3, 10-170/1,4, 1-160/5, 4-160/9, 4-180/3,4, Bayer 10-160/5, 10-170/1,85, 4-160/13, 4-170/8, 4-180/5, Bekula 4-95/6, BMW 1-380/7,4, Commerzbank 10-130/20, 10-150/4,3, 10-160/1,6, 1-150/8,4, 1-160/4,5, 4-150/12,6, 4-160/8,8, Conti 10-120/3, 1-120/16,9, 4-110/14,5, Daimler 1-560/14, 1-580/7, Deutsche Bank 1-320/26,54-380/11, Dresdner Bank 10-150/4,9, GHH St 1-140/6,4, Hoechst 10-170/2,9, 1-170/7,9, 4-160/15,5, 4-170/8,9, 4-180/8,2, Hoesch 10-100/3,2, 1-95/8-7,6, 1-100/3,4, 1-110/3, 4-95/9,4, 4-100/6, Karstadt 1-340/5,1, Kaufhof 1-220/8,4, Kloeckner 10-50/6,4, 10-55/3,5, 10-60/1,85, 1-55/5,5, 1-60/3,2, 4-55/6,9, 4-60/4,6, 4-65/3,6, Lufthansa St 1-140/14,4, Mercedes 1-490/13, Mannesmann 10-130/10, 1-140/7,3, 1-150/3,5, 4-150/5,5, Kali + Salz 1-220/10,4, Siemens 10-400/1,7, 1-380/10, 1-390/7,1, 1-400/5,05, 1-410/2,65, 4-390/12,5, 4-400/9,5, 4-410/5,3, Thyssen 10-70/5, 10-80/1, 1-70/8,6, 1-85/2, 4-85/3,5, 4-90/2,6, Veba 10-160/9, 10-170/2,45, 1-180/3,2, VEW 1-120/3, VW 10-160/16, 10-170/9,4, 10-180/3,9, 10-190/2, 1-180/7,8, 1-190/5, 4-170/16,3, 4-190/7,6, 4-200/4,6, Chrysler 10-80/3, 1-80/5,1, Elf 1-8/2,5, Norsk Hydro 10-194,4/4,8, 1-200/10, Philips 1-40/2,9, Sony 1-35/7,4, Xerox 1-110/6. Verkaufsoptionen: AEG 10-90/1,6, 10-85/4, 10-90/5,4, 1-752/2, 1-80/3,3, 1-85/4,4, 1-90/8, BASF 10-150/3, 1-150/3,6, 4-150/4,5, Bayer 1-150/2,55, 1-160/7,4, BMW 10-370/12,1, 1-350/10, 1-358/14,8, 4-350/14, Commerzbank 10-140/3, 1-130/1,4, 4-130/2, Conti 10-110/3, 1-110/4,4, Daimler 1-510/11, 4-530/20, Deutsche Bank 1-300/5, 1-310/8, Dresdner Bank 10-140/3, 1-140/5,8, 4-140/7,3, GHH St 10-130/3,9, 1-130/5, 4-130-6, Harpener 1-280/10,5, Hoechst 4-150/3,8, 4-160/5,5, Hoesch 1-90/4, Kaufhof 1-200/6,4, Kloeckner 10-50/1,4, 1-50/2,05, Lufthansa VZ 10-140/2,9, 1-140/6,9, Linde 4-340/13, Mannesmann 1-130/3, Preussag 1-210/4,2 Schering 1-310/9,7, Kali + Salz 10-200/4, Siemens 10-382/4, 1-340/3,5, 1-350/6,2 1-360/12, Thyssen 10-70/2, Veba 10-160/2,5, 10-170/6, 1-160/3, 1-170/7, 4-170/8,6, VW 10-/160/2, 10-170/6,9, 4-160/6, 4-180/12, Alcan 10-75,5,8, Chrysler 10-70/1,5, 10-75/3,1, 10-80/6, 1-70/3,9, 1-75/6,2, 1-80/7,5, 4-70/4,8, 4-75/8, General Motors 1-180/7,5, Litton 10-200/8,4, Philips 10-40/2,5, 1-40/3,4, Royal Dutch 1-120/5,5, Xerox 4-90/4. – (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5⅜–5½	4¾–5
3 Monate	11¾–12	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛
6 Monate	12¼–12½	6⅛–6⅜	5 –5¼
12 Monate	12⅝–12⅞	6½–6¾	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 31. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1530,00	1892,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1290,00	1551,50
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	678,30
1 £ Sovereign alt	230,00	285,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	224,00	278,16
20 belgische Franken	177,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	242,00	303,24
2 südafrikanische Rand	224,00	277,02
Krüger Rand, neu	1007,00	1187,88
Maple Leaf	1007,00	1187,88
Platin Noble Man	984,00	1161,66
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz Franken „Vreneli"	179,00	228,00
20 franz. Franken „Napoléon"	177,00	225,72
100 österr. Kronen (Neuprägung)	926,00	1119,48
20 österr. Kronen (Neuprägung)	185,00	233,70
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	128,82
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	431,00	541,50
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

31. 7. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,8824	2,9004	2,8525	2,84	2,93
London¹)	3,776	3,790	3,723	3,72	3,87
Dublin¹)	3,068	3,082	3,018	2,98	3,13
Montreal³)	2,2000	2,2080	2,1645	2,14	2,24
Amsterd.	88,375	88,595	88,325	87,75	89,75
Zürich	117,500	117,700	117,00	116,25	119,00
Brüssel	4,937	4,959	4,879	4,80	5,00
Paris	32,510	32,670	32,09	31,75	33,50
Kopenh.	27,315	27,435	27,015	26,25	28,00
Oslo	34,680	34,800	34,14	33,75	35,50
Stockh.**)	34,405	34,565	33,805	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,623	1,633	1,59	1,59	1,69
Wien	14,228	14,268	14,204	14,15	14,37
Madrid**)	1,765	1,775	1,731	1,74	1,88
Lissabon**)	1,920	1,940	1,83	1,45	2,38
Tokio	1,1790	1,1820	–	1,13	1,19
Helsinki	47,400	47,600	46,34	46,25	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,06	0,30
Athen*) **)	2,5040	2,6680	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3940	2,4130	–	2,30	2,42
Johannesbg.*)	1,7455	1,7645	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

In einem ruhigen Ultimomarkt konnte der Dollarkurs sein hohes Vortagsniveau mit Kursen um den amtlichen Mittelkurs von 2,8964 behaupten. Die Bundesbank glich am 31. 7. die Nachfrage mit dem Verkauf von 29,9 Mill. Dollar aus. Der unerwartete Rückgang der amerikanischen Wirtschaftsfrühindikatoren um 0,9 Prozent hatte nur kurzfristigen Einfluß, wobei der Dollarkurs bis 2,8900 nachgab. Weiter im Aufwind lag der Japanische Yen mit einem Tagesgewinn von 0,25 Pf. AUG 1,1805. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen mußte die D-Mark geringfügige Kursverluste hinnehmen, die jedoch in keinem Fall 3 Promille überschritten. US-Dollar in: Amsterdam 3,2735; Brüssel 58,56; Paris 8,8895; Mailand 1780,50; Wien 20,3350; Zürich 2,4629; Ir. Pfund/DM 3,075; Pfund/Dollar 1,3061; Pfund/DM 3,783.

Ostmarkkurs am 31. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt kam es bei sehr ruhigem Geschäft nur zu kleinen Umsätzen. Die Deports für Dollar gegen D-Mark notierten am 31. Juli leicht erweitert.

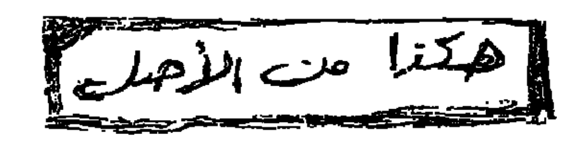
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,65/1,55	4,45/4,35	8,50/8,30
Pfund/Dollar	0,09/0,06	0,11/0,07	0,12/0,17
Pfund/DM	3,00/1,60	6,80/5,40	11,6/10,4
FF/DM	36/10	58/42	111/95

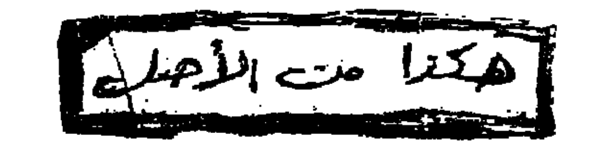
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 31. 7.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 31. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 31. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.





Bundesanleihen

		31. 7.	30. 7.
F 6 Bund 78 III	9/84	99,96	99,9
8¼ dgl. 76	9/84	100,15G	100,15G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,95
6¼ dgl. 79	1/85	99,95bG	99,95bG
8½ dgl. 73 F	3/85	101,15	101,15
7 dgl. 79	4/85	100,25bG	100,2
7½ dgl. 79 II	6/85	100,45bG	100,4
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,85bG	100,85
8 dgl. 76 IV	10/85	101,35	101,3G
5½ dgl. 78 II	3/86	97,65G	97,65
5¾ dgl. 78	5/86	97,5	97,5
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,7	99,7
6½ dgl. 79	1/87	98,25G	98,25
7¼ dgl. 78 II	1/87	98,86	99,8
6¾ dgl. 77	4/87	98,1	98,05bG
6½ dgl. 77	7/87	97,45	97,35
6 dgl. 77	10/87	95,35	95,35
5 dgl. 78 I	1/88	94,75	94,75
6½ dgl. 78 I	9/88	95,6	95,8
6¾ dgl. 78 II	12/88	95,5G	95,8
6¾ dgl. 79	1/89	96,5G	96,5
7¼ dgl. 79 I	4/89	97,7	97,75
10 dgl. 81	4/89	107,4	107,35bG
7½ dgl. 79 I	6/89	98,55G	98,55G
8 dgl. 79 I	7/89	100,4	100,4
8 dgl. 79 II	8/89	100,35	100,35bG
7½ dgl. 79 II	9/89	98,4	98,4
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,15	99,2
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,3	99,35
10 dgl. 80	4/90	108,35	108,35
5¾ dgl 78	5/90	91,85	91,85
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,95	101,1
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,95	101
7¾ dgl 82	11/90	98,55	98,55G
9 dgl 81	2/91	104,1	104,1
10¾ dgl 81	7/91	110,25G	110,25
10¾ dgl. 81	9/91	113G	113
10 dgl. 81 II	12/91	109,3	109,3
9¾ dgl 82 I	1/92	108,05	108,05
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,1	108,1
6 dgl. 78 II	3/93	88,55	88,55
9,5 dgl. 82	4/92	106,75	106,75
9 dgl. 82	6/92	104,05	104,05
8½ dgl. 82	8/92	101,8	101,8G
9 dgl. 82	8/92	104,35G	104,35bG
8¾ dgl. 82	9/92	102,95	102,95bG
7¾ dgl 82	12/92	97,3	97,3
7¼ dgl. 83	1/93	95,4	95,4G
7½ dgl. 83 II	3/93	95,25bG	95,3
7¾ dgl. 83 III	6/93	96,65bG	96,7
8¼ dgl. 83	6/93	99,9	99,9

		31. 7.	30. 7.
F 8½ dgl. 79	2/85	100,05	100,05
8½ dgl. 73	2/85	100,9	100,9
7 dgl. 77	2/87	98,85	98,96
6 dgl. 77	9/87	95,7	95,75
6 dgl. 78 II	7/88	94,16	94,25
6¼ dgl. 77	5/89	94,8	94,86
8 dgl. 79 I	7/89	100,3	100,3
6 dgl. 78 I	2/90	91,4	91,45
8 dgl 80 II	7/90	100,2	100,1
9 dgl. 81	3/91	104,15	104,15G
10½ dgl. 81	9/91	111,85	111,85
10¾ dgl. 81	11/1	110,7G	110,7
8 dgl. 80 I	2/92	99	99
10 dgl. 82	2/92	109,4G	109,4G
9½ dgl. 82	7/82	107,05	107,05
8 dgl. 82	11/92	98,8	98,75
7¾ dgl. 83	1/93	97G	97
8¼ dgl. 83	10/93	99,95	99,95G

Bundespost

		31. 7.	30. 7.
F 6½ Bdpost 68	6/88	98,45G	98,45
8 dgl. 72 I	9/87	100,6	100,6
10 dgl. 81	3/89	107,75	107,75
10¾ dgl. 81	6/89	108,4	108,45G
8 dgl. 80	3/90	100,15	100,15G
7¾ dgl. 80	9/90	98,8	98,95
8¾ dgl. 80	12/90	103,1	103,1G
10½ dgl. 81	10/91	111,75	111,75G
9¾ dgl. 82	2/92	108,1G	108,1G
8¾ dgl. 82	6/92	102,8bG	102,8bG
8¼ dgl. 82	10/92	101,5G	101,5
7¾ dgl. 83	2/93	96,9	97
8¾ dgl. 83	8/93	101,45G	101,45
8¼ dgl. 84	2/94	99,9	99,9

Länder – Städte

		31. 7.	30. 7.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	97,75G	97,75bG
8¼ dgl. 82	92	99,9	100G
M 7 Bayern 66	86	100,4G	100,4
6½ dgl. 67	87	101G	101
6 dgl. 68	85	98,75G	98,75G
6 dgl. 78	88	94,1G	94,1
8¾ dgl. 80	90	102,75	103G
8¾ dgl. 82	92	102,4	102,65G
7½ dgl. 83	93	95,15	95,15G

		31. 7.	30. 7.
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,45	100,45
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,15	101,15
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,1	100,1
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,2G	98,2G
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	99,15	99,25

Bundesbahn

		31. 7.	30. 7.
F 6 Bdbahn 72	8/84	100,16	100,16
8½ dgl. 78	9/84	100,15G	100,15G
6 dgl. 78 III	11/84	99,95G	99,95G

Rentenmarkt ohne Anregungen

Die Sorge vor einer Anhebung der Prime Rate in den USA ließ am Dienstag die Anlagebereitschaft bei den festverzinslichen Papieren erneut schrumpfen. Das gilt allerdings nicht für die neue Bundesanleihe deren Absatz besser ist als zunächst befürchtet worden war. Interesse zeigen vor allem die Versicherer. Öffentliche Anleihen schwankten innerhalb einer sehr engen Bandbreite. Ähnlich stand es bei den DM-Auslandsanleihen. Sehr ruhiges Geschäft am Pfandbriefmarkt. Das geringe Neugeschäft erlaubt es den Daueremittenten Zurückhaltung zu üben.

	31. 7.	30. 7.
M 5½ Bayer.Hdba Pf 14	92,75G	92,75G
6 dgl. Pf 20	82	82
6½ dgl. Pf. 2	95,5TG	95,5TG
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25G
6½ dgl. KS 14	97,75G	97,75G
7¾ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75bG	80,75G
6 dgl. KS 1	99,35G	99,35G

	31. 7.	30. 7.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,5	90,5
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 60	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	103G
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 95	81,5	81,5G
6½ dgl. Pf 80	90,2G	90,2G
8 dgl. Pf. 248	101,15	101,15
9 dgl. KO 125	–	–

	31. 7.	30. 7.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	76bG	76G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,75G	100,75G
6¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
9¾ dgl. Pf 1007	105,65G	105,65G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05bG
7 dgl. KO 556	99,9G	99,9G
6¼ dgl. KS 420	96,2G	96,2G
9¾ dgl. KO 1301	104,5G	104,5G
8¾ dgl. KS 1278	101,1G	101,1G
8 dgl. IS 1512	100,35G	100,35G

Wandelanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

	31. 7.	30. 7.
F Nisshin Steel	2,05	2,1
F Nissho - Iwai	2,8G	2,8G
D NL Industries	31G	32bB
F Norsk Hydro	184	188
F Nynex	188,5	188,5
H Occ. Petroleum	72G	72,5
F Océ v. d. Grint	195G	195G
F Olivetti St.	8,7bG	8,5
F Olivetti Vz.	6,55	6,45
F Olympus Optical	9,7T	9,7T
H v. Ommeren	22,5G	22,5G
F Onoda Talent	22,5G	22,5G
F Pacific Telesis	171,5	174

	31. 7.	30. 7.
F US West	170,2	171,8
M Vaal Reefs Expl.	273	277
D Vmf-Stork	104G	104
D Volvo A.	90T	90T
D dgl. Nam B	90T	90T
F Warner Commun.	51,9	53
F Warner Lambert	86G	87
F Wells Fargo	97G	98
M Western Deep L.	114,9	116,9
M Western Mining	6,95bB	7
M Westinghouse El.	62,8	62,7exD
F Westl.-Utrecht H.	88G	89,8
D Xerox Corp.	103,5	103G

Warenpreise – Termine

Unverändert bis bruchteilig schwächer schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester notierte Silber. Leichte Abschläge verzeichnete Kupfer. Niedriger wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	30. 7.	27. 7.
Sept.	349,00	343,25
Dez.	368,50	360,25
März	378,75	372,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	30. 7.	27. 7.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	240,74	240,94
Amber Durum	243,04	238,00

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	128,50	128,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	30. 7.	27. 7.
Juli	131,80	131,50
Okt.	131,80	131,50
Dez.	132,50	132,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	30. 7.	27. 7.
Terminkontr. Sept.	138,85	139,30
Dez.	136,10	136,05
März	134,80	135,05

Kakao New York ($/t)	30. 7.	27. 7.
Terminkontr. Sept.	2031	
Dez.	2031	
März	2035	
Umsatz	2646	

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,40	
Okt.	4,55	
Jan.	5,14	
März	5,71	
Mai	6,03	

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	119,00–120,0	121,40–122,00
Okt.	127,20–127,40	128,00–128,20
Dez.	135,60–135,80	136,40–137,00
Umsatz	1594	1961

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	30. 7.	27. 7.
schw. Sarawak spez.	342,50	342,50
weißer Sarawak	580,00	580,00
weißer Muntok	587,50	587,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30. 7.	27. 7.
	29,15	29,17

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	31. 7.	30. 7.
Leg. 225	408–430	408–430
Leg. 226	410–432	410–432
Leg. 231	440–452	440–452
Leg. 233	450–472	450–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	31. 7.	30. 7.
Platin (DM je g)	33,40	32,75
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	32 300	31 900
Rücknahmepr.	31 550	31 150
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	32 510	32 220
Rücknahmepr.	31 690	31 410
verarbeitet	34 100	33 800
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 865	31 665
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	679,60	661,60
Rücknahmepr.	659,50	642,10
verarbeitet	709,40	690,60

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	31. 7.	30. 7.
10.30	341,60	338,50
15.00	342,35	338,50

	30. 7.	27. 7.
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	97 300	97 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	544,60	529,10
3 Monate	560,15	544,30
6 Monate	576,80	561,00
12 Monate	606,25	591,10
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	249,70	247,40
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	99,50	99,05

New Yorker Preise	30. 7.	27. 7.
Gold H & H Ankauf	338,50	335,25
Silber H & H Ankauf	702,00	690,00
Platin fr. Händlerpr.	330,00–336,00	330,00–336,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	130,00–131,00	131,00–132,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Aug.	710,00	706,00
Sept.	715,00	711,00
Dez.	736,00	730,00
Jan.	745,10	740,50
März	760,00	753,00
Mai	775,50	770,20
Juli	791,60	785,00
Umsatz	19 000	38 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	30. 7.	27. 7.
Aug.	57,80	58,70
Sept.	58,30	60,40
Dez.	61,05	61,05
Jan.	60,80	62,20
März	61,95	63,45
Mai	63,20	64,75
Juli	64,50–	
Umsatz	6 000	7 500

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	31. 7.	30. 7.
Kasse	875,50–876,50	879,50–880,50
3 Monate	901,00–901,50	905,50–906,00
Blei (£/t) Kasse	374,50–375,00	371,00–372,00
3 Monate	369,00–369,50	367,50–368,00

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE

Programm und Fernsehen

Acht Disziplinen in sechs Sportarten – das sind die Entscheidungen am heutigen Tag. Bei den Schwimmern ist diesmal Ruhetag. Dafür greifen die deutschen Ringer nun zum ersten Mal ins Finalgeschehen ein. Markus Scherer hat im klassischen Stil in der Gewichtsklasse bis 48 Kilogramm ebenso Medaillenchancen wie Bernd Gabriel (62 kg) und Uwe Sachs in der Kategorie bis 90 kg. Für die deutschen Schützen hat es bisher in Los Angeles nicht zum Erfolg gelangt, obwohl in fast allen Diszplinen Weltklasseleute aufgeboten wurden, die sich bisher bei internationalen Meisterschaften oder auch früheren Olympischen Spielen stets durchgesetzt haben. Diesmal ist der Dreistellungskampf (liegend, stehend, kniend) mit dem Kleinkalibergewehr dran. Das ist bei den Schützen so etwas wie die Königsklasse. Gelingen diesmal Peter Heinz (Hegelsberg) und Kurt Hillenbrand (Kronau) die entscheidenden Treffer?

Medaillenchancen hat die deutsche Mannschaft heute auch wieder im Radsport, in der 4000-m-Einzelverfolgung durch den Berliner Rolf Gölz. Diese Strecke gehört zu den deutschen Traditionsdisziplinen. 1976 in Montreal wurde sie von Gregor Braun aus Neustadt gewonnen. Im Modernen Fünfkampf steht der Geländelauf und damit das Finale nach vier harten Tagen an. Achim Bellmann aus Warendorf gehört zu den Aussichtsreichsten, wenn es um die Vergabe der drei Medaillen geht.

Die deutschen Kunstturnerinnen wollten zwar nach der Pflicht am liebsten gleich wieder heimreisen, weil sie sich unterbewertet fühlten, doch nun wollen sie sich in der Kür so teuer wie möglich verkaufen und mit den Chinesinnen um den dritten Platz kämpfen. Fragt sich nur, ob das die Kampfrichterinnen auch zulassen und die Leistungen entsprechend honorieren. Übrigens, ebenfalls gegen China treten die Volleyballspielerinnen an. Es wird wohl eine Lehrstunde werden.



Die Entscheidungen:

Schießen: KK-Gewehr, Dreistellungskampf Männer (18.00)

Radsport: Einzelverfolgung (19.00)

Gewichtheben: Klasse bis 67,5 kg (3.00)

Moderner Fünfkampf: 5. Wettbewerb, Laufen (2.00)

Turnen: Kür der Damen/-Mannschaftsfinale (2.30)

Ringen: (ab 21.00) Griechisch-römisch, Klassen bis 48 kg, 62 und 90 kg (21.00)

Das übrige Wettbewerbsprogramm: Rudern: Hoffnungsläufe, Männer und Frauen (16.30). – **Hockey:** Männer: (17.00): Holland – Neuseeland, (ab 22.45): Pakistan – Kenia, Großbritannien – Kanada. – Frauen: (17.00): Australien – Deutschland, (22.45): Kanada – USA. – **Wasserball:** (ab 17.30): Kanada – Jugoslawien, China – Holland, (ab 22.30): Brasilien – Spanien, Griechenland – USA, (ab 4.30): Japan – Italien, Australien – Deutschland. – **Basketball:** (ab 18.00): Deutschland – Australien, China – Kanada. (ab 23.30): Ägypten – Jugoslawien, USA – Uruguay (ab 5.00): Italien – Brasilien, Frankreich – Spanien. – **Fechten:** Männer, Florett (Vorrunden 18.00). – **Moderner Fünfkampf:** 4. Wettbewerb, Schießen (18.00). – **Radsport:** Sprint, Viertelfinale (19.00), Punktefahren – Qualifikation (19.00). – **Pferdesport:** Military, Gelände (17.30). – **Volleyball:** Frauen: (ab 19.00): Kanada – Korea, Deutschland – China. – **Boxen:** Vorrundenkämpfe (20.00/3.00). – **Ringen:** Griechisch-römisch Vorrunde der Klassen bis 52, 57, 68, 74, 82, 100 kg (21.00). – **Segeln:** Zweite Wettfahrt (22.30). – **Basketball:** (ab 1.00): Kanada – Nicaragua, Japan – Korea. – **Fußball:** (1.00): Kamerun – Irak, Jugoslawien – Kanada, (4.00): Marokko – Saudi-Arabien, Deutschland – Brasilien.

Und so berichten die beiden Fernsehanstalten:

Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF):

6.00 – 8.30 Uhr: Guten Morgen Olympia, halbstündlich Kurzfassungen von den wichtigsten Entscheidungen der Nacht.

17.05 – 19.00 Uhr: Olympia am Mittag. Live-Schaltungen zu den ersten Wettkämpfen.

19.30 – 1.00 Uhr: Olympia-Studio Los Angeles: Live-Sendungen von der Entscheidung Rad-Einzelverfolgung, Kunstturnen Kür der Damen, Vorrunden im Boxen und Ringen, Gewichtheben bis 67,5 kg, Hoffnungsläufe im Rudern.

Erstes Deutsches Fernsehen (ARD):

3.25 – 6.00 Uhr: Olympia live.

Vielversprechender Auftakt: Nach zwei Wettkampftagen schon sieben deutsche Medaillen



Fredy Schmidtke (links) und Michael Groß (rechts) waren die Goldmedaillen-Gewinner des deutschen Olympiateams am zweiten Wettkampftag in Los Angeles. „Eigentlich hasse ich diese Disziplin, diese elende Schinderei", sagt Schmidtke über die 1000-m-Zeitfahrstrecke, war sich aber bewußt: „Wenn ich hier verliere, dann bin ich doch der Trottel der Nation". Schmidtke gewann – im überaus eindrucksvollen Stil. Die Schinderei daheim beim aus der Tschechoslowakei geflüchteten Heimtrainer Bohumil Pavlicek hatte sich gelohnt, wenngleich sich Olympiasieger Schmidtke beharrlich gewehrt hatte, im Training jemals die volle Distanz von einem Kilometer auf Tempo durchzufahren.

Michael Groß war selber überrascht, als er über 100 Meter Delphin als erster angeschlagen hatte – und das noch dazu in neuer Weltrekordzeit. „Unfaßbar" kommentierte Groß das in der Tat wohl wirklich nur sehr schwer Faßbare. Doch diese Medaille hätte er gern gegen die silberne in der 4x200-m-Freistilstaffel eingetauscht, bei der er als Schlußmann auf den letzten Zentimetern geschlagen wurde. Doch schon jetzt ist Michael Groß der Superstar dieser olympischen Schwimm-Wettbewerbe. Der amerikanische Cheftrainer Don Gambrill stellt ihn sogar auf eine Stufe mit Mark Spitz, wobei er ihm noch mehr Talent zubilligt als dem siebenmaligen Olympiasieger von München. FOTOS: AP



Nur bei sehr viel Geld will Schmidtke zum Profi werden

Von FRANK QUEDNAU

Die Freude wurde zum fröhlichen Ringelspiel. Immer noch einmal ging es rund, immer rechts herum. Immer noch einmal Start und Ziel, die jetzt ihre Bedeutung verloren hatten, in einem Oval von 333,333 Metern Länge, daß diesem Athleten sportliche Welt ist und das er dennoch haßt, wenn er es dreimal umfahren muß. In diesem Augenblick nämlich fuhr Fredy Schmidtke Ehrenrunden, gleich fünf an der Zahl. Runden, die gleichsam Ventile waren, durch die alles strömen durfte, was sich in diesem Moment aufgestaut hatte. Schmidtke verspürte den Drang, die Zuschauer einzuschließen, sie teilhaben zu lassen an seiner Freude, die er so selten genießt, wenn er das Oval dreimal durchrasen muß.

Ein Mann zelebriert seinen Sieg. Er hatte unter der senkrecht stehenden, glühenden Sonne von Los Angeles mit dem Fahrrad die Strecke von einem Kilometer in 1:06,104 Minuten zurückgelegt. Das entspricht der für Autofahrer in geschlossenen Ortschaften verbotenen Geschwindigkeit von 54,459 km/h. Es war schnell genug, die Goldmedaille im 1000-m-Zeitfahren zu gewinnen.

Dieser Athlet mit dem scheinbar so sonnigen Gemüt, der schon 1982 Weltmeister war und 23mal deutscher Meister (mit Jugendtiteln), galt als erklärter Favorit dieser Spiele: „Wenn ich hier verliere, bin ich doch der Trottel der Nation."

Schon in diesem Satz steckt etwas Furcht davor, nicht zu schaffen, was alle Welt von ihm erwartet. Schmidtke ist ein lockerer Spieler. Sandalen oder Lackschuhe, lautet sein geflügeltes Wort. Es bedeutet nichts anderes als alles oder nichts, top oder hopp. Und da hat er in Los Angeles wohl etwas Bammel vor der Konsequenz bekommen, die in diesem Entweder-Oder liegt. Bahnfahrer sind nicht gerade von der Öffentlichkeit verwöhnte Sportler, bei Olympia aber schauen auch die zu, die sonst gelangweilt abwinken.

Diese Situation hatte bei Schmidtke wohl Wirkung hinterlassen. Hinterher sprach er fast kaum über seinen Sieg, sondern eher davon, daß er ihn beinahe noch verpaßt hätte. „Ich weiß auch nicht, warum, meine Nerven waren gar nicht so stark, wie ich gedacht hatte", sagte er. Mehr Erfahrung für einen, von dem es vorher hieß, wenn er nicht gerade vom Rad falle, könne ihn keiner schlagen.

Schmidtke leitete die Erzählung über seine Fahrt über einen Kilometer mit dem Wörtchen leider ein. Immer wieder. Leider habe er nicht das getan, was er sich vorgenommen habe. Nämlich das Rennen bei diesem Wind und bei dieser Hitze langsamer anzugehen. So sei es nach eineinhalb Runden sehr, sehr schwer geworden. Leider sei er so nervös gewesen.

Das klang, als habe hier einer das Gold gerade um eine Hundertstelsekunde verpaßt. So redet doch kein Sieger. Die Erklärung dafür kann in Schmidtkes Charakter liegen. Er sagt: „Ich hasse dieses Zeitfahren. Ich hasse diese elende Schinderei." Haß aber ist ein enormer Antrieb. Menschen, die von ihm befallen werden, haben auch den überzogenen Ehrgeiz, das Objekt ihres Hasses total zu besiegen. Wie Schmidtke diese 1000 Meter, bei denen es keinen direkten Gegner gibt, nur die Uhr, die ebensowenig auszutricksen ist wie die Strecke selbst: Zuviel Kraft verbraucht auf den ersten 200 Metern, die Strecke bestraft es auf den letzten und die Uhr zeigt es gnadenlos an. Ein kleiner Schlenker in der Kurve, er ist kaum noch auszugleichen.

Das ist es wohl, was Schmidtke zum „leider" führte, obwohl er gewonnen hat: Er hat seine Gegner besiegt, aber wieder nicht diese teuflischen 1000 Meter gegen die Uhr, jedenfalls nicht so weit, daß der Haß total befriedigt worden wäre. Schmidtke: „Von einem bestimmten Punkt an fährst du durch einen langen schwarzen Tunnel, du trittst wie ein Wahnsinniger, aber du hörst, siehst und denkst nichts mehr. Das darfst du auch nicht. Alles dauert eine gute Minute. Wer da denkt, fährt nicht so schnell, wie er muß."

Dieses Muß ist wieder eine Vokabel, die nicht gerade auf Spaß schließen läßt. Schmidtke: „Es gibt Tage, an denen ich einfach mal keine Lust habe, und dann trainiere ich auch nicht. Doch meine Leistungen rechtfertigen das wohl." Schließlich könne er den Vorwurf, zu wenig zu trainieren, auch widerlegen: Ab 10 Uhr morgens drei Stunden lang auf der Bahn, nach einer Mittagspause noch einmal die gleiche Zeit auf der Straße. Er sagt – und das ist trotziger Übermut, den er aus seinen Leistungen ableitet: „Vor jemandem, der so viel trainiert wie ich, kann man den Hut ziehen."

Ein schwieriger Typ? Dieter Berkmann, Bundestrainer, Chirurg, 1972 selbst Olympiastarter in München, dann vier Jahre Profi, sagt: „Vor wichtigen Rennen ist er absolut gereizt, dann geht man ihm am besten aus dem Wege. Mit guten Worten ist da nichts mehr zu machen. Da muß es sein, wie in einer guten Ehe – im richtigen Moment auch einmal schweigen."

Mit Schmidtke aber hat er vor dem olympischen Rennen einen wichtigen Kompromiß geschlossen – auf dem Gebiet der Technik. Die enorme Kraft des Kölners erlaubt es ihm, eine Übersetzung von 52:15 zu fahren, das heißt: 52 Zähne auf dem Kranz vorne, 15 hinten, bei jeder Pedalumdrehung legt das Rad so 7,40 Meter zurück, muß aber wie von einem Dampfhammer angetrieben werden. Beschlossen wurde, daß Schmidtke wegen des Windes lieber Kraft sparen und dafür etwas häufiger treten sollte. Mit einer Übersetzung von 48:14, die das Rad nur 7,32 Meter nach vorne treibt.

Er könne gut lenken, sei aber schwer zu lenken, wurde einmal über Schmidtke gesagt. So ganz stimmt das wohl nicht, er muß nur von dem überzeugt werden, was andere von ihm wollen. In Los Angeles war er es.

Ob er jetzt aber noch auf Berkmann hört, der ihm geraten hat, vorläufig noch Amateur zu bleiben, ist fraglich. Schmidtke, seit 1981 Zeitsoldat und noch ein Jahr bei der Bundeswehr verpflichtet, wird auf alle Fälle Profi. Sechstage-König Patrick Sercu ist sein Vorbild. Direkt nach dem Gewinn der Goldmedaille sagte er auf die Frage, was er denn antworten werde, wenn jetzt ein Sechstagerenn-Veranstalter einen Vertrag anböte: „Das kommt aufs Geld an." Gelernt hat er Rohrschlosser, beschäftigt wird er von der Erdöl-Chemie in Köln-Worringen: „Mal sehen, was die Firma sagt, wenn ich aus der Bundeswehr entlassen werde, Rohrschlosser jedenfalls würde mir keinen Spaß mehr machen."

Der Weg, kein Zweifel, geht zu den Profis. Niemand sollte sich wundern, wenn er noch im Herbst dieses Jahres mit seiner Goldmedaille auf der Brust in irgendeiner deutschen Stadt – am wahrscheinlichsten in seiner Heimatstadt Köln – auf seine erste Profirunde geschickt wird. Dann werden die Zuschauer auch klatschen, aber nicht gegen seine vor lauter Freude ausgestreckte rechte Hand, wie bei den fünf Ehrenrunden in Los Angeles, bei denen er sich vom Druck der Erwartungen endgültig befreite: „Mein Gott, was hätten die nur gesagt, wenn ich nicht gewonnen hätte. . . ."

Staffel: Groß so schnell wie nie, aber das reichte nicht

Von MARCUS BERG

Der erste Superstar der Olympischen Spiele von Los Angeles heißt Michael Groß. Einen Tag nach seinem Triumph über 200 m Freistil gewann der 20jährige Offenbacher erneut in neuer Weltrekordzeit auch die Goldmedaille über 100 m Delphin.

15 000 Zuschauer erlebten danach eines der größten Rennen der Schwimmgeschichte, als Groß die 4x200-m-Freistilstaffel der USA zu dem sensationellen Weltrekord von 7:15,69 Minuten trieb. Der Schlußschwimmer verpaßte für sich, Thomas Fahrner, Dirk Korthals und Alexander Schowtka die mögliche Goldmedaille nur um vier Hundertstelsekunden.

„Das ist absolut unglaublich, ich kann es nicht fassen, ist das wirklich wahr?" Nach seinem Sieg über 100 m Delphin war selbst Groß fassungslos. Mit unbändigem Siegeswillen hatte er den amerikanischen Favoriten und Weltrekordhalter Pablo Morales auf den letzten Metern niedergekämpft.

Das war am Montagnachmittag um 16.30 Uhr kalifornischer Ortszeit, als im Schwimmbecken von Los Angeles der Kindheitstraum von Pablo Morales zu Ende ging. Zehn Meter vor dem Ziel der 100-m-Strecke wußte er, daß „der Tag, auf den ich so lange gewartet hatte, nicht mit der Goldmedaille enden würde." Nach dem Rennen sagte Morales: „Ich hatte alles gegeben und spürte, daß es nicht genug war."

Angetreten war Morales mit einer Mischung aus Selbstbewußtsein und Angst vor dem Unbekannten: „Michael Groß ist ein großer Athlet, aber der Weltrekord gehört mir. Weshalb sollte ich ihn nicht schlagen können?" Er fühlte sich so stark wie nie, und wie die Zeit bestätigte, war er es auch. Welches Gefühl überkam ihn, als die langen Arme des Michael Groß nach 90 Metern neben ihm auftauchten? „Ein so seltsames wie noch nie."

Für seinen Bezwinger hatte er nur Hochachtung: „Er ist ein unglaublicher Kämpfer, und er kam nach dem Anschlag sofort zu mir, um mich zu trösten."

Michael Groß sagte über sein zweites Rennen zur Goldmedaille: „Ich konzentrierte mich auf die letzten zehn Meter des Rennens, weil ich dachte, daß Morales an diesem Punkt schlappmachen würde, was er auch wirklich tat. So hatte ich mich gut vorbereitet. Meine Wende an der 50-Meter-Marke war leider nicht so gut. Was für eine Zeit! Ich dachte vielleicht 53,5 Sekunden schwimmen zu können, aber 53,08 – ich bin einfach sprachlos."

Dann die Entscheidung in der 4x200-m-Freistilstaffel: Selbst Michael Groß, sonst kühl bis an die Haarspitzen, geriet ins Philosophieren. „Das ist das Leben" – mit dieser Bemerkung tat der Doppel-Olympiasieger ein Rennen der Superlative ab, in dem er wieder einmal Hauptdarsteller war. Er, der absolute Siegertyp, hatte einen Kampf verloren, der eigentlich nur Gewinner hätte haben dürfen, hatte für die 4x200-m-Freistilstaffel alles aufs Spiel gesetzt, hatte den 13 000 Zuschauern im „Olympic Swim Stadium" ein einmaliges Erlebnis beschert.

Vier Hundertstelsekunden Differenz - 7:15,69 Minuten für die amerikanische Staffel gegenüber 7:15,73 für die Mannschaft des Deutschen Schwimmverbandes – beide Teams fast fünf Sekunden unter dem Weltrekord, der noch Stunden zuvor bei 7:20,40 gestanden hatte, aufgestellt vom deutschen Team am 23. August 1983 in Rom, zwischendurch von den Amerikanern in 7:18,87 bereits im olympischen Vorlauf unterboten. Schon da hatte sich angebahnt, daß zwei Staffeln den Rest der Schwimm-Welt zum Statistendasein degradieren würden.

David Larson drückte die Anspannung aller Beteiligten am treffendsten aus: „Es war ein ekstatisches Gefühl, das ich mein Leben lang nicht vergessen werde." So entlud sich bei dem 25jährigen und seinen Partnern Mike Heath, Jeff Float und Bruce Hayes der Gefühlsstau, bei den Amerikanern schneller, bei den Deutschen langsamer. Die kamen erst spät darauf, daß sie – außer Groß noch Thomas Fahrner, Dirk Korthals und Alexander Schowtka – einen historischen Augenblick des modernen Schwimmsports maßgeblich mitbestimmt hatten.

Die beiden Männer, die diesen Kampf wahrscheinlich entschieden haben, heißen Don Gambrill und Bruce Hayes. Der erste, 52 Jahre alt, hatte als Trainer den Mut besessen, seinen vermeintlich stärksten Schwimmer Mike Heath vor Michael Groß zu bewahren und ihn an den Anfang zu stellen. Der zweite, der gerade 21 Jahre alte Texaner Bruce Hayes, war zum Opferlamm oder zum Helden auserkoren worden, je nachdem. Hayes wurde zum Helden, weil er seine Hand einen Lidschlag schneller an der Wand hatte, hinter der sich eine Elektronik versteckt, die unerschütterliche Beweise über schneller oder langsamer bringt.

„Der war doch schon tot", hatte Hartmut Oeleker, der Trainer von Michael Groß, gesagt. Hayes aber war wieder zum Leben erwacht, nachdem er einen offenbar sicheren Vorsprung und damit Weltrekord und Gold bereits an Groß verloren zu haben schien. Das Rennen, es schien eigentlich gesichert, Groß war auf dem Weg zu seiner dritten Goldmedaille.

Aber der Offenbacher hatte sich zu viel zugemutet, obwohl er am Ende eine Zeit von 1:46,89 Minuten schwamm – schneller war über die 200-m-Strecke noch nie einer vor ihm.

„Noch im Wasser ist Michael zu mir geschwommen und hat zu mir gesagt, ich sei ein großer Schwimmer" – bei diesen Worten konnte man dem schlacksigen Bruce Hayes den Stolz über das Kompliment des zweifachen Olympiasiegers von den Augen ablesen.

Hayes war mit nahezu eineinhalb Körperlängen Vorsprung ins Becken gesprungen. Ewigkeiten nach ihm erst Groß. Doch wie von einem Katapult geschleudert, schoß er durch das Element, in dem er sich sicherer bewegt als an Land. „Ich war total überrascht, als er so urplötzlich neben mir war. Ich war wie gelähmt", schilderte Bruce Hayes die Situation, die ihm fast den Sieg gekostet hätte. „Meikel", wie die Amerikaner Groß' Vornamen aussprechen, war näher und näher geglitten, sogar vorbeigezogen, hatte den dritten Triumph vor Augen.

Der Mann, der Groß schlug, mißt 20 Zentimeter weniger, hat sanfte braune Augen, lockiges Haar und besitzt nicht einen einzigen Weltrekord. Natürlich hat er solches nicht allein vollbracht. Bruce genoß im Schwimmstadion von Los Angeles die Unterstützung seiner drei Staffelkameraden und die von 13 000 aus dem Häuschen geratenen Zuschauern. „Ohne das", bekennt er, „wäre der Sieg unmöglich gewesen."

Stimmen nach dem großen Rennen: „Es hat nicht sollen sein. Uns fehlte nur Fortune!" (Groß-Trainer Hartmut Oeleker) – „So ein Rennen habe ich noch nie erlebt. Wir hatten ja auch richtig Angst vor den Deutschen." (US-Cheftrainer Don Gambrill). – „Wo das noch hinführt – ich weiß es nicht . . ." (Michael Groß) – Schluß-Aussagen über ein Ereignis, das lange Nachhall finden wird.

Die Spiele haben den Negerjungen Albert nur kurz aus dem Schatten geholt

Albert Hoods Haut glänzte heller als sonst. Schweiß und Magnesia auf den Schultern. Dazu 137,5 Kilo. Und die Zuschauer brüllten, feuerten ihn an. In Albert Hoods Gesicht zuckte es, dann kapitulierten seine Kräfte vor der Last des Eisens. Es wäre das Zweieinhalbfache von Hoods Körpergewicht gewesen.

Einen Augenblick lang wußte der junge Mann nicht, wie er reagieren sollte. Die Leute in der Halle der Loyola-Marymout-Universität standen auf ihren Stühlen, klatschten und trampelten. Obwohl Albert Hood in diesem Moment nichts mehr mit der Vergabe der Medaillen im Bantamgewicht zu tun hatte. Amerikanischer Rekord, mit 242,5 Kilo Platz zehn.

Der Jubel des Publikums begleitete ihn bis hinter den Vorhang. Verschwand Albert Hood damit für immer in der Versenkung? Genauso schnell, wie er einst aufgetaucht war. Vor ein paar Monaten hatte ihn noch kein Mensch gekannt. Höchstens die Breakdancer in Venice. Und die Jungs in seiner Nachbarschaft.

Erst als ein Reporter der „Los Angeles Times" in Zusammenhang mit Olympia den Gewichtheber Albert Hood aufgespürt hatte, ist Hood populär geworden: Kind aus den Slums, ein sportverrückter Lehrer, der ihn fürs Gewichtheben begeisterte, hat Albert davor bewahrt, daß er nicht die Kurve kratzte, mit Drogen dealte und im Knast landete.

Die Spiele haben den Negerjungen Albert aus dem Schatten geholt. Plötzlich interessierte es, daß er sich sein Bett mit dem Bruder teilen muß, daß er von seinen paar Dollar Sporthilfe der Mutter die Miete bezahlt.

Albert hat hinterher nicht mehr viel Vernünftiges gesagt. Er habe sich gefreut, daß er einen Rekord gebrochen habe, der 24 Jahre alt sei. Er hatte eigentlich geplant gehabt, bei der Eröffnungsfeier einen Breakdance hinzulegen, aber das habe er sein gelassen, „weil ich Angst bekam, mich zu verletzen". Schade, der Olympiatänzer Albert wäre wohl in alle Archive eingegangen. Der Gewichtheber Hood ist schnell vergessen.

Auch Paul Gonzales ist 20, aber noch ein paar Pfund leichter als Albert. Und wo er wohnt, im mexikanischen Viertel, ist Los Angeles noch dunkler, noch gefährlicher, noch dreckiger als dort, wo der Gewichtheber Hood aufwuchs.

Paul gehörte zu einer Straßengang, zu einer Kinderbande. Bei einem ihrer nächtlichen Streifzüge ist sein Vetter in Pauls Armen verblutet, die Kehle durchgeschossen. Der Polizist Al Stankie, der den jugendlichen Gangster einst geschnappt hat, brachte ihn dazu, seine Aggressionen beim Sport zu kanalisieren. Stankie ist heute Pauls Trainer.

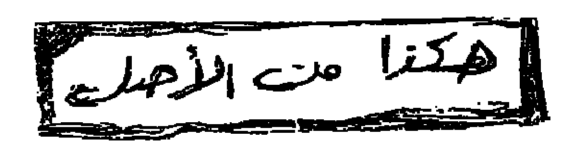
Stankie gehört zu den modernen Polizisten, zu denen mit der sozialen Ader. Noch eine Parallele also zwischen Paul und Albert. In der Art, wie beide zu einem Leben in Normen bekehrt worden sind.

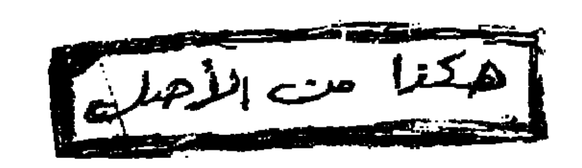
Nur, Paul boxt. Und das ist der entscheidende Unterschied zwischen den beiden 20jährigen aus dem Ghetto. Mit Boxen kann man in Amerika soziale Klassen überspringen, Millionär und Star werden, mit Gewichtheben nicht.

Paul hatte auch Glück bei seinem ersten Auftritt während der Spiele. Als ihm der Südkoreaner Kwang Sun Kim in der zweiten Runde einen Schwinger ans Kinn setzte, schien der Publikumsliebling und Goldfavorit Gonzales aus den Latschen zu kippen. Doch Paul verdaut den fürchterlichen Haken dank einer Zwangspause – der Koreaner hatte seinen Kopfschutz verloren – und vermöbelt seinen Widersacher in der letzten Runde.

Im Gegensatz zu Albert Hood kann Paul Gonzales seine Zukunft klar darlegen. „Ich werde Gold gewinnen, und dann werde ich hier in diesem Ring niederknien und weinen."

Dieser eiskalte Schläger besteht aus lauter Gefühlen. Seine Medaille will er der Mutter schenken, für die Familie will er ein Haus kaufen, „damit sie in einer besseren Gegend ein glücklicheres Leben führen können".





Olympische Entscheidungen

RADSPORT

1000 m Zeitfahren

Gold: Schmidtke (Deutschland) 1:06,104 Minuten

Silber: Harnett (Kanada) 1:06,436

Bronze: Colas (Frankreich) 1:06,649

4. Samuel (Trinidad) 1:06.691, 5. Adair (Neuseeland) 1:06,964, 6. Weller (Jamaika) 1:07,243.

SCHWIMMEN

100 m Schmetterling, Männer

Gold: Groß (Deutschland) 53,08 Sekunden (Weltrekord)

Silber: Morales (USA) 53,23

Bronze: Buchanan (Australien) 53,85

4. Castro (Venezuela) 54,27, 5. Jameson (England) 54,28, 6. Mosse (Neuseeland) 54,93.

4x200 m Freistil, Männer

Gold: USA (Heath, Larson, Float, Hayes) 7:15,69 Minuten

Silber: Deutschland (Fahrner, Korthals, Schowtka, Groß) 7:15,73

Bronze: Großbritannien (Cochran, Easter, Howe, Astbury) 7:24,78

4. Australien 7:25,63, 5. Kanada 7:26,51, 6. Schweden 7:26,53.

400 m Lagen, Männer

Gold: Baumann (Kanada) 4:17,41 Minuten

Silber: Prado (Brasilien) 4:18,45

Bronze: Woodhouse (Australien) 4:20,50

4. Vassallo (USA) 4:21,46, 5. Divano (Italien) 4:22,76, ... 12. Diegel (Deutschland) 4:28,94.

200 m Brust, Frauen

Gold: Ottenbrite (Kanada) 2:30,38 Minuten

Silber: Rapp (USA) 2:31,15

Bronze: Lempereur (Belgien) 2:31,40

4. Nagasaki (Japan) 2:32,93, 6. Kellett (Australien) 2:33,60, 6. Hasse (Deutschland) 2:33,82.

200 m Freistil, Frauen

Gold: Wayte (USA) 1:59,23 Minuten

Silber: Woodhead (USA) 1:59,50

Bronze: Verstappen (Holland) 1:59,69

4. Pearson (Australien) 1:59,79, 5. van Bentum (Holland) 2:00,59, ... 7. Beyermann (Deutschland) 2:01,89.

SCHIESSEN

Kleinkaliber liegend

Gold: Etzel (USA) 599 Ringe (Olympischer Rekord)

Silber: Bury (Frankreich) 596

Bronze: Sullivan (Großbritannien) 596 (nach Stechen)

4. Allan (Großbritannien) 595, ... 8. Lind 593, .. 25. Seibold (beide Deutschland) 589.

GEWICHTHEBEN

Bantamgewicht

Gold: Wu (China) 267,5 kg (120,0/147,5)

Silber: Lai (China) 265,0 (125,0/140,0)

Bronze: Kotaka (Japan) 252,5 (112,5/140,0)

4. Ishiba (Japan) 250,0, 5. Kim (Korea) 245,0, 6. Munoz (Spanien) 242,5.

Medaillenspiegel nach 17 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
USA	9	6	–
Kanada	3	3	–
China	3	2	1
Deutschland	3	1	3
Australien	–	1	4
Frankreich	–	1	1
Schweden	–	1	–
Brasilien	–	1	–
Niederlande	–	–	2
Großbritannien	–	–	2
Japan	–	–	2
Norwegen	–	–	1
Belgien	–	–	1

Anmerkung: Über 100 m Freistil/Schwimmen der Damen wurden zwei Goldmedaillen, aber keine Silbermedaille vergeben.

TURNEN / Skandal bei den Damen: Das deutsche Team wollte aufhören und dachte an Abreise

Prorok sprach von Mafia und Betrug

dpa/sid, **Los Angeles**

„Wenn die uns so betrügen, turnen wir besser nicht mehr weiter." Mannschaftsführerin Elke Heine weinte, und die deutschen Turnerinnen dachten an Rückzug und Heimreise noch vor dem entscheidenden Kür-Wettkampf. Vor drei Wochen hatte die junge Riege von Cheftrainer Vladimir Prorok im Länderkampf gegen Vize-Weltmeister Rumänien noch 194,60 Punkte in der Pflicht geschafft. Diesmal erreichte sie im direkten Vergleich mit den USA mit *189,85* Punkten ein nie erwartetes Negativ-Resultat. „Wir wollen keine Geschenke, aber leistungsgerechte Noten", schimpfte Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz.

Obwohl ein überaus wohlgesonnenes *Kampfgericht* den Amerikanerinnen 195,70 Punkte gegeben hatte, übernahm Rumänien vor der heutigen Kür mit 196,15 Punkten die Spitze. Die deutsche Riege folgt hinter China an vierter Stelle und turnt in der Medaillengruppe gemeinsam mit den USA, Rumänien und China.

Dennoch: Das Pflichtturnen hatte sich zu einem handfesten Skandal ausgeweitet. „Solche Leute muß man eliminieren, die sollen lieber Kartoffeln sammeln", polterte Bela Karoly, ehemals Cheftrainer in Rumänien und seit April 1981 in den USA ansässig. „Das ist doch eine Mafia, die entweder keine Ahnung hat oder die Geschenke verteilen muß oder aber bestochen ist", ärgerte sich der deutsche Cheftrainer Vladimir Prorok. „Wie soll man da als Pädagoge junge Menschen motivieren?"

Beim Pflichtturnen schimpfte jeder gegen jeden. Die Spanierinnen fühlten sich unterbewertet, die Amerikanerinnen, die Deutschen, die Rumäninnen natürlich auch. Ellen Berger („DDR"), ihres Zeichens Präsidentin des Technischen Komitees im Internationalen Turnerbund (FIG), hatte in weiser Voraussicht noch einmal „zu Ruhe und Besonnenheit" aufgerufen und an den olympischen Eid erinnert. Die Worte müssen bei einigen auf taube Ohren gestoßen sein. „Da gab es Wertungen, die bis zu acht Zehntel auseinanderlagen, und keine der Oberkampfrichterinnen ist eingeschritten", wußte Trainer Prorok, der sauer auf die Amerikanerinnen war, weil die im direkten Vergleich fast sechs Punkte mehr herausgewirtschaftet hatten.

Prorok protestierte nur einmal – vergeblich. Don Peters aus den USA gleich viermal – vergeblich. Bela Karoly: „Dies hier ist schlimmer als Moskau 1980." Die Fachwelt fiebert *dem Ereignis „Karoly kontra Karoly"* entgegen: Karolys neue Stars Mary Lou Retton (39,50 in der Pflicht) und Julianne McNamara (39,45) gegen seine ehemaligen Stars Ecaterina Szabo und Lavinia Agache (beide 39,55). Im Vorfeld gab es während des Pflichtturnens eine neuerliche Konfrontation mit der rumänischen Kampfrichterin Julia Roterescu, die sich laut Karoly ganz besonders gegen die Amerikanerinnen einschoß. Karoly allerdings schoß zurück: „Sie ist ein Feigling, sie hat Angst, daß wir Amerikaner Rumänien besiegen können."



Wurden die Amerikanerinnen bevorteilt? Mary Lou Retton beim Pferdsprung FOTO: AP

Olympia in Zahlen

Im Lager der deutschen Ruderer folgten Enttäuschung und Zufriedenheit dicht aufeinander. Bei den Vorläufen der Männer blieb zuerst die Renngemeinschaft Berlin/Hannover/Mainz/Bonn im Vierer mit Steuermann hinter den Erwartungen zurück und belegte nur den zweiten Platz. Eine positive Überraschung gab es dagegen durch den Doppel-Zweier. Georg Agrikola und Andreas Schmelz konterten im Schlußspurt den Angriff der Amerikaner und ruderten bereits in den Endlauf.

BASKETBALL

Herren, Vorrunde, zweiter Spieltag: Italien – Deutschland 80:72, Brasilien – Ägypten 91:82, Jugoslawien – Australien 94:64. – Tabelle: 1. Italien 190:134/4:0, 2. Jugoslawien 190:147/4:0, 3. Brasilien 163:158/2:2, 4. Australien 140:166/2:2, 5. Deutschland 155:176/0:4, 6. Ägypten 144:201/0:4. – Frauen: Finalrunde, erster Spieltag: USA – Jugoslawien 83:55, China – Australien 67:64, Südkorea – Kanada 67:62. – Tabelle: 1. USA 83:55/2:0, 2. Südkorea 67:62/2:0, 3. China 67:64/2:0, 4. Australien 64:67/0:2, 5. Kanada 62:67/0:2, 6. Jugoslawien 55:83/0:2.

PFERDESPORT

Military, Dressur, Einzelwertung: 1. Schmutz (Schweiz) auf Oran 39,80 Punkte, 2. Davidson (USA) auf J.J. Babu 49,00, 3. Stives (USA) auf Ben Arthur 49,20, ... 18. Tesdorpf auf Freedom 62,20,... 26. Hogrefe auf Foliant 66,00,... 27. Overesch (alle Deutschland) 66,40. – Stand nach der Dressur/Mannschaftswertung: 1. USA 155,8 Punkte, 2. Schweden 173,0, 3. Frankreich 173,2,... 6. Deutschland 184,6.

VOLLEYBALL

Frauen, Vorrunde, Gruppe A, erster Spieltag: USA – Deutschland 3:0, China – Brasilien 3:0. – Tabelle: 1. USA 47:33/2:0, 2. China 45:34/2:0, 3. Brasilien 34:45/0:2, 4. Deutschland 33:47/0:2. – Gruppe B, erster Spieltag: Japan – Südkorea 3:1, Peru – Kanada 3:0. – Tabelle: 1. Peru 45:23/2:0, 2. Japan 53:35/2:0, 3. Südkorea 35:53/0:2, 4. Kanada 23:45/0:2.

HOCKEY

Gruppe B: Neuseeland – Pakistan 3:3, Großbritannien – Kenia 2:1, Holland – Kanada 4:1. – Tabelle: 1. Holland 4:1/2:0, 2. Großbritannien 2:1/2:0, 3. Neuseeland 3:3/1:1, Pakistan 3:3/1:1, 5. Kenia 1:2/0:2, 6. Kanada 1:4/0:2.

TURNEN

Frauen, Mannschaften (Pflicht): 1. Rumänien 196,15 Punkte, 2. USA 195,70, 3. China 194,15, 4. Deutschland 189,85. – Einzelwertung: 1. Szabo (Rumänien) 39,55, 2. Agache (Rumänien) 39,55, 3. Retton (USA) 39,50, ... 19. Wilhelm 38,20, ... 22. Heine 38,15, ... 24. Lehmann 37,80, ... 29. Golz 37,70, Schwarm 37,70, ... 33. Beckers (alle Deutschland) 37,35.

MODERNER FÜNFKAMPF

Fechten, Einzelwertung: 1. Bellmann (Deutschland) 1066 Punkte, 2. Rasmusson (Schweden) 1022, 3. Four (Frankreich) 978, ... 35. Rehbein 714, 36. Sandow (beide Deutschland) 714. – Fechten, Mannschaftswertung: 1. Schweden 2802 Punkte, 2. Frankreich 2626, 3. USA 2604, ... 6. Deutschland 2494. – Gesamtstand nach zwei Disziplinen, Einzelwertung: 1. Rasmusson 2092 Punkte, 2. Masala (Italien) 2056, 3. Bellmann 2020, ... 25. Sandow 1784,... 28. Rehbein 1748. – Mannschaftswertung: 1. Italien 5800 Punkte, 2. USA 5792, 3. Frankreich 5620, .. 6. Deutschland 5552.

FUSSBALL

Gruppe A: Jugoslawien – Kamerun 2:1 (1:1), Kanada – Irak 1:1 (0:0). – *Gruppe C: Deutschland – Marokko* 2:0 (1:0), Brasilien – Saudi-Arabien 3:1 (1:0). – Tabelle, Gruppe A: 1. Frankreich 2:2/1:1, 2. Qatar 2:2/1:1, 3. Norwegen 0:0/1:1, 4. Chile 0:0/1:1. – B: 1. Jugoslawien 2:1/2:0, 2. Kanada 1:1/1:1, 3. Irak 1:1/1:1, 4. Kamerun 1:2/0:2. – C: 1. Brasilien 3:1/2:0, 2. Deutschland 2:0/2:0, 3. Marokko 0:2/0:2, 4. Saudi-Arabien 1:3/0:2. – D: 1. USA 3:0/2:0, 2. Italien 1:0/2:0, 3. Ägypten 0:1/0:2, 4. Costa Rica 0:3/0:2.

BOXEN

Vorrunde, Mittelgewicht: Corti (Argentinien) 5:0 PS – Bauer (Deutschland).

MODERNER FÜNFKAMPF / Ein Einbruch

Beim Fechten Chancen auf Medaille verspielt

dpa/sid, **Los Angeles**

Der Einbruch kam auf der Fechtbahn. Es kam – wie es bei den Modernen Fünfkämpfern immer kommt: Irgendwann im Verlauf des Wettbewerbs müssen sie einen Rückschlag hinnehmen. In Los Angeles wird dieser Rückschlag die deutsche Mannschaft voraussichtlich um die Bronzemedaille bringen.

Vor allem dem Berliner Christian Sandow, der sich vor dem Fechten noch berechtigte Hoffnungen auf einen Medaillenplatz in der Einzelwertung gemacht hatte, stand die Enttäuschung ins Gesicht geschrieben. Er erreichte genauso wie sein Berliner Vereinskamerad Michael Rehbein nur 23 Siege in 51 Gefechten. „Das waren für beide *fünf Siege zu wenig.* Unsere Chancen in der Mannschaftswertung sind erheblich gesunken", sagte Sportwart Dieter Krickow.

Mit jeweils 714 Punkten blieben sie weit unter ihren Möglichkeiten und belegten nur die Plätze 35 und 36. „*Wir waren gut vorbereitet und nicht nervös*", sagte Rehbein, „dieser Leistungsabfall ist mir einfach unerklärlich." Sportwart Krickow kritisierte vor allem die passive Fechtweise von Christian Sandow, der seinen Stil eigentlich *nie* durchsetzen konnte: „*Wenn man nicht selber die Initiative* ergreift, nützt auch die beste Betreuung nichts."

Die Enttäuschung also ist groß. Daran ändert auch nichts das hervorragende Abschneiden von Achim Bellmann (Warendorf), der in der überdachten Reitarena von Coto de Caza *39 von 51 Gefechten gewann* und damit auch das Degenfechten für sich entschied. Bellmann, deutscher Vize-Meister in dieser Disziplin unter den Spezialisten, verbesserte sich in der Gesamtwertung mit 2020 Punkten auf Platz drei. Wegen seiner unzu*reichenden Schwimmleistung wird er* den Medaillenrang jedoch kaum bis zum Schluß verteidigen können.

„*Sicher, der Erfolg von Achim* ist erfreulich", meinte Bundestrainer Herbert Rieden (47), „aber insgesamt ist das natürlich eine große Enttäuschung. Ich hatte im Fechten von allen unseren Leuten eine gute Leistung erwartet, nicht nur von Achim Bellmann." Der Bundestrainer hat die Hoffnung auf den dritten Platz dennoch nicht aufgegeben. Der Rückstand auf die Franzosen (derzeit Dritte), beträgt 68 Punkte.

Die Athleten werden ihre Mühe haben. Vor allem den 4000-m-Geländelauf fürchten sie mehr denn je. Coto de Caza nämlich ist eingebettet zwischen kahlen Bergen und hitzebleichen Geröllwegen. Die Piste für den Geländelauf bietet keinen Schatten, unter der Sandschicht ist der Boden knochenhart. Für drei Millionen Dollar wurde in dieser künstlich bewässerten Siedlung eine beinahe perfekte Wettkampfstätte geschaffen. „Zwei Tage nach dem Wettkampf wird hier nichts mehr an Olympia erinnern", sagt Organisationschef Dick Stevens.

RINGEN / Beim Auftakt besser als erwartet

Mehr ging nicht: Acht Siege bei acht Kämpfen

dpa/sid, **Los Angeles**

Acht Siege in acht Kämpfen, Standing Ovation des Publikums und ein überschwenglicher Bundestrainer – das ist die Bilanz des ersten Wettkampftages der deutschen Ringer im griechisch-römischen Stil.

„So etwas hat es noch nie gegeben, das ist einfach unfaßbar", sagte Bundestrainer Heinz Ostermann nach dem geglückten Start seiner Mannschaft. Begonnen hatte es dabei nicht *gerade vielversprechend.* Papiergewichtler Markus Scherer (22) aus Schifferstadt tat sich in seinem ersten Kampf gegen den Norweger Lars Rönningen (14:4-Punktsieg) überraschend schwer. Bundestrainer Ostermann sagte: „Scherer mußte in den letzten *Wochen* sieben *Kilogramm* abtrainieren." Beim 12:0-Sieg in seinem zweiten Kampf gegen den Mexikaner Gustavo Delgado hatte Scherer wenig Mühe. „Aber der Gegner hat mir auch wirklich nicht viel abverlangt", sagte er.

„*Den besten Kampf des Turniers*" (Heinz Ostermann) zeigte der gelernte Bauschlosser im anschließenden Kampf gegen den zuvor als Medaillenkandidaten getippten Südkoreaner Dae-Je Jun. Nach begeisterndem Kampf kam Scherer zu einem *24:18-Punktsieg.* Mit einer *Standing* Ovation wurde er von den 3000 Zuschauern im Anaheim Convention Center gefeiert.

„Ich habe viel zu nervös gerungen und viel zu viele Punkte abgegeben", sagte der nur 1,50 Meter große Markus Scherer hinterher. Mit Untergriffen und *Kopfschleudern* verwandelte er in der zweiten Runde des Sechs-Minuten-Kampfes einen Rückstand noch in den Sieg. Gewinnt Scherer nach seinem Kampf gegen den Japaner Ikuzo Saito, ist er für das Finale qualifiziert.

Ebenso gute Chancen hat im Federgewicht Bernd Gabriel (21). Nach einem vorzeitigen Sieg gegen den Argentinier Daniel Navarrete gelang ihm die eigentliche Überraschung des ersten Wettkampftages: Er bezwang den rumänischen Vize-Europameister Constantin Uta knapp mit 8:7 Punkten. In seinem dritten Kampf gegen den Franzosen Gilles Jalabert kam Gabriel wiederum zu einem vorzeitigen Sieg. Der Elektrotechniker aus Schwalbach muß sich in seinem *nächsten Kampf vermutlich mit dem* Amerikaner Abdurahim Kuzu auseinandersetzen.

„*Ein Auftakt ist immer schwer*", sagte Halbschwergewichtler Uwe Sachs (35) nach seinem 10:1-Punktsieg gegen den Ägypter Kamal Ibdrahim, dem er einen 7:4-Sieg gegen den Österreicher Franz Marx folgen ließ. Genau wie die beiden anderen deut*schen Ringer hat Sachs schon jetzt* einen Platz unter den ersten sechs seiner Gewichtsklasse sicher. „Bisher habe ich mich von Kampf zu Kampf gesteigert", sagt er, „warum sollte das nicht so weitergehen?"

SCHIESSEN / *Schützen bislang sehr schwach*

Schuld daran sind auch der Wind und die Hitze

sid, **Los Angeles**

Über dem San-Bernadino-Talkessel, 90 Kilometer von Los Angeles entfernt, hat sich die dicke Suppe zusammengebraut. Unten auf der Talsohle, wo sich der aus der Stadt hereingeblasene Smog, die Hitze und die Luftfeuchtigkeit sammeln, wird Schießen zum harten Geschäft.

Nicht der Schweizer Toni Müller direkt neben seinem Stand, nicht der Amerikaner Ed Etzel, der sieben *Stände entfernt schießt und wenig* später mit der Goldmedaille dekoriert wird, interessieren Werner Seibold. Der 36jährige deutsche Weltklasse-Schütze kämpft gegen den Wind und gegen Sinnestäuschungen.

„Es war eine Katastrophe", *schimpfte der Bayer, als er sich nach* zwei Stunden von seiner Pritsche erhob. Nur elf Schüsse haben die „Zehn" verfehlt, damit ist er aber im Kleinkaliber liegend ganze Welten von seinem Weltrekord (600 Ringe) entfernt. Stunden später druckt der *Computer aus: 1. Ed Etzel (USA) 599,* 2. Michel Bury (Frankreich) 596, 3. Michael Sullivan (England) 596. Auf Platz 25: Seibold (Deutschland) 589.

Uli Lind aus Heilbronn, vor acht Jahren in Montreal noch Silbermedaillengewinner, trifft etwas genauer. 593 Ringe bedeuten den achten Platz. Bundestrainer Walter Schumann schüttelt über die Ergebnisse den Kopf. Zwei Stunden haben seine Schützen die 60 Scheiben ins Visier genommen und gegen das Wetter gekämpft. Flach lag Seibold auf der harten Bank. Hatte er die gerade fingernagelgroße „Zehn" sicher über dem Korn, zitterte sie schon wieder weg. Aber Seibold hatte keineswegs plötzlich eine unruhige Hand.

Es ist der sogenannte Mirage, der die Jagd auf die Medaillen, auf das Gold so verflixt unberechenbar macht. Die Hitze, die um die Mittagsstunde vierzig Grad im Schatten erreicht, läßt die Luft flimmern. Den Schützen kommt es wie eine Fata Morgana oder ein Geisterbild vor, denn das Ziel beginnt zu zittern. Ab zehn, spätestens ab elf Uhr morgens beginnt dann der Wind die kahlen Berge hinab in den Schießstand zu blasen. Er ist unberechenbar. Mal kommt er von links, mal weht er von rechts.

Seibold zielt auf den Ring mit der „Acht", um die „Zehn" zu treffen. Der Wind, so hofft er, wird die Kugel dorthin ziehen. Denn dort, wo er hinzielt, dort wird die Kugel nicht einschlagen. *Das ist das Verhexte bei den* olympischen Schießwettbewerben im glühend heißen San-Bernadino-Talkessel.

Plötzlich dreht sich der Wind auf den Schützen zu, drückt von vorn auf das Gewehr. Seibold rückt sich neu zurecht, beginnt den Zielvorgang noch einmal – und verliert ungeheuer viel Zeit. Er wird leicht nervös dabei, denn irgendwann muß er auch mal schießen und möglichst auch mal treffen.

Ärzte-Streit um Strittmatter – Klümper wehrt sich: „Unverschämtheit"

DW. **Los Angeles**

Gedopte Athleten – heute eine Alltäglichkeit im Sport. Der Dopingfall des deutschen Bahnradfahrers Gerhard Strittmatter aber weitet sich *nun zu einem Streit unter den Ärzten* aus. Armin Klümper aus Freiburg, bislang die unumstrittene Nummer eins der deutschen Sportmedizin, sieht sich plötzlich heftigsten Vorwürfen ausgesetzt.

Gerhard Strittmatter ist einer der vielen deutschen Spitzenathleten, die sich bei dem Freiburger Sportmediziner die Türklinke in die Hand geben. So *suchte* Strittmatter auch „den Arzt meines Vertrauens auf", als er sich nach einem schweren Sturz am 17. Juni Anrisse an Becken und Oberschenkel zugezogen hatte. Sein Ziel, der Olympiasieg in Los Angeles, war in Gefahr.

Am 22. Juni behandelte Klümper den Radfahrer mit dem Anabolikum Decadurabolin. Er informierte Strittmatter allerdings nicht darüber, daß dieses Medikament bis zu drei Monaten Abbauzeit im Körper haben kann.

Bei den deutschen Meisterschaften eine Woche später war es dann nach Aussage von Strittmatter der Kölner Doping-Spezialist Manfred Donike, der ihn auf die Risiken von Decadurabolin hinwies und Urinkontrollen anordnete. Nach deren Ausfall bestand keine Gefahr für den Einsatz in Los Angeles. Eine letzte Probe in Los *Angeles brachte dann das* Ergebnis: Die Spuren des Anabolikums konnten nachgewiesen werden, die deutsche Mannschaftsleitung beschloß, Strittmatter aus Sicherheitsgründen nicht einzusetzen.

Betroffenheit über das Schicksal des Athleten („Wenn ich schon nicht Prof. Klümper vertrauen kann, wem dann? Ich bin doch Bankkaufmann *und kein Mediziner*") schlug bald um in Grundsatzdiskussionen über das Dopingproblem und heftige Vorwür*fe gegen Klümper.*

Zum Sprecher machte sich in erster Linie Professor Joseph Keul, der *Arzt der deutschen Olympiamannschaft.* „Im Fall Strittmatter", sagt er, „hätte eine andere Behandlungsmethode gewählt werden müssen, die dem Athleten vielleicht nur 95 Prozent seiner Leistungsfähigkeit gebracht hätte, aber nicht das Dopingproblem." Unverständnis zeigte Keul vor allem darüber, „daß ein so erfahrener Mann wie Klümper übersehen konnte, daß auch zehn Wochen nach Verabreichung dieses Anabolikums noch Spuren im Urin nachgewiesen werden können."

Indirekt stellte Keul sogar die Kompetenz seines Kollegen Klümper in Frage: „Ich bin der Meinung, daß *sowohl Sportärzte als auch Athleten* in Zukunft noch mehr aufgeklärt werden müssen." Die Grenze dessen, was erlaubt sei, müsse „schärfer definiert werden."



Wehrt sich gegen die Vorwürfe: Armin Klümper FOTO: DPA

Armin Klümper, der zur Zeit in der Schweiz seinen Urlaub verbringt (er verzichtete auf die Reise nach Los Angeles, da ihm das NOK angeblich keine frühzeitige Akkreditierungsgarantie geben konnte), wies alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe als „absolute Unverschämtheit" zurück. Klümper bezeichnet die Vorwürfe seines Kollegen Keul als „Krönung der Unkollegialität". „Das ist ein schwerer Schlag gegen die gesamte Sportmedizin. So etwas ist traurig für jemanden, der seit 25 Jahren sein Hemd für die Athleten auszieht." Zu dem Vorwurf der Unkenntnis über die Wirkungsdauer von Decadurabolin sagte er nur: „Mir ist absolut unverständlich, wie auf einmal – angeblich – Spuren entdeckt werden konnten."

Noch deutlicher als Keul schaltete sich der Aktivensprecher der IOC-Athletenkommission, Thomas Bach, in die Doping-Affäre ein: „Mich packt *Bestürzung und kalte Wut,* wenn ich daran denke, was Professor Klümper Gerhard Strittmatter angetan hat. Was da passiert ist, ist schlicht ein Skandal." Bach erinnerte an die Resolution des IOC-Aktivenrates, der beim olympischen Kongreß 1981 in Baden-Baden bei Doping-Vergehen eine lebenslange Sperre gefordert hatte. „Wir meinen damit nicht nur die Sportler selbst", sagt er, „sondern vor allem auch die Ärzte, die den Sportlern die Dopingmittel gespritzt haben."

Der Fall Strittmatter hat die Diskussion von Doping im Sport überhaupt entfacht. „Grundsätzlich muß wieder einmal gesagt werden, daß die Einnahme von Anabolika während der Trainings- und Wettkampfperiode nicht erlaubt ist", sagt Keul. „Sowohl der Athlet als auch der Arzt müssen sich darüber im klaren sein." Der Appell kommt zu spät. Denn: Klümper verabreichte Strittmatter das Anabolikum nicht unter dem Behandlungstisch, er tat es wie immer offen. Als Strittmatter Ende Juni zur deutschen Bahnmeisterschaft zur Formüberprüfung antrat, trug er das *Anabolika-Attest in der Tasche.* Trainer und Funktionäre waren informiert. Die verspäteten Vorwürfe gegen Klümper verlieren also einen Teil ihrer Berechtigung.

Chef de Mission Heinz Fallak wollte sich vorerst nicht dazu äußern, welche Konsequenz der Fall Strittmatter für Klümper habe. Dessen Antwort: „Verantwortlich bin ich nur mir selbst gegenüber und dem Athleten. Nicht einem Herrn Fallak und auch nicht einem Herrn Keul."

Die Diskussion wird weitergehen. Klümper soll laut Fallak „nach den Spielen die Gelegenheit zur Rechtfertigung haben." *Gerhard Strittmatter* aber wird zuschauen müssen in Los Angeles. Er sagt: „Ich glaube schon, daß Professor Klümper das Beste für mich gewollt hat."



XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE

FUSSBALL

Starke Leistung

sid/dpa, **Los Angeles**

Die Olympia-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hat mit ihrem 2:0-Sieg (Tore: Rahn und Brehme mit Foulelfmeter) über Marokko begonnen, den ramponierten Ruf des deutschen Fußballs wieder aufzupolieren. Nach den glänzenden Leistungen der Schützlinge von Trainer Erich Ribbeck vor 24 000 Zuschauern in Palo Alto sagte DFB-Jugendtrainer Berti Vogts: „Das war spielerisch die beste Leistung einer deutschen Senioren-Mannschaft, die ich seit zwei Jahren erlebt habe."

Auch Ribbeck zeigte sich mit der Vorstellung seines Teams, das mit sieben A-Nationalspielern angetreten war, zufrieden. „Wir haben mehr vom Spiel gehabt und herrliche Kombinationen gezeigt", lobte er. Die Torausbeute war dem Trainer allerdings zu gering: „Wir haben es versäumt, noch wesentlich mehr Tore zu machen. Chancen waren genug vorhanden."

Nach dem Erfolg über Marokko gehört die deutsche Mannschaft in der Gruppe C mit zu den Favoriten. Einige Beobachter meinen sogar, sie habe sich bereits in den Kreis der Medaillenanwärter gespielt. „Die Chancen auf den ersten oder zweiten Platz in der Gruppe und damit auf das Erreichen des Viertelfinales sind durch den Auftaktsieg erheblich gestiegen", nennt Erich Ribbeck sein Nahziel.

Nächster Gegner für die DFB-Auswahl ist heute an gleicher Stätte Mitfavorit Brasilien. „Dann schlägt die Stunde der Wahrheit", prophezeit der frühere Assistent des zurückgetretenen Bundestrainers Jupp Derwall. Die Südamerikaner hatten ihr erstes Spiel gegen Saudi-Arabien mit 3:1 gewonnen. Nach Ansicht von Klaus Schlappner, dem Trainer von Waldhof Mannheim, der als Spion für den DFB auf der Tribüne saß, hat die deutsche Mannschaft durchaus Erfolgschancen. „Ich habe bei den Brasilianern einige Schwächen entdeckt und bin überzeugt, daß sie zu packen sind", berichtete Schlappner. Die Brasilianer bauen beim olympischen Turnier weitgehend auf die Klubmannschaft von Porto Alegre.

BASKETBALL

Psychologe ist gefragt

sid/dpa, **Los Angeles**

Die deutsche Basketball-Nationalmannschaft der Herren unterlag nach dem 83:96 gegen Jugoslawien auch im zweiten Spiel gegen Italien mit 72:80. Bundestrainer Ralph Klein war nach der Niederlage gegen den Europameister so sehr verärgert, daß er die offizielle Pressekonferenz nach dem Spiel boykottierte. Als er sich jedoch wieder gefaßt hatte, sagte er: „Wir haben in fünf Minuten alles kaputt gemacht, was wir in 20 Minuten aufgebaut hatten. Wir brauchen einen Psychologen." Klein beschrieb damit die Situation in der zweiten Halbzeit, als das deutsche Team bei einer 43:35-Führung innerhalb von fünf Minuten mit 54:55 in Rückstand geriet.

Den Wunsch nach einem Psychologen für seine Spieler hatte der 52 Jahre alte Israeli schon bei seinem Amtsantritt im Herbst des vergangenen Jahres geäußert. „Damals hat man mich ausgelacht", schimpfte Klein, der mit der „unterentwickelten Basketball-Mentalität" der Deutschen große Probleme hat. „Mit Israel wäre das nicht passiert", vergleicht der frühere israelische Nationaltrainer.

Nach dem Spiel erklärte auch Delegationsleiter Hans Leciejewski: „Noch nie war es so leicht, Europas Top-Team zu schlagen." Die Probleme der deutschen Spieler sind offenbar weniger unter den Körben als in den Köpfen zu suchen. „Einige geben einfach zu schnell auf und lassen die Köpfe hängen, wenn etwas schiefgeht", sagt Detlef Schrempf, der herausragende Akteur im deutschen Team. Gleichzeitig macht der in den USA studierende Star seinen Mitspielern wieder Mut: „Wir können die restlichen Gruppenspiele noch gewinnen." Und auch Bundestrainer Klein stimmt ein: „Wir müssen jetzt unbedingt die beiden Spiele gegen Australien und Ägypten gewinnen, um die Endrunde zu erreichen."

Die Australier stehen bereits heute auf dem Programm. Sollte die deutsche Mannschaft in der Gruppe Platz vier erreichen, würde sie voraussichtlich auf den Top-Favoriten USA treffen.

VOLLEYBALL

Lob vom Gegner

sid/dpa, **Los Angeles**

Die deutschen Volleyballspielerinnen hatten trotz einer 0:3-Niederlage im ersten Spiel gegen die USA einen guten Olympia-Auftakt. Sogar der amerikanische Trainer Arie Salinger lobte die Schmetterkünste der deutschen Mannschaft: „So gut habe ich sie noch nie spielen gesehen." Doch kaum waren die deutschen Damen vom Spielfeld in Long Beach verschwunden, sprach Bundestrainer Andrzej Niemcyk voller Pessimismus über den deutschen Volleyball. „Von der Weltspitze sind wir noch sehr weit entfernt", sagte er.

Der kontinuierliche Aufstieg der Auswahl des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) aus dem Nichts bis auf den zehnten Platz der Weltrangliste hat für Niemcyk seine Grenzen. „Alle Spitzennationen trainieren 20 Stunden in der Woche, wir kommen gerade auf zehn. Dabei habe ich die Intensität schon um 50 Prozent gesteigert, mehr geht in der Bundesrepublik nicht", nennt der polnische Erfolgstrainer den Grund für die Leistungsgrenzen.

Erst seit drei Jahren spielen die deutschen Damen in dieser Formation zusammen. „Die Amerikanerinnen haben uns zehn Jahre Zusammenarbeit voraus", sagt Niemcyk. Das ganze Jahr über können sie täglich trainieren. „Wenn sich die Möglichkeiten bei uns nicht ändern, werden wir die Weltspitze auch nie erreichen", sagt Niemcyk voraus.

Der Bundestrainer sieht es als Glücksfall an, daß seine Mannschaft wegen des Ostblock-Boykotts in Los Angeles dabeisein darf. „Es macht schon etwas aus, daß wir unter Wettkampfbedingungen gegen solche Klassemannschaften spielen können", freut sich der 39 Jahre alte Pole, „bei Weltmeisterschaften kommen wir ja nie so weit."

Das Ziel bei Olympia ist der siebte Platz, und der führt über einen Sieg gegen Brasilien am Freitag. Doch bereits heute treten die deutschen Spielerinnen gegen Weltmeister China an, das sein erstes Spiel gegen Brasilien sicher mit 3:0 gewann.

LEICHTATHLETIK

Aus: Ohne Weber

dpa/sid, **San Diego**

Professor Hartmut Krahl sagt: „Die Chance ist gleich Null." Bundestrainer Manfred Kinder glaubt: „Nur ein Wunder kann noch helfen." Hartmut Weber selbst hat die Hoffnung praktisch aufgegeben. Olympia wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ohne den 400-m-Europameister stattfinden.

„Ein schwerer Schlag für unsere 4x400-m-Staffel. Es wäre ohnehin nicht leicht gewesen, das WM-Silber zu wiederholen. Nun müssen wir um eine Medaille zittern", sagt Harald Schmid, der Hürden-Europameister. Drei Tage vor dem Auftakt der olympischen Leichtathletik-Wettbewerbe ist der vierte deutsche Läuferstar außer Gefecht gesetzt. Nach dem Ausfall der Weltmeister Willi Wülbeck (800 m), Patriz Ilg (3000 m Hindernis) und Europameister Thomas Wessinghage (5000 m) stoppt nun eine Knochenhaut-Entzündung im unteren Fußbereich Hartmut Weber.

Seit Tagen konnte der 24jährige nicht trainieren. „Es war schlimm, ihn leiden zu sehen. Wir müssen nun ohne ihn planen", sagt Kinder, der von der schlimmsten Misere der letzten Jahre in der Paradedisziplin 4x400 m spricht.

Das erfolgsgewohnte Quartett, 1978 und 1982 Europameister, droht zum Torso zu werden. Schmid ist mit seiner Saisonbestzeit von 45,36 Sekunden 1984 der einzige deutsche 400-m-Spezialist von internationalem Format. Weder Weber noch Europarekordler Erwin Skamrahl (45,91) fanden bisher zu ihrer Form. Der Dortmunder Jörg Vaihinger verletzte sich außerdem beim letzten vorolympischen Wettkampf in San Diego. Noch fehlt die Diagnose, doch selbst wenn sie günstig ist: Auch Vaihinger fehlt die Form. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird nun auch Uwe Schmitt, der über 400 m Hürden nominierte Frankfurter – zumindest im Vor- und Zwischenlauf – zum Einsatz kommen.

Weber: „Ich kann das alles nicht mehr mit ansehen, ich will nach Hause."

Hinter „Zagi" und Evilge" verbergen sich Siggi und Ulrike

Deutsche Sprache – schwere Sprache. Während dem Sprecher im Schwimmstadion die deutsche Aussprache des Namens Michael Groß inzwischen korrekt über die Lippen geht, haben die Leichtathletik-Organisatoren mit deutschen Namen ihre Schwierigkeiten. Zehnkämpfer Siggi Wentz beispielsweise taucht in der Startliste als „Zagi Wentz" auf, und auch Hochspringerin Ulrike Meyfarth mußte sich mit einer eigenwilligen Interpretation vertraut machen: Sie startet als Evilge Meyfarth.

Vielseitig: Noch in Los Angeles will Sandra Schumacher, die 17jährige Bronzemedaillen-Gewinnerin im Straßenradrennen, mit einem Spezialtraining für die Rad-Weltmeisterschaft in Barcelona beginnen, wo sie im Bahn-Wettbewerb starten will. Ihre Vielseitigkeit will sie demnächst außerdem mit einer Teilnahme an der Tour de France für Frauen beweisen.



Beobachtet die Wettkämpfe: Prinzessin Anne FOTO: DPA

Emanzipiert: Obwohl 1988 erstmals ein Segelwettbewerb für Frauen ins olympische Programm aufgenommen wurde, will die 22jährige Trine Elvström weiterhin in der Tornado-Männer-Klasse starten. „Die 470er-Klasse für Frauen ist mir zu langsam", kommentierte die junge Dänin, die in Los Angeles mit ihrem Vater in einem Tornado-Boot sitzt und neben der Britin Kathy Forster die einzige Frau im olympischen Segelwettbewerb ist.

Germany: Den Unmut des deutschen Team-Chefs Heinz Fallak zog sich der Hallensprecher bei den Basketballspielen zu. Weil er die deutsche Mannschaft mehrfach mit „West-Germany" bezeichnete, protestierte Fallak offiziell beim IOC und besteht künftig auf der Bezeichnung „Federal Republic of Germany" oder einfach „Germany".

Ausgleichssport: Mit einem ruhigen Ausgleichssport vertreiben sich die deutschen Judoka die Zeit bis zu ihrem ersten Kampf: Beim Dauerskat mit einem Einsatz von einem halben Cent hat Halbschwergewichtler Günther Neureuther (München) bisher den größten Gewinn gemacht. Weniger Glück im Spiel, dafür aber in der Auslosung hatten die anderen deutschen Judoka.

Groß und Klein: Dem Beispiel von Doppel-Olympiasieger Michael Groß folgte jetzt Basketball-Bundestrainer Ralph Klein. Auch er blieb der offiziellen Pressekonferenz fern. Der Unterschied: Groß fehlte nach seinen Siegen, Klein nach zwei Niederlagen.

Sparring-Meister: „Wenn er so boxt wie hier im Sparring, kann er fast jeden schlagen", lobte Box-Bundestrainer Helmut Ranze den 36jährigen Super-Schwergewichtler Peter Hussing. Der Leverkusener qualifizierte sich nur wegen des Boykotts für die Olympischen Spiele, überrascht jetzt aber seine Gegner durch hervorragende Sparrings-Leistungen.

Vorzeige-Frau: Nadia Comaneci, ehemalige rumänische Turn-Olympiasiegerin, die in Los Angeles als Ehrengast „herumgereicht" und hofiert wird, soll demnächst auch Mitglied der Athletenkommission des IOC werden. Ein entsprechendes Angebot machte IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch.

Gefühllos: Florettfechter Matthias Behr muß möglicherweise auf seinen Start verzichten. Er hat sich am Montag vermutlich einen Halswirbelnerv eingeklemmt und klagt seitdem über Gefühllosigkeit im rechten Arm.

NACHRICHTEN

Interesse an Derwall

Istanbul (sid) – Großes Interesse fand das erste offizielle Training von Ex-Bundestrainer Jupp Derwall bei seinem neuen Arbeitgeber, dem türkischen Fußball-Profiklub Galatasaray Istanbul. 6000 Zuschauer verfolgten Derwalls ersten Arbeitstag. Noch nicht perfekt ist der Wechsel des Türken Erdal Keser von Borussia Dortmund.

Thackwell für Bellof

Frankfurt (sid) – Der Formel-2-Europameister Mike Thackwell (Neuseeland) wird den Gießener Stefan Bellof beim Großen Preis von Deutschland am 5. August in Hockenheim im zweiten Tyrrell-Ford vertreten. Bellof muß auf das Formel-Rennen in Deutschland verzichten.

Taupitz führt

Marpingen (sid) – Jochen Taupitz (Minden) übernahm bei den deutschen Segelflug-Meisterschaften in der Clubklasse in Marpingen die Führung. Zweiter ist Frank Weiblen (Böblingen) vor Werner Müller (Friedburg).

Drei Audis vorne

Cordoba (sid) – Stig Blomqvist und Björn Cederberg (beide Schweden) führen nach der zweiten Etappe der Rallye Argentinien vor Hannu Mikkola/Arne Herz (Finnland/Schweden) und Jorge Recaldo/Jorge del Buono (beide Argentinien). Alle fahren einen Audi Quattro.

ZAHLEN

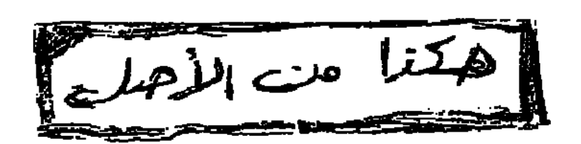
TENNIS

Jugend-Europameisterschaften in Blois/Frankreich, Finale, Einzel, Jungen: Loddenkemper (Deutschland) – Kasov (UdSSR) 4:6, 6:4, 6:4; Mädchen: Damm (CSSR) – Kummermehr (Deutschland) 6:2, 1:6, 6:0. – Doppel: Loddenkemper/Thoms (beide Deutschland) – Klimek/Maskolo (CSSR) 6:1, 6:3.

Grand-Prix-Turnier in Washington, Finale: Gomez (Ecuador) – Krickstein (USA) 6:2, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1. Rang: 1 120 053,00, 2: 311 126,00, 3: 7902,00, 4: 125,90, 5: 9,40. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 11[illegible]5,50, 2: 45,60, 3: 5,60. – **Auswahlwette** „6 aus 49": Klasse 1: 143 859,40, 2: 317[illegible],20, 3: 820,60, 4: 28,70, 5: 3,70. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 449,30, 2: 113,90 – Rennen B: Klasse 1: 317,50, 2: 80,70 – Kombinations-Gewinn: unbesetzt. Jackpot: 308 354,20. (Ohne Gewähr)



Des Volkes Himmel

eka – Kein Bürger vermag mehr Volksfesten zu entrinnen. Wohin man den Fuß setzt, stets findet irgend etwas statt. Fußgängerzonen entwickeln sich allmählich zu Höllenbereichen, wo es plärrt und lärmt, stinkt und glitscht. Aber auch Straßenfeste, Wein-, Erdbeer-, Käse-und Bierfeste jagen sich. Die Festwut ist zu einer Krankheit mit unbekanntem Erreger geworden.

Wie können die noch wenigen verbliebenen Gesunden den Krankheitskeimen entgehen? Gar nicht! Mitmachen müssen sie. Besser noch: Volksfest-Elite werden! Dazu wäre ein komplettes Schulungsprogramm vorzuschlagen, das mit der Aushändigung des EAV-Scheines II (Eliteausbildung Volksfest) gekrönt werden könnte.

Die Teilnehmer am Kursus I (Grundstufe) verpflichten sich, sämtliche Feste ihres Wohnortumfeldes frei- und gutwillig zu besuchen. Wenn alles in wünschenswerter Weise abläuft, bescheinigt ein Amtsarzt nach Ablauf von 12 Monaten die erfolgreiche Reduzierung des Gehörs. Der EAV-Schein-Anwärter vermag bereits nicht mehr Posaunenschläge vom Nachtigallenschlag zu unterscheiden.

Der entscheidende EAV-Schein II bedingt Selbstdisziplin und Selbstüberwindung. Der Schein-Anwärter muß in der Lage sein, ein besudeltes Hemd, eine zerrissene Hose als Dernier cri zu empfinden. Er vermag Faustschläge und Fußtritte hinzunehmen und auszuteilen. Er kennt den Unfallwagen und eine Polizeiwache von innen. Er kennt bei Aushändigung des Scheines II alles, was des „Volkes wahren Himmel" ausmacht. Endgültig haben sich ihm Sinn und Form von Rummelplätzen erschlossen: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein."

Kein Mitgefühl für Festplatzanwohner, ihre Schlafstörungen, Migränen, Psychosen, Nervenzusammenbrüche ficht ihn an. Denn jene sind ja des Volkes nicht wert, das vor ihrer Tür triumphiert.

„Europa hat ihn versaut" – Probleme der kulturellen Entwicklungshilfe

Odongo und das Arbeitsamt

Ein faszinierendes Spezialgebiet der Entwicklungshilfe ist die sogenannte „kulturelle Entwicklungshilfe", die Förderung autochthoner Kunstbemühungen mit Hilfe westlicher Gelder in Ländern der Dritten Welt. Nur hat gerade auf diesem heiklen Gebiet schon so mancher Philanthrop, der Gutes wollte, im Grunde nichts als Schaden gestiftet.

Nehmen wir den Fall Odongo. Odongo ist Buchdrucker und interessiert sich für die Herstellung von schönen illustrierten Büchern. Sein Talent war unübersehbar, nur hatte er keine Mittel, um es zu entwickeln. Er lebte in einer ostafrikanischen Hauptstadt. Deutsche „Entwicklungshelfer" erzählten ihm, er habe „große Chancen" in der Bundesrepublik. Odongo, der weder deutsch sprach noch über irgendwelche Kontakte verfügte, flog also mit mühsam geborgtem Geld an den Rhein. Er strandete in einem „Ausländerheim". Da vegetiert er nun seit über einem Jahr. Sein Zimmer finanziert der deutsche Steuerzahler. Vom Arbeitsamt bekommt er für den Unterhalt pro Monat 230 Mark. Eine Arbeitserlaubnis hat er nicht. Niemand will ihn einstellen, weil er noch immer nicht deutsch spricht. Aber er sieht diese Zusammenhänge nicht ein. Also ist Odongo verzweifelt. Also kritisiert er „les mauvaises Allemands". Zurück in die Heimat will er nicht; dann würde er sich vor der Familie blamieren. Was soll aus ihm werden?

In Südostasien fiel ein junger genialer Künstler mit ungewöhnlichen Zeichnungen seines heimatlichen Volkslebens auf. Er erhielt ein Visum für die Bundesrepublik, dazu die Chance, in einem Goethe-Institut gut deutsch zu lernen, was er auch tat. Aber statt ihm die Möglichkeit zu geben, an einer erstklassigen deutschen Kunstakademie zu studieren, delegierte ihn das Arbeitsamt in eine mittelmäßige Gewerbeschule, über deren geringes Niveau er weit herausragte. Dort konnte er nichts lernen und war darüber höchst unglücklich.

Erneute Bemühungen von Freunden, ihn in ihrer Stadt an einer guten Akademie unterzubringen, scheiterten, weil er von einem Funktionär in eine andere Stadt geschickt wurde, wo er wieder niemanden kannte. Hier kam er zwar an die Hochschule, aber zu einem Lehrer, der der abstrakten Kunst anhing und für das realistische und philosophisch-religiöse Schaffen des jungen Asiaten überhaupt kein Verständnis aufbrachte. Kim konnte zwar abstrakt arbeiten wie sein Meister, aber seine Bilder hatten keine Aussagekraft mehr.

Als das Stipendium abgelaufen war, kehrte er unbefriedigt und verkorkst in seine Heimat zurück. Er versuchte zwar, zu seiner realistischen Darstellungsweise zurückzukehren, doch verunsicherten ihn die Einflüsse, denen er ausgesetzt gewesen war. „Europa hat ihn versaut."

Wenn jungen Künstlern aus der Dritten Welt erfolgreich geholfen werden soll, dann muß man vor allem dafür sorgen, daß ihre „Wurzeln" nicht abgeschnitten werden, daß ihre Identität gewahrt wird. Nicht jeder kunsterzieherische Gesprächspartner in Deutschland ist geeignet, mit fremden Künstlern umzugehen. Denn dazu gehören spezielles Wissen um den jeweiligen kulturellen Hintergrund, Einfühlungsgabe und die Fähigkeit, tradierte fremde Welten mit der unseren zu harmonisieren – soweit das überhaupt möglich ist. Vor allem aber: Ein Arbeitsamt kann nicht darüber entscheiden, was für einen ausländischen Künstler gut ist.

Hochmut (auf beiden Seiten) führt oft dazu, daß alle nur monologisieren und nicht zu einem Dialog finden. Das gilt übrigens nicht nur, wenn Künstler aus der Dritten Welt nach Europa kommen, sondern auch im umgekehrten Fall. So wurde z. B. in der Hauptstadt eines Entwicklungslandes für enorme Kosten ein europäischer Maler mit Meisterwerken vorgestellt. Die einheimischen Künstler protestierten dagegen und meinten zu Recht, für die riesige Versicherungssumme hätte man sie selber jahrelang finanzieren können. Aber es geht in einem solchen Falle nicht allein ums Geld, es geht vor allem um die richtigen Vorbilder. Und die liefert die europäische Kunst nur sehr bedingt.

Besonders schwierig wird es, wenn die Frage gestellt wird, welche Verkaufschancen ein Künstler aus Übersee in der Bundesrepublik hat. Die meisten Botschaften der Dritte-Welt-Länder veranstalten mit Eifer Ausstellungen ihrer Künstler, so daß Interessenten die Fülle kaum bewältigen können. Aber einen Markt für diese Kunst gibt es nicht. Werke der alten Meister Chinas und Japans erzielen zwar beachtliche Preise, aber selbst der vielgerühmte indische Nationalmaler Jamini Roy ist an Europäer kaum zu verkaufen. Er hat außerhalb Indiens keinen Stellenwert, geschweige denn einen „Aktienwert". Daran ändert sich auch nichts, wenn die Künstler in Europa oder Amerika ausgebildet wurden.

Wenn wir Dritte-Welt-Künstler hierher einladen, müssen wir für ihren Aufenthalt sehr viel knappes Geld ausgeben. Am Ende haben wir dann bei uns das, was man „farbiges künstlerisches Proletariat" nennt. Eine solche Feststellung hat nichts mit „Rassismus" zu tun, denn – wie der ehemalige EG-Präsident Gaston Thorn einmal feststellte – es sind auch etwa 90 Prozent der europäischen Bildhauer nicht in der Lage, ihre Familien zu ernähren.

Das Beste ist auch bei der Förderung von Kunst, in den Entwicklungsländern selber zu helfen, auch durch Entsendung von Lehrkräften, die dann aber für den jeweiligen Kulturkreis besonders ausgebildet sein müssen. Wer dieses Jahr im Kongo erfolgreich ist, kann nicht im nächsten Jahr in Burma tätig sein. Vor allem aber darf das nicht zu einer Ausflucht für Künstler werden, die in Deutschland nicht zurechtkommen und die hoffen, daß sie sich draußen vielleicht fangen.

Es ist eine schwierige Aufgabe, die solide Kenntnisse und einen hohen Grad an Anpassungsfähigkeit erfordert, und gerade daran mangelt es nur allzu oft. Die Orientierungslosigkeit unseres Schulsystems spiegelt sich auch im Kulturaustausch. Trotzdem ist das kein Grund zur Resignation. Die kulturelle Entwicklungshilfe ist zwar verbesserungsbedürftig, aber sie ist auch verbesserungsfähig. Man muß sich nur klarwerden, was man will. Mit der linken Hand ist das Problem nicht zu lösen.

ROLF ITALIAANDER



Marcel Duchamp: „Nackte mit schwarzen Strümpfen" (1910). Aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Köln zeigt hundert Arbeiten von Marcel Duchamp

„Jeder ist ein Künstler"

Marcel Duchamp ist neben Picasso eine zentrale Persönlichkeit der Kunst des 20. Jahrhunderts. Picasso und Duchamp sind sozusagen die zwei Prototypen, zwischen denen alle anderen Künstler der Moderne angesiedelt werden können: von strömender, unaufhaltsamer Schöpferkraft und intuitiv auf das Visuelle ausgerichtet der eine, intellektuell kalkulierend und auf ein Konzept zielend der andere. Grenzen zu durchbrechen, neue Pfade zu begehen, begrifflich die Kunst zu erweitern – das war Duchamps Sache, nicht das schöne oder virtuos gemalte Bild.

„Kann man Werke schaffen, die keine Kunstwerke sind?", fragte er sich 1913, bezeichnenderweise zu einem Zeitpunkt, da er gerade durch sein in der New Yorker Armory-Schau gezeigtes Gemälde „Akt, eine Treppe herabsteigend" über Nacht berühmt geworden war. Mit dem futuristischen Kubismus dieses inzwischen zu einer Ikone der Moderne erhobenen Bildes hatte er seinen ersten originären Beitrag geleistet.

Manch anderer hätte aus diesem Durchbruch seine persönliche Handschrift fortentwickelt. Doch was Duchamp anstrebte, war keine formalästhetische Vision, sondern eine bestimmte Geisteshaltung, die aus der Negation erwuchs, aus der ironischen Zerlegung der von ihm als verbraucht empfundenen Formen des Schönen.

So beschritt er unmittelbar nach dem „Akt" den definitiven Weg jenseits der Malerei. Eine imaginäre Welt aus mechanischen Dingen tritt als eine Art neuer Mythologie in beunruhigende Erscheinung. Zuerst ist es ein Flaschentrockner, den er 1914 in einem Pariser Kaufhaus erwirbt. Das Ding wird auf einen Sockel montiert, signiert und in die fremdestmögliche Umgebung – in eine Kunstausstellung – plaziert. Überraschenderweise erhält das „erlesene" Objekt durch diesen Geniestreich eine unheimliche Würde; es wird zu einem Kunstwerk, das unter dem Begriff „ready made" in die Kunstgeschichte eingeht. Es folgt u. a. die Abdeckung einer Underwood-Schreibmaschine, die er „Pliant ... de voyage" nennt. Ob der Künstler das Objekt mit seinen eigenen Händen hergestellt hat oder nicht, ist unerheblich: er „wählte" es und verschafft ihm dabei eine neue Identität.

Keines der Werke Duchamps kann nach dem „Akt" von 1912 nur mehr auf seine Form oder auf seinen Inhalt hin interpretiert werden. Notwendig wird der Blick auf die geistige Dialektik des Künstlers, das Verständnis für seine Ironie und seinen Sinn für Sprache, der in den Titelgebungen zum Ausdruck kommt. Das bedeutete einen radikalen Neuansatz, auf den letztlich auch die Orientierungs- und Kriterienlosigkeit zurückzuführen ist, die noch heute in der Beuys'schen These „Jeder Mensch ist ein Künstler" nachwirkt. Duchamp, der Individualität und Einzigartigkeit als oberstes Gebot für jeden Künstler postulierte, wurde zur Symbolfigur. Die inzwischen oft zwanghafte Geringschätzung des Könnens zugunsten des Originalitätsbegriffs und der theoretischen Komponente gehen nicht zuletzt auf Duchamp zurück.

Er selbst hat seine Kunst freilich durch lange Perioden des „Schweigens" bedachtsam geschont. So stellen die knapp hundert Arbeiten, die jetzt das Kölner Museum Ludwig zeigt, einen wirklich repräsentativen, alle Hauptwerke einbeziehenden Querschnitt dar. Die Ausstellung wurde in Spanien von der Fundación Miró konzipiert, ebenso wie der lesenswerte, ins Deutsche übersetzte Katalog. Die Zeichnungen, Gemälde, Objekte, Fotografien und handgeschriebenen Dokumente, die hier versammelt sind, weisen Duchamp als einen der großen Suchenden unseres Zeitalters aus.

Der Ausstellungsbogen reicht von den frühen, noch etwas unbeholfenen Arbeiten der fauvistischen Periode über das Schlüsselwerk „Grand Verre" und die „Ready mades" bis zu seinem letzten Vermächtnis, „Etant donnés" aus dem Museum in Philadelphia, das allein schon den Besuch lohnt. Doch über die einzelnen Werke hinaus ist es die Gesamtsumme von Duchamps Aktivitäten und seines Lebens, die hier voll zum Ausdruck kommt und die die unveränderte Faszination seines Schaffens belegt. (Bis zum 19. August, Katalog 36 Mark.)

MARIANA HANSTEIN

JOURNAL

Karajan klagt gegen Berliner Philharmoniker

F. D., Berlin

Mit einer Zivilklage vor dem Berliner Landgericht will Herbert von Karajan versuchen, die Berliner Philharmoniker zur Einhaltung eines Medienvertrages zu zwingen, den das Orchester kürzlich fristlos gekündigt hatte. Dieser Vertrag hatte die Philharmoniker für fünf Jahre exklusiv an Karajans Firma Tele-Moderne gebunden und diente der Herstellung von Videoproduktionen. Karajan hat Klage eingereicht, da zahlreiche Konzert-Mitschnitte bisher nicht vollendet wurden und ohne Überarbeitung nicht verwertbar sind, so daß Einnahmen in Millionenhöhe verlorenzugehen drohen. Die Philharmoniker hatten den Vertrag „aus wichtigem Grunde" nach der Absage eines Salzburger Pfingstkonzerts durch ihren Chefdirigenten storniert. „Karajan steht jetzt völlig im Regen, dieser Schritt war zu erwarten", hieß es dazu im Berliner Senat.

Ljubimows Kommentar zu seiner Ausbürgerung

AFP, Bologna

„Ich betrachte mich nicht als Dissidenten." Mit diesen Worten reagierte der russische Theaterregisseur Ljubimow auf einer Pressekonferenz in Bologna auf die gegen ihn verfügte Ausbürgerung aus der Sowjetunion. „Sie haben nun die Rechnung der letzten 20 Jahre mit mir beglichen", fügte er hinzu. Ljubimow betonte, daß er freiwillig nie Rußland verlassen hätte. Nach seiner Ansicht hat sich seit dem Amtsantritt Tschernenkos das kulturelle Klima in der Sowjetunion deutlich verschlechtert. Unter Tschernenko seien überwiegend wieder Kulturfunktionäre ans Ruder gekommen, die sich durch totale Inkompetenz auszeichneten.

Ein Berliner Maler auf Sylt: R. W. Timm

R. M. B., Hamburg

In Kampen auf Sylt findet derzeit im sogenannten „Gogärtchen" eine Ausstellung mit Bildern des Berliner Society-Malers und Galeristen Reinhold W. Timm statt. Themen der heiter-farbenfrohen Schau sind erst in den letzten Wochen entstandene Werke, spontane Impressionen von der Insel sowie üppige Blumenarrangements, die in großflächigem Öl direkt „aus der Tube gemalt" wurden. Wie meistens in Timms Werken dominiert das satte Grün. „Ich mache zum ersten Mal in meinem Leben Ferien", erklärte Timm bei der Ausstellungseröffnung, „aber die unvergleichliche Atmosphäre der Insel hat mich so gepackt, daß ich den Pinsel dann doch gleich wieder ausgepackt habe".

Lorenz Fehenberger †

ebi, Bonn

Er war ein Tenor zwischen den Stilen: der Münchner Kammersänger Lorenz Fehenberger, der jetzt 71jährig gestorben ist. Fehenberger, gebürtiger Oberbayer und Stiftschüler in Altötting, gehörte, noch in den Kriegsjahren, dem legendären Ensemble der Dresdner Oper an. Über 30 Jahre lang war er danach eine Münchner Institution, in seiner Glanzzeit in den großen italienischen Partien, im Alter als eindrucksvoller Chargensänger. Sein Fach dehnte sich von Mozart über Wagner zu Verdi und Puccini: ein Tenor von jenem Schrot und Korn, dem Technik nicht Grenzen setzte, sondern öffnete, ein deutscher Sänger mit jenem Strahl-Timbre, wie es gemeinhin nur südlich der Alpen wächst. Das macht seine raren Schallplatten hörenswert für alle Zeit.

Peter Nasarski wird 70

Der lange Weg zum Nachbarn

Heute wird der Publizist Peter Nasarski 70 Jahre alt. Er ist so alt wie der Erste Weltkrieg, und man ist leicht geneigt, in diesem Datum ein Fatum zu sehen. Geboren ist Nasarski in Teschen, jenem k. u. k. Städtchen in Schlesien, das später zwischen Tschechen und Polen aufgeteilt wurde. Er wuchs heran in der nicht minder multinationalen Stadt Lodz, er lernte beizeiten, sich zu behaupten, ohne die rabiaten Züge nationalistischer Grabenkriege anzunehmen. Denn bei aller preußischen Strenge und Zucht, bei aller Lodzer Lebenstüchtigkeit rettete er ein großes Stück österreichischer Toleranz in sein



Peter Nasarski FOTO: DW

Lebensgepäck. Er war Redakteur, galt als einer der wichtigsten Vertreter der bündischen Jugend im östlichen Europa, gab Jugendzeitschriften heraus, die nach 1933 im Reich wie Konterbande gehandelt und schließlich verboten wurden.

Doch sein eigentliches Lebenswerk ist die Reihe von Büchern östlicher Thematik, die er nach 1945 herausgegeben hat. Rastlos widmete er sich der Bestandsaufnahme aller Spuren, die zu sichern waren, ehe die letzten Zeugen auf und davongingen, ohne indes in die Sucht vieler seiner Landsleute zu verfallen, zu glorifizieren, nur weil eine Vergangenheit auf ihrem Recht bestand, Vergangenheit zu bleiben. Nasarskis permanentes Angebot an die polnischen Nachbarn war redlich und ohne Hintergedanken. Dem widmete er neben den ungezählten Buchveröffentlichungen auch die Arbeit als Chefredakteur im Ostdeutschen Kulturrat.

Einige Titel seiner Bücher sollen für sich sprechen: „Wege zum Nachbarn" (74), „Lodz, die Stadt der Völkerbegegnung" (78) und besonders: „Nachbarn seit tausend Jahren" (78). Peter Nasarski ist zum Siebzigsten zu gratulieren. Wahrscheinlich sind unter den Gratulanten auch polnische Freunde. Das wäre eine ganz natürliche Seite seines Geburtstages.

V. P.

Autoren und ihr Lieblingsbrunnen (III): Christian Ferbers drei Unbekannte

Holstein, Hampshire, Trostadt ...

Lieblingsbrunnen? Ich habe deren drei, d. h. ich habe sie gehabt, denn alle drei sind untergegangen, wurden zugeschüttet oder gar überflutet.

Der erste lag nicht weit von unserem großen roten Mühlenhaus in Holstein. Aus seinem Zentrum sprang Wasser hoch in die Luft, über Iris, Lilien, Astilben, und für gleichmäßige Verteilung sorgte Holsteiner Wind. Oft glitzerte im Wasser ein privater Regenbogen, besonders hübsch im Frühjahr, vor dem Blütenschaum der Weißdornhecke.

Dieser Brunnen, so bescheiden, ziert heute Garten- oder Architekturmagazine: Er ist der Mühlen- und Bauherrin oft nachgemacht worden, wenn irgendwo ein alter Mühlstein greifbar war – doch glücklicherweise, so häufig kam das nicht vor. Das Flüstern der schlanken Fontaine belebte manche Sommernacht, eines der tröstlichsten Geräusche dieser Welt.

Aber damit ist es nun vorbei, das Mühlstein-Brunnen-Original liegt längst ausgetrocknet zwischen hochgeschossenem Kraut, und seinem Zustand vor dem Mühlenhaus entspricht der Zustand im Mühlenhaus: Sauber ist es drinnen halbwegs, aber auch halbwegs Sauberes kann ungemein häßlich sein, falls einer kommt und alles ausrottet, was den ungewöhnlichen Reiz dieses Hauses ausgemacht hat. Ach ja, es ließe sich alles wiederherstellen. Doch die neuen Besitzer können das nicht. Der Brunnen ist nur noch Erinnerung. Im Haus läßt sich nicht mehr glücklich leben.

Das Wasser in Holstein kam aus dem Grund, vom Brunnen des Nachbarn. Das Wasser in Hampshire kam auch aus dem Grund, aus einem tiefen Schacht mit Haspelrad, Seil und Eimer, gegraben, als das Haus gebaut wurde, und das war noch vor der Reise des Columbus. Man konnte die Datums-Indizien am Hause finden, aber auch an einem Balken, der eingemauert war in den Steinring des Brunnens: Nur unter dem sechsten Heinrich galt in England der Befehl, man solle für Bauzwecke nicht mehr Wälder verbrauchen, sondern in Küstennähe das Holz aus toten alten Schiffen. Der Balken im Brunnen, die Balken im Haus haben Kerben, wo keine notwendig sind. Sie sind zur See gefahren vor vielen Jahrhunderten.

Das war ein schöner solider Brunnen, umstanden von Primeln, Rittersporn, Hortensien, denn der alte Bauernhof war schon lange ein Wohnhaus. Er hatte Gäste das ganze Jahr, Buntspecht, Fink, Nachtigall, Meise und natürlich Rotkehlchen. Als das Haus hergerichtet wurde, fanden die Arbeiter unter den Bohlen im Parterre ein paar Stufen. Die neue Besitzerin entdeckte einen Gang, der führte zu das Mauerwerk des Brunnens, dorthin, wo kaum noch Wasser hinsteigen konnte. Neben dem Loch in der Mauer gab es genügend Raum, um zu sitzen und sich zu verbergen vor den Häschern der blutigen Maria, der ersten Elisabeth, Cromwells, wer weiß das. Wahrscheinlich wurde hier Käse kühl gehalten.

Brunnen dieser Art machen kein Dauergeräusch, doch ihr Schweigen ist wohlwollend. Sie hauchen kühl aus der Erde, bisweilen ein wenig dumpfig, und manchmal plätschert es dann doch, weit, weit unten. Die Stufen unter den Bohlen sind heute zugeschüttet. Die Brunnenmauern bröckeln. Schmutz und Abfall haben die Leute in den Schacht torkeln lassen, Flaschen zu Scherben geworfen. Sie sind mehr an Micro-Öfen interessiert, doch ihr Dasein scheint trotz erstklassiger Beschallungsinstrumente ziemlich traurig zu sein – etwa seit der Zeit, als der Brunnen gestorben ist.

Der Brunnen von Trostadt in Thüringen endlich stammt aus dem Brunnenadel, der unmittelbar aus der Quelle musiziert: Fast ewig stieg und steigt das Wasser von der Quellstube in den Brunnenstock und wird dann frei am Ende des kurzen horizontalen Rohrs. Zu Trostadt füllte das Wasser einen großen steinernen Becken, von drei Seiten über Stufen zu erreichen; an der vierten sprang aus dem Becken Wasser für das Vieh in den zum Trog gehöhlten Baumstamm. Ein Brunnen, sich selbst genug, gegenüber vom Eingang eines alten, mächtigen Hauses, und mit dem Haus behütet von Mauern, so breit, daß Kinder darauf spielen konnten.

Das Haus ist ein Nonnenkloster gewesen, schon lange vor der Reformation. Viel später und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs residierten hier Forstmeister des Fürsten von Meiningen. Der Brunnen, über die Jahrhunderte vielleicht in der Gestalt verändert, doch nicht im Prinzip, gehörte zu den schönsten Wasserzentralen, die sich denken lassen für ein kleines Gemeinwesen. Auch wenn längst aus anderen Quellen Trinkwasser genug floß. Es gab am Fuß der Tannenhänge und nahe der Werra stets genug alte Brunnenpflichten: etwa wenn der wasserdichte Sack kam und entleert wurde in das Becken, voll von Forellen, Schleien, jungen Flußaalen. Den Kindern war es verboten, in das Becken zu steigen; ein kleines Mädchen tat es doch und stand mit bloßen Beinen zwischen den Aalen, mit wonnig gräßlichem Gefühl.

Trostadt war ohne den Brunnen und seine Musik nicht zu denken. Nun wird dieser Brunnen sterben oder ist vielleicht schon gestorben – einen für Brunnen ungewöhnlichen Tod, den durch Ertrinken. Es besteht Bedarf an Wasserkraft, das Tal in Thüringen wird geflutet. Was vom Brunnen bleibt, ist sein Ton in den Ohren derer, die ihn hörten. Die Frage nach dem Glück stellt sich hier nicht: Das Haus, einst ein sehr glückliches Haus, wird auch geflutet. Alle Brunnen geben Tränen ab, neben anderem.

CHRISTIAN FERBER



Oft glitzern private Regenbögen: Brunnen beim Mühlenrad in Schleswig-Holstein FOTO: DPA

Saisonausklang am Mannheimer Nationaltheater: Bellinis Oper „Norma"

Widerstreit der großen Gefühle

Bevor das Publikum noch den ersten Ton der Ouvertüre hört, wird es eingestimmt auf die Aufführung. Denn wie aus heiterem Himmel fällt auf einmal gefährlich ein Speer auf den Boden. Die Zeichen stehen auf Sturm, auch wenn sonst nichts die traute Idylle zu stören scheint. Fahles Licht schimmert durch das dichte Geäst. Geborstene Mauern, überwuchert von Buschwerk, ragen in die Höhe. Ein Ort des Friedens, könnte man meinen. Oder doch nur: ein Schauplatz des Theaters, von der Geschichte längst vergessen.

Ein einziger Mann, so denkt man, hat diese seine eigene Vergangenheit überlebt. Müde steigt er aus der Tiefe der Bühne, ein Vertreter des Ancien régime mit ungepflegter Aristokratenperücke. Neugierig schlurft er über die Bretter, die angeblich die Welt bedeuten. Er zieht an den Seilen, die aus dem Schnürboden herunterbaumeln, bewegt langsam die Maschinen – und wie auf Kommando erhebt sich vor unseren Augen ein Theatervorhang, wie durch ein Wunder verwandelt sich die öde Stätte in eine weite Waldlichtung, über der ein riesiger Mond glänzt.

Theater auf dem Theater. Marco Arturo Marelli, der jetzt zum Saisonausklang in Mannheim Bellinis Oper „Norma" in seinen eigenen Bühnenbildern inszeniert, hat sich bei seiner Einstudierung von sehr eigenartigen Vorstellungen leiten lassen. Eine Oper von Vincenco Bellini, eine Oper, die 1831 in Mailand uraufgeführt wurde, kann man heute nicht einfach ungebrochen wiederholen. Der Widerstreit der großen Gefühle, die Konfrontation von Mann und Frau, der Kampf der Gallier gegen die Besatzungsmacht der Römer, kurz: der gesamte Komplex, der inhaltlich in diesem Werk abgehandelt wird, interessiert allenfalls aus dem Bewußtsein jener Zeit heraus, die sich im historischen Rückgriff selbst bespiegelt. Der Aufstand der Gallier: In den Augen des Regisseurs ist er ein Ausdruck der Einigungsbemühungen im besetzten Italien. Nicht zufällig tragen die Krieger Uniformen des 19. Jahrhunderts. Das Risorgimento ist nicht mehr weit, mag auch die „Norma" äußerlich von ganz anderen Dingen handeln.

Marelli ist freilich viel zu klug, um einfach den historischen Kurzschluß zu riskieren. Er macht große Oper, und er zeigt zugleich, daß er große Oper macht: Sobald sich nämlich auf der Bühne das Werk auf die grundsätzlichen Gefühle konzentriert, sobald der Zwiespalt zwischen Pflicht und Neigung offensichtlich wird, der Norma wie Adalgisa solche Pein bereitet, sobald das Stück gewissermaßen zeitlos wird, wohnt auch auf dem Theater, in den verbliebenen Logen des Uraufführungsorts, das Publikum der Scala gleichsam der Vergegenwärtigung des Mannheimer Nationaltheaters bei.

Dieser Vielschichtigkeit der Darstellung sind die Sänger nicht durchweg gewachsen. Maria Abajan macht als Norma zwar gute Miene zum bösen Spiel, hat aber bei den langgezogenen Koloraturen mehr Mühe, als eigentlich hörbar werden dürfte. Liljana Nejčeva bleibt als Adalgisa eine Spur hinter den gesanglichen Anforderungen ihrer Partie zurück. Und Corneliu Murgu (Pollione) stemmt seine Stimme mit solcher Gewalt ins hohe Register, daß er sich aller Chancen zum Differenzieren begibt. Ja, selbst Wolfgang Rennert am Pult zeigt sich von den Emotionen der Musik seltsam unberührt. Nur gelegentlich gelingt es ihm, der Inszenierung zu entsprechen und auf seine Weise eine Verwandlung der Wirklichkeit zu erzielen, die Theater ist.

HARTMUT REGITZ

Fünf Jahre zu spät für die Wahrheit?

GRAF SCHWERIN, **Hannover**

Der ehemalige Fußballtrainer von Hannover 96 und Hertha BSC Berlin, Helmut Kronsbein, steht unter dem Verdacht, vor fünf Jahren seine Frau getötet zu haben. Die Prominenz des Angeklagten sorgt für Aufsehen; die Geschichte einer Ehe, die mit dem ungeklärten Tod der Frau endet, ist bedrückend. Selbstmord durch Stromschlag in der Badewanne galt als Todesursache, und darauf besteht der Angeklagte noch heute, ein fast 70jähriger alter Mann, gebrechlich und halberblindet. Nichts ist geblieben von dem kraftvollen Kämpfer, als der er in der Bundesliga anerkannt und gefürchtet war.

Nach den ersten Ermittlungen verwickelte er sich indes in Widersprüche. Seitdem ist die Anklage überzeugt, daß Kronsbein seine Frau geschlagen habe; an den Folgen sei sie dann gestorben. Kronsbein vor Gericht: Sein Blick ist stumpf; er leidet an Atemnot. Seine Aussagen lassen es an Klarheit mangeln. Der Hergang wird nicht klar. Oder ist das alles wie seine Schüchternheit nur Mittel einer geschickten Verteidigung?

Erst allmählich wird klar: Der Mann versucht von seiner Frau das Bild eines selbstmordgefährdeten Menschen zu zeichnen, die sich als Versagerin gefühlt habe, obwohl es ihr doch an nichts mangelte. Viermal fand er Abschiedsworte von ihr vor. Kronsbein: Sie trank, machte Schulden – alles hinter meinem Rücken. Er verwöhnte sie mit Pelzen und Schmuckstücken. Alles vergeblich. Seine Frau sei ihre Gemütsschwankungen nie losgeworden. Einmal hat er sie geschlagen. Damals, als sie betrunken von der Polizei nach Hause gebracht wurde. Aber nicht in jener Nacht, in der sie starb. Vorahnungen hatte er nie. Aber er besteht darauf, daß sie ihren „Selbstmord" genau geplant habe. Am Tag vor dem Tode hatte er ihr gemeinsames Haus verkauft. Sie war dagegen, habe dann aber eingelenkt: „Alles wird gut." Am Morgen will er sie noch gegen 6 Uhr in der Küche gesehen haben. Um 7 Uhr fand er sie dann tot in der Wanne.

Nach Meinung der Anklage ist der Tod früher eingetreten und nicht durch den elektrischen Haartrockner, den man im Badezimmer fand. Vier Gutachter sollen nun nach fünf Jahren den Beweis für die Thesen der Anklage bringen. 42 Zeugen werden gehört werden. Das Leben eines reich gewordenen Sportmanagers in seiner Alltäglichkeit, die geschwächten Erinnerungen eines alten Mannes in seiner Einsamkeit – das alles wird von dem Publikum aufgesogen. Nach diesem ersten Tag mußte man den Eindruck gewinnen: Es ist zu spät für die Wahrheit jener Nacht.

Sardinien kreiert neue Form der Entführung

Gangster verschleppten Journalisten für ein Interview

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Auf Sardinien ist zum ersten Mal eine neue Art von Entführung praktiziert worden: Menschenraub zum Zwecke der Interview-Erpressung. Der 26jährige Journalist Michele Tatti, Korrespondent der Zeitung „L'Unioni Sarda", wurde in der Nacht zum Sonntag in der Stadt Nouro von einem Unbekannten auf der Straße am Arm ergriffen und mit den Worten: „Kommen Sie mit uns, Sie brauchen keine Angst zu haben", in ein Auto gezerrt, wo man ihm eine Kapuze überstülpte und die Ohren verstopfte. Fünf Stunden später war er wieder frei. Dazwischen lagen eine etwa halbstündige Autofahrt in die Berge, ein vierstündiges Rendezvous mit dem berüchtigten und seit Jahren gesuchten Banditenchef Annino Mele sowie die Rückfahrt nach Nouro. Mele, der des mehrfachen Mordes und einer ganzen Serie von Entführungen beschuldigt wird, ließ den Journalisten eine lange Erklärung aufzeichnen, die „L'Unioni Sarda" in den nächsten Tagen in Fortsetzungen veröffentlichen will.

Der 32jährige Bandit gilt als Führer des MAS (Movimento Armata Sirdo = sardische bewaffnete Bewegung), einer Verbrecherbande, die vorgibt, für politische Ziele zu kämpfen, und aus Sardinien angeblich einen selbständigen kommunistischen Staat, ein „Kuba im Mittelmeer", machen will. Nach Überzeugung der Polizeistellen dient dem MAS dieses „politische" Programm allerdings nur als Tarnung für die Ausweitung der „traditionellen" sardischen Banditenaktivitäten, die vornehmlich auf erpresserische Entführungen ausgerichtet sind. Durch diese Tarnung soll es der Gang gelungen sein, sich in die Versprengten der zerschlagenen „sardischen Kolonne" der Roten Brigaden einzugliedern.

Zum ersten Mal war das MAS im Juni vorigen Jahres mit einem Brief an die Zeitung „La Nuova Sardegna" an die Öffentlichkeit getreten. Es hatte sich darin zum Mord an einem jungen Barmann bekannt, dem Bruder eines inhaftierten Banditen, durch dessen Aussagen im Gefängnis die Polizei auf die Spur der Entführer-Organisation „Anonima gallurese" gekommen war. Nach fünf weiteren Verbrechen, deren sich das MAS öffentlich rühmte, entdeckten die Banditen ihre „politische" Berufung.

Annino Mele, der jetzt den Journalisten Tatti durch Entführung zu einem Interview zwang, ist nach einer langen kriminellen Karriere, deren Stationen abwechselnd die Insel und das italienische Festland (Toscana, Latium) waren, an die Spitze des MAS gelangt. Er soll erst vor einigen Tagen aus der Gegend von Rom nach Sardinien zurückgekehrt sein, nachdem dort seine 60jährige Mutter und ein 78jähriger Onkel unter dem Verdacht verhaftet worden waren, einige Sprengstoffanschläge zum Zwecke der Gelderpressung und der Einschüchterung eines gegen Mele aufgetretenen Zeugen verübt zu haben.

In dem „Interview" hat er sich angeblich vorwiegend zur Verhaftung seiner Mutter geäußert und ein Programm zur Befriedung des bei Nouro gelegenen Heimatortes Mamoiada entwickelt, in dem blutige Familienfehden in den letzten dreißig Jahren mehr als dreißig Menschenleben gekostet haben. Er präsentierte sich, wie Tatti berichtet, als „proletarischer Kämpfer" und ließ sich auch mit einem Fotoapparat fotografieren, den die Banditen dem entführten Journalisten zur Verfügung stellten.

Gegen den Erfinder dieses „Interviews auf sardisch" und 85 weitere Banditen war erst vor kurzem das Hauptverfahren eröffnet worden, bei dem es um 31 verübte oder versuchte Entführungen und 17 verübte oder versuchte Morde geht.

John Wayne in Bronze

Meterhohes Denkmal des Stars in Hollywood enthüllt



Überlebensgroß? John Wayne FOTO: AP

dpa, **Beverly Hills**

Einige Stunden lang schien sich Hollywoods Nobelvorort Beverly Hills zur Wildwest-Kulisse gewandelt zu haben: Hunderte von ledergesichtigen Männern in Cowboy-Kluft, die Colts griffbereit, hatten sich auf dem Great-Western-Savings-Platz zu einer Denkmalsenthüllung versammelt: einer sieben Meter hohen Bronzestatue des Helden zahlreicher Westernfilme, John Wayne, der vor fünf Jahren 72jährig starb.

James Stewart (76), Partner Waynes in zahlreichen Filmen („Der Mann, der Liberty Valence erschoß") und in seinem Heimatort selbst schon in Bronze gegossen, gab das Zeichen zur Enthüllung: Ein Kran zog das blau-weiß-rote Tuch herunter. Unter dem Jubel der Zuschauer, darunter als Schöpfer Bildhauer Harry Jackson, wurde das sechs Tonnen schwere Standbild des Western-Helden sichtbar. Für die Kollegen, Angehörigen und Film-Größen ein Moment der Erinnerungen an den Star, der in Hollywood unsterblich geworden ist.

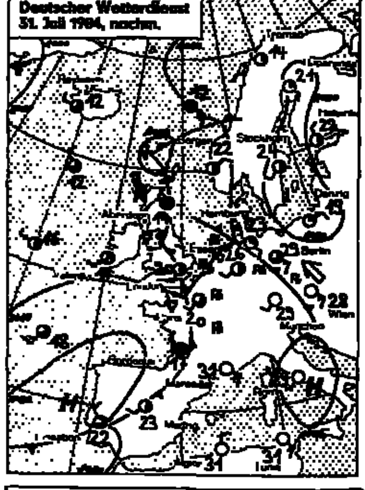
„Er hätte eigentlich alle gefährlichen Szenen selbst drehen können", plauderte sein Stuntman Chuck Roberson, der in 45 Filmen als Waynes Double agierte. „Aber die Finanzleute waren dagegen: das Risiko."

Roberson, der sich zur Denkmalsenthüllung in seine beste Cowboykluft geworfen hatte, brach sich dann an Waynes Stelle die Knochen: Wirbelsäule, Rippen, Zehen und Arme. Doch die Verletzungen hinderten ihn nicht daran, nun steifbeinig und rauh-charmant umherzustolzieren – ganz wie der Star.

Als ältester Fan war Harry Nevin (87) eigens 1500 Kilometer weit aus Wyoming angereist, um seinem Idol die „letzte Ehre" zu erweisen. Der Greis, der selber 70 Jahre lang in den Reiterstiefeln eines Cowboys steckte, zollte seinem Leinwand-Freund höchstes Lob: „Er war immer ganz echt. Und alles stimmte."

WETTER: Nicht mehr so heiß

Wetterlage: Die über Deutschland liegende Kaltfront zieht ostwärts ab. Auf ihrer Rückseite fließt weniger heiße Luft nach Mitteleuropa. Sie gelangt von Westen her rasch wieder unter Hochdruckeinfluß.



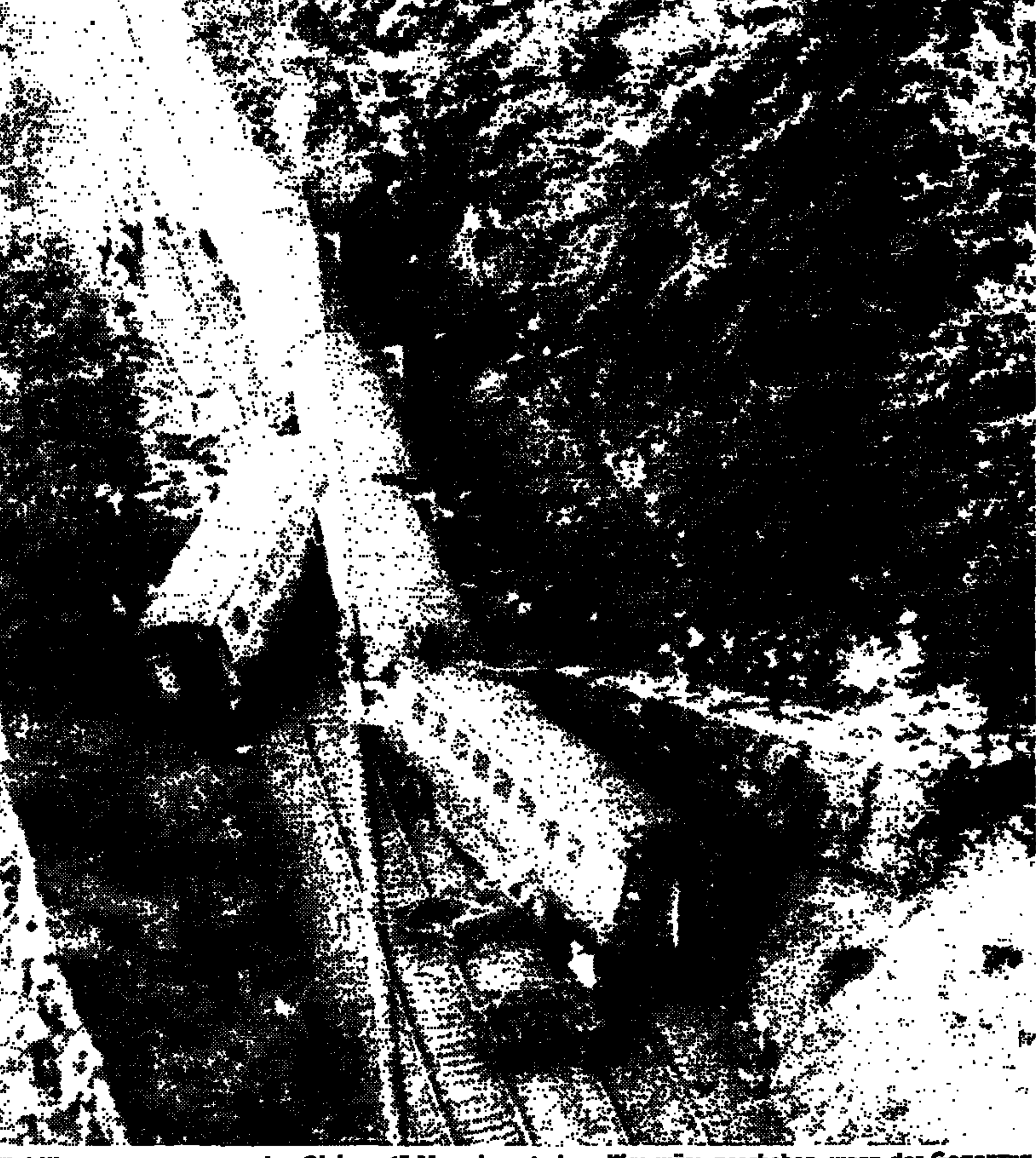
Vorhersage für Mittwoch:
Im gesamten Bundesgebiet und Berlin anfangs noch stark bewölkt und zeitweise Regen, im Osten einzelne Gewitter, von Westen her auflockernde Bewölkung und trocken. Tageshöchsttemperaturen 20 Grad im Norden und Osten und 26 Grad im Südwesten. Tiefstwerte in der Nacht 15 bis 11 Grad. Schwacher Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Heiter bis wolkig, trocken und warm.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	29°	Kairo	30°
Bonn	28°	Kopenh.	20°
Dresden	26°	Las Palmas	23°
Essen	26°	London	20°
Frankfurt	28°	Madrid	23°
Hamburg	23°	Mailand	28°
List/Sylt	23°	Mallorca	29°
München	29°	Moskau	15°
Stuttgart	27°	Nizza	27°
Algier	31°	Oslo	18°
Amsterdam	25°	Paris	20°
Athen	28°	Prag	24°
Barcelona	26°	Rom	29°
Brüssel	25°	Stockholm	24°
Budapest	28°	Tel Aviv	28°
Bukarest	26°	Tunis	31°
Helsinki	22°	Wien	28°
Istanbul	20°	Zürich	28°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.47 Uhr. Untergang: 21.08 Uhr; **Mondaufgang:** 12.10 Uhr. Untergang: 23.38 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Fünf Wagen sprangen aus den Gleisen. 13 Menschen starben. Was wäre geschehen, wenn der Gegenzug pünktlich gewesen wäre? FOTO: AP

Todesrutschfahrt bei Tempo 130

Wildgewordene Kuh verursacht Zugkatastrophe in Schottland / Mindestens 13 Opfer

PETER MICHALSKI, **Glasgow**

Die Sichtweite in der langgestreckten Kurve hinter dem kleinen schottischen Bahnhof Polmont liegt unter 300 Meter. Der Zugführer sah die Kuh, die mitten auf dem Gleis trabte, im letzten Augenblick. Die Vollbremsung nützte nichts mehr. Tier und Pendler-Expreß kollidierten. Vier Stunden später, nachdem das letzte Opfer geborgen war, zogen die Notdienste die traurige Bilanz: 13 Tote, 44 Schwerverletzte – die blutigste britische Eisenbahnkatastrophe seit 17 Jahren.

Sachverständige des Verkehrsministeriums und der Staatsbahn begannen gestern mit der Untersuchung der Unglücksumstände. Vor allem muß geklärt werden, ob – und weshalb – der Lokführer des Pendlerzuges keine Warnung erhielt. Minuten vorher hatte nämlich ein Zug aus der Gegenrichtung die Stelle passiert und das Tempo erheblich gedrosselt angesichts des offenbar panisch reagierenden Tieres. Fahrgast Gordon Cowie gestern: „Im heutigen Zeitalter der Elektronik müßte doch eine Kommunikation zwischen den Fahrern verschiedener Züge möglich sein. Hätte es sie gegeben, wäre dieses Unglück wahrscheinlich verhindert worden."

Der Glasgow-Expreß hatte Edinburgh um 17.30 Uhr (18.30 Uhr deutscher Sommerzeit) verlassen. Rund 300 Reisende befanden sich in den sechs Waggons. Der Zug wurde von einer Diesellok geschoben.

Die 17 000-Einwohner-Stadt Polmont liegt fast genau auf halber Strecke, 30 Bahnminuten von Edinburgh entfernt. Der nächste Stopp sollte Fallkirk sein. Deshalb hatte der Lokführer die Geschwindigkeit bereits auf rund 130 Kilometer vermindert.

Die Beamtin Agnes Stirling, eine der unverletzten Überlebenden: „Alles dauerte nur zehn Sekunden. Der ganze Zug fing an, stark zu vibrieren. Das Licht ging aus. Ich duckte mich unter einen Tisch. Dort würde ich wohl sicher sein, dachte ich noch. Als unser Waggon zum Stillstand kam und immer noch auf den Rädern stand, konnte ich kaum glauben, daß ich noch am Leben war."

Das Unglück geschah in einer schmalen Kurve, links Wald, rechts Äcker. Der erste Waggon bäumte sich auf, drehte sich um die eigene Achse, überschlug sich und landete seitlich in der Waldböschung. Der zweite Wagen riß sich los, rutschte mehr als 100 Meter weit diagonal über das Gegengleis, riß Telefonleitungen mit, eine lange, niedrige Steinmauer ein und bohrte sich schließlich – immer noch mit mörderischer Gewalt – in den vorletzten Waggon. Nur die Lok und der letzte Wagen blieben auf den Gleisen.

Die Trümmer lagen über mehrere hundert Meter verstreut. Der in der Nähe lebende Schotte James Smith war als erster an der Unfallstelle: „Überall auf der Strecke lagen Leichenteile." Der Stahlwerker Herbert Robertson (46) aus Wales berichtete: „Ich zählte 13 Tote, darunter ein etwa acht Jahre altes Mädchen. Ein junger Mann versuchte, es durch Mund-zu-Mund-Beatmung wiederzubeleben."

Ein anderer Mitreisender, David Davidson, sagte: „Bevor Feuerwehr und Krankenwagen kamen, rissen wir mit bloßen Händen die Sitze heraus, um die Verletzten darauf zu betten."

Zu den ersten, die aus den Trümmern krochen, gehörten der Zugführer und der Reisende Ramsay Shields. Der 24jährige Schotte alarmierte die Notdienste. Er war aus dem Schlaf gerissen worden, als ihm sein Aktenkoffer auf den Kopf fiel. „Ich rannte zu ein paar nahegelegenen Häusern, um Hilfe herbeizutelefonieren."

Nur die Geistesgegenwart eines anderen Zugführers verhütete ein weit schwereres Unglück. Planmäßig hätte nämlich in der Unfallminute ein Schottland-England-Schnellzug aus der Gegenrichtung die Stelle passieren müssen. Der Zug war jedoch mit Verspätung aus Fallkirk abgefahren. Um die verlorene Zeit aufzuholen, hatte der Fahrer bereits mächtig Tempo gemacht. Trotzdem gelang es ihm, seinen Zug 300 Meter vor dem Unfallort zum Stehen zu bringen. (SAD)

LEUTE HEUTE

Später Ikarus

Im Alter von 82 Jahren legte **Robert Caffiot** jetzt den Pilotenschein für Sportflugzeuge ab. Der ehemalige Angestellte der Renault-Werke träumte sein Leben lang vom Fliegen. Nach der Pensionierung fühlte sich der alte Herr allerdings zu alt, bis er einen ehemaligen Jagdflieger kennenlernte, der ihn zum Pilotenschein ermunterte. Des Witwers Ziel: seiner Familie Frankreich aus der Luft zu zeigen.

Herzens-Wunsch

„Daran hätte ich in meinen kühnsten Träumen nicht geglaubt", sagte der 50jährige **Jim Kelly** aus Southbend in der britischen Grafschaft Essex, nachdem er am Wochenende innerhalb von 72 Stunden die drei höchsten Berge in Großbritannien bestiegen hatte. Kelly wurde vor vier Jahren das Herz einer 23jährigen Frau eingepflanzt. Der Mann mit dem Frauenherzen unternahm seine spektakuläre Aktion, um Spenden für eine Herzklinik zu sammeln.

Umbesetzung

Nach einer Meldung des „Daily Star" wollen in der kommenden Saison gleich drei „Dallas"-Stars aussteigen: **Bobby Ewing, Pamela** und **Sue Ellen**. Die Verantwortlichen überlegen schon, wie sie das Trio aus der Serie „herausschreiben" und neue Stars anwerben können. Im Gespräch: **Robert De Niro** und **Jack Nickolson**.

Legendäres Schatzschiff geortet

AP, **Lewes**

Eine Gruppe privater Schatzsucher will die Überreste des legendären niederländischen Schatzschiffes „De Braak" geortet haben. Bei Sonaraufzeichnungen haben sie ein Objekt ausgemacht, bei dem es sich um den am 25. Mai 1798 im Atlantik gesunkenen Zweimaster handeln könnte, der mit Juwelen, Gold und Silber überladen gewesen sein soll und deshalb vermutlich gesunken sei. Das Deck des Objektes ist 26 Meter lang und acht Meter breit. An der Stelle, wo sich das „Schnapslager" des Schiffes befunden hat, wurden zahlreiche Scherben entdeckt. Ein Herd wurde an jener Stelle geortet, an dem sich nach den Bauplänen die Kombüse befunden hat. Von dem legendären Schatz haben die Taucher der Bergungsfirma noch nichts gefunden. Der Wert des Edelmetalls wird auf fünf bis 500 Millionen Dollar geschätzt. Die Firma hat rund um die mutmaßliche Fundsteile Wächter stationiert.

Keine Fremdbeteiligung

dpa, **München**

Die Ursache des tödlichen Verkehrsunfalls von Marianne Strauß wird vermutlich nie festgestellt werden. Nach den Ermittlungen der Münchner Staatsanwaltschaft ist jedoch auszuschließen, daß Fremde an dem Unfall vom 22. Juni beteiligt waren, wie ein anonymer Anrufer am Tag nach dem Unfall behauptet hatte

Fälscherbande verhaftet

dpa, **Rom**

Die italienische Polizei hat in Zusammenarbeit mit denm Bundeskriminalamt zwölf Sizilianer, von denen einige in Deutschland leben, verhaftet. Sie sollen gefälschtes deutsches Geld in Umlauf gebracht haben. Ein Koffer mit doppeltem Boden enthielt falsche Banknoten im Nennwert von fünf Milionen Mark.

Kopfhaut wieder angenäht

dpa, **Tel Aviv**

Die 19 Jahre alte Israelin Smadar Cohen kann sich wieder ihres Lebens freuen: In einer mehrstündigen Operation im „Schiba"-Krankenhaus bei Tel Aviv nähten ihr die Ärzte ihre bei einem Unfall abgerissene Kopfhaut wieder an. Die junge Frau: „Ich bin glücklich. Mein Haar beginnt wieder zu wachsen. Jetzt kann ich wieder lachen."

Horror-Nacht

dpa, **Bünde**

Schwer verletzt hat in der Nacht zu gestern eine 35 Jahre alte Taxifahrerin aus Bünde (Kreis Herford) einen Überfall überlebt, bei dem ihr zwei Männer ein Messer in den Rücken gestochen und mit einem Eisenrohr auf den Kopf geschlagen hatten. Der Frau gelang dennoch die Flucht. Die Männer entkamen.

ZU GUTER LETZT

Bekanntmachung: An alle Einbrecher, Diebe, Gangster, mutwillige Zerstörer und sonstige miese Typen: Wir wissen, daß wir in Münster die schönsten Autos haben. Wer versucht, einen Jaguar – Austin Rover – Ranch Rover – Alfa Romeo zu stehlen, lebt gefährlich! Wir tragen uns mit dem Gedanken, den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Herrn Honekker, um ausgemusterte Selbstschußanlagen zu bitten. Ihr Autohaus Ing. W. Brandes. Aus der „Münsterschen Zeitung".

